

Werner-Grübmeier-Archiv



Band 2

1970 - 1976

**Andreasberg
schwört auf
Werner
Grübmeier**

Angaben: Archiv „Werner Grübmeier“ – von Renate Funke für die Stadt Braunlage / St. Andreasberg		
Nr.	Betritt / Titel	Art des Materials
2	Kurz-Beschreibung 1970 - 1976 Andreasberg schwört auf Werner Grübmeier	Klemmappe / Zeitungsausschnitt / Fotos

- 1970: Kegelpartei Rat und Verwaltung - Foto Herr Heyder - Hermann Morig Ruhestand - 11.04.1970: OKD Dr. Frede
- 1969/1970: Jubiläum Feuerwehr – Grübmeier-Rede
- Aus Feinden wurden Freunde / ehem. Kriegsgefangene in St. Andreasberg
- Schützenfest 1970 - Fotos (??)
- 21.04.1970: Der Niedersächs. Kultusminister an Schulrat Grübmeier: Ernennung zum Oberregierungsrat im Schulaufsichtsdienst – Versetzung von Northeim nach Hannover / Regierungspräsident – Planstelle der Bes.Gr. A 14 mit einer Stellenzulage
- 19.05.1970: Polsterberg-Treffen – Der Polsterberg rief – Tausende kamen
- 19.05.1970: Mit Minister Alfred Kubel in der „Alten Mühle“ – Veranstaltung zur Wahl
- Juni 1970: Volkslauf - Fotos / Bildunterschriften
- August 1970: Heimat- und Feierabend-Schau - CDU-Tagung zur Gemeindereform der Harzkreise - Foto
- 05.11.1970: Selbstdarstellung der Bergstadt St. Andreasberg – 10 Seiten
- 06.11.1970: Auch im Harzraum müssen die Bürger Kontakt mit ihren Gemeinden behalten
- 17.11.1970: Bergstadt St. Andreasberg – Schreiben am den Niedersächsischen Innenminister / Gemeindereform – Ablehnung
- 19.11.1970: Andreasberger Bürger stellten harte Fragen an den Rat – div. Fotos

JAHR 1971

- 16.02.1971: 75. Geburtstag des Ski-Clubs mit Ministerpräsident Alfred Kubel / Festredner: Kurt Schmidt
- 15.03.1971: Dachdecker Goldene Ehrennadel an Alfred Kubel - 1972: Wahlkampf-Prospekt CDU-Liste

JAHR 1972

- 06.02.1972: Brief an BM Grübmer – „Alt-Kollegen“ – Erinnerungen
- 10.05.1972: Werner Grübmer bleibt Bürgermeister der Bergstadt
- 25.07.1972: Straßenmeisterei St. Andreasberg - Juli 1972: Zum Ärzte-Problem in St. Andreasberg – kassenärztliche Versorgung
- Juli 1972: Zum Ärzte-Problem in St. Andreasberg – Stellungnahme der AOK – auch: Leserbriefe
- 27.07.1972: St. Andreasbergers Ärzteproblem: Lösung zeichnet sich ab
- 26.09.1972: Interview zur Kommunalwahl - Fotos Fußball - FDP wirbt zur Wahl – Interview Dr. Dr. Walder - Problem Rinderstall
- Sept. 1972: Ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung
- 05.10.1972: Bürgermeister Werner Grübmer – Interview zur Wahl / Die SPD-Mannschaft zur Wahl / Interview
- 10.10.1972: Bürgermeister Werner Grübmer im Brennpunkt der Diskussion
- Artikel: Die Bergfreiheiten des Oberharzes
- Okt. 1972: Die FDP sagt „Nein“ zum Seilbahnbau - Kommentare zur Wahl / FDP - Kubel dankt Wählern

23.10.1972: Andreasberg schwört auf Werner Grübmeier

24.10.1972: ... und jetzt muss gearbeitet werden – Anzahl der Stimmen – erste Kommentare

08.11.1972: CDU Schreiben zu „Bildungsreform“

16.11.1972: 2 Artikel - Werner Grübmeier ist wieder Bürgermeister – konstituierende Sitzung - Großer Sieg W. Grübmeier

JAHR 1973

1972/73: Komödie St. Andreasberg, Leitung Uwe Rode - gute Fotos Rat zu: Kreisreform – im Originalband

17.02.1973: Brief Prof. Dr. Hennicke / CLZ wegen Landtagskandidatur plus Antwort – 2 Seiten

01.03.1973: Bezirksregierung, Dezernat, Abteilung 4 – Beurteilung des Oberregierungsrats im Schulaufsichtsratsdienst Werner Grübmeier (siehe zuvor: Band 1, Schulrat-Beurteilung: 23.12.1969)

26.04. 1973: Baubeginn neuer Kindergarten

27.04.1973: CDU-Generalsekretär Haaßengier Brief wegen Schule

16.05.1973: Deutsch-französische Freundschaft wird besiegelt/Fotos /Artikel u.a. - Fotos

20./22.05.1973: „Rue de St. Andreasberg“

25.05.1973: diverse Schreiben Staatssekretär Haaßengier: Schulische Situation – 4 Seiten

30.05.1973: „Unvergessene Tage in Touques/Normandie“ - 3 Seiten - Fotos

06.06.1973: „Was wird aus dem Gesehr?“

22.06.1973: Der Rektor hieb genau ins Schwarze (Reulecke, Forstamt Andreasberg / Holzwirtschaft)

3.07.1973: Wiedererwecktes Finkenmanöver – echtes Brauchtum gerettet – div. Artikel und Fotos

3.07.1973: Ein Stück echtes St. Andreasberger Brauchtum gerettet – div. Artikel und Fotos

Okt./Nov. 1973: div. Schreiben CDU wegen Landesparteitag und Entwurf niedersächsisches Schulgesetz – 4 Seiten

JAHR 1974

22.01.1974: Abteilungsleiter 4 / Regierungsvizepräsident / Regierungspräsident: Beurteilung des Oberregierungsrats Werner Grübmeier „... zeigt Geschicklichkeit und besondere Erfahrung in schwierigen Verhandlungen ...“ - ...Innovationen in Gang zu setzen ... Dabei hilft ihm sein Vermögen, Situationen schnell u. sicher zu analysieren u. die sich ergebenden Probleme sprachlich geschickt und geordnet darzustellen ... der ihm eigene Blick für das Wesentliche ... er arbeitet auch als Zuhörer konzentriert mit, dass er korrigierend eingreift ... bemerkenswert ist seine Fürsorge für den einzelnen besonders deshalb, weil ihn sein schwieriges Aufgabengebiet voll beansprucht ...

04.07.1974: Hasselmann-Danke-Schreiben nach Wahl

04.10.1974: Niedersächsischer Kultusminister – Schreiben: Ernennung zum Regierungsdirektor

29.11.1974: Sanierung der Altstadt hat Vorrang – Artikel und Fotos

Nov. 1974: Öffentlicher Brief Albert Kehr: Kritik wegen Stadtentwicklung

29.12.1974: W. Grübmeier- Prognose 1975

Wahlkampf-Prospekt Werner Grübmeier – Konzept für Wahlkampf 1973/74

Landtagswahlkampf 1974 - Fotos u.a. mit Wilfrid Hasselmann, Reiner Barzel (TU) und W. Gr. / im Hallenbad

JAHR 1975

03.05.1975: HAZ/ Hannoversche Presse Mai 1975: Ministerbesuch in der IGS Linden (Bundesbildungsminister Helmut Rohde)

28.05.1975: „JU“ – das Ziel ist sehr nah -Artikel Junge Union

10.09.1975: IGS Hannover-Linden Kritik an Schule

06.11.1975: Abitur-Alarm, Oberstufenschüler der IGS Roderbruch diskutieren mit Werner Grübmeier

JAHR 1976

23.01.1976: Muss Kubel noch einmal ins Geschirr? Albrecht schon hoch zu Roß – Machtwechsel in Niedersachsen

10.08.1976: Wer nannte dem Regierungspräsidenten die Namen? W. Gr. hat drei Lehrer versetzt – Proteste

Pfingsten 1976: ganze Foto-Seite, dabei: Willy Brandt

1970



ANLÄSSLICH einer zwanglosen Kegelpartie der Mitglieder des Rates und der Verwaltung der Bergstadt St. Andreasberg erzielt Kurt Trawny den auf der Bahn im Ferienhotel der IG Bau-Steine-Erden bisher noch nie erreichten Wurf „Acht ums Vordereck“. Mannschaftskameraden ehrten ihn entsprechend zünftig. Auch Bürgermeister Grübmeier sah man unter den sportfreudigen Keglern. Foto: Brinkmann



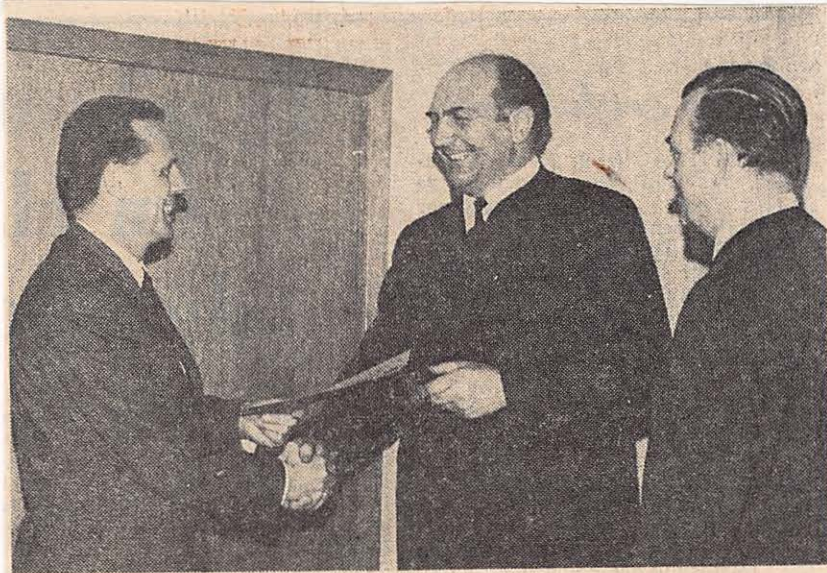


1970

Herr Hejcler



Hermann Morig ging in den Ruhestand



OBERKREISDIREKTOR DR. FREDE übergibt Stadtdirektor Baumgarten die Verleihungsurkunde für die silberne Ehrennadel des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Rechts Bürgermeister Werner Grübmeier. Foto: Ehlers

11. April 1970





Aus Feinden wurden Freunde — Ehemaliger Kriegsgefangener in St. Andreasberg

Als Henry Poirir in den Jahren 1917-18 als Kriegsgefangener nach Deutschland kam und in den Alberti-Werken auf der Silberhütte in St. Andreasberg als Arbeiter eingesetzt wurde, war dies sicher keine schöne Zeit. Und damals hätte er wohl nicht im Traume daran gedacht, noch einmal an die Stätte, die nicht zu den angenehmen Erinnerungen zählte, zurückzukehren. Durch einen Zufall aber kam er im Jahre 1969, also nach über 50 Jahren, nach Deutschland zurück. Die Bergstadt erfuhr davon und lud ihren

ehemaligen Kriegsgefangenen Henry Poirir zu einem Urlaub nach St. Andreasberg ein. So herzlich aufgenommen, ließ er es sich nicht nehmen, auch in diesem Jahr wiederzukommen, diesmal sogar mit Sohn und Schwiegertochter. Sicher ein Zeichen einer guten Völkerverständigung, denn ohne Groll im Herzen schätzte Henry Poirir die Menschen höher ein als nationale Grenzen.

Unser Bild zeigt von rechts nach links Stadtdirektor Baumgarten, Henry Poirir, seinen Sohn, Bürgermeister Grübmeier und Willy Bock.



Am Dienstagmittag standen die besten Schützen des St. Andreasberger Schützenfestes 1970 fest. Innerhalb der Proklamation wurden der König, der Meistmann und die Bestmänner in ihre neuen Ehren erhoben.

DER NIEDERSÄCHSISCHE
KULTUSMINISTER

III/2 (A) P 9021/70

3 HANNOVER, den 21. April 1970

Am Schiffgraben 12

Postfach

Fernsprecher: 88 66 21

Sprechzeiten: Montag bis Freitag 9-13 Uhr

Herrn Schulrat
Werner Grübmeier

in Hannover
über den
Herrn Regierungspräsidenten

in Hannover

Sehr geehrter Herr Grübmeier!

Der Herr Ministerpräsident hat Sie durch die beiliegende
/ Urkunde vom 8. 4. 1970 zum Oberregierungsrat - im Schul-
aufsichtsdienst - ernannt.

Hiermit übertrage ich Ihnen unter gleichzeitiger Versetzung
von Northeim nach Hannover das Amt eines Oberregierungsrats -
im Schulaufsichtsdienst - bei der Behörde des Regierungsprä-
sidenten in Hannover.

Mit Wirkung vom 1. Februar 1970 weise ich Sie in eine Plan-
stelle der Bes.Gr. A 14 LBes0/mit einer Stellenzulage nach
Fußnote 1 LBes0/ im Haushalt des Nieders. Kultusministeriums
ein.

Der Herr Regierungspräsident in Hannover wird Ihnen die Höhe
Ihrer Dienstbezüge mitteilen.

Eine Umzugskostenvergütung gem. § 2 Abs. 2 Nr. 1 BUKG wird
Ihnen hiermit zugesagt.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage
gez. Driftmeyer



Beglaubigt:

Rabe

Kanzlei-Angestellter





19. Mai 1970

Bei strahlendem Wetter sind die Ehrengäste mit der großen Polsterberg-Familie vereint. Von links nach rechts: Vorsitzender des Harzklubs, Hermann Kerl, MdB Dr. Schmidt-Gellersen, Minister Kubel mit Gattin, Landrat Nuhn, Stadtdirektor Raatz mit Gattin, Oberkreisdirektor Dr. Frede mit Gattin, Bürgermeister Lüdecke, Wildemann, und — leider leicht verdeckt von Harzer Kindern — Bürgermeister Grübmeier, St. Andreasberg.

Der Polsterberg rief – Tausende kamen

Heimattreffen am Polsterberg mit alter Harzer Tradition

Ein fröhliches Glück auf! rief der Ewergeschworne Alfred Weyland gestern bei strahlendem Sonnenschein der großen Polsterbergfamilie zu und dankte damit, daß sie alle ihre Zugehörigkeit zum Harz und zum Harzer Brauchtum dokumentierten. Wie alle Jahre reihten sich in die Polsterberger die Ehrengäste ein, Landrat Nuhn, Bürgermeister verschiedener Gemeinden, Stadtdirektor Raatz, Oberkreisdirektor Dr. Frede, der die Festansprache hielt, der Vorsitzende des Harzklubs, Hermann Kerl, und Dr. Schmidt-Gellersen, der schon lange am 2. Pfingsttag auf dem Polsterberg dabei ist. Noch länger aber ist Werner Grübmeier eifriger Besucher. Wir hörten, daß er schon über 10 Jahre bei Wind und Wetter den Weg zum Heimattreffen antritt. Zum ersten Male saß in diesem Jahr auf der Prominentenbank Minister Alfred Kubel.

Lange war man sich im Harz nach diesem langen Winter im Zweifel, ob das traditionelle Pfingsttreffen in diesem Jahr überhaupt stattfinden konnte, und sicherlich mußte sich der Ewergeschworne Alfred Weyland in den Wochen vor dem Fest gar manche Flachserei gefallen lassen. Doch die Harzer sind ein lustiges Völk-

lang, das Signal. Karl Reinecke, der vor 37 Jahren das Polsterbergtreffen ins Leben gerufen hatte, wurde den Zuhörern mit seinem Gedicht „Harzheimat“ in Erinnerung gebracht. Harzgebirgler waren wohl viele an diesem wunderbaren Tag, denn bei dem Lied „Mr sän de Harzgebirgler“ fielen viele mit in den Chor ein — und sei es

Bergwelt waren trotz der Härten und Entbehrungen ein fröhliches Volk, das bezeugen nämlich die meisten Lieder neben der Liebe zur Harzheimat. In der heutigen unruhigen Zeit, so meinte Dr. Frede, zöge es die Menschen nun unbewußt an diesen Ort, wo sie noch einen Blick zurück in die Welt der damaligen Zeit werfen können. Insofern gehe die Bedeutung dieses Treffens über ein Heimattreffen hinaus. Es mag dabei eine Rolle spielen die Sehnsucht nach der Zauberblume der Romantik.

Gefühlsmäßig habe sich wohl jeder, der hier im Harz wohne, mit der Landschaft verbunden und auch damit, daß der Harz eine Einheit sein müsse, Symbol dafür sei der Brocken. Dr. Fredes Dank galt ganz besonders dem Ewergeschwur-

keit hin, mit Schneeschuhen zum Polsterberg zu ziehen. Jedoch der Wettergott war den Harzern gnädig, man konnte gestern die Skier getrost stehen lassen und auf Schusters Rappen durch die frühlingshafte Natur zum Polsterberg wandern. Für viele nahm das Wandern allerdings an ihrer Autotür schon ein Ende, denn die Polizei zählte immerhin 1 200 Autos, so daß man schätzen kann, daß gestern 5000 bis 6000 Menschen die Darbietungen der Brauchtumsgruppen verfolgten, die zeigten, was sie im vergangenen Jahr dazu gelernt haben und stolz ihre Harzer Tracht trugen. Wie in jedem Jahr waren auch die Kleinsten schon dabei und trällerten ein Liedchen, so daß man sich um den Nachwuchs bei den Harzer Barkämtern wohl keine Sorgen zu machen braucht, und wie immer forderten die Kleinen mit ihren (manchmal auch unfreiwilligen Darbietungen) die Zuschauer zu großem Applaus.

Die Janitscharen-Kapelle gab den Auftakt für dieses bunte Treffen, und der Kuhhirte Theo Weinhardt blies wieder, wie schon so viele Jahre

Dr. Frede meinte in seiner Ansprache, daß dieses Treffen ungetrübt durch einen Regenguß gar vielen in herrlicher Erinnerung bleiben werde. Er erinnerte an Karl Reinecke, der hier am Polsterberg im Angesicht des Brockens den Grundstein für die große Polsterbergfamilie legte. Er habe sich, so meinte Dr. Frede, bei diesem Treffen einmal die Autokennzeichen angesehen und dabei festgestellt, daß viele nicht aus den Harzer Kreisen stammten. Dabei sei ihm einmal die Frage gekommen, was dieses Pfingsttreffen eigentlich so anziehend mache, es könne doch wohl nur das bunte Bild der musizierenden Trachtengruppen sein. Diese Harzer Lieder und Tänze künden von einer Zeit, in der der Harzer als Bergmann, Holzfäller oder Kuhhirte sein Brot verdiente. Es herrschte oft bittere Not in den armseligen Hütten, aber trotzdem war es eine heile, intakte Welt, in der alles seine festen Regeln hatte. Der Harzer lebte fast abgeschlossen von der Umwelt. Die Menschen in dieser

Harzer Text nicht beherrschten. lich dieses Treffen inszeniert, und auch dem Heimatbund Oberharz für diese Veranstaltung. Diesem Dank möchten wir uns und sicherlich auch unsere Leser, die gestern dabei gewesen sind, anschließen.
HaBe

Rainer Barzel in Clausthal-Zellerfeld

Wie wir von der TU erfahren, wird der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Rainer Barzel, am Donnerstag, 21. Mai, 11 Uhr c. t., im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung des Außeninstituts der TU mit den Studenten über bildungspolitische Probleme diskutieren. Auch aktuelle tagespolitische Fragen werden sicher zur Diskussion kommen. Diese interessante Veranstaltung sollte auch Bürger der Bergstadt interessieren.



So bekam Dackel Hexe, von ministerlicher Hand beschützt, den rechten Blickwinkel für die Darbietungen der einzelnen Gruppen.



Keine Nachwuchssorgen für seinen Stand hat Kuhhirte Theo Weinhardt, denn Klein-Martina blies kräftig mit das Horn.
DA-Fotos

Mit Minister Alfred Kubel in der „Alten Mühle“

Aus der Sicht eines Parteihubschraube rs — Probleme, die der Lösung harren

ALTENAU. „Wenn ich Ministerpräsident werde, habe ich mehr Möglichkeiten für meinen Wahlkreis, wenn ich keiner werde, dann habe ich mehr Zeit für meinen Wahlkreis!“ So einfach stellt sich das Problem für den designierten Niedersächsischen Ministerpräsidenten einer SPD-Mehrheit dar, so einfach und so gelassen. Das ließ er die Journalisten wissen, als er sie nach einer Wahlkreisbesichtigung aus der Perspektive eines Parteihubschraubers und Gesprächen auf der Erde von Riefensbeek-Kamschlacken und Clausthal in der „Alten Mühle“ zu Altenau empfing.

Man erfuhr von Minister Alfred Kubel noch mehr. Zum Beispiel, daß sich die Nebel lichten, als er im Hubschrauber auf den Harz einschwenkte und daß es seiner Wesensart entspricht, wie in Riefensbeek vor den Waldarbeitern Waldvorträge zu halten und Gespräche über Vermögensbildung zu führen oder über die Ursachen für den Wunsch der akkordarbeitenden Waldfacharbeiter, nach eigenem Ermessen früher in den Ruhestand zu treten, weil „das Entlohnungssystem dazu verführt, über die eigene Kraft zu arbeiten“.

Im Wald von Riefensbeek fand auch die Zusammenkunft zwischen Alfred Kubel und dem Landesvorsitzenden der Assistentenkonferenz Dr. Halbach, Clausthal, statt. Beide stimmten in ihren Auffassungen über mögliche Lösungen der Hochschulprobleme überein.

Stellungnahme zu Grübmeyer-Vorwürfen

CDU-Gegenkandidat Werner Grübmeyer hatte in einem Interview den Vorschlag gemacht, die aus dem Verkehr gezogenen Steuer-Milliarden zur Entschuldung der Gemeinden zu verwenden. Kubel: „Ich kann mich nur über die volkswirtschaftliche Unlogik wundern und über die Tatsache, daß sich Herr Grübmeyer der CDU so wenig verpflichtet fühlt. Die Gesundung der Gemeinden haben wir eingeleitet durch den Kampf um die Finanzreform. Auf diesem gleichen Wege werden wir weiterarbeiten, vor allem durch die große Steuerreform. Das kommunale Finanzausgleichsgesetz werden wir so gestalten, daß die Gemeinden, soweit sie Schulträger sind, aus Bundes- und Landshaushaltsmitteln entlastet werden!“

Baubedarf besteht nur für das Gymnasium und die Realschule Braunlage.

Engelke verwies auf die guten Erfolge des Gymnasiums Braunlage. Seit 1957 die ersten Examen abgelegt wurden, erreichten 80 Prozent der Abiturienten Hochschulabschlüsse. Nicht Leistungsabfall sei also das Problem, sondern echte Raumnot. Diese Raumnot ist

Aktentasche stammt aus einem Raubüberfall

OSTERODE. Aus einem Raubüberfall, der im April dieses Jahres in Kassel verübt wurde, stammt eine Aktentasche, die jetzt an der Bundesstraße 248 (bei Harzhorn) gefunden wurde. Sie enthielt mehrere aufgebrochene Geldbomben und Einzahlungsscheine über einen größeren Geldbetrag.

eine Folge der Unsicherheit im Schulplanungswesen. Engelke: „Der Schulträger fühlt sich berechtigt zu sagen: wir haben kein Geld, bekommen auch keins, und was wird, weiß man sowieso nicht!“ Engelke wandte sich nicht grundsätzlich gegen differenzierte mehrzügige Schulzentren, im Gegenteil; aber: „Die Landesregierung sollte den Mut haben zu sagen: die Situation an der Zonengrenze ist eine andere. Hier muß auch eine Kollegstufe von 45 bis 60 Schülern tragbar sein!“ Engelke sprach das eigentliche Problem herzhafte an: die Voraussetzung wird bei uns erfüllt: wir haben bereitwillige, einsatzfreudige Lehrer, und die Schüler ziehen mit. Von den 15 Abiturienten (neusprachlich) arbeiteten 10 in einer Mathe-AG, acht in Physik-AG mit. Engelke

drei Braunlager Schulen wohnen unter einem Dach) und anerkannte andererseits, daß „Bad Lauterberg seit langem zur Stärkung des Braunlager Gymnasiums eine gutes Kontingent Schüler schickt.“ Sein Wunsch: eine klare Konzeption, die den besonderen Bedingungen des Zonenrandes gerecht wird!

Minister Kubel war nicht für den Terminus Zonenrand; denn „wenn wir DDR sagen, können wir konsequenterweise nicht Zonenrand sagen“; aber das eigentliche Problem sei neben dem Zuständigkeitswirrwarr ein topographisches. Im Harz stellten sich die Transportprobleme besonders im Winter anders dar als andernorts.

Die Oberkreisdirektoren Dr. Frede und Seidel steuerten folgende Überlegungen bei: „Die Realschule St. Andreasberg macht uns Sorgen. Sie ist ein Anachronismus; aber die Überlegungen sind bisher zu einseitig auf Bad Lauterberg gerichtet worden, weil zwischen Braunlage und Andreasberg eine Bezirksgrenze liegt!“ — Ein ähnliches Problem fand Dr. Frede im Nahbereich Bad Grund; aber „weil massive kommunale Interessen im Spiel sind, möchte ich die einzige vernünftige Lösung, die es gibt, nicht nennen.“ Grundsätzlich wünschte sich Dr. Frede, daß Schulzentren über Kreisgrenzen hinweg geplant werden. Im Landkreis Zellerfeld wird es nur eins in Clausthal-Zellerfeld geben. Der Kreis schickt sich an, das Transportproblem für alle Schulsysteme durch eine zentrale Organisation zu lösen, scheidet aber vorerst daran, daß „nicht für alle Schüler der Schularten die Transportkosten ersetzt werden.“ Die Forderung „Gleiche Bildungschancen für alle“ nimmt sich unter solchen Voraussetzungen eigentümlich aus.

Minister Kubel verwies darauf, daß die SPD eine der Finanzlage entsprechende sukzessive Übernahme aller Schülertransportkosten angestrebt habe und noch anstrebe; aber das fehlende Geld hindere. Auch er plädierte für Schulzentren; „aber keines ohne eigenes Hal-

bietungen zu akzeptieren. Auf die Dauer werde die wenigen Initiatoren müde und müde, weil sie keine Unterstützung finden!“ Dabei sei, wie Engelke feststellte, das Erwachsenenbildungswesen äußerlich intakt; aber ohne Kurgäste seien die Einrichtungen zum Tode verurteilt!

OKD Seidel stellte namens des Kreises Blankenburg fest, daß die Mittel für eine Verbesserung der äußeren Schulverhältnisse in Braunlage bereitstehen und wartet auf die Initiative des Braunlager Rats. Kubel dazu: „Ich kann die Braunlager Räte verstehen, wenn sie zögern, solange keine klare Konzeption vorliegt!“

Über das in der Einladung angekündigte Problem „Strukturverbesserung des Wahlkreises 32“ wurde nicht gesprochen. — Ernst Steschulat, auch im Wahlkreis 32 Wahlkampfleiter, hatte das Schlußwort. Der „Wahlkampf aus dem Stand“ stehe für ihn unter dem Motto „Weniger versprechen, mehr halten.“ Das Ziel sei die Mehrheit in Niedersachsen. Die wichtigsten Veranstaltungen: am 26. Mai Bundesarbeitsminister Walter Arendt in Bad Grund, am 10. Juni Bundeskanzler Willy Brandt in Clausthal-Zellerfeld (19.30 Uhr Kurpark oder Stadthalle).

Mitgliederversammlung verschoben

HATTORF. Der Vorstand des FC Merkur Hattorf gibt bekannt, daß die für Sonnabend, 23. Mai, ursprünglich anberaumte Mitgliederversammlung auf Sonnabend, 30. Mai, verschoben wird.

Umsetzer auf dem Lilienberg nahm Probetrieb auf

SIEBER. Die Sieberaner bastelten während des Pfingstwochenendes an den Fernsehantennen auf oder unter den Dächern. Grund der allgemeinen Unruhe war die freudige Nachricht, die sich in Windeseile im Ort verbreitete, daß der Fernsehfrekuensiemitter für das 2. Programm auf dem Kopf des Lilienberges am Freitag um 17 Uhr seine Probeseudungen

Auf die Bemerkung des Zellerfelder Oberkreisdirektors Dr. Frede, daß es zwar eine minimale Bäderzuweisung zur Entschädigung für kommunale Sonderbelastungen in Fremdenverkehrsgemeinden gäbe, nicht aber eine besondere Schlüsselzuweisung, die die Kosten der Vorleistungen in Erholungsgebieten, die sich wirtschaftlich nicht niederschlagen, deckt, hatte Alfred Kubel zwei Antworten zur Hand: „Der Fremdenverkehr ist ein Wirtschaftszweig, der nicht nur ausgibt, sondern auch einnimmt!“ und den Trost: „Die Finanzkraft der Harzer Gemeinden wird sich wesentlich verbessern, wenn für vermietete Betten keine Gewerbesteuer mehr bezahlt wird.“ — Diese beiden Äußerungen dürften nicht nur im Wahlkampf, sofern einer stattfindet, sondern auch danach im Harz noch einige Bewegung auslösen.

Mitspracherecht über Harzwasser

Daß es auch in der Landesregierung fortschrittliches Denken gibt, erhärtete sich in der Stellungnahme des designierten Ministerpräsidenten zum Thema: Harz und Harzwasserwerke. Während sein Amtsvorgänger den Berichterstatter vor wenigen Jahren in für seine landesväterliche Art ungewöhnlicher Weise angriff, weil er ein Mißtrauensvotum gegen die Harzwasserwerke in dem Ansinnen sah, die Harzgemeinden oder Kreise über Verwendung und Kosten „ihres“ Wassers bestimmen zu lassen, sprach Alfred Kubel jetzt in Altenau gelassen aus: Den Harzgemeinden muß ein Einspruchsrecht zugebilligt werden. Für ein Körperschaft des öffentlichen Rechts denkbar Wirtschaftsunternehmen ist die Form einer ungeeignet. Ich würde am liebsten eine GmbH bauen, in der auch in der Hauptversammlung die Harzkreise beteiligt wären!“ — Diese Äußerung fiel auf den Protest hin, daß die Großstädter für Harzwasser weniger bezahlen als die Harzer.

lung im fehlenden Kooperationswillen der benachbarten Schulen, in den Kreis- und Regierungsgrenzen mit allen Planungs- und Kompetenzfragen. Er kritisierte das Nebeneinander der Realschulen von Braunlage, St. Andreasberg und Bad Lauterberg, die Mittelpunktschulplanungen in Walkenried neben Bad Sachsa, verschwieg aber auch nicht, daß „im eigenen Haus Probleme bestehen“ (die

Sind die Harzer Kultur muffel?

Zwischen Ironie und mildem Zorn deutete Minister Kubel seinen Unmut darüber an, daß es den Schulen nicht gelungen sei, Bürger zu erziehen, die sich aus freien Stücken für Kultur und Bildung weiterinteressieren. „Ich wünsche mir von den Harzern ein höheres Maß an Bereitschaft, kulturelle und bildende Dar-

aufgenommen habe. Offiziell wird die Anlage erst in 14 Tagen ihrer Bestimmung übergeben werden, aber bis dahin werden die Sieberaner Fernsehteilnehmer ihren Apparaten keine Ruhe gönnen und versuchen, das so lange ersehnte zweite Programm, das übrigens auf Kanal 47 ausgestrahlt wird, möglichst lupenrein auf den Bildschirm zu zaubern.

Grübmeyers Behauptung: Eine Gruppe von Verwaltungsbeamten trifft Entscheidungen, die eigentlich den Politikern zusteht, setzte Kubel ein schlichtes: Das ist falsch! entgegen. Und etwas ausführlicher behandelte er den Unterschied des Übertritts von Wehner zur SPD und von Hass zur CDU. Er knüpfte daran ein auch in Saarbrücken erhärtetes totales Bekenntnis zum Godesberger Programm: Es gibt keinen Rückfall in reaktionäre sozialistische Vergangenheit. Sozialismus ist eine ethische Forderung!

Schulen — Grenzen — Planungen

Oberstudienrat Engelke, Braunlage, gab einen interessanten Situationsbericht über Lage, Möglichkeiten und Sorgen im Bildungswesen am Zonenrand. Danach gibt es im Landkreis Zellerfeld keine Schulraumsorgen. Das ist einerseits eine Folge kluger Bauplanung, andererseits eine Folge des Bevölkerungsschwunds. Im Kreis Blankenburg entsteht wie in Zellerfeld eine Kreismittelpunktsonderschule (Walkenried). Raumbedarf und



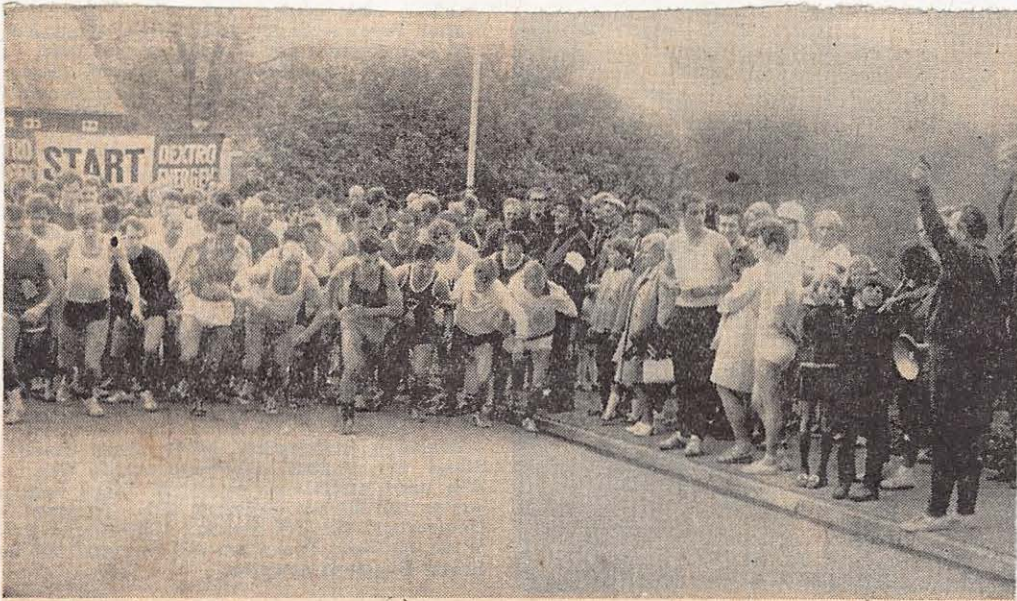
BEIM VOLKSLAUF in St. Andreasberg wurden über 1000 Teilnehmer gezählt.

*Juni/ Juli
1970*



PROMINENTESTER TEILNEHMER war der „Held von Augsburg“, Ludwig Müller (rechts), im Gespräch mit dem Schirmherrn der Veranstaltung, Bürgermeister Werner Grübmeier. Müller sorgte bekanntlich durch seinen Sieg über 10 000 Meter für den ersten Gesamterfolg in einem Leichtathletik-Länderkampf der Bundesrepublik gegen die Sowjetunion.

Fotos: Carl-Friedrich Ehlers



Bürgermeister Werner Grübmer gibt den Startschuß zum Hauptrennen

1951

Seit Montag
Busfahrplan

ST. ANDREASBERG

Heimat- und Feierabendschau war ein großartiges Erlebnis

ST. ANDREASBERG (zwb). Die Heimat- und Feierabendschau der Naturfreunde wurde von Hildegard Kubel, der Gattin des niedersächsischen Ministerpräsidenten, feierlich eröffnet. Die Ausstellung übertraf alle Erwartungen, sowohl in der Güte und Zahl der gezeigten Gegenstände als auch in der Resonanz unter der Bevölkerung und der Kurgäste. Zur Eröffnungsfeier hatten sich zahlreiche namhafte Persönlichkeiten der Bergstadt eingefunden. Die Folkloregruppe der Naturfreunde untermalte mit ihrem Harzer Liedgut die Feier.

Es herrschte eine recht feierliche Stimmung im Leseraum der Kurverwaltung als Karl Neuse, der Initiator dieser Ausstellung, die Gäste begrüßte. Die Liste der Ehrengäste war lang und reichte von Stadtdirektor Baumgarten, Bürgermeister Grübmer und den Ratsherren, bis zur offiziellen Vertreterin des Landkreises, Frau Hehl, der Gattin des Landratsstellvertreters, und selbstverständlich zur Schirmherrin dieser Veranstaltung, Hildegard Kubel.

Karl Neuse bedankte sich bei allen, die zum Gelingen dieser Schau ihren Teil beigetragen hatten. Und er versprach, daß diese Ausstellung von nun an zur ständigen Einrichtung in der Bergstadt gehören und in jedem Jahr am zweiten Sonntag im August veranstaltet werden soll. Mit dieser Schau wollen die Mitglieder des Touristenvereins ihr aktives Vereinsleben unter Beweis stellen, um zu zeigen, daß sie mehr können, als Wandern und Beerenpflücken.

Hildegard Kubel ging zunächst mit einigen Worten auf das Europäische Naturschutzjahr 1970 und das 75. Jubiläumsjahr des Bestehens der Naturfreunde ein. Es dürfe keine Gelegenheit verpaßt werden zum Umweltschutz und zum Umweltnotstand Stellung zu nehmen, „denn die eigentliche Gefahr für die Menschheit resultiert

nicht so sehr aus den Atomwaffen, sondern vielmehr in der systematischen Vergiftung der Umwelt.“ Der Mensch mache das Wasser untrinkbar, die Luft ungeeignet zum Atmen, und er verwandele die Landschaft in Beton- und Asphaltböden.

An die Naturfreunde gewandt fuhr die Rednerin fort: „Gerade ihre Vereinigung hat während ihres Bestehens so manches, was heute für viele selbstverständlich ist, erkämpfen müssen. Es wird ihnen sicher gelingen, auch dem Umweltschutz ein starkes Gewicht zu geben“.

Nach einer Gesangseinlage der Folkloregruppe schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung unter den sachkundigen Führungen von Fritz Klähn und Karl Neuse an. Das einheitliche Urteil aller Gäste war immer wieder, daß diese Schau bei weitem die vorangegangene Ausstellung übertriffe. Und Karl Neuse hatte wohl mit Recht Grund dazu, auf seine Arbeit sehr stolz zu sein. Was hier gezeigt wurde, war in der Tat ein repräsentativer Querschnitt durch das alte Harzer Handwerk, Oberharzer Freizeitgestaltung und durch die Schätze aus der heimatlichen Erde.

Wer allerdings die lange Tafel, vollgepackt mit Harzer Schrifttum überblickte, konnte wohl kaum glauben, daß diese gewaltige Ansammlung von Büchern nur etwa den zwanzigsten Teil des gesamten Schriftgutes aus dem Harz darstellte. Wundervolle Mineraliensammlungen ließen die Herzen der Liebhaber und Experten immer wieder höher schlagen und sehnsüchtige Blicke auf die Tische fallen. Faszination und Begeisterung herrschten stets an den Ständen der Holzschnitzer. Reges Interesse zogen auch die Plätze von Herta Elsholz, mit ihren Bastelarbeiten, und von Friedel Schmidt, die versuchte, kleine Einblicke in die Kunst des Klöppelns zu geben, an.



Bürgermeister Werner Grübmer während seiner Begrüßungsansprache, in der u. a. auch der Dank für die Durchführung der Tagung in St. Andreasberg zum Ausdruck kam.

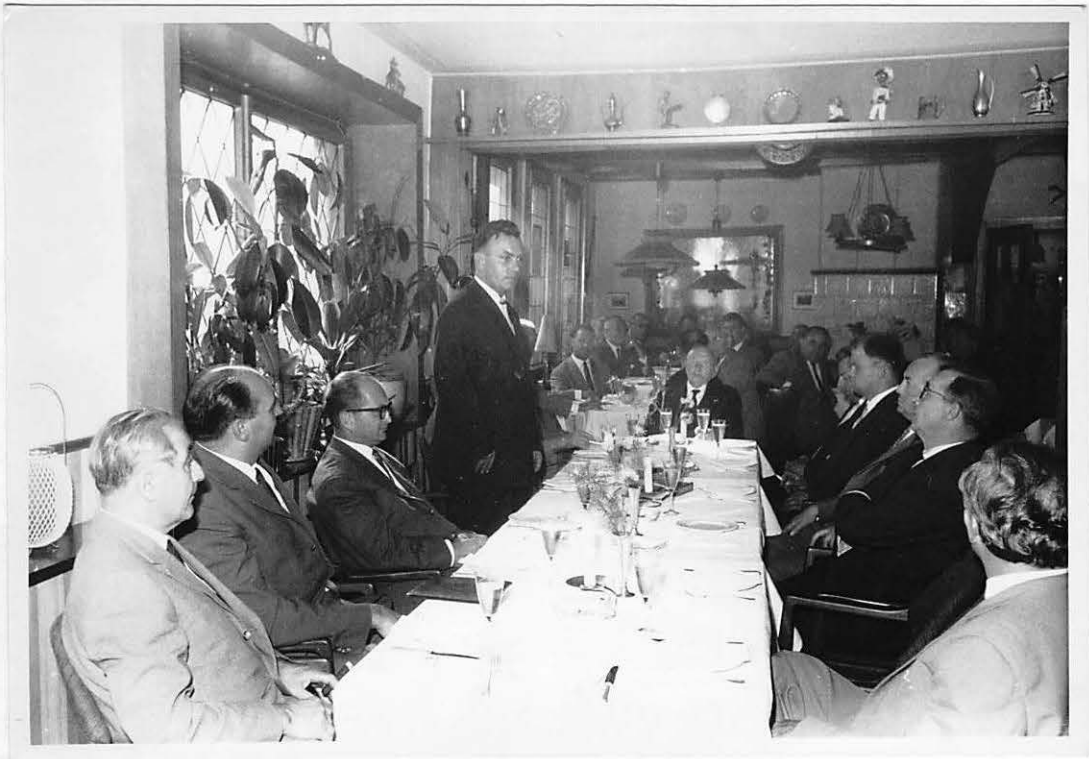
Fotos: A. Humm

August 1970



Erste Kontakte mit Werner Läwen knüpfen hier Bürgermeister Werner Grübmer und Stadtdirektor Baumgarten. AZ-Fotos

1958



Selbstdarstellung

der

Bergstadt St. Andreasberg

1. Geographische Lage

St. Andreasberg mit einem Gemeindegebiet von rund 830 ha liegt im südöstlichen Teil des Landkreises Zellerfeld und wird vom gemeindefreien Gebiet umgeben.

Die Wohnplätze

Sonnenberg	- 6 km -
Oderteich	- 9 km -
Oderbrück	- 12 km -
Oderhaus	- 6 km -
Odertaler Sägemühle	- 9 km -

sind ebenfalls Gemeindegebiet St. Andreasberg.

Die Entfernungen zwischen St. Andreasberg und den Harzgemeinden, die von St. Andreasberg unmittelbar, d.h. ohne eine andere Gemeinde zu berühren, erreichbar sind, betragen von Ortsmittelpunkt zu Ortsmittelpunkt

Clausthal-Zellerfeld	22 km
Altenau	22 km
Riefensbeek-Kamschlacken	20 km
Sieber	10 km
Bad Lauterberg	14 km
Braunlage	13 km
Bad Harzburg	27 km

2. Einwohner

Die Einwohnerzahl beträgt nach dem Stande vom 31. Oktober 1970 lt. Kartei des Meldeamtes

4.086.

Das statistische Landesamt hat die Bevölkerungszahl für St. Andreasberg auf

3.694

nach dem Stande vom 1.6.1970 festgestellt.

Einwohnerzahl und Bevölkerungszahl sind zwei verschiedene Begriffe.

Für die Definition des Begriffes "Einwohner" gilt § 21 NGO, der besagt, daß Einwohner einer Gemeinde derjenige ist, der in der Gemeinde seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt hat.

Die Bevölkerungszahl ist ein statistischer Begriff und ist eine nach bestimmten Kriterien ermittelte Zahl, die je nach Gemeindestruktur mehr oder weniger erheblich von der Einwohnerzahl abweicht.

3. Ortsanwesende Versorgungsberechtigte

Die Ausstattung und die Verwaltungskraft der Bergstadt St. Andreasberg müssen auf eine Personenzahl ausgerichtet sein, die wesentlich höher als die Einwohnerzahl bzw. Bevölkerungszahl ist. Die Vor-

haltung von öffentlichen Einrichtungen ist eine Aufgabe der Hoheitsverwaltung.

Diese Verpflichtung findet keine Einschränkung durch den Umstand, daß die Einwohnerzahl wesentlich von der Zahl der insgesamt zu versorgenden Personen abweicht. Sie ergibt sich aus der Tatsache, daß eine Gemeinde, deren Existenzgrundlage der Fremdenverkehr ist, nicht nach Einwohnern und Gästen bzw. ortsanwesenden Versorgungsberechtigten differenzieren kann.

Die Zahl der Versorgungsberechtigten beträgt:

3.1 Einwohnerzahl gem. Ziffer 2	4.086
3.2 Gästebetten	2.050
3.3 Jugendheimbetten	610
3.4 Bildungsstätten	370
3.5 Bundeswehr und engl. Streitkräfte	350
3.6 Außenbezirke	650
3.7 Wohnwagen und Wochenendhäuser	200
3.8 Eigentumswohnungen	690
	<u>9.006</u>
	=====

Berücksichtigt man neben diesen rd. 9.000 Personen noch die Zahl der Tagesgäste, die z.B. im Winter mit rd. 8.000 nicht zu hoch beziffert ist, und berücksichtigt man außerdem, daß ein Ferienzentrum mit rd. 2.000 Betten geplant ist, wird man sich sehr leicht vorstellen können, welchen Umfang die Grundausrüstung hat und wie qualifiziert die Verwaltungskraft sein muß.

Die Zahl macht deutlich, daß die in St. Andreasberg an die Hauseinsvorsorgende Verwaltung gestellten Ansprüche nicht nach der Bevölkerungszahl oder Einwohnerzahl gemessen werden können.

4. Bauleitplanung

4.1 Flächennutzungsplan

Der derzeit gültige Flächennutzungsplan wurde am 24.3.1966 vom Rat beschlossen und nach Genehmigung durch den Herrn Regierungspräsidenten am 12.8.1966 rechtskräftig.

Zur Zeit wird ein neuer Flächennutzungsplan durch die Freie Planungsgruppe Berlin bearbeitet, der Ende des Jahres 1970 bzw. Anfang des Jahres 1971 in das Genehmigungsverfahren geht.

4.2 Verbindliche Bauleitplanung

4.2.1 Rechtskräftige Pläne:

a) Teichtal/Neufang

4.2.2 Bebauungspläne im Aufstellungsverfahren:

a) Grundstraße

b) Kurpark

4.2.3 Bebauungspläne in der Entwurfsbearbeitung:

a) Sonnenberg

- b) Glückauf-Weg/Matthias-Schmidt-Berg
- c) Camping-Platz
- d) Andreasheim
- e) Gesehr
- f) Jordanshöhe
- g) Hallenbad Knöchel

5. Kommunale, staatliche und sonstige Einrichtungen in der Bergstadt
St. Andreasberg

5.1 Ver- und Entsorgungsanlagen, Einrichtungen der Ortshygiene
sowie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

5.1.1 Trinkwasserversorgung

Grundwasserwerk (3 Tiefbrunnen) zur Versorgung St. Andreasbergs und des Ortsteiles Oderhaus, ausschließlich anderer Ortsteile. Diese moderne Anlage wurde 1964 errichtet. Wasserabgabe im Jahr 1969 = 284.448 cbm.

Zur Versorgung des Ortsteiles Sonnenberg dient ein Grundwasserwerk (Tiefbrunnen), das im Jahre 1962 erbaut wurde. Die Wasserabgabe im Jahre 1969 betrug 4.840 cbm.

5.1.2 Abwasserbeseitigung

Zentrale Kanalisation für St. Andreasberg ausschließlich Gesehr und der zu St. Andreasberg gehörenden Ortsteile.

Kläranlage für 10.000 Einwohnergleichwerte ausgelegt. Die Anlage ist erweiterungsfähig.

Für das Schullandheimgebiet Gesehr und das Internationale Haus Sonnenberg besteht eine besondere Kläranlage, die auf 700 Einwohnergleichwerte ausgerichtet ist.

Im Ortsteil Sonnenberg besteht ebenfalls eine Teilkläranlage, deren Kapazität auf 500 Einwohnergleichwerte ausgelegt ist.

5.1.3 Elektrizitätsversorgung

Eigenbetrieb (Verteilerwerk) der Bergstadt mit einer Abgabe von 5,2 Millionen kWh im Jahr 1969.

Die Versorgung ist durch leistungsfähige Anlagen (20 kV Hochspannungsring und zahlreiche Transformatorenstationen) gesichert.

Die Zuwachsrate bei der Stromabgabe liegt über dem Bundesdurchschnitt.

5.1.4 Müllabfuhr

Die Bergstadt St. Andreasberg gehört dem Müllabfuhr-Zweckverband Oberharz, Sitz St. Andreasberg, an, der die Müllabfuhr in St. Andreasberg, Altenau, Schulenberg, Hahnenklee-Bockswiese und Riefensbeek-Kamschlacken durchführt.

Die Bergstadt St. Andreasberg unterhält einen eigenen Müllplatz.

5.1.5 Verkehrswesen

Zur Personenbeförderung wird die Bergstadt St. Andreasberg mit ihren Ortsteilen von durchgehenden sowie hier beginnenden und endenden Buslinien der Bundespost, der Bundesbahn und der Kraftverkehrsgesellschaft mbH, Braunschweig, bedient.

Die Stadt unterhält einen eigenen Busbahnhof, in dem auch die Dienststelle der Bundesbahn untergebracht ist. Innerhalb des Stadtgebietes und in den Ortsteilen sind etwa 12 Haltestellen eingerichtet.

Stückgutbahnhof ist für St. Andreasberg die Station Odertal von Bad Lauterberg. Der Bundesbahnhof-West in St. Andreasberg wird im Interesse der örtlichen Industriebetriebe noch bedient.

Sonderverkehr ist in den beiden Saisonen durch Reisebürobusse in starkem Maße zu verzeichnen.

In St. Andreasberg sind ferner zwei Reiseunternehmen ansässig, die mit eigenen Fahrzeugen regelmäßige Sonder- und Ausflugsfahrten durchführen.

5.1.6 Straßenwinterdienst

Die Bergstadt St. Andreasberg hat mit dem Straßenwinterdienst eine besonders schwierige Aufgabe zu lösen. Sie hält hierfür vor:

- 1 Unimog-Schneepflug
- 1 Unimog mit Schneepflug oder Vorbaufräse
- 1 Unimog-Schneefräse mit Zusatzmotor
- 1 Unimog-Streufahrzeug
- 1 Holder-Schlepper mit Pflug und Fräse zur Räumung des Fuß- und Wanderwegenetzes
- 2 Handschneefräsen, die überwiegend als Ladefräsen Verwendung finden

Daneben werden je nach Bedarf Lastkraftwagen zum Schneeabfahren und bei extremen Witterungslagen Baumaschinen zur Schneeräumung angemietet.

5.1.7 Freiwillige Feuerwehr

Die Freiwillige Feuerwehr ist mit einem Tanklöschfahrzeug, einem Feuerlöschfahrzeug und einem Kommandofahrzeug ausgerüstet und verfügt über moderne Geräte zur Brandbekämpfung.

5.1.8 Obdachlosenunterkunft

Zur Unterbringung von Obdachlosen verfügt die Bergstadt über zwei Gebäude mit 10 Unterkunftseinheiten.

5.1.9 Friedhof

Die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde unterhält einen Friedhof mit Leichenhalle.

5.2 Schulen und kulturelle Einrichtungen

5.2.1 Volksschule

Der Gesamtschulverband (Bergstadt 70 %, gemeindefreies Gebiet 30 %) unterhält eine 13-klassige und neu errichtete Volksschule mit Turnhalle und technischen Räumen für Nadelwerk, Kochen, Werken, Naturlehre.

5.2.2 Realschule

Die Bergstadt ist Trägerin einer 6-klassigen Realschule.

5.2.3 Erwachsenenbildung

Außenstelle der Volkshochschule des Landkreises Zellerfeld mit einem sehr weit gespannten Angebot. Verschiedene kulturelle Sonderveranstaltungen der Kurverwaltung.

5.2.4 Stadtbücherei

Moderne Freihandbücherei mit etwa 5.000 Bänden und etwa 6.000 Ausleihen im Jahr.

5.2.5 Heimatmuseum

Der Geschichts- und Altertumsverein betreibt in der ehemaligen Silbergrube Samson ein Heimat- und Bergwerksmuseum. Der Trägerverein erhält städt. Förderungen.

5.2.6 Heimat- und Brauchtumsvereine

Zur Pflege des Brauchtums und zur Durchführung von Veranstaltungen existieren Heimat-, Gesangs- und Instrumentalvereine, die ebenfalls städt. Förderungen erfahren.

5.3 Jugend, Sport und Gesundheitswesen

5.3.1 Kindergarten

Es wird von der Stadt ein Kindergarten mit 30 Plätzen unterhalten.

5.3.2 Jugendheim

Für die Jugendgruppen der Vereine steht ein Gruppenraum in einem Gebäude zur Verfügung, in dem auch der Kindergarten untergebracht ist.

5.3.3 Kinderspielplätze

Die Stadt hat im Kurpark und der Gesamtschulverband auf dem Grundstück der Volksschule jeweils Kinderspielplätze angelegt.

5.3.4 Sportanlagen

- 1 Sportplatz
- 2 Turnhallen
- 1 Freibad
- 1 Kleingolfplatz
- 1 Rodelbahn
- 1 Jugendsprungschanze
- 1 Abfahrtspiste am Rehberg

weiter Sportanlagen:

11 Skilifte
(1 Sesselbahn, 1 Sessellift, 9 Schlepplifte)
Träger: 3 Liftunternehmungen

5.3.5 Unfallkrankenhaus

Es ist ein städt. Unfallkrankenhaus mit 18 Betten vorhanden, das vor allem im Winter besondere Bedeutung für die Versorgung der Wintersportverletzten hat.

5.3.6 Krankentransport

In St. Andreasberg ist ein Krankentransportwagen des DRK Göttingen stationiert. Die Bergstadt ist an den Stationierungskosten beteiligt.

5.3.7 Gemeindeschwesternstation

Die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde und die Stadt tragen gemeinsam eine Gemeindeschwesternstation.

5.3.8 Kurmittelhaus mit Sauna

Das städt. Kurmittelhaus gibt medizinische Bäder, Kneipp-Anwendungen, Massagen, Unterwassermassagen, Packungen usw. an Einwohner und Gäste. Im Jahr 1969 wurden dabei 11.200 Behandlungen verabreicht.

5.3.9 Ärzte

Es praktizieren drei Ärzte in St. Andreasberg, von denen zwei die Qualifikationen als Badeärzte haben und einer Belegarzt des Krankenhauses ist.

5.3.10 Zahnärzte

In zwei Praxen sind drei Zahnärzte tätig.

5.3.11 Apotheke

Eine Apotheke versorgt Einwohner und Gäste mit Medikamenten.

5.3.12 Sanatorien

Die Landesversicherungsanstalt der Freien und Hansestadt Hamburg unterhält in St. Andreasberg ein 200-Betten-Sanatorium.

Einige Kassen haben in Privathäusern Betten belegt.

5.3.13 Deutsches Rotes Kreuz

Der Ortsverein des DRK hat eine Bergwacht, die im Winter aus Nachbarorten verstärkt wird.

5.4 Fremdenverkehrseinrichtungen

Neben den bereits erwähnten Einrichtungen, die sowohl von der einheimischen Bevölkerung als auch von den Gästen benutzt werden, sind zu nennen:

1. Städt. Einrichtungen:
Kurpark (ca. 7 ha groß)
Lesesaal (80 Plätze)
Fontänenanlage im Kurpark
ausgedehntes Wanderwegenetz im Sommer und Winter
Kurkapelle (Sommersaison)
2. Sonstige Trägerschaften:
Skistadion Matthias-Schmidt-Berg mit Sommer-
skipiste, künstlicher Schneesportanlage,
Liftkapazität 5.000 Personen/h, Pistenwalz-
geräte.
Präparierte Skipisten an den Lifthängen Sonner-
berg und Gesehr.
Pferdeschlittenfahrten
2 Skischulen
3. Kurverwaltung mit zahlreichen Sonderveran-
staltungen.

5.5 Militärische Einrichtungen

5.5.1 Bundeswehr

Die Bundeswehr unterhält in St. Andreasberg eine Unterkunft (ehemalige Einrichtung der US-Armee) vor allem zur Durchführung der Winterkampfausbildung im Harz.

5.5.2 Britische Streitkräfte

Die britische Rhein-Armee verfügt in St. Andreasberg über ein "Special Trainings-Centre", das ganzjährig betrieben wird, jedoch im Winter seine Höchstbelegungsstärke mit 400 Soldaten hat.

5.6 Staatliche Behörden

5.6.1 Polizeidienststelle

Die zum Polizeiabschnitt Clausthal-Zellerfeld gehörende Dienststelle (S-Station) ist mit 6 Polizeibeamten besetzt und wird an den Wochenenden verstärkt. Diese Polizeistation nimmt auch noch die polizeilichen Aufgaben für die Gemeinden Sieber und Lonau sowie für das gemeindefreie Gebiet wahr.

5.6.2 Forstverwaltung

In St. Andreasberg haben zwei Forstämter mit neun Revierförstereien ihren Sitz.

5.6.3 Postämter

Das Postamt St. Andreasberg hat etwa 20 Bedienstete.

5.6.4 Bundesbahn

St. Andreasberg hat Gleisanschluß und wird von der Bundesbahn sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße angefahren.

5.6.5 Straßenmeisterei

Das Straßenbauamt Goslar hat in St. Andreasberg eine Straßenmeisterei eingerichtet, der vor allem im Winter größere Bedeutung zukommt.

5.6.6 Außenstelle des Gesundheitsamtes

Das Staatliche Gesundheitsamt Zellerfeld unterhält in St. Andreasberg eine Außenstelle, die mit einer Fürsorgerin besetzt ist.

5.6.7 Hilfsstelle des Arbeitsamtes

Das Arbeitsamt Goslar hat in St. Andreasberg eine Hilfsstelle eingerichtet.

5.6.8 Finanzamt - Sprechtag -

Das Finanzamt Herzberg hält in St. Andreasberg regelmäßige Sprech- und Beratungstage ab.

5.6.9 Notar - Sprechtag -

In St. Andreasberg werden regelmäßige Sprechtag von drei Rechtsanwälten und Notaren durchgeführt.

5.7 Geldinstitute

5.7.1 Hauptzweigstelle der Sparkasse des Kreises Zellerfeld mit vier Angestellten und zwei Lehrlingen.

5.7.2 Zweigstelle der Volksbank Bad Lauterberg mit z.Z. noch zwei Bediensteten. Die Zweigstelle erhält z.Z. neue Kassenräume und wird personell verstärkt.

6. Industrie, Handel, Gewerbe

In der Bergstadt St. Andreasberg sind ansässig:

	8	Industriebetriebe
	40	Handwerksbetriebe
	38	Einzelhandelsgeschäfte
rd.	100	Dienstleistungsbetriebe
		<u>davon:</u>
	22	Hotels und Hotel-Pensionen
	38	Gaststätten und Pensionen
	36	Vermieter von Ferienwohnungen
		<u>zusätzlich:</u>
	76	Privatzimmervermieter

7. Verwaltung der Bergstadt St. Andreasberg und des Schulzweckverbandes
- personelle Besetzung -

<u>7.1 Hoheitsverwaltung</u>	<u>Beamte</u>	<u>Angestellte</u>	<u>Arbeiter</u>
7.1.1 Allgemeine Verwaltung	4	9 +	11 +
7.1.2 Krankenhaus	-	5	6 +
7.1.3 Kindergarten	-	2	-
7.1.4 Realschule	-	-	2 +
7.1.5 Schulzweckverband	-	2	7 +
<u>7.2 Kurbetrieb einschl. Badeverwaltung</u>		6	5 +
<u>7.3 Versorgungsbetriebe</u>		6	4
	4	30	35

=====

+ = in diesen Zahlen sind die Teilbeschäftigten enth.

8. Finanzlage

8.1 Haushalt

Gesamtsumme des ordentlichen Haushaltsplanes einschließlich Nachtrag für das laufende Rechnungsjahr

Einnahme	2.614.631,- DM
Ausgabe	3.161.598,- DM
Haushaltsfehlbedarf	546.967,- DM
Fehlbetrag a. Vorj.	232.810,- DM
Fehlbedarf 1970	314.157,- DM
	=====

Die Gesamtsumme des außerordentlichen Haushaltsplanes in
 Einnahme und Ausgabe je

658.622,- DM
 =====

8.2 Allgemeine Deckungsmittel

- Haushaltsplanansätze für das Rechnungsjahr 1970 -

Grundsteuer A	7.500,-	DM		
Grundsteuer B	207.000,-	DM		
Gewerbsteuer	500.000,-	DM		
Sonstige Steuern	16.200,-	DM		
Schlüsselzuweisungen	205.584,-	DM		
Sonderzuweisungen	45.519,-	DM		
Beteiligung Einkommensteuer	340.012,-	DM		1.321.815,- DM
<hr/>				
Saldo Abschnitte 93 und 94			./.	33.959,- DM
Saldo Einzelplan 8			./.	5.180,- DM
<hr/>				
				1.282.676,- DM
abzüglich Kreisumlage	203.752,-	DM		
Anteil Gewerbesteuer-Istaufkommen	200.000,-	DM	./.	403.752,- DM
<hr/>				
Bereinigte allgemeine Deckungsmittel				878.924,- DM
<hr/>				

8.3 Höhe der Realsteuern

Istaufkommen im Rechnungsjahr 1969

Grundsteuer A	Hebesatz 300 v.H.	29.344,52	DM
Grundsteuer B	Hebesatz 400 v.H.	188.942,58	DM
Gewerbsteuer	Hebesatz 300 v.H.	464.798,02	DM
<hr/>			
Summe der Realsteuer-Einnahmen		683.085,12	DM
<hr/>			

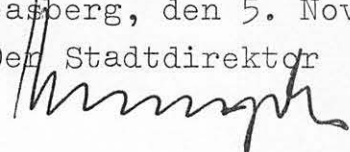
8.4 Verschuldung

Stand 31.10.1970

Gesamtbetrag der Schulden		6.385.033,--	DM
hiervon rentierliche Schulden		5.662.055,--	DM
nichtrentierliche Schulden		722.978,--	DM
Der Schuldendienst für die nichtrentierlichen Schulden beträgt		33,8 %	
der bereinigten allgemeinen Deckungsmittel einschl. des Anteils des Gesamtschulverbandes.			
Von den Gesamtschulden entfallen auf:			
Kämmereischulden		4.569.045,--	DM
Versorgungsbetrieb		1.566.735,--	DM
Kur- und Badebetrieb		249.253,--	DM
<hr/>			
Summe		6.385.033,--	DM
<hr/>			

St. Andreasberg, den 5. Nov. 1970

Der Stadtdirektor



Auch im Harzraum müssen die Bürger Kontakt mit ihren Gemeinden behalten

CDU-Tagung zur Gemeindereform der Harzkreise in Clausthal-Zellerfeld

Zum Thema Gemeindereform nahmen am Mittwochabend in Clausthal-Zellerfeld die CDU-Kreisverbände des Harzraumes Stellung. Sie wurden dazu durch den Diskussionsvorschlag des niedersächsischen Innenministers veranlaßt. Die einhellige Meinung aller Teilnehmer: Bei diesem Diskussionsvorschlag geht es nicht nur um Gemeindezusammenführungen, hier wurde auch die Kreisreform vorweggenommen. Dagegen verwahrten sich vor allem die anwesenden Mitglieder des Innenausschusses ganz entschieden. Außerdem, so formulierte es der Vizepräsident des Landtages, der Abg. Heinz Müller: die besondere Situation der Gemeinden des Harzraumes, bedingt durch die Gebirgslage, erfordert eine sorgfältige Prüfung ihrer Anliegen. Auch im Harzraum müssen die Bürger Kontakt mit ihren Gemeinden behalten.



Landtagsvizepräsident Heinz Müller während seiner Ansprache. Links von ihm Kreisvorsitzender Dr. Leopold und einige der Abgeordneten des Innenausschusses des Niedersächsischen Landtages.

Der Bezirksverband Hildesheim der CDU hatte zu dieser Tagung eingeladen, teil nahmen die Kreisverbände Zellerfeld, Goslar, Bad Gandersheim, Osterode, Duderstadt und Northeim. Gesprächspartner waren fast alle Mitglieder des Innenausschusses des Landtages, soweit sie zur CDU gehören. Es war die Absicht dieser Landtagspolitiker, genau den umgekehrten Weg wie die SPD zu wählen, nämlich nicht die Gemein-

anbietet. In dieser Richtung habe es gerade auch im Harz mutige SPD-Männer gegeben, die nicht bereit sind, der Ansicht von Kubel zu folgen. Sie seien aber, so geschah kürzlich in einer Versammlung des SPD-Ortsvereins Clausthal-Zellerfeld zurückgepfiffen worden und schließlich ihrem Abgeordneten „mit den Händen an der Hosennaht“ gefolgt.

Vizepräsident Heinz Müller stellte in den

Die Vertreter des Kreises Zellerfeld und der Bergstadt Clausthal-Zellerfeld, Kreistagsabgeordneter und Ratsherr Dr. Leopold und Ratsherr Neuroth, begründeten noch einmal die Notwendigkeit der Schaffung eines Großkreises Harz. „Wir wehren uns mit Verbitterung dagegen, was hier geschehen soll“, sagte Dr. Leopold und zitierte Kernsätze aus der Entschließung des Kreistages.

Ratsherr Neuroth berichtete über Besprechungen mit den Gemeinden um Clausthal-Zellerfeld. Unsicherheit bestehe bei vielen Gemeinden deshalb, weil ihr Schicksal noch ungeklärt sei. Bei allen neige man jedoch zu einem Zusammenschluß zu Samtgemeinden. Noch stärker aber sei man davon berührt, daß der Kreis Zellerfeld auseinandergerissen werden soll. Neuroth zeigte die Probleme der möglichen Zusammenschlüsse noch einmal auf.

● In diesem Zusammenhang erscheint bemerkenswert, daß die Vertreter des Landkreises Gandersheim eine Verflechtung der Kurortgemeinde Lautenthal mit Langelsheim als Industriegemeinde nicht für sinnvoll halten, wie andererseits von einem Sprecher des Kreises Osterode dargelegt wurde, daß die Bergstadt St. Andreasberg aufgrund ihrer besonderen Struktur und Entfernung zu den Nachbarstädten eine selbständige Gemeinde bleiben sollte. Die Vertreter von Osterode plädierten für die Kreiszugehörigkeit von Bad Grund zu Osterode.

● Den Standpunkt der Stadt St. Andreasberg hatten sowohl Bürgermeister Grübmeier wie Stadtdirektor Baumgarten noch einmal überzeugend untermauert. Dabei zog Werner Grübmeier auch das Beispiel der Gemeinde Lutter am Barenberge heran, die mit 4600 Einwohnern selbständig bleiben soll. Berechtigt fragte er: „Warum nicht auch die Stadt St. Andreasberg mit über 4000 Einwohnern, die aufgrund ihres Fremdenverkehrs eine Daseinsvorsorge für 10 000 Einwohner haben muß?“ Im übrigen machte sich Grübmeier erneut für die Harzkreisstadt Clausthal-Zellerfeld stark und gab die dringende Bitte an die Mitglieder des Innenausschusses weiter, einen ungeteilten Harz zu schaffen. Die Gründe dafür zählte er nochmals auf

Seiten ver... bei den künftigen Land-
schaft sei am besten bei der Lösung sei,
kreisen aufgehoben, weil das die Lösung sei,
die die größte Beweglichkeit für künftige
Schulentwicklungen lasse.

den von oben her zu Einheitsgemeinden zu verteilen, sondern von unten her zu hören, welche Alternativen sich nach ihrer Auffassung anbieten, so habe es auch einmal in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gestanden, erklärte Heinz Müller.

Unterscheidet sich also schon die CDU von der SPD in dem Weg, wie das Problem gelöst werden soll, so ist der andere entscheidende Punkt, daß die Regierung und damit die SPD im Harz ausschließlich Einheitsgemeinden bilden will, während die CDU den Samtgemeinden den Vorrang gibt, damit ein größeres Mitspracherecht der kleinen Gemeinden erhalten bleibt. Um die Zuständigkeiten selbst regeln zu können, muß man Samtgemeinden bilden. Aber sie sollten auch in finanzieller Hinsicht gleichberechtigt neben den Einheitsgemeinden stehen. „Kommunalpolitik heißt, die Nöte des einzelnen kennen und sie zu lindern suchen.“

Im übrigen meinen die CDU-Vertreter, daß es nicht ratsam sei, Ministerpräsident Kubel in der Ansicht zu folgen, schnell zu handeln, sondern von Fall zu Fall sorgsam zu prüfen, welche Lösung sich nach demokratischen Grundsätzen

Mittelpunkt seiner Betrachtungen eine Erklärung der CDU-Fraktion, die er im Innenausschuß des Landtages am Mittwochmorgen abgegeben hatte und die in der Presse schon behandelt wurde. Müller unterstrich mehrfach den Satz aus dieser Erklärung: „Die in der Absichtserklärung der Landesregierung genannte leitbildgerechte Einwohnerzahl einer Gemeinde in Verbindung mit Fläche und Verkehrserschließung darf nicht nur ein propagandistisches Lockmittel des Innenministers sein.“

Die in der Absichtserklärung festgelegte Formulierung, daß die Entfernung zum Verwaltungsort nicht mehr als 7 bis 8 Kilometer betragen soll, und was die Landesregierung in Wirklichkeit praktiziere, schlage dieser Erklärung jeden Tag neu ins Gesicht. „Wenn man so verfährt, dann ist das der Tod der Selbstverwaltung und die Freiheit der Städte und Gemeinden dahin. Aber gerade das wolle anscheinend die SPD. Wir wenden uns gegen diese sozialistische Art, Kommunalpolitik zu treiben und werden die Unsicherheit im Lande beseitigen.“ Es sei bemerkenswert, daß Ministerpräsident Kubel ausgerechnet den Mann des stärksten Willens für einen Großkreis Harz, OKD Dr. Frede, damit weglockt, daß er Regierungspräsident in Lüneburg werden soll.

Nach dem Referat von Heinz Müller hatten die Vertreter der CDU-Kreise aus der Sicht der verschiedenen Städte und Gemeinden ihre Auffassungen zu den Gemeindegemeinschaften zu äußern, Kritik anzubringen und Vorschläge zu unterbreiten. Dabei war man auch innerhalb eines Kreises durchaus nicht immer der gleichen Auffassung. Darauf kam es aber auch nicht an. Bemerkenswert war immerhin, daß man andere und wie man meint bessere Lösungen zur Hand hatte oder Alternativvorschläge unterbreitete.

Abschließend stellte Heinz Müller fest: „Wir sind bereit, uns weitestgehend nach der Meinung der Gemeinden und Kreise zu richten. Wir wollen, daß die Bürger der Gemeinden — und auch die im Harz — echten Kontakt mit ihren Gemeinden behalten. Der Innenausschuß kommt gar nicht daran vorbei, vor der Einbringung des Sondergesetzes im Landtag mit den Gemeinden des Harzraumes ausführlich zu diskutieren. Ich werde den Antrag stellen, daß der gesamte Innenausschuß dazu mehrere Tage in den Harz fährt.“

-m.

Neue Arbeitsgruppe bei der Regierung

Als Folge der Absicht der Landesregierung, die gebietliche Neugliederung im Rahmen der Verwaltungsreform zunächst auf der Gemeindeebene zu beginnen, bereitet der Niedersächsische Minister des Innern die Neuordnung geschlossener Gesamtträume vor.

Zum Zwecke einer optimalen Mitwirkung bei dieser Phase der Gemeindegebietsreform hat die Regierung Hildesheim eine ständige Arbeitsgruppe gebildet.

Die Leitung der Arbeitsgruppe hat Regierungsvizepräsident Kroemer übernommen, die Geschäftsleitung liegt in den Händen von Regierungsrat Ebeling. Es wirken mit: Leiter der Wirtschaftsabteilung der Regierung, Regierungsdirektor Graf von Hardenberg; Leiter der Forstabteilung der Regierung, Oberlandforstmeister Tägtmeyer sowie die Dezernenten für Kommunalaufsicht, Regierungsdirektor Fischer; Landesplanung, Oberbaurat Rauchbach; Städtebau, Oberbaurat Köster und Schulangelegenheiten, Regierungsdirektor Westphalen. Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe bietet Gewähr dafür, daß bei der Neuordnung alle örtlichen Gesichtspunkte Berücksichtigung finden werden.

Auch im Harzraum müssen die Bürger Kontakt mit ihren Gemeinden

CDU-Tagung zur Gemeindereform der Harzkreise in Clausthal-Zellerfeld

Zum Thema Gemeindereform nahmen am Mittwochabend in Clausthal-Zellerfeld die CDU-Kreisverbände des Harzraumes Stellung. Sie wurden dazu durch den Diskussionsvorschlag des niedersächsischen Innenministers veranlaßt. Die einhellige Meinung aller Teilnehmer: Bei diesem Diskussionsvorschlag geht es nicht nur um Gemeindezusammenführungen, hier wurde auch die Kreisreform vorweggenommen. Dagegen verwahrten sich vor allem die anwesenden Mitglieder des Innenausschusses ganz entschieden. Außerdem, so formulierte es der Vizepräsident des Landtages, der Abg. Heinz Müller: die besondere Situation der Gemeinden des Harzraumes, bedingt durch die Gebirgslage, erfordert eine sorgfältige Prüfung ihrer Anliegen. Auch im Harzraum müssen die Bürger Kontakt mit ihren Gemeinden behalten.



Landtagsvizepräsident Heinz Müller während seiner Ansprache. Links von ihm Kreisvorsitzender Dr. Leopold und einige der Abgeordneten des Innenausschusses des Niedersächsischen Landtages.

Der Bezirksverband Hildesheim der CDU hatte zu dieser Tagung eingeladen, teil nahmen die Kreisverbände Zellerfeld, Goslar, Bad Gandersheim, Osterode, Duderstadt und Northeim. Gesprächspartner waren fast alle Mitglieder des Innenausschusses des Landtages, soweit sie zur CDU gehören. Es war die Absicht dieser Landtagspolitiker, genau den umgekehrten Weg wie die SPD zu wählen, nämlich nicht die Gemein-

anbietet. In dieser Richtung habe es gerade auch im Harz mutige SPD-Männer gegeben, die nicht bereit sind, der Ansicht von Kubel zu folgen. Sie seien aber, so geschehen kürzlich in einer Versammlung des SPD-Ortsvereins Clausthal-Zellerfeld zurückgepfiffen worden und schließlich ihrem Abgeordneten „mit den Händen an der Hosennaht“ gefolgt.

Vizepräsident Heinz Müller stellte in den

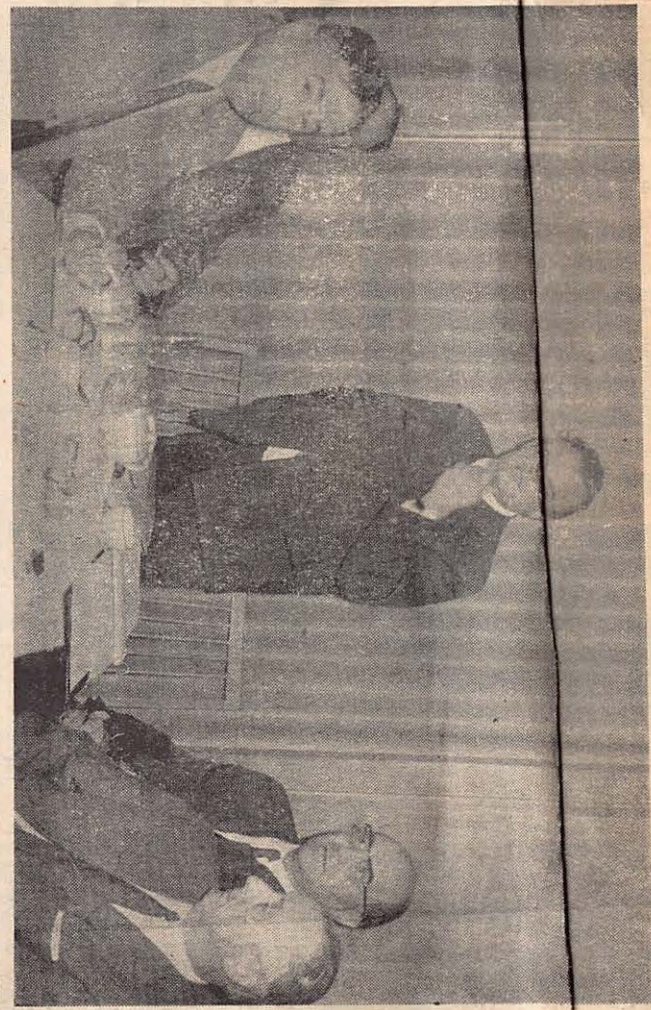
Die Vert
Bergstadt
ordneter u
Neuroth, b
digkeit de
„Wir weh
was hier g
zitierte Ke
Kreistages.

Ratsherr
gen mit de
Unsicherh
halb, weil
allen neig
schluß zu
sei man da
auseinander
die Proble
noch einma

● In die
kenswert,
Gandershei
meinde La
striegeleir
dererseits
rode dargel
reasberg
und Entfern
ständige G
von Oster
keit von Ba

● Den St
hatten sow
Stadtdirekt
gend unter
meyer aud
am Barenb

Die Bastion des Oberharzes verteidigten Bürgermeister Werner Grübner (stehend), rechts von ihm Stadtdirektor Baumgarten (beide St. Andreasberg, Kreisstabsabgeordneter Wahle und links: Ratsherr J. Neuroth und (halbvorderst) Ratsherr Bemann.



selbständig bleiben soll. Berechtigt fragte er: „Warum nicht auch die Stadt St. Andreasberg mit über 4000 Einwohnern, die aufgrund ihres Fremdenverkehrs eine Daseinsvorsorge für 10 000 Einwohner haben muß?“ Im übrigen machte sich Grübner erneut für die Harzkreisstadt Clausthal-Zellerfeld stark und gab die dringende Bitte an die Mitglieder des Innenausschusses weiter, einen ungeteilten Harz zu schaffen. Die Gründe dafür zählte er nochmals auf.



Bergstadt St. Andreasberg (Oberharz)
HEILKLIMATISCHER KURORT UND ÄLTESTER WINTERSPORTPLATZ
600-730 m – Sportgebiet bis 894 m N N

Akt-Z.: I a - B/Schl

3424 St. Andreasberg, den 17. November 1970

Postfach 40

Fernruf 109, 187 (Vorw.-Nr. 055262)

An den Herrn
Niedersächsischen Minister des Innern

H a n n o v e r

über den

Landkreis Zellerfeld

Clausthal-Zellerfeld

Betr.: Gemeindereform

Bezug: Erlaß des Herrn Niedersächsischen Minister des Innern vom
7.10.1970 - III/1 - 315 180/260 -

Der Rat der Bergstadt St. Andreasberg lehnt den von dem Herrn Regierungspräsidenten in Hildesheim und dem Herrn Verwaltungspräsidenten in Braunschweig erarbeiteten Diskussionsvorschlag für die Neugliederung der Gemeinden im Raum Harz aus folgenden Gründen

ab.

- 1) Die Ausstattung und der Aufgabenbestand der Bergstadt St. Andreasberg entsprechen dem Leitbild der Gemeinden.
Die Bergstadt St. Andreasberg ist einer Gemeinde mit 9.000 Einwohnern gleichzustellen, da sie für diese Personenzahl Daseinsvorsorge zu treffen hat.
- 2) Die Verwaltungskraft ist ausreichend, um den Ansprüchen einer zeitgemäßen Daseinsvorsorge zu genügen und die Aufgaben der Bauleitplanung wahrzunehmen.

- 3) Der Anspruch auf das Recht der Selbstverwaltung einer in sich geschlossenen und mit keiner anderen Gemeinde zusammenwachsenden Gebietskörperschaft, die in der Lage ist, ihre Aufgaben zu erfüllen, muß respektiert werden.
- 4) Dem Ziel der Reform, die Selbstverwaltung als Träger örtlicher Verwaltungsaufgaben zu stärken, die Verwaltung dem Bürger näher zu bringen und die örtliche Gemeinschaft als Raum für die eigenverantwortliche örtliche Erfüllung der ortsbezogenen Aufgaben durch ihre Einwohner und als demokratisches Integrationsfeld zu bewahren, wird durch diesen Diskussionsvorschlag nicht Rechnung getragen.
- 5) Die Auflösung der Landkreise Zellerfeld und Blankenburg und die "vorläufige Zuordnung" der Gemeinden zu bestehenden Kreisen widerspricht der Absicht der Landesregierung, die Kreisreform erst 1974 einzuleiten.
- 6) Der Fortbestand des gemeindefreien Gebietes ist durch keine erkennbaren Notwendigkeiten gerechtfertigt und muß daher als unbegründet angesehen werden.

Zur Begründung dieser ablehnenden Haltung wird als Anlage eine Selbstdarstellung der Bergstadt St. Andreasberg überreicht, die beweist, daß die Einwohnerzahl keine Aussagekraft über die Ausstattung, den Aufgabenbestand und die Verwaltungskraft einer Fremdenverkehrsgemeinde hat.

Unter Bezugnahme auf diese Anlage werden die unter lfd. Nr. 1 - 6 aufgeführten Gründe wie folgt erläutert:

- 1.1 Die Ausstattung der Bergstadt St. Andreasberg mit öffentlichen Einrichtungen entspricht schon jetzt der Ausstattung einer Gemeinde, die nach den Zielen der Reform die örtlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge eigenverantwortlich zu erstellen hat.
- 1.2 Die vorhandenen sonstigen Einrichtungen, die Anzahl der Handels- und Dienstleistungsbetriebe, die Anzahl der Polizei- und Postbediensteten, die gesamte Struktur der Bergstadt St. Andreas-

berg also, machen deutlich, daß eine ausschließliche Beurteilung St. Andreasbergs nach der Einwohnerzahl falsch ist.

- 1.3 Einwohnerzahl, Ausstattung, Verwaltungskraft, Aufgabenstellung, geographische Lage, Topographie und Klima sind Merkmale, die bei Reformüberlegungen berücksichtigt werden müssen, da nicht nur die Einwohnerzahl allein entscheidend für die Selbständigkeit einer Gemeinde ist.

Die entwickelten Zielvorstellungen können nicht als Abstraktion verstanden werden, sondern sind vielmehr auf die spezifischen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden, deren Struktur und den Bedürfnissen ihrer Einwohner zu modifizieren.

Die Landesregierung selbst trägt diesen Umständen in ihrer Absichtserklärung Rechnung, indem sie zum Ausdruck bringt, daß in dünnbesiedelten Räumen oder dort, wo andere sinnvolle Zuordnungen sich nicht ergeben, die Einheiten tunlichst nicht unter 5.000 Einwohner aufweisen sollten.

Damit ist gesagt, daß auch Gemeinden bestehen bleiben oder gebildet werden können, die weniger als 5.000 Einwohner haben.

Als Beispiel für die so verstandenen Zielvorstellungen mag die im Nordwesten des Harzraumes vorgesehene Einheitsgemeinde mit 5.100 Einwohnern gelten, deren Aufgaben auf gar keinen Fall höher eingeschätzt werden können, als die Aufgaben, die schon jetzt und immer von der Bergstadt St. Andreasberg erfüllt werden

- 1.4 Die Absicht, St. Andreasberg mit Bad Lauterberg als Einheitsgemeinde zusammenzuschließen, steht im Widerspruch zur Absichtserklärung, da dieser Zusammenschluß in einem dünnbesiedelten Raum nicht als sinnvoll angesehen werden kann.

Der Diskussionsvorschlag erweckt den Eindruck einer Schematisierung, da offensichtlich nur Einwohnerzahlen, nicht aber das Gesamtbild der Bergstadt St. Andreasberg berücksichtigt wurde. ✓

- 2.1 In der Vergangenheit wurde bereits unter Beweis gestellt, daß die Verwaltung der Bergstadt St. Andreasberg in der Lage ist, die Aufgaben für einen zu versorgenden Personenkreis von ca. 9.000 zu erfüllen. ✓

Die Verlagerung von Zuständigkeiten auf die Gemeinden wird für die Verwaltung keine Schwierigkeiten mit sich bringen, da die Qualifikation der Bediensteten und eine moderne Büroausstattung - elektronischer Buchungsautomat für Stadt und Eigenbetriebe, Adrema-Anlage - eine ordnungsgemäße Verwaltungsführung auch in Zukunft gewährleisten.

- 2.2 Die Finanzausstattung der Bergstadt St. Andreasberg ist nicht ausreichend. Obwohl sich die Situation im Laufe der letzten Jahre gebessert hat, ist die Bergstadt auf Bedarfszuweisungen angewiesen.

Durch einen Zusammenschluß mit Bad Lauterberg würde für das Gebiet St. Andreasberg keine Änderung eintreten, da sich sowohl am Aufgabenbestand und an den Einrichtungen als auch an den eigenen Einnahmen nichts oder nichts wesentliches ändern würde. Die Belastung der neuen Gemeinde durch das Gebiet St. Andreasberg würde die Gefahr mit sich bringen, daß das an sich zu fördernde Gebiet vernachlässigt wird. Die Vertretung aus St. Andreasberg in der neuen Gemeinde würde in der Minderheit sein und sich nicht durchsetzen können.

Die finanzielle Schwäche kann aber auch kein Grund sein, die Existenz der Bergstadt St. Andreasberg in Frage zu stellen. Finanzschwäche und Einwohnerzahl einer Gemeinde hängen nicht voneinander ab.

Als naheliegendes Beispiel kann auf die Bergstadt Clausthal-Zellerfeld verwiesen werden, die weder allein noch durch den vorgesehenen Zusammenschluß mit den Bergstädten Altenau und Wildemann und den Gemeinden Schulenberg und Buntenbock in der Lage sein wird, ohne Bedarfszuweisungen auszukommen.

Die Absicht der Landesregierung, die Ortsebene in die Lage zu versetzen, die örtlichen Aufgaben eigenverantwortlich erfüllen zu können, muß auch eine entsprechende Finanzreform beinhalten. Eine solche Reform ist allein schon durch die Verlagerung von Aufgaben erforderlich.

- 2.3 Die sehr wichtigen Aufgaben der Bauleitplanung wurden bisher erfüllt.

Unter Ziffer 4 der Anlage sind Aussagen über bestehende und in Arbeit befindliche Pläne gemacht.

Eine mit Bad Lauterberg gemeinsam zu erstellende Bauleitplanung ist von der Sache her nicht möglich, da weder ein siedlungsmäßiger Zusammenhang besteht noch zu erwarten ist.

St. Andreasberg ist ein in sich geschlossener Siedlungsraum, der auch in Zukunft nicht mit Bad Lauterberg oder einer anderen Gemeinde zusammenwachsen wird.

Auch aus dieser Sicht ist ein Zusammenschluß wenig sinnvoll.

- 3.1 Das vom Grundgesetz garantierte Selbstverwaltungsrecht wäre bei einem Zusammenschluß St. Andreasbergs mit einer anderen Gemeinde nicht mehr gewährleistet.

Wenn auch der Art. 28 Abs. 2 GG weder einen bestimmten Kreis von Aufgaben für die Gemeinden noch die Existenz von Gemeinden überhaupt garantiert, so ist doch die Garantie der Selbstverwaltung für örtliche Gemeinschaften, die in der Lage sind, die Selbstverwaltung auch auszuüben, unantastbar.

- 3.2 Eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren einer Selbstverwaltung ist die örtliche Gemeinschaft.

Diese Voraussetzung ist bei der Bildung einer Einheitsgemeinde mit Bad Lauterberg nicht gegeben.

(Eine in sich geschlossene örtliche Gemeinschaft - St. Andreasberg ist eine solche geschlossene örtliche Gemeinschaft -, die in der Lage ist, die Aufgaben der Selbstverwaltung mit ihrem jetzigen und auch zukünftigen Inhalt zu erfüllen, hat auch den Anspruch, als Selbstverwaltungskörperschaft respektiert und garantiert zu werden.

- 4.1 Die Entfernung zwischen Bad Lauterberg und St. Andreasberg beträgt von Ortsmittelpunkt zu Ortsmittelpunkt 14 km, von den nördlichen Wohnlagen St. Andreasbergs 16 km, vom Ortsteil Sonnenberg 20 km und vom Ortsteil Oderbrück 26 km. Als obere

Grenze der zumutbaren Entfernung von allen Punkten der Ortslage zur Verwaltung und zu den Einrichtungen werden 7 - 8 km angesehen.

Die Entfernung zwischen Bad Lauterberg und St. Andreasberg von 14 und mehr Kilometern macht deutlich, daß, von Ausnahmen - z.B. Schulen - abgesehen, die in der Bergstadt St. Andreasberg vorhandenen Einrichtungen nicht nur bestehen bleiben, sondern teilweise noch ausgebaut werden müssen. Das Bedürfnis der in St. Andreasberg Wohnenden kann nicht durch derartige Einrichtungen in dem zu weit entfernt liegenden Bad Lauterberg befriedigt werden.

- 4.2 Die Bergstadt St. Andreasberg hat bereits in ihrem Bericht vom 23.9.1970 zum Entwurf des Raumordnungsprogrammes für den Bezirk Hildesheim zum Ausdruck gebracht, daß Bad Lauterberg kein Grundzentrum für St. Andreasberg aus den auch in dieser Stellungnahme angeführten Gründen sein kann.

Der auf den Bericht vom 23.9.1970 von Oberbaurat Rauchbach, Regierung Hildesheim, gemachte Hinweis, daß St. Andreasberg nicht für sich selbst ein zentraler Ort sein kann, verliert allein schon aus der Tatsache seine Berechtigung, daß nach dem Diskussionsvorschlag das Grundzentrum Bad Lauterberg mit seinem Nahbereich eine Einheitsgemeinde, also auch ein zentraler Ort für sich selbst, sein soll.

Wenn das möglich ist, muß es auch möglich sein, St. Andreasberg als Grundzentrum für seine zwischen 3 und 12 km entfernt liegenden Ortsteile anzusehen.

- 4.3 Ob Bad Lauterberg Sitz des für St. Andreasberg zuständigen Schulsystems im Sekundarstufenbereich wird, ist bisher nicht geklärt und scheint sehr fraglich zu sein.

Es steht fest, daß in Braunlage ohne die Kinder aus St. Andreasberg ein den Zielvorstellungen entsprechendes Schulsystem im Sekundarstufenbereich (6-zügig) nicht möglich ist. Wahrscheinlich wird sogar nur eine 5-zügige Schule erreicht, wenn außer den Kindern aus Braunlage und Hohegeiß auch die Kinder aus St. Andreasberg in Braunlage beschult werden.

Da in Braunlage eine Sekundarschule sein wird und diese Schule auf die Kinder aus St. Andreasberg angewiesen ist, ist auch die einzige denkbare Gemeinsamkeit mit Bad Lauterberg nicht zu verwirklichen.

- 4.4 Es wird auch nach der Gebietsreform die Notwendigkeit bestehen, bestimmte Einrichtungen vorzuhalten, für die der Zuschnitt der Gemeinden oder gar der Kreise zu klein ist. Man wird auch in Zukunft in Grenzbereichen Einrichtungen vorhalten müssen, die einem Personenkreis aus verschiedenen Verwaltungseinheiten zur Verfügung zu stehen haben.

Solche Notwendigkeiten sind aber keine Kriterien für einen Zusammenschluß zu Einheitsgemeinden und zur Elimination von leistungsfähigen Selbstverwaltungskörperschaften.

Andere Formen - Samtgemeinden, Zweckverbände, öffentlich-rechtliche und private Vereinbarungen - sind möglich und ausreichend, um gemeinsame Aufgaben erfüllen zu können.

- 5.1 Eine Verwirklichung des Diskussionsvorschlages für die Neugliederung der Gemeinden würde eine automatische Auflösung der Landkreise Zellerfeld und Blankenburg bedeuten und den Erklärungen der Landesregierung, die Kreisreform erst nach 1974 in Angriff zu nehmen, widersprechen.

Der Auflösung der beiden Landkreise auf diesem Wege und die vorläufige Zuordnung der Gemeinden zu bestehenden Landkreisen muß energisch widersprochen werden.

Eine "vorübergehende" Kreiszugehörigkeit ist für alle Beteiligten ein unzumutbarer Zustand, der sich sowohl für die Landkreise als aber auch für die betroffenen Gemeinden - und damit für die Bevölkerung - nachteilig auswirken wird.

- 5.2 Die Bergstadt St. Andreasberg vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß eine Aufteilung des schon durch die Zonengrenze geteilten Harzes abzulehnen ist.

Der Harz hat als Fremdenverkehrsgebiet eine wichtige Aufgabe für die Volksgesundheit zu erfüllen.

Daher ist bei der Neuordnung der Kreise den naturräumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhängen Rechnung zu tragen und der Bildung eines Kreises, in dem dieses Fremdenverkehrsgebiet zusammengefaßt ist, gegenüber anderen Lösungen der Vorzug zu geben.

- 5.3 Der Erlaß vom 7.10.1970 bringt zum Ausdruck, daß die in der Karte dargestellten Grenzlinien keine Gemeindegrenzen sind.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es bei Fehlen von katastermäßigen Anhaltspunkten im gemeindefreien Gebiet schwierig ist, eine Grenze kartenmäßig festzulegen und unter Berücksichtigung von früheren Verlautbarungen, daß die Wasserscheide bzw. die B 242 Grenze zwischen den Kreisen Osterode und Goslar sein soll, muß im Hinblick darauf, daß diese Grenze das Gemeindegebiet der Bergstadt St. Andreasberg wesentlich beeinflusst, auf die Problematik der Grenze in diesem Zusammenhang eingegangen werden.

Das Gebiet Sonnenberg - Oderteich - Rehberg gehört naturräumlich und wirtschaftlich zu St. Andreasberg.

Die wasserwirtschaftlichen Anlagen Oderteich und Rehbergergraben werden ausschließlich für St. Andreasberg vorgehalten, und das gesamte Gebiet ist das wichtigste Skigebiet für St. Andreasberg.

Das Gebiet kann und darf keiner anderen Gemeinde als St. Andreasberg zugeordnet werden.

- 6.1 Die Absicht, das gemeindefreie Gebiet bestehen zu lassen und lediglich Teilflächen in Gemeinden einzugliedern, wo Eingliederungen aus Gründen des öffentlichen Wohles geboten erscheinen, muß als unvereinbar mit den Gedanken einer Reform angesehen werden.

Wenn einerseits Selbstverwaltungsorgane auf der Ortsebene gebildet werden sollen, die in der Lage sind, alle öffentlichen Aufgaben für ihre Ebene zu erfüllen, kann man andererseits nicht verstehen, daß die Verwaltung des gemeindefreien Gebietes Harz von fachlich dafür nicht vorgebildeten Bediensteten der Forstverwaltung durchgeführt wird.

- 6.2 Die Auflösung des gemeindefreien Gebietes würde bedeuten, daß für alle Einwohner und Grundstückseigentümer des Gesamttraumes gleiche Rechte, aber auch gleiche Pflichten geschaffen würden. Für die Gemeinde würde die Auflösung eine Stärkung der Steuerkraft bedeuten, obwohl auch nicht zu verkennen ist, daß auch Belastungen durch das größere Gebiet übernommen werden müssen. Die höhere Kreisumlage, der Wegfall der Schulbeiträge und evtl. Straßenbaukosten, die aber nur für die dem öffentlichen Verkehr dienenden Straßen übernommen werden müßten, würden sicher geringere Belastungen mit sich bringen als Vorteile zu erwarten sind.
- 6.3 Die Gemeinden können erst dann ihre Aufgaben umfassend erfüllen, wenn ihnen auch die Planungshoheit nach dem Bundesbaugesetz für das sie umgebende Erholungs- und Sportgebiet zusteht.

Abschließend stellt der Rat fest, daß der Diskussionsvorschlag weder raumpolitischen Zielen noch den Zielen einer Gebiets- und Verwaltungsreform entspricht.

Er steht im Gegensatz zu der von der Landesregierung im Parlament eingebrachten Absichtserklärung, zu den Grundgedanken des Weber-Gutachtens und zu allen bisherigen Verlautbarungen.

In dem Vorschlag sind weder die für St. Andreasberg bestehenden und den Reformgedanken nicht widersprechenden Realitäten noch das Recht der St. Andreasberger Einwohner auf Selbstverwaltung berücksichtigt.

Die viel zitierte Notwendigkeit der Überschaubarkeit, die als notwendig erachtete bürgernahe Verwaltung und das vom Bürger erwartete Engagement für seine Gemeinde werden durch den vorgeschlagenen Zusammenschluß in Frage gestellt.

Der Rat der Bergstadt St. Andreasberg erwartet, daß die dargelegten Gründe berücksichtigt werden und zu einer Abänderung des Diskussionsvorschlages führen.

Bürgermeister

Stadtdirektor



1970/71
Gebietsreform

Diskussionsvorschlag

dagegen Impressionen Kabel zu stecken
und Rabais

basim haben die
Bücher des Buchklaps
nicht mit uns gel
sprechen? Sie waren
zu stecken

Jetzt wird es beunt, dieses Vorschlag zu realisieren
kann allen Gemeinwesen nicht annehmbar

nicht 5.100 E. für Lufte und
Umgebung sondern 4.500

keine ~~öte~~ öte. Gemeinschaft

keine Zusammenwachsen

keine einheitliche Entwicklung

keine Notwendigkeit zu
gemeinsamen
Bauplanung

Ziel Musim: Herrostein Baumart
keine Umänderungen, die später zurückgewonnen
werden müssen
Östliche zu Gundersheim rockeln!!!

1970/71

Gebietsreform

Diskussionsvorschlag

Wesim haben die
Büro des Vorschlags
nicht mit uns
sprechen?

dagegen Empfehlungen Kretzel
und Rabin

Sie waren
zu erhalten

Jetzt sind wir bemüht, diesen Vorschlag zu bestmöglichem
und allen Gegenstandsinhalten exakt nicht annehmbar

Wicht 5.100 E. für Lüttes und
Umgebung werden rd 4.500

keine ~~ö~~ öst. Gemeinschaft

keine Zusammenwachsen

keine einheitliche Entwicklung

keine Notwendigkeit zu
gemeinsames
Bauleistplanung

gedacht Wesim: Herostum Baumart
keine Umänderung, die später zurückgewonnen
werden müssen
Ostsee in Gänders kein wackeln!!!



St. Andreasberger Bürger stellten harte Fragen

„Was gedenkt der Rat zu tun, wenn seine Argumente wider besseres Wissen nicht ernst genommen werden?“

Wir berichteten am Dienstag ausführlich über die Ratssitzung am Montagabend, die sich ausschließlich mit der Gemeindereform befaßte und in der der Rat einstimmig den Diskussionsvorschlag des Innenministeriums, ablehnte. Nach der Ratssitzung fand eine von tiefem Ernst der Bürger getragene Diskussion mit den etwa 200 anwesenden Bürgern statt. Anschließend geben wir einige Punkte daraus wieder.

„Wie ist es möglich, daß die Regierung gegen jede Vernunft handeln will, ist das Absicht“, fragte ein Bürger.

Dazu Stadtdirektor Baumgarten: „Absicht ist es natürlich, aber wir sollten nicht vergessen, daß es sich um einen Diskussionsvorschlag handelt. Diesem Vorschlag liegt die These des Regierungspräsidenten zugrunde, daß aus 500 Gemeinden 35 werden sollen. In diesem Zusammenhang stellt sich jedoch die Frage: „Wozu brauchen wir dann noch Kreise?“

„Ich habe zu danken, daß sich der Rat mit so großer Einmütigkeit gegen den Diskussionsvorschlag und die Absicht der Regierung wendet. Wenn dieser Vorschlag Wahrheit wird, kommt das demokratische Interesse zum Erliegen!“

Dazu Ratsherr Neuse: „Wir wehren uns dagegen, ein Anhängsel von Bad Lauterberg zu werden, weil sich um dieses Gebiet dann niemand mehr kümmern wird. (Beifall der Zuhörer) — Und zur selben Frage Stadtdirektor Baumgarten: Die Partei, von der augenblicklich die Regierung gestellt wird, kann es sich nicht erlauben, ein Gesetz durchzubringen, das von der anderen Seite nicht mitgetragen wird. — Ich glaube, daß man sich unseren Argumenten nicht verschließen kann.“

„Was gedenkt der Rat zu tun, wenn die Argumente der Stadt wider besseres Wissen, dennoch ernst genommen werden?“

Dazu Bürgermeister Grübmeier: „Ich bin sicher, für den Fall, daß solche unmöglichen Fakten in den Raum gestellt werden, werden wir uns entsprechende Maßnahmen einfallen lassen. Wir hoffen aber sehr, durch unsere Argumente überzeugen zu können. Stadtdirektor Baumgarten wies darauf hin, daß ein solches Gesetz verfassungswidrig sein könnte. Bürgermeister und Stadtdirektor nannten dazu die entsprechenden Paragraphen des Grundgesetzes, schränkten aber ein: „Es wäre gut, wenn solche Schritte nicht notwendig sein würden.“

Drei Forderungen kamen aus Kreisen der Jusos: 1. Der Rat sollte unverzüglich Verbindung mit Ministerpräsident Kubel aufnehmen. 2. Es sollte eine Unterschriftensammlung veranlaßt werden. 3. Der Abgeordnete Alfred Kubel sollte Gelegenheit erhalten, seine Meinung vor den Bürgern St. Andreasbergs vorzutragen. „Schließlich“, so wurde hinzugefügt, „sollte Kubel auch von den St. Andreasberger Bürgern gewählt werden. Oder haben wir vielleicht den falschen Mann gewählt? Wäre doch Werner Grübmeier der bessere Vertreter unserer Interessen gewesen?“

Unsere Bilder zeigen links einen Blick in die vollbesetzte Aula der Glückauf-Schule, im Vordergrund einige SPD-Ratsherren, und rechts: Stadtdirektor Baumgarten trägt die Stellungnahme des Rates und der Verwaltung vor.

AZ-Fotos

Stadtdirektor Baumgarten zitierte zunächst Landrat Heinrich Nuhn, der kürzlich gesagt habe: „Wir haben keinen Abgeordneten an den wir uns wenden können“, und dann Alfred Kubels Ausführungen auf der Versammlung des SPD-Ortsvereins Clausthal-Zellerfeld: „Ich verstehe dieses Getöse nicht ... Dieser Vorschlag zur Gemeindereform ist von SPD-Männern eingebracht, mir ist es deshalb unverständlich, daß er von SPD-Männern kritisiert wird.“ Erläuternd dazu Baumgarten: „Bei der bekannt konsequenten Haltung des Ministerpräsidenten ist es sehr fraglich, daß er seine Meinung vor den Bürgern dieser Stadt ändern wird.“ Der Stadtdirektor zitierte aber auch die jüngsten Äußerungen des Abg. Radloff: „St. Andreasberg könnte evtl. selbständig bleiben.“ — Zu Punkt 2 des Fragestellers sagte Baumgarten: „Erst wenn wir tauben Ohren reden, sollte eine Unterschriftensammlung veranlaßt werden, und zu Punkt 3: Nicht die Stadt, sondern die örtliche Parteiorganisation sollte den Abg. Alfred Kubel um ein Gespräch bitten. Diese Meinung wurde auch von Bürgermeister Grübmeier und Ratsherrn Neuse unterstützt.“

Die letzte Frage eines Bürgers blieb im Raum stehen und entließ gewissermaßen alle mit ihren eigenen Gedanken in die dunkle Nacht hinaus: „Wir dürfen nicht leichtgläubig darauf vertrauen, daß St. Andreasbergs Argumente gehört werden. Wir müssen wachsam bleiben, denn man hat uns schon zu viel genommen...“

AZ



Frühjahr
1972

St. Andreasberger Bürger stellten harte Fragen

Unsere Bilder zeigen links einen Blick in die vollbesetzte Aula der Glückauf-Schule, im Vordergrund einige SPD-Ratsherren, und rechts: Stadtdirektor Baumgarten trägt die Stellungnahme des Rates und der Verwaltung vor.

AZ-Fotos



Ministerpräsident gab Beispiel: Gedenkrede in zwei Sätzen

ST. ANDREASBERG (zei). Abschluß und Höhepunkt einer vom Wetter so benachteiligten Jubiläumswoche war der Festabend aus Anlaß des 75. Geburtstages des Ski-Clubs St. Andreasberg im Hotel Glockenberg. Die Reihe der Gäste, die gekommen waren, um dem Geburtstagskind Grüße, Glückwünsche und Geschenke zu überbringen, wurde angeführt von Ministerpräsidenten Alfred Kubel und seiner Gattin. Anlässlich des Festaktes zeichnete der Vorsitzende des Ski-Clubs, Otto Fehlig, Rudolf Alberti, Karl Heinz Baumgarten und Heini Geresser mit der goldenen Ehrennadel des Klubs aus.

Otto Fehlig begrüßte die Gäste und brachte besonders seine Freude über das Erscheinen des Landesvaters, des Schirmherren der Jubiläumswoche, zum Ausdruck, der damit erneut bewiesen habe, daß er auch Interesse und Anteil an den kleinen Begebenheiten seines Bereichs nehme. Weiter begrüßte Fehlig den Vertreter des Landkreises, Dr. Hehl, den Bürgermeister der Bergstadt, Werner Grübmeier, die Vertreter des Rates der Bergstadt, Karl Heinz Baumgarten in seiner dreifachen Funktion als Stadtdirektor, Vizepräsident des Deutschen

Ski-Verbandes und Präsident des Harzer Ski-Verbandes, den Vorsitzenden des Kreissportbundes, den Jugendwart des Kreissportbundes, den Jugendwart gendpfleger, die Vertreter der bergstädtischen Vereine, der Feuerwehr, der Bergwacht und der Schulen sowie die Vertreter der Vereine im Harzer Ski-Verband.

Ehrung ist verdient

In seinem Festvortrag betonte Schulleiter Kurt Schmidt, daß sich das Geburtstagskind die Ehrungen und Glückwünsche sehr wohl verdient habe, und als kleinen Trost für alle Witterungsunbilden, die der Klub im Laufe der Jubiläumswoche hatte hinnehmen müssen, eröffnete der Festredner seinen Rückblick auf das Werden und Wachsen des Skisports und des Ski-Klubs mit einigen Zeilen eines recht passenden Gedichtes. Diese Verse waren eindeutig der Beweis dafür, daß es auch in früheren Zeiten schon reichlich schneelose Winter gegeben haben muß. Nur schade, daß der Redner die Reime nicht bis Ende führen konnte, weil, wie er sagte, er kein passendes Wort gefunden habe, das sich auf Harsch reime.

Dann zur Auflockerung des Programms der Auftritt des Heimatbundes, unter anderen, wie immer, prächtigen Darbietungen auch ein besonderer Gruß an das Geburtstagskind: das Skifahrerlied. Viel Beifall für diesen bunten Strauß echter harzer Folklore, sie sogar Alfred Kubel zum Mitsingen anmierte.

Grüße und Geschenke

„Wann bekomme ich mehr Beifall, wenn ich spreche oder wenn nicht? Da ich hoffe, daß mich der Ski-Club auch zu seinem 100. Jubiläum einlädt, bedanke ich mich heute lediglich und spare mir die Worte für dieses kommende Ereignis — herzlichen Glückwunsch und Ski Heil!“. Das waren die

denen er zu nunmehr bereits fortgeschrittener Stunde rauschenden Beifall erntete. Und Alfred Kubel setzte Maßstäbe mit dieser Kurz-Ansprache, denn fortan gab es nur noch Grüße, Glückwünsche und — natürlich Geschenke.

Dr. Hehl, der Vertreter des Kreises wollte es besonders kurz machen, ihm war selbst der Name „St. Andreasberg“ zu lang, also versetzte er sich mal eben nach Altenau, was allerdings den Protest der Masse hervorrief. Vielleicht, so Werner Grübmeier, war dem Vertreter des Kreises wegen der Samtgemeinde Clausthal-Zellerfeld auch nur der Name „Altenau“ wesentlich geläufiger, denn immerhin wird ja über St. Andreasberg in dieser Beziehung drüben im westlichen Oberharz nicht mehr gesprochen. Nun, Dr. Hehl wußte seinen Gastgeber, den Ski-Club „St. Andreasberg“, mit einem Scheck schnell wieder zu versöhnen.

Bürgermeister Werner Grübmeier überreichte die Grüße und Glückwünsche des Rates der Bergstadt in Form eines Wanderpokals, der alljährlich dem „Sportler des Jahres“ übergeben werden sollte. Der Repräsentant der Bergstadt machte sich sodann zum Sprecher aller Vereine St. Andreasbergs, die ihre Glückwünsche und Gaben dem Geburtstagskind überbringen wollten.

Karl Heinz Baumgarten, als Dreifach-Funktionär besonders reich beladen, übermittelte die Grüße und Glückwünsche der Dachorganisationen, die des Deutschen Ski-Verbandes und des Harzer Ski-Verbandes, verkündete aber auch stolz, daß er sogar noch eine vierte Funktion habe, nämlich die eines Ski-Club-Mitgliedes. Für den DSV überreichte er eine Silberkanne — für den HSV einen Wandteller. Mit wenigen Worten würdigte er noch das hervorragende Abschneiden der harzer jugendlichen Langläufer bei den diesjährigen Deutschen Meisterschaften in Schonach.



EINE KANNE vom DSV — einen Teller vom HSV, das waren die Mitbringsel Karl Heinz Baumgartens zum Festabend des Skiclubs. Otto Fehlig (links) nimmt Glückwünsche und Geschenke entgegen. Clubschatzmeister Trawny steht schon (Bildmitte) bereit, um die Gaben sicherzustellen.



EHRENPLATZ am Ehrentisch für Ministerpräsident Kubel, seine Gattin (v. l.), daneben Ratscherr Schlie. Festredner Kurt Schmidt (rechts) ist sichtlich erleichtert, daß seine Arbeit so erfolgreich getan worden ist.

St. Andreasberg

Montag, 15. März 1971

Dachdeckerhandwerk verlieh A. Kubel goldene Ehrennadel

**Bürgermeister Grübmeyer und Stadtdirektor Baumgarten
mit einem Zinnteller geehrt**





Elke Mittendorf, Siegerin der jüngsten Damen, nimmt Glückwünsche und Auszeichnung von Major Cunningham entgegen.
Foto: Siebeneicher

KREIS ZELLERFELD



BÜRGERMEISTER GRIEBMEYER führte Heinrich Gropengießer in seine neue Aufgabe ein.

27. April 1971

Heinrich Keese
3418 Uslar
Eichhagen 5

Uslar, 6.2.1972

Sehr geehrter Herr Grübmeier !

Vor etwa 4 Wochen erhielt ich Ihren Brief. Die Einweihung der Schule und einige Ereignisse im privaten Bereich haben die Antwort verzögert.

Wir hätten Sie am 15. Januar bei der Einweihung gern bei uns gehabt. Wir, das sind die Kollegen, die Sie kennen. Diesen Kollegen habe ich Ihren Brief vorgelesen und ihnen damit Ihre Glückwünsche zu unserer schönen Schule weitergegeben. Ich habe den Eindruck, daß alle diese Kollegen Ihre "guten Wünsche ertragen" konnten, daß sich alle darüber gefreut haben. Das gilt auch für Herrn Schadt und für die Mitglieder des Schulzweckverbandes.

Das Alt-Kollegium der Eichhagenschule hat mich gebeten, Ihnen für Ihre guten Wünsche zu danken und Ihnen anzubieten, sich die Schule zu einer Ihnen genehmen Zeit anzusehen. Sie können gern auch an einem Sonnabend oder Sonntag von St. Andreasberg herüberkommen, und Ihre Gattin bringen Sie mit. Auch meine Frau lädt Sie beide hiermit herzlich ein. Rufen Sie bitte vorher an (05571/7248).

Die Einweihung der Schule war das große Ereignis im Januar. Wir sind sicher: Viele Besucher haben erkannt, daß das Geld hier gut angelegt wurde und daß es sich lohnt, zugunsten solcher Investitionen auf einen Teil des Wohlstandes zu verzichten. Der beiliegende Zeitungsartikel informiert Sie über manche Einzelheiten.

Die Schule ist fast fertig. Es war für mich eine herrlich aufregende Zeit. Vielleicht ist sie zu groß: 720 Schüler in 24 Klassen, 43 Lehrkräfte. Die zwischenmenschlichen Kontakte sind locker; dennoch ist die Stimmung gut.

Über manche Probleme möchte ich mich gern mit Ihnen unterhalten.

Herzliche Grüße Ihnen und Ihrer Gattin !

The Heinrich und Ingeborg Keese



Werner Grübmeier

St. Andreasberg, 46 Jahre, Oberregierungs-
rat



Karl-Heinz Matzka

St. Andreasberg, 61 Jahre, Hotelier



Helmut Keppler

St. Andreasberg, 43 Jahre, Baufach-
arbeiter



Gunter Klöppelt

St. Andreasberg, 31 Jahre, Angestellter

Erhaltet den Harz!

Vom Zauber der Mittelmeerküsten ist über weite Strecken nichts mehr zu sehen. Die Naturschönheiten werden von ganzen Betonwäldern langweiliger Hochhaushotels verdeckt.

So weit ist es glücklicherweise mit unserem schönen Harz noch nicht gekommen.

Bessere Lösungen, Ferien-Parks behutsam in diese so eigentümliche Landschaft einzufügen, sind aber auch schon versucht worden (Hahnenklee). Denn, daß dieses traditionelle Feriengebiet mit der Entwicklung im Welttourismus Schritt halten muß, ist keine Frage.

Viele Hotel- und Pensionsbesitzer haben die Zeichen der Zeit längst begriffen. „Zimmer mit fließend Wasser“ genügt den Ansprüchen Erholungssuchender nicht mehr. Bäder, Duschen, eigene Schwimmhalle und andere Komforteinrichtungen finden mehr und mehr Eingang selbst in kleine Häuser. Diese Eigeninitiativen aus den Kreisen der ansässigen Bevölkerung gilt es bevorzugt zu fördern. Dadurch wird das Image des Harzes am sympathischsten beeinflusst.



Hans Jürgen Lotz

St. Andreasberg, 32 Jahre, Straßen-
bauingenieur



Hans Mohr

St. Andreasberg, 27 Jahre, Lehrer



Heinz Müller

St. Andreasberg, 49 Jahre, Stadtbrandmeister



Horst Neumann

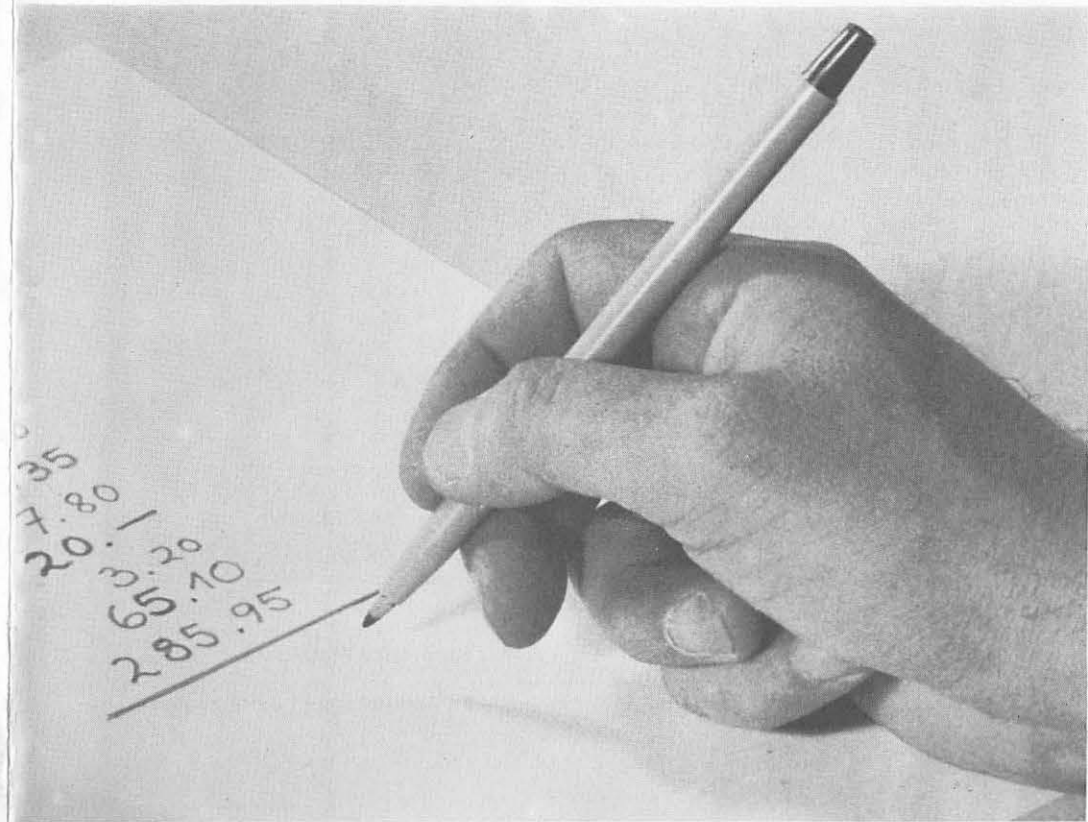
St. Andreasberg, 49 Jahre, Prokurist



Ullrich Wilhelm

St. Andreasberg, 46 Jahre, Ingenieur

Verantwortlich für den Inhalt: Gerhard Quast
für den Druck: CDU-Kreisverband Goslar, Astfelder Str. 42



**... unterm Strich muss es
diesmal wieder stimmen!**

darum CDU

1972

Öffentliche Ratssitzung in St. Andreasberg:

Werner Grübmeier bleibt Bürgermeister der Bergstadt

**SPD-Antrag fand nicht erforderliche Mehrheit — Besonnenheit und Sachlichkeit
Im Brennpunkt: Hallenbad und Glückauf-Sanatorium**

Nur einen kurzen Moment schien es so, als könnten Emotionen und Unsachlichkeiten das stets vorbildliche demokratische Spiel der Kräfte im Rat der Bergstadt St. Andreasberg beeinträchtigen, könnte der Antrag der SPD-Fraktion auf Abberufung des Bürgermeisters eine langjährige gute Zusammenarbeit im Rat vergessen lassen — dann aber kehrten Besonnenheit und Sachlichkeit in die Sitzung des Rates der Bergstadt zurück, und man schritt zur Abstimmung. Das Ergebnis dieser auf Antrag der SPD-Fraktion geheimen Abstimmung: Werner Grübmeier bleibt Bürgermeister dieser Bergstadt! Der SPD-Antrag hatte mit 6 Ja-Stimmen nicht die erforderliche Anzahl von 10 erreicht. (Wir berichten gestern kurz darüber.)

Selten zuvor oder vielleicht noch nie sah man einen solch regen Besuch einer öffentlichen Ratssitzung. Der Lesesaal im Haus des Kurgastes schien aus allen Nähten zu platzen. War es Sensationshunger? Waren es Sympathie- oder Protestkundgebung? Eine genaue Antwort auf diese Fragen wird man kaum erhalten, weil erste Beifallsäußerungen für die Ausführungen des Ratsherrn Huhn vom stellvertretenden Bürgermeister Matzka sogleich unterbunden werden mußten. Eines aber stand fest, der Tagesordnungspunkt 5, der Antrag der SPD-Fraktion auf Abberufung des Bürgermeisters war es, der die Massen angezogen hatte. Dem gegenüber standen alle anderen Beratungspunkte naturgemäß deutlich im Schatten, auch das Schulproblem, das die Bergstadt sonst zur Genüge bewegt.

und Verdienstausschlag der Ratsherren und sonstigen für die Bergstadt ehrenamtlich tätigen Personen.

Bebauungspläne, Straßenreinigungsverordnung, Straßenbaumaßnahmen

Mit Ratsbeschluss vom 25. Februar 1972 war die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das geplante Sportkurzentrum beschlossen worden. Nun lag ein erster Entwurf dieses Bebauungsplanes „Sportkurzentrum Knöchel“ vor, der im Gebiet zwischen Braunlager Straße und „Roter Bär“ Standorte bereitstellen soll für Einrichtungen der Stadt und des Kurbetriebes. Ein Großteil der Träger öffentlicher Belange, so führte Stadtoberinspektor Grogorenz aus, habe bereits von dem Anhörungsverfahren Gebrauch gemacht. Wesentliche Änderungen seien aber bisher nicht verlangt worden. Der Entwurf wurde von beiden Fraktionen als ein wertvolles Planungsinstrument begrüßt.

Mit einiger Verwunderung stellte man aber in diesem Zusammenhang fest, daß das Versprechen maßgeblicher Personen des Landkreises, den geplanten Hallenbadbau in St. Andreasberg mit 200 000 DM zu bezuschussen, bisher noch nicht eingelöst worden sei. Stadtdirektor Baumgarten stellte dazu fest, daß die Bergstadt immer damit habe rechnen können, in den Finanzierungsplan 200 000 DM aus Mitteln des Landkreises einzustellen. Sollte das nun nicht mehr der Fall sein, dann wäre der gesamte Finanzierungsplan bereits im ersten Anlauf gescheitert. Der Rat der Bergstadt faßte auf Grund eines Antrages von Werner Grübmeier folgenden Beschluß: Der Rat der Bergstadt St. Andreasberg habe mit Verwunderung festgestellt,

daß der Landkreis Zellerfeld sein Versprechen, einen Zuschuß von 200 000 DM für den Hallenbadbau bereitzustellen, bisher nicht eingehalten hat. Der Rat richte daher an den Landkreis die dringende Bitte, den Zuschuß in dieser Höhe bereitzustellen und an die Bergstadt zu überweisen.

Weiter beschloß der Rat die Aufstellung eines Bebauungsplanes „Am Kirchplatz“ und die Vergabe des Planungsauftrages an die Freie Planungsgruppe Berlin, um so das Bauvorhaben für ein Sporthotel an Stelle des heutigen Hotels „Deutscher Hof“ zu ermöglichen. Das Ziel dieses Bebauungsplanes ist, die Genehmigungsfähigkeit des Bauvorhabens zu erreichen.

Keine anderen Tatbestände brachte der Beschluß der neuen Straßenreinigungsverordnung mit sich, als den, daß nun den formellen Auflagen der Regierung Rechnung getragen wurde. Beschlossen wurde weiter der Ausbau des letzten Teilstückes der Katharina-Neufang-Straße um den Totenberg. Ein Angebot liegt bereits vor. Die Ausführung soll aber erst dann vorgenommen werden, wenn die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stehen, das heißt, wenn die Anliegerbeiträge eingegangen sind.

Bei aller Brisanz der Tagesordnung dieser öffentlichen Ratssitzung, das, was den Bürger von St. Andreasberg in ganz besonderem Maße interessiert, sind das Hallenbad und die Zukunft des ehemaligen Kurheims „Glück-Auf“, das jedenfalls ergab die öffentliche Diskussion gegen Ende dieser Ratssitzung. Hallenbad und Glück-Auf-Sanatorium, darüber hätte man allzu gern Positives gehört, nur kann auch der Rat in diesen Angelegenheiten derzeit nur auf die Einsicht anderer Gremien hoffen, genau wie alle Bürger dieser Bergstadt.

10. Mai 1972



Ratsherr Klähn begründete den Antrag der SPD-Fraktion so, daß man Bürgermeister Grüb-
meyer einen Brief geschrieben und ihn darin
gebeten habe, den Posten des Bürgermeisters
selbst zur Verfügung zu stellen. Weil dieser
Brief bisher nicht die erhoffte Wirkung gezeigt
habe, sei man zu der Überzeugung gekommen,
mit Hilfe dieses Antrags die Redlichkeit und
Sauberkeit des Rates der Bergstadt beweisen zu
müssen. Das sei man dem Bürger der Bergstadt
schuldig und damit auch dem Wähler.

Dagegen betonte Ratsherr Huhn, daß Werner
Grüb-
meyer noch nicht rechtskräftig verurteilt
sei und daß im übrigen auch der Dienstherr
Grüb-
meyers diesem Mann noch keine Einschrän-
kungen in der Ausübung seines Dienstes auf-
erlegt habe. Huhn stellte fest, daß er auf Grund
der bisherigen loyalen Zusammenarbeit mit der
SPD-Fraktion kein Verständnis für diesen Schritt
der SPD aufbringen könne, zumal die Verdienste
Werner Grüb-
meyers um die Bergstadt einfach
nicht zu übersehen seien. Die Ausführungen des
Ratsherrn Huhn waren es, an denen sich Emo-
tionen und Unsachlichkeiten zu entzünden drohten,
ehe die Ratsherren Büntge und Trawny zur
Besonnenheit und Sachlichkeit mahnten und mit
diesem Appell auch sogleich Erfolg hatten. Ge-
heime Abstimmung wurde beantragt, und dann
stand das Ergebnis fest. Für den Antrag der
SPD-Fraktion hatten 6 Ratsherren mit „Ja“ ge-
stimmt, 3 dagegen, und 3 hatten sich der Stimme
enthalten. Damit war dieser Antrag, der nach
der niedersächsischen Gemeindeordnung eine
 $\frac{2}{3}$ -Mehrheit (mindestens 10 Ja-Stimmen) erfor-
dert hätte, abgelehnt. Werner Grüb-
meyer bleibt
Bürgermeister der Bergstadt St. Andreasberg,
auch wenn er sich derzeit, wie der stellvertre-
tende Bürgermeister Matzka ergänzte, von die-
sem Posten habe beurlauben lassen.

Kompromißvorschlag besteht weiter

Im Punkt 4 der Tagesordnung berichtete
Stadtdirektor Baumgarten über die Verhand-
lungen zur Gründung eines Schulzweckverbandes
Braunlage/Hohegeiß/St. Andreasberg, die
von einer auf Grund eines Ratsbeschlusses aus
dem Vorjahr gebildeten Kommission mit den in
Frage kommenden Institutionen geführt wurden.
Die Gespräche, so der Stadtdirektor, seien von
der ablehnenden Haltung der Schulen und El-
ternschaft in Braunlage und Hohegeiß zum
Kompromißvorschlag der Bergstadt erheblich be-
lastet gewesen. Dieser Kompromißvorschlag sei-
tens St. Andreasbergs, der eine Orientierungs-
stufe in St. Andreasberg so lange vorsehe, wie
in Braunlage noch kein ausreichender Schulraum
vorhanden sei, bestehe noch immer, auch wenn
eine Annäherung von Braunlage und Hohegeiß
überhaupt nicht zu spüren sei. Die Bergstadt
müsse auch weiterhin die folgenden drei Be-
dingungen für die Schaffung einer Orientie-
rungsstufe in Braunlage stellen: a) ausreichen-
den Schulraum, b) ausreichende Anzahl von
Lehrkräften und c) die finanzielle Lösung des
Schülertransports. Von diesen drei Bedingungen
scheine derzeit auf Grund von Landesbeschlüs-
sen allein der Transport gelöst werden können.
Man werde seitens der Bergstadt St. Andreas-
berg aber keine Verhandlungsmöglichkeit außer
acht lassen und hoffe, schon demnächst erneut
mit allen Beteiligten zu einer Gesprächsrunde
zusammenkommen zu können. Auf die finan-
zielle Seite eines möglichen Schulzweckverban-
des angesprochen, meinte der Verwaltungschef
laß darüber noch gar nicht gesprochen worden
sei. Zunächst gelte es, optimale Schulbedingun-
gen zu schaffen, und erst dann könne man sich
auch über die finanzielle Seite unterhalten.

Da die Amtszeit des Schiedsmannes und sei-
nes Stellvertreters abgelaufen war, mußten
beide vom Rat neu bestätigt werden. Änderun-
gen gab es nicht, Dr. Dr. Walder bleibt Schieds-
mann, Manfred Büntge sein Stellvertreter. Einig
war man sich auch über die Aufstellung der
Vorschlagslisten für die Auswahl der Schöffen,
Geschworenen, Jugendschöffen und Jugend-
eschworenen. Bei zwei Stimmenthaltungen
wurde die Liste für die Amtszeit 1973 bis 1974
neu genehmigt. Einstimmig beschlossen wurde
die Änderung der Satzung über Auslagenersatz

Fortsetzung
weiter Vorseite
↓

Die Straßenmeisterei St. Andreasberg

Vielfältige Aufgaben sind zu verrichten

Der Bau von Straßen dient der menschlichen Fortbewegung; so gehört der Straßenbau zu den ältesten Errungenschaften der Menschheit. Ohne Straßen wäre die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Menschen gar nicht möglich gewesen. Aus primitiven Pfaden wandernder Nomaden und aus den Kopfsteinstraßen der mittelalterlichen Städte sind heute länderverbindende Autobahnen, asphaltierte Ortsstraßen und kühne Hochstraßen geworden. Auch die modernsten Beförderungsmittel können die Straßen nicht ersetzen.

Noch vor einigen Jahrzehnten waren die Land- und Stadtstraßen im Oberharz noch relativ einfach und durchaus in der Lage, den derzeitigen Verkehr zu verkraften. Die explosionsartige Verdichtung des modernen Verkehrs machte es auch im Raum von St. Andreasberg notwendig, sich diesen Erfordernissen anzupassen, wobei der ständig steigende Fremdenverkehr eine ausschlaggebende Rolle spielte.

Die gepflegte Straße von heute ist zur Selbstverständlichkeit geworden, und kaum ein Straßenbenutzer macht sich Gedanken, was zur Erhaltung dieser Verkehrsadern notwendig ist. Nur wenn hohe Schneelagen den Verkehr blockieren, rückt die Arbeit einer Straßenmeisterei in das öffentliche Blickfeld. Man schimpft nur zu leicht über Winterschäden der Straßendecke und über schnelligkeitshemmende Sperrungen bei den Straßenbauarbeiten. Das ändert sich, wenn man einmal einen Blick hinter die Kulissen der Straßenmeisterei bekommt.

Die Straßenmeisterei St. Andreasberg hat insgesamt 95 km Straßen zu betreuen. Darin sind die Schützenstraße, die Breite Straße und der Wäschegrund einbezogen. Diese beachtliche Straßenlänge erfordert 18 Arbeitskräfte mit dem entsprechenden Geräte- und Maschinenpark, drei Kombiwagen, einen Lastkraftwagen und einen Unimog.

Sobald die Straßen schneefrei sind, müssen die von Ketten und Spikes abgeriebenen Fahrbahndecken ausgebessert werden. Dazu kommen die Frostschäden. Begünstigt durch die Kapillarität des Bodens, reichert sich in der Frostzone Wasser an. Bei der Eisbildung vergrößert sich das Volumen, wodurch die Straßendecke angehoben wird. Noch erheblicher sind die Tauschäden, welche erst in der Tauperiode eintreten. Die untere Bodenschicht der Frostzone ist dann noch gefroren, während die obere auftaut und durch ihren hohen Wassergehalt ihre Tragfähigkeit verliert.

welche an den Straßen durch Verkehrsunfälle verursacht werden. Dabei können die Straßendecken und Leitplanken beschädigt werden, Wrackteile müssen entfernt werden, und ölige Flüssigkeiten müssen abgestumpft werden.

Die am Straßennetz befindlichen Parkplätze müssen stets in Ordnung gehalten werden und an den Montagen von dem mitgebrachten „Kultur Müll“ der Wochenendbesucher geräumt werden. Der Bau neuer Straßen obliegt Spezialfirmen, deren Bautätigkeit von der zuständigen Straßenmeisterei überwacht werden müssen.

Im Raum Odertalsperre — Erikabrücke sowie Sonnenberg wurden kürzlich die Leitpfosten auf

eine Länge von 4 km mutwillig herausgerissen. Hier sollten Eltern und die Lehrer von den Schulheimen darauf hingewiesen werden, daß solche Beschädigungen den Kraftfahrer durch die nicht mehr vorhandene Seitenführung erheblich gefährden können, und überdies gehen die Wiederherstellungskosten zu Lasten des Steuerzahlers.

Das alte Wanderlied, daß die Straßen zum marschieren da seien, ist heute nicht mehr ganz zutreffend, denn auf den Straßen dominiert der Fahrverkehr, und je mehr sich dieser verdichtet, umso mehr steigen die Forderungen an den Straßenunterhaltungsdienst.

Auf jedem Fall ist zu erkennen, daß von den vielseitigen Aufgaben einer Straßenmeisterei die Schneeräumung nur ein, wenn auch oft sehr aufwendiger Teilbereich ist. Die Erhaltung der Verkehrsflüssigkeit ist für die Fremdenverkehrsindustrie von St. Andreasberg von ausschlaggebender Bedeutung.

E. S.

Im Sommer müssen die Seitenstreifen gepflegt werden, um nicht zu verunkrauten. Eine sehr wichtige Aufgabe ist die Gangbarerhaltung der Wasserleiteinrichtungen, denn hier können Wasserstauungen erhebliche Schäden verursachen. Diese Gefahr besteht in der Schneeschmelzzeit und nach starken Niederschlägen. Auch die Verkehrszeichen müssen durch die zuständige Straßenmeisterei gut sichtbar erhalten werden, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Nach heftigen Stürmen werden oft Soforteinsätze zur Beseitigung von Windwürfen, welche den Verkehr blockieren, notwendig. Dazu gesellen sich oft Schäden,

Zum Ärzte-Problem in St. Andreasberg

Die Stellungnahme der AOK unbefriedigend

Die Allgemeine Ortskrankenkasse, Landkreis Zellerfeld nahm in ihrem Schreiben IV/1-6 vom 10. Juli 1972 Stellung zur ärztlichen Versorgung von St. Andreasberg. Nach dieser Stellungnahme bemühen sich die „Kassenärztliche Vereinigung“, die „Allgemeine Ortskrankenkasse“ und die „Bergstadt St. Andreasberg“, diesen augenblicklichen Engpaß zu beheben, doch seien bisher alle Bemühungen erfolglos geblieben. Doch sei man weiterhin bemüht!

Dazu muß festgestellt werden, daß das kein „augenblicklicher Zustand“ ist! Seit einem Jahr steht fest, daß ein Arzt 1972 in den Ruhestand tritt. Überdies ist schon jahrelang ein Engpaß in der ärztlichen Versorgung an den Sonn- und Feiertagen zu verzeichnen!

Auf den Kern dieser schwerwiegenden Problematik geht die AOK nur unbefriedigend ein. Sie meint: „Für den Fall, daß Sie einen praktischen Arzt in Anspruch nehmen müssen und dazu in St. Andreasberg die Möglichkeit nicht besteht, raten wir Ihnen, einen praktischen Arzt in Bad Lauterberg oder Braunlage aufzusuchen. Wir sind bereit die Fahrtkosten mit einem öffentlichen Verkehrsmittel dorthin zu übernehmen!“

Gerade in dieser Situation liegt der Schwerpunkt. Was geschieht im augenblicklichen Zustand mit den AOK-Mitgliedern, welche zufolge Fieber, Herzanfällen, Gehbehinderungen oder Unfällen nicht transportfähig sind? Kann einem Patienten, welcher in der Unterstadt wohnt zugemutet werden, bis in die Oberstadt zur Bushaltestelle zu laufen? Wie soll ein Kranker die unvermeidlichen Wartezeiten im Busverkehr überstehen? Was geschieht bei Schlechtwetterperioden oder im Winter, wenn hohe Schneelagen den Busverkehr blockieren? In diesen Fällen müßte dem Patienten zumindest ein Taxi zugestanden werden!

In St. Andreasberg gibt es sehr viel ältere AOK-Mitglieder. Besonders die Mehrzahl dieser Mitglieder verfügen über keinen eigenen Pkw.

Auch der Öffentlichkeit ist bekannt, daß es sehr schwierig ist, einen praktischen Arzt zu bekommen. In vielen Fällen scheidet das am Mangel angemessener Wohnmöglichkeit und bei Ärzten mit Kindern sind die hiesigen Schulverhältnisse auf keinen Fall attraktiv. Das sind maßgebliche Gründe, welche eine

Arztniederlassung in St. Andreasberg erschweren.

Zur bevorstehenden Kommunalwahl wurde unter anderem auch das SPD-Mitglied Dr. Becker als Ratsherr nominiert. Im Falle seiner Wahl hat sich dieser die Aufgabe gestellt, sich für die ärztliche Versorgung von St. Andreasberg im Interesse für die Einwohner und Kurgäste einzusetzen!

Wie aus dem Artikel „AOK-Kranker, wohin gehst Du“ vom 10. Juli 1972 hervorgeht, befassten sich der Ortsverein der SPD, die IG Bau-Steine-Erden, die IG Gartenbau und Forstwirtschaft, die Arbeitsgemeinschaft der Jusos, das Ortskartell des DGB und der ÖTV mit diesem Problem, und es ist zu erwarten, daß sich noch weitere anschließen werden. Will St. Andreasberg im Wettbewerb der Fremdenindustrie nicht stagnieren, dann muß die ärztliche Versorgung der Einwohner und der Kurgäste gesichert sein! —

— E. S. —



Aus der

Bergstadt

St. Andreasberg

AOK-Kranker, wohin gehst Du?

Seit dem 1. Juli 1972 steht den AOK-Versicherten nur noch ein praktischer Arzt mit erforderlichen Hausbesuchen zur Verfügung! Ein Arzt im Ruhestand ist für AOK-Versicherte nicht mehr zuständig und der zweite ist zu Hausbesuchen nicht mehr in der Lage.

Das bedeutet für einen großen Teil der Einwohner, besonders für diejenigen, welche keinen Pkw besitzen (und das ist die Mehrheit), aber auch der Kurgäste im Krankheitsfalle, auswärtige Ärzte in Anspruch nehmen zu müssen. Dabei ist kaum anzunehmen, daß auswärtige Ärzte in St. Andreasberg Hausbesuche ermöglichen können. Nicht abzusehen sind die Folgen bei Unfällen oder Massenerkrankungen.

Daß diese Sachlage zu den unterschiedlichsten Gerüchten und nicht immer sachlichen Kritiken führt, ist unvermeidlich und verständlich. Daher hat die Öffentlichkeit ein Recht zu erfahren, wie die ärztliche Versorgung der in erster Linie betroffenen AOK-Versicherten gestaltet werden soll.

Wenn nach St. Andreasberg noch ältere Gäste kommen sollen, so muß die ärztliche Versorgung gesichert sein. Die Fälle im Haus des Kurgastes und Pension Fernblick sind warnende Beispiele.

Unterschriften:

1. Ortsverein der SPD, gez. Kehr
2. IG Bau-Steine-Erden, gez. Wagner
3. IG Gartenbau und Forstwirtschaft, gez./Gätke
4. Arbeitgebergemeinschaft der Jusos, gez. Wemheuer
5. Ortskartell des DGB, gez. Neuse
6. ÖTV-Vorsitzender, gez. Deinhardt

E. S.

Juli 1972

Kassenärztliche Versorgung in St. Andreasberg

In der Ausgabe der „ZA“ vom 17. d. M. wird eine „Stellungnahme der AOK“ veröffentlicht. Hierzu schreibt uns die AOK:

1. Es trifft nicht zu, daß die AOK am 10. 7. 72 eine Stellungnahme zu dem Ärzteproblem abgegeben hat; richtig ist vielmehr, daß der Schreiber der Zeilen (E. S.) den Inhalt eines Antwortbriefes an ein Kassenmitglied für seinen Artikel verwendet hat.

2. Die Sicherstellung der kassenärztlichen Versorgung ist ein sehr ernstes Problem; eine unsachliche und polemische Darstellung ist zur Lösung dieses Problems ungeeignet.

Berichterstätter, die offenkundig selbst entweder nicht ausreichend informiert sind oder aber die Sachlage nicht richtig beurteilen können, sollten durch entstellte Berichte nicht auch noch in gesellschaftspolitische Abstufungen verfallen.

3. Der Mangel an voll einsatzfähigen Ärzten (in St. Andreasberg sind drei Ärzte zugelassen) betrifft nicht nur AOK-Mitglieder; auch Versicherte anderer Kassenarten und Privatversicherte sowie Kurgäste können erkranken und benötigen dann einen Arzt. Die unzureichende ärztliche Versorgung betrifft somit alle Bevölkerungskreise in St. Andreasberg.

In der AOK sind neben den versicherungspflichtigen Arbeitern und Angestellten auch Beamte, Geschäftsleute, Handwerksmeister und Akademiker freiwillig versichert.

4. Die Arztstelle in St. Andreasberg ist bereits im Januar 1971 und danach wiederholt als dringend zu besetzen ausgeschrieben worden; ein Arzt hat sich bisher nicht in St. Andreasberg niedergelassen, obwohl seitens der kassenärztlichen Vereinigung eine Einnahmegarantie für die ersten zwei Jahre zugesichert ist.

5. Ärzte und Zahnärzte haben die gleichen Grundrechte wie andere Staatsbürger. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 23. 3. 1960 ist die Bestimmung über die Besetzung der Arztstellen nach der Verhältniszahl als verfassungswidrig erklärt worden. Mit anderen Worten: jeder Arzt kann frei darüber entscheiden, ob und wo er sich niederlassen will.

6. Es ist bekannt, daß neu zugelassene Ärzte ländliche Bezirke nicht bevorzugen. Um so größer sollte das Angebot an Wohn- und Praxisräumen sein. Hat man bei der Errichtung der Wohnprojekte für die Ärzteschaft im „Wohnpark St. Andreasberg“ daran gedacht?

Schröter, Geschäftsführer der AOK.

Der Leser hat das Wort

Nicht nur Ärztemangel — wo ist der Krankenwagen?

Das Problem der mangelnden ärztlichen Versorgung in St. Andreasberg ist bekannt und oft diskutiert worden. Doch das ist es nicht allein, was einen Bergstädter sorgenvoll in die Zukunft blicken läßt — jetzt fehlt auch plötzlich noch der Krankenwagen!

So geschehen in St. Andreasberg Mitte Juli anno 1972: Mein Sohn verletzte sich beim Rasenmähen am Fuß. Es sah zunächst böse aus. Darum, und weil bei Arbeitsunfällen nun mal das Krankenhaus Braunlage zuständig ist, war ein sofortiger Transport dorthin notwendig. Aber womit? Einen Krankenwagen gab es nicht mehr in St. Andreasberg, der sei jetzt in Clausthal-Zellerfeld stationiert. Was blieb uns also übrig, als hilfreiche Mitmenschen, die mit Personenwagen ausgerüstet sind, in Anspruch zu nehmen. In diesem Fall kein großes Problem! Aber was könnte geschehen bei einem schwierigeren Fall. Wann könnte der Krankenwagen aus Braunlage hier sein, und wann könnte der Verletzte das Krankenhaus erreichen? Einen solchen Gedanken darf man gar nicht zu Ende denken! Muß man also nach St. Andreasberg kommen, um im Notfall verloren zu sein? Quo vadis, Bergstadt und Deine ärztliche Betreuung. —

Heinrich Gropengießer

St. Andreasbergs Ärzteproblem: Lösung zeichnet sich ab

Rat und Verwaltung haben nicht geschlafen — nur: Panikmache hilft nicht

Kein Thema bewegt die Bevölkerung St. Andreasbergs derzeit so, wie die mangelnde ärztliche Versorgung. Viel wurde über dieses Problem bisher geschrieben, noch mehr gesprochen, offen oder hinter vorgehaltener Hand. Bitterkeit, Kritik oder gezielte Vorwürfe waren zu hören — doch Rat und Verwaltung, so schien es, schwiegen. Warum, wollten wir wissen und waren froh, eine Gesprächsrunde mit Bürgermeister Grübmeier, Stadtoberinspektor Grogorenz (als stellv. Stadtdirektor) und, last not least, als fachmännischer Berater, Professor Dr. Poche aus Bielefeld gefunden zu haben, in der dieses Thema von kompetenter Seite erörtert werden konnte. Wir stellten unsere Fragen und erhielten erfreuliche Antworten.

ZfA: Seit mehr als einem Jahr ist erkennbar, daß die ärztliche Versorgung zu Sorgen Anlaß geben würde. Wenn man den verschiedenen Berichten der letzten Wochen Glauben schenken darf, Herr Grogorenz, gewinnt man den Eindruck, daß Rat und Verwaltung diese Frage nicht gerade mit Nachdruck verfolgt haben.

Stadtoberinspektor Grogorenz: Das stimmt eben nicht! Die Bergstadt hat, seitdem die Schwierigkeiten in der ärztlichen Versorgung unserer Bevölkerung offenkundig wurden, sofort Bemühungen angestellt, um die zu erwartenden Lücken zu schließen, zumindest aber Verschärfungen zu verhindern. Es wurden Kontakte aufgenommen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Göttingen, der Ärztekammer, der AOK, dem Staatlichen Gesundheitsamt und nicht zuletzt mit den hier ansässigen Ärzten. Ferner wurden alle persönlichen Verbindungen, auch zu Universitäten genutzt, mit dem Ziel, die zu befürchtenden Lücken von vornherein gar nicht erst aufkommen zu lassen. So wurde zum Beispiel mit der Kassenärztlichen Vereinigung ein Inserat erarbeitet, das im offiziellen Mitteilungsorgan der Deutschen Ärzteschaft kontinuierlich erschienen ist.

ZfA: Sind wir richtig informiert, daß nicht nur etwa die Kommune oder die Krankenkassen, sondern in erster Linie die Kassenärztliche Vereinigung als Körperschaft des öffentlichen Rechts verpflichtet ist, die ärztliche Versorgung sicherzustellen?

Grogorenz: Die Kassenärztliche Vereinigung ist sich ihrer Verpflichtung bewußt. Wir haben gerade mit dieser Institution im größten Einvernehmen gehandelt. Das mögen Sie daraus erkennen, daß der Ärztebedarf für St. Andreasberg von der Kassenärztlichen Vereinigung von vornherein anerkannt worden ist

ZfA: Herr Professor Dr. Poche, Sie haben sich freundlicherweise für diese Gesprächsrunde zur Verfügung gestellt. Dürfen wir die Meinung eines Fachmannes zu diesem Problem hören?

Professor Dr. Poche: Grundsätzlich kann ich die Ausführungen von Herrn Grogorenz nur unterstreichen. Die ärztliche Versorgung der RVO-Kassenpatienten wird durch die Kassenärztliche Vereinigung sichergestellt. Dabei können vorübergehende Engpässe auftreten, was naturgemäß in kleineren Gemeinden eher der Fall sein kann als in größeren Städten. Ein kleiner Ort verfügt nicht über die Kompensationsmöglichkeiten wie ein größerer. Wenn dann der Fall eintritt, daß fast zur gleichen Zeit zwei Ärzte ausfallen, dann wird ein solches Problem eben so deutlich sichtbar. Die Schwierigkeiten, denen sich die Kassenärztliche Vereinigung dabei ausgesetzt sieht, liegen aber auch darin, den richtigen Mann für den richtigen Ort zu finden.

ZfA: Herr Grübmeier, Herr Grogorenz äußerte vorhin die Hoffnung, daß das Problem dennoch gelöst werden könne. Worin sind Ihrer Meinung solche Hoffnungen begründet?

Bürgermeister Grübmeier: Zunächst kann ich dazu sagen, daß wir, nachdem viele Versuche nicht zum eigentlichen Erfolg geführt haben, nun schon seit längeren Wochen mit einem Arzt in Verbindung stehen, der nunmehr die feste Absicht hat, im kommenden Frühjahr eine Praxis in St. Andreasberg zu eröffnen. Das dabei mehrfach angesprochene Wohnungsproblem kann als gelöst betrachtet werden. — Darüber hinaus ist als zusätzliche echte Hilfe die Bereitschaft der Kassenärztlichen Vereinigung und der Landesversicherungsanstalt Hamburg zu sehen, die technischen Einrichtungen

das als Auftakt für einen beginnenden Wahlkampf benutzt werden sollte. Man kann es den politisch engagierten Gruppierungen zwar keinesfalls verwehren, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, diese sollten dann aber den Eindruck vermeiden, als wenn andere Gruppen die Wichtigkeit dieser Angelegenheit nicht sehen würden, bzw. nicht bereit gewesen seien, ihr die nötige Aufmerksamkeit zu widmen. Die ärztliche Versorgung unserer Stadt ist Angelegenheit der gesamten Einwohnerschaft und berührt darüber hinaus auch die Gäste unseres Ortes. Ich halte es darum für dringend erforderlich, daß diese Fragen mit der gebotenen Sachlichkeit und Ruhe angegangen werden, damit man nicht sich abzeichnende Lösungen unnötig stört. Panikmache hilft nicht, das Problem zu lösen.

Das war der Grund des bisherigen Schweigens von Rat und Verwaltung zu dieser Lebensfrage unserer Bergstadt. Lassen Sie mich darum zum Schluß eine Bitte aussprechen: Vertrauen Sie den Bemühungen des Rates und der Verwaltung, und vermeiden Sie alles, was der Sache abträglich sein könnte. Schließlich wird auch eine in sich zerstrittene Stadt kaum einen Anreiz für einen neuen Arzt geben.

ZfA: Lassen Sie uns dennoch eine Frage stellen. Herr Grogorenz, was ist mit dem Krankentransportfahrzeug?

Stadtoberinspektor Grogorenz: Sofort, nachdem mir der Krankenwagenfahrer, Herr Voigt, berichtete, daß das Fahrzeug nach Clausthal-Zellerfeld beordert worden sei, habe ich mich fernmündlich mit der Einsatzleitung in Göttingen in Verbindung gesetzt und wegen des Abzugs des Fahrzeugs protestiert. Herr Kowarz vom DRK erklärte mir, daß in Clausthal-Zellerfeld ein Krankenwagen ausgefallen sei und daß das Andreasberger Fahrzeug vorübergehend dort zur Aushilfe eingesetzt werden müsse. Spätestens zu Beginn der kommenden Woche werde der Krankentransportwagen wieder in St. Andreasberg stationiert sein. Herr Kowarz bat um Verständnis für diese vorübergehende Maßnahme und versicherte, daß das Fahrzeug auch zukünftig in St. Andreasberg zur Verfügung stehen werde.

ZfA: Das Problem Krankenwagen dürfte sich

Anreiz für Interessenten dadurch gegeben wurde, daß Umsatzgarantien versichert wurden.

ZfA: Sie haben zuvor von anderen Verbindungen gesprochen. Welche waren das und wie wurden sie genutzt?

Grogorenz: Wir haben bei jeder Gelegenheit prädestinierten Persönlichkeiten unsere Bitte um Unterstützung vorgetragen. Dabei haben wir insbesondere mit den Ärzten, die hier ihren Zweitwohnsitz haben, Kontakt gehalten und dabei manch wesentlichen Hinweis für Lösungsmöglichkeiten erhalten. Besonders wertvoll stellte sich schließlich die Unterstützung von Professor Dr. Poche aus Bielefeld heraus, der über seine Verbindungen bemüht war, uns zu helfen.

ZfA: Halten Sie all diese Versuche zur Lösung des Problems für ausreichend und setzten diese Versuche vor allem zeitgerecht ein?

Grogorenz: Unsere Bemühungen haben unmittelbar nach Bekanntwerden der ersten Schwierigkeiten eingesetzt. Dabei wurden alle diejenigen Möglichkeiten in Anspruch genommen, die sich uns boten. Bei dieser Gelegenheit muß der Hinweis gegeben werden, daß unsere Schwierigkeiten ein Teil der bundesweiten Engpässe in der ärztlichen Versorgung der Landbevölkerung sind. Der Beruf des Landarztes ist wegen seiner übermäßigen Belastung, die er mit sich bringt, nicht mehr so attraktiv wie in der Vergangenheit. Wir haben von dieser Zeiterscheinung erst heute in dieser Schwere Kenntnis nehmen müssen, weil unsere Ärzte, Dr. Völz, Dr. Krutein und Frau Dr. Schmid-Stumpf durch ihren persönlichen Einsatz sicherlich weit mehr geleistet haben, als das heute üblich ist. Durch den sich abzeichnenden Generationswechsel werden die Probleme jetzt allerdings in aller Deutlichkeit offenbar. Wir sind aber der Hoffnung, daß wir dennoch, bei beharrlicher Verfolgung unserer Bemühungen, das Problem lösen können.

des Klinischen Sanatoriums Renberg der Einwohnerschaft der Bergstadt in Form einer Überweisungspraxis zur Verfügung zu stellen. Die notwendige Voraussetzung dazu war, die Bereitschaft eines der Bevölkerung nicht unbekannt dort tätigen Arztes.

ZfA: Herr Professor Dr. Poche, bitte was bedeutet Überweisungspraxis für die Bevölkerung?

Professor Dr. Poche: Wenn der Hausarzt eine fachinternistische oder eine Röntgenuntersuchung für notwendig erachtet, erfolgte die Überweisung stets zu einem Fachinternisten in Bad Lauterberg, Braunlage, Goslar oder Clausthal-Zellerfeld. Derartige Untersuchungen können nun von dem Fachinternisten und Röntgenologen des Klinischen Sanatoriums Rehberg hier am Ort vorgenommen werden, so daß Fahrten zu Fachärzten für Innere Medizin und Röntgenologie aufgrund dieser neuen Regelung künftig nicht mehr notwendig sind, was ganz sicher eine echte Hilfe für die Bevölkerung darstellt.

ZfA: Es sieht also ganz danach aus, als wären wir der Lösung des Problems jetzt sehr nahe. Herr Grübmeyer, wenn das so ist, warum haben Rat und Verwaltung der Bergstadt dann nicht schon früher in die Diskussion um dieses Thema eingegriffen?

Bürgermeister Grübmeyer: Diese Frage ist relativ einfach zu beantworten. Meiner Meinung nach ist dieses Problem kein Gegenstand der Tagespolitik und schon gar nicht eines,

also inzwischen erledigt haben, die Lösung weiterer Probleme steht kurz bevor. Herr Grübmeyer, wollen Sie Ihre bisherigen Ausführungen noch irgendwie ergänzen?

Bürgermeister Grübmeyer: Eines sollte bei diesem Gespräch auf keinen Fall vergessen werden. Wir alle sind den hier in St. Andreasberg praktizierenden Ärzten Dank schuldig. Wer sich mit dem Problem der ärztlichen Versorgung so auseinandergesetzt hat, wie wir es schon seit längerer Zeit tun mußten, weiß eben, daß es nicht selbstverständlich ist, in Orten wie St. Andreasberg seinen ärztlichen Dienst zu erfüllen. Um so dankenswerter ist es, in welcher aufopferungsvollen Weise unsere Ärzte in der Vergangenheit bis an die Grenzen ihrer physischen und psychischen Belastung auf den Beinen waren. Wir alle haben durch diese Tatsache manchmal vergessen, daß es uns recht lieb ist, privaten Hobbies nachzugehen, am Wochenende von beruflichen Verpflichtungen befreit zu sein und Freizeit wirklich als Freizeit zu betrachten. Diese Selbstverständlichkeiten haben wir ganz offensichtlich unseren Ärzten nicht in jedem Falle zugebilligt. Im Gegenteil, wir haben ihnen über Jahre hinaus zugemutet, tagtäglich für uns da zu sein. Dafür gebührt ihnen unser herzlichster Dank.

ZfA: Wir danken Ihnen allen für dieses Gespräch und hoffen, daß wir mit der Veröffentlichung dieser Worte einiges zur Klärung der Angelegenheit beitragen können. KHS

September 1972

Unser Interview zur Kommunalwahl

FDP wirbt für vertrauensvolle Zusammenarbeit

Dr. Dr. Walder antwortet

Nach den anderen Parteien soll nun heute die F.D.P. — Ortsverband St. Andreasberg zu Wort kommen. Dr. Dr. Walder, der Vorsitzende des Ortsverbandes und Spitzenkandidat auf der F.D.P.-Liste stellte sich freundlicherweise für dieses Gespräch zur Verfügung.



Dr. Dr. Walder antwortet Foto: Stielau

Unsere erste Frage lautete:

Herr Dr. Dr. Walder, die Liste der F.D.P. umfaßt 10 Bewerber um die Rathaussitze. Nach welchen Gesichtspunkten wurden diese von Ihrer Partei ausgewählt?

Dr. Dr. Walder antwortet:

Es sollten Bewerber auf der Liste stehen, die kommunalpolitisch besonders interessiert sind und sich im öffentlichen Leben der Stadt oder beruflich bereits bewährt haben. Weniger kam es uns darauf an, aus den verschiedenen Bevölkerungsschichten lediglich Interessenten auszuwählen.

Wir:

Was soll die Reihenfolge der Bewerber Ihrer Liste aussagen? Möchten Sie, daß die Bewerber in dieser gegebenen Reihenfolge in den Stadtrat einziehen?

Antwort:

Nicht nur die sieben auf der Liste stehenden Parteimitglieder, sondern auch die übrigen Kandidaten waren sich einig darüber, daß nach folgenden Gesichtspunkten verfahren werden sollte:

An die Spitze sollte der Vorsitzende des F.D.P.-Ortsverbandes treten, alsdann sollten die bereits im Rat befindlichen oder früher im Rat gewesenen Bewerber folgen.

Und schließlich die übrigen in alphabetischer Reihenfolge.

Diese Aufstellung bedeutet also kein Werturteil. Wir sind besonders erfreut über die neuen Bewerber, die sich für die Arbeit im Rat zur Verfügung gestellt haben. Der Wähler mag nun entscheiden.

Wir:

Wenn das Wahlergebnis von Ihnen fordert, den Bürgermeister zu stellen, wer würde dann diesen Posten aus Ihren Reihen übernehmen?

Antwort:

Ich bin der Meinung, daß in jedem Falle der Beste unter den gewählten Bürgermeister werden sollte, ganz gleich auf welcher Liste er gestanden hat. Das Urteil hierüber kann natürlich erst nach der Wahl, und zwar allein von den gewählten Ratsherren gefällt werden.

Allerdings darf ich hinzusetzen, daß eine etwaige Kandidatur des bisherigen Bürgermeisters von der F.D.P. nicht unterstützt werden würde.

Wir:

Welches sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Aufgaben, die auf den neuen Rat zukommen werden?

Antwort:

Die F.D.P. hat in zahlreichen Vorbesprechungen die kommunalpolitischen Ziele für St. Andreasberg ins Auge gefaßt und wird das Ergebnis in Form eines Programms gelegentlich einer öffentlichen Versammlung am Donnerstag, dem 12. Oktober 1972, um 20 Uhr, im Kurhotel Schützenhaus, bekanntgeben. Manches ist Allgemeingut aller Parteien, einiges auch neue Gedanken.

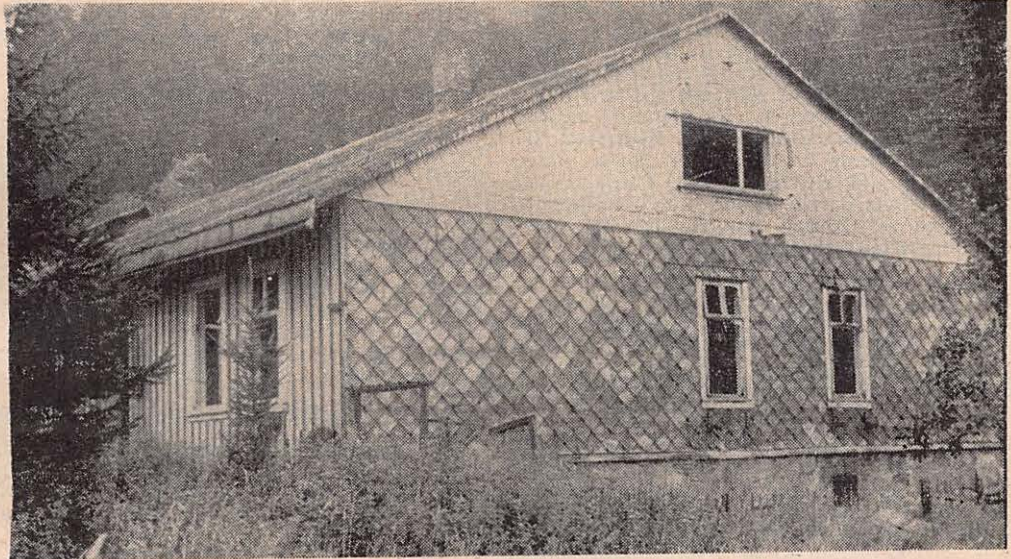
Besonders ist uns daran gelegen, daß bei der künftigen Stadtplanung der Schutz der Landschaft und die Wahrung des Stadtbildes beachtet werden. Vor der Errichtung eines Hallenbades, dessen Inbetriebnahme auf jeden Fall erst nach Jahren möglich sein würde, sollte das Schwimmbad im Kurpark durch eine Heizanlage in seinem Wert erhöht werden.

Diese Ziele und alle weiteren sollten von dem künftigen Rat der Bevölkerung nahe gebracht werden. Keinesfalls darf sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Ein volles Vertrauensverhältnis zwischen Rat, Verwaltung und den Einwohnern ist nach unserer Meinung Voraussetzung für ein gedeihliches Wirken zum Wohle unserer Stadt.

Wir:

Wir danken Ihnen sehr für dieses Gespräch.





Keine Hoffnung für den Rinderstall?

Ein Bild zum Gotterbarmen bietet derzeit der Rinderstall, einst eines der beliebtesten Ausflugsziele zwischen St. Andreasberg und Braunlage. Da ist kein Fenster mehr heil, keine Innen- oder Außenwand mehr unbeschädigt, da wurden selbst aus Türen und Trennwänden Kleinholz gemacht, und da liegen selbst schwere Ofen und Herde zertrümmert in den einstigen Räumen umher. Welch ein Jammer — derweil unzählige Wanderer hier vorüberziehen und sich sehnlichst eine erfrischende Rast wünschen! — Klang da nicht einmal zu Beginn des Jahres einmal Hoffnung an, als sich die Stadtverwaltungen von Braunlage und St. Andreasberg gemeinsam um eine Renovierung und Wiedereröffnung dieses Ausflugslokals zu interessieren schienen?

1972

Bürgermeister Werner Grübmeier antwortet

Gestern veröffentlichten wir den Wahlvorschlag der CDU und zeigten uns über die späte Bekanntgabe der Liste sowie über die etwas eigenartige Reihenfolge auf der Liste verwundert. Bürgermeister Werner Grübmeier, der die Liste der CDU St. Andreasberg anführt, war bereit, uns dazu einige Fragen zu beantworten.

Unsere Frage: Die Wahlvorschläge der SPD und FDP waren der St. Andreasberger Bevölkerung schon seit Wochen bekannt. Warum hat die Gruppe, die sich unter der CDU-Liste zusammengefunden hat, mit der Bekanntgabe ihrer Bewerber so lange gezögert?

Werner Grübmeier: Ihre Frage ist durchaus verständlich — die Antwort ist aber recht einfach und beinhaltet überhaupt nichts Geheimnisvolles. Seit mehreren Wochen, ja, ich kann beinahe sagen, seit Monaten, hat sich eine Gruppe von Andreasberger Bürgern zusammengefunden und Gedanken über die Zukunft dieses Ortes gemacht. Obwohl sich die Gruppe schon seit langem über die Zusammensetzung und Reihenfolge der Liste einig war und sich für eine alphabetische Reihenfolge entschieden hatte, mußte nach dem Kommunalwahlgesetz das Partei-Gremium der örtlichen CDU über jeden einzelnen Bewerber in geheimer Abstimmung die Reihenfolge bestimmen. Das geschah in einer Mitgliederversammlung, die am 11. September dieses Jahres stattfand. Danach aber mußte der Beschluß der CDU der Gruppe mitgeteilt werden, den, zumal er nicht ganz mit den Vorstellungen der Gruppe übereinstimmte. Um es anders zu sagen, es waren ausschließlich wahltechnische Gründe, die zu dieser Verzögerung führten.

Frage: Warum hatte sich die Gruppe für eine alphabetische Reihenfolge entschieden?

Antwort: Dafür gab es im wesentlichen zwei Gründe:

1. Wir waren und sind der Meinung, daß es bei der Kommunalwahl in St. Andreasberg in erster Linie darauf ankommt, qualifizierte Personen für eine sachgerechte Arbeit im Rat der Bergstadt zu gewinnen. Das bedeutet, daß man dem Wähler die Entscheidung, welche Frau oder welchen Mann er im Rathaus zu sehen wünscht, selbst überläßt.
2. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß es in dieser Gruppe keine Wertunterschiede gibt. Auch aus diesem Grunde entschloß man sich zur neutralsten, zur alphabetischen Reihenfolge.

Frage: Wenn wir Ihre Liste jetzt betrachten, dann stellen wir fest, daß eine alphabetische Reihenfolge beim besten Willen wohl kaum noch zu erkennen ist?

Antwort: Da muß ich Ihnen leider widersprechen. Die Kandidaten vom Listenplatz 3 bis 20 sind durchaus in alphabetischer Reihenfolge aufgestellt. Die Listenplätze 3 und 4 sehen die Namen von zwei Damen in alphabetischer Reihenfolge vor. Die Herren folgen ebenfalls in alphabetischer Reihenfolge.

Allerdings hat der einmütige Wunsch der Gruppe keine Berücksichtigung gefunden, weil

das Beschlußgremium der hiesigen CDU auf dem Standpunkt stand, daß der Spitzenkandidat für den Wähler sichtbar an die 1. Stelle und der Vorsitzende der CDU, der überdies 16 Jahre lang im Rat ist, an die 2. Stelle gestellt werden sollte.

Frage: War die Gruppe denn damit einverstanden?

Antwort: Nein — natürlich bedauerte die Gruppe den Beschluß. Aber im Interesse der bisherigen guten Zusammenarbeit und im Hinblick auf die Bereitschaft eines jeden einzelnen der Gruppe, zum Wohle der Bergstadt tätig zu werden, hat sie den Beschluß der CDU akzeptiert. Damit hat die Gruppe schon jetzt vorbildliches demokratisches Verständnis bewiesen.

Frage: Die CDU hat Sie, Herr Grübmeier, als Spitzenkandidat herausgestellt. Heißt das, daß im Falle des Wahlsieges Ihrer Gruppe, Sie automatisch Bürgermeister werden würden?

Antwort: Wissen Sie, die Frage stellt sich heute noch gar nicht. Ich glaube, es würde den Rahmen dieses Interviews sprengen, wenn ich im einzelnen auf die Fragen, die mit meiner Person im Zusammenhang zu sehen sind, eingehen würde. Lassen Sie mich darum für heute Ihre Frage folgendermaßen beantworten: Die Wähler dieser Stadt haben am 22. Oktober die Möglichkeit, die 15 Personen zu bestimmen, die die Ratsarbeit der kommenden vier Jahre zu tragen haben. Ich glaube, daß die Gruppe, in der ich nur ein Kandidat bin, ein gutes Angebot darstellt. Am Abend des 22. Oktobers werden wir wissen, ob dieses Angebot angenommen wurde, und ob die Bevölkerung mir das Vertrauen, das man mir bisher entgegengebracht hat, geben will. Erst danach wird die Gruppe zu bestimmen haben, welche Persönlichkeit aus ihren Reihen sie dem Rat zum Bürgermeister vorschlagen wird.

Frage: Können wir Ihre Antwort auch so verstehen, daß Sie bereit sind, zu gegebener Zeit zu speziellen Wahlaussagen Ihrer Gruppe und Ihrer Person Fragen zu beantworten?

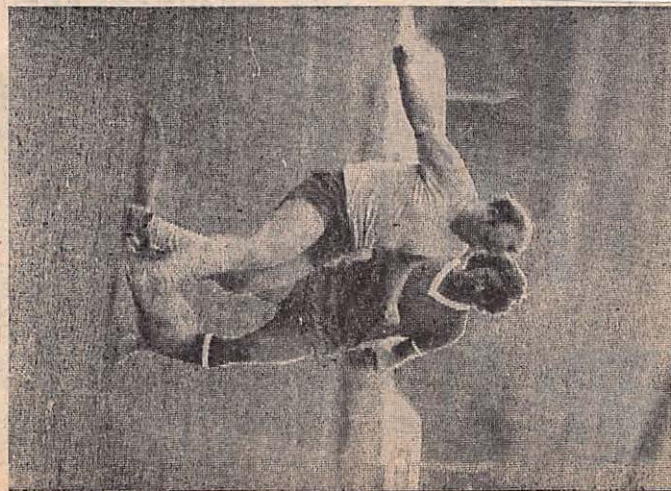
Antwort: Selbstverständlich.

Wir: Wir bedanken uns für das heutige Gespräch und werden in Kürze auf Ihr Angebot zurückkommen.

Für heute dieses erste Interview mit einem der Andreasberger Spitzenkandidaten. Selbstverständlich werden wir auch die anderen Listen zu Wort kommen lassen, genau so, wie wir Bürgermeister Werner Grübmeier in zwei ganz speziellen Fragenkomplexen interviewen müssen. —
I. S.

26. Sept.
1972

Grübmeier in Aktion. — Dann breunt es immer beim Gegner.



3:1 gegen Lautenthal

Unser Interview zur Kommunalwahl

Die SPD-Mannschaft und ihre Ziele

In unserer Reihe „das Interview zur Kommunalwahl“ soll heute die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu Wort kommen. Ihr Spitzenkandidat in St. Andreasberg, Werner Büntge, und der 1. Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, Albert Kehr, stellten sich für unser Gespräch zur Verfügung.

Die „AZ“ fragte: Die Liste Ihrer Wahlvorschläge war die erste, die in St. Andreasberg „stand“. Heißt das, daß der SPD die Auswahl und Reihenfolge der Bewerber um die Sitze im Rathaus besonders leicht fiel?

Albert Kehr: Wir haben uns die Auswahl auf keinen Fall leicht gemacht. In besonderen Arbeitssitzungen wurde auf rein demokratische Weise über jeden Listenplatz der Bewerber abgestimmt. Uns kam es dabei darauf an, unsere Liste als Spiegelbild der St. Andreasberger Bürger anzusehen, und wir meinen, daß uns das mit Hilfe der Vernunft und Einsicht unserer Mitglieder gelungen ist. Unser Wahlvorschlag, den wir den St. Andreasbergern anbieten, ist eine Mischung zwischen Routiniers und aktivem Nachwuchs.

„AZ“: Ist die von der SPD beschlossene Reihenfolge der Bewerber endgültig?

Albert Kehr: Natürlich ist die Reihenfolge unserer Bewerber endgültig. Schließlich wird sie von unseren Mitgliedern — und das sind immerhin 70 an der Zahl — getragen.

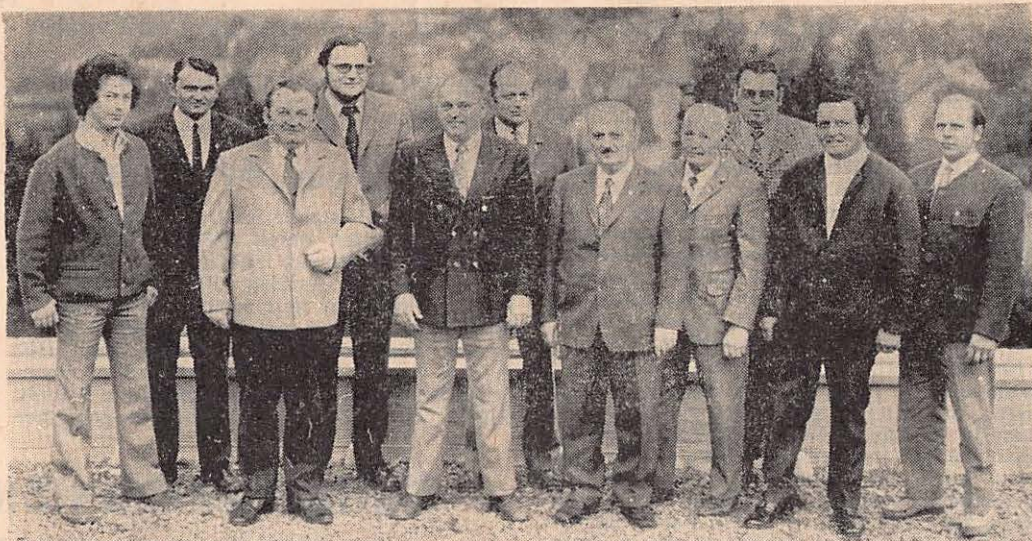
„AZ“: Ihr Spitzenkandidat ist Manfred Büntge. Welche Hauptgesichtspunkte waren maßgebend, ihn vor allen anderen Bewerbern herauszustellen?

Albert Kehr: Zunächst kommt es uns darauf an, eine Wachablösung auf dem Bürgermeisterposten herbeizuführen. Dabei galt es für uns, einen Kandidaten zu finden, der a) das richtige Alter mitbringt, b) das Wissen aus langjähriger Ratsarbeit besitzt, c) als gebürtiger St. Andreasberger die Sorgen und Nöte seiner Mitbürger kennt, und d) der mit der Bergstadt echt verwurzelt ist. Manfred Büntge wurde von der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins eindeutig zum Spitzenkandidaten nominiert.

hat, um sich dieser Aufgabe voll und ganz widmen zu können. Wir meinen, daß Rat und Partei so gemeinsam gute Arbeit für St. Andreas-

berg leisten können und daß sich diese Stadt so im Konzert der Großen behaupten kann.

„AZ“: Wir bedanken uns für dieses Gespräch. Albert Kehr: Auch wir sind für dieses Interview dankbar und hoffen, daß wir durch diese Aussagen unsere Vorstellungen und unsere Mannschaft dem Wähler von St. Andreasberg näher bringen konnten.



Und das ist die Mannschaft der SPD für die Kommunalwahl am 22. Oktober dieses Jahres: 1. Manfred Büntge, 2. Fritz Klähn, 3. Herbert Schließ, 4. Ulrich Wemheuer, 5. Peter Eckardt, 6. Fritz Duderstaedt, 7. Rudolf Becker, 8. Heinrich Gropengießer, 9. Hans-Herrmann Hildebrandt, 10. Walter Gätcke, 11. Gisela Neuse und 12. Heinz Schubert. Fotos: Siebeneicher



„AZ“: Unsere nächste Frage geht an Sie, Manfred Büntge. Welches sind nach Ihrer Meinung die Aufgaben, mit denen sich der neue Rat und sein Bürgermeister in erster Linie zu befassen haben werden und wie wird man diese Aufgaben meistern können?

Manfred Büntge: Zunächst einmal sind begonnene Projekte, wie die Restkanalisierung der noch ausstehenden Straßenzüge, der darauf folgende Ausbau der noch nicht in Angriff genommenen Straßen, die Erneuerung des Elt- und Wassernetzes als Sofortmaßnahmen zu Ende zu führen. Als weiteres Ziel liegt uns natürlich der Ausbau des Fremdenverkehrsgewerbes besonders am Herzen, wodurch unserer Meinung nach ein wertvoller Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen in dieser Bergstadt geleistet werden kann. Das bedingt wiederum, daß das geplante Sport- und Kurzentrum „Am Knöchel“ vorangetrieben werden muß. Außerdem sind eine Stadt- und Mehrzweckhalle genauso erforderlich wie ein neuer Kindergarten. Das alles sind unsere Vorstellungen, die aber nur mit Hilfe von Bund, Land und Kreis zu verwirklichen sind.

„AZ“: St. Andreasberg ist eine sehr kleine Stadt. Wie glauben Sie, Manfred Büntge, wird sich diese Stadt im Konzert der Großen behaupten können?

Manfred Büntge: Natürlich ist es richtig, daß wir als kleine Stadt nicht die Aussagekraft in den übergeordneten Gremien haben werden, wie größere Gemeinden in unserem Kreis. Deshalb ist es notwendig, mit starkem Einsatz in den Gremien von Partei, Wirtschaft und anderen Institutionen Gehör und Verständnis für die Probleme der Bergstadt zu finden. Darum halte ich es für richtig, daß der 1. Vorsitzende des SPD-Ortsvereins St. Andreasberg, Albert Kehr, auf eine Kandidatur im Rat verzichtet



September 1972

„Ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung“

Bürger der Bergstadt stellen sich der Wahl — CDU-Liste komplett

Das letzte Geheimnis vor den Kommunalwahlen am 22. Oktober 1972 ist gelüftet. Mit Bekanntgabe der Wahlvorschläge der CDU stehen nun sämtliche Bewerber um die Sitze im St. Andreasberger Stadtrat fest. Die Gruppe, die die Liste der Christlich Demokratischen Union bildet, setzt sich aus allen Schichten der bergstädtischen Bürgerinnen und Bürger zusammen und möchte sich als repräsentativer Querschnitt der St. Andreasberger Bevölkerung verstanden wissen. Als ihren Spitzenkandidaten stellt sie Bürgermeister Werner Grübmeier heraus.

Mit 20 Namen ist die CDU-Liste die einzige in St. Andreasberg, die die Höchstzahl von 20 Bewerbern ausgeschöpft hat. Damit will sie, wie uns versichert wurde, aufzeigen, wieviel Interesse an der Ratsarbeit doch im Andreasberger Bürgerkreis vorhanden sei.

Als wichtigstes Ziel hat sich die Gruppe um Werner Grübmeier gesetzt, sachorientierte Ratsarbeit zu leisten. Und sie vertritt den Standpunkt, daß es bereits jetzt soviel Sachprobleme gäbe, über die es sich lohne, bis zum 22. 10., dem Tag der Wahl, ernsthaft zu diskutieren.

Daß es in einem Ort wie St. Andreasberg mehr auf Persönlichkeiten als auf Parteien ankomme, versucht die Liste 2 (CDU) dadurch zu dokumentieren, in dem sie nicht als eigentliche Parteiliste verstanden werden will. Immerhin seien nur 5 der 20 Listenplätze von CDU-Mitgliedern besetzt. Auch dem weiblichen Element will die Gruppe eine verstärkte Aussagekraft zugestehen, was aus der Reihenfolge in der Liste, in der zwei Damen vor den Herren rangieren, ersichtlich ist.

Und so stellt sich die Liste 2 demnächst auf dem Wahlzettel dar:

1. Grübmeier, Werner, (CDU); 2. Matzka, Karl Heinz (CDU); 3. Bolte, Else; 4. Neumann, Rosemarie; 5. Bock, August; 6. Büscher, Karl Heinz; 7. Buse, Karl; 8. Günther, Uwe; 9. Hellmann, Willy (CDU); 10. Jatho, Heinz; 11. Jatho, Wolfgang; 12. Keppler, Helmut; 13. Klöpelt, Gunter (CDU); 14. Lotz, Hans-Jürgen; 15. Mohr, Hans; 16. Müller, Heinz; 17. Neumann, Horst; 18. Panse, Karl Heinz (CDU); 19. Ullrich, Willi; 20. Weber, Günter.

Was auffällt, ist, daß die alphabetische Reihenfolge, wenn man von der Voranstellung der Damen einmal absieht, in zwei weiteren Punkten (Werner Grübmeier, Karl Heinz Matzka) durchbrochen wurde (Anm. d. Red.) I.S.



Werner Grübmeier wieder Spitzenkandidat

September 1972

Ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung

Bürger der Bergstadt stellen sich der Wahl — Die CDU-Liste mit vielen Parteilosen

Das letzte Geheimnis vor den Kommunalwahlen am 22. Oktober 1972 ist gelüftet. Mit Bekanntgabe der Wahlvorschläge der CDU stehen nun sämtliche Bewerber um die Sitze im St. Andreasberger Stadtrat fest. Die Gruppe, die die Liste der Christlich Demokratischen Union bildet, setzt sich aus allen Schichten der bergstädtischen Bürgerinnen und Bürger zusammen und möchte sich als repräsentativer Querschnitt der St. Andreasberger Bevölkerung verstanden wissen. Als ihren Spitzenkandidaten stellt sie Bürgermeister Werner Grübmeier heraus.

Mit 20 Namen ist die CDU-Liste die einzige in St. Andreasberg, die die Höchstzahl von 20 Bewerbern ausgeschöpft hat. Damit will sie, wie uns versichert wurde, aufzeigen, wieviel Interesse an der Ratsarbeit doch im Andreasberger Bürgerkreis vorhanden sei. Als wichtigstes Ziel hat sich die Gruppe um Werner Grübmeier gesetzt, sachorientierte Ratsarbeit zu leisten. Sie vertritt den Standpunkt, daß es bereits jetzt soviel Sachprobleme gäbe, über

die es sich lohne, bis zum 22. 10., dem Tag der Wahl, ernsthaft zu diskutieren.

Daß es in einem Ort wie St. Andreasberg mehr auf Persönlichkeiten als auf Parteien ankomme, versucht die Liste 2 (CDU) dadurch zu dokumentieren, daß sie nicht als eigentliche Parteienliste verstanden werden will. Immerhin seien nur 5 der 20 Listenplätze von CDU-Mitgliedern besetzt. Auch dem weiblichen Element will die Gruppe eine verstärkte Aussagekraft zugestehen, was aus der Reihenfolge in der Liste, in der zwei Damen ganz vorn rangieren, ersichtlich ist.

Und so stellt sich die Liste 2 vor:

1. Grübmeier, Werner (CDU), 2. Matzka, Karl Heinz (CDU), 3. Bolte, Else, 4. Neumann, Rosemarie, 5. Bock, August, 6. Büscher, Karl Heinz, 7. Buse, Karl, 8. Günther, Uwe, 9. Hellmann, Willy (CDU), 10. Jatho, Heinz, 11. Jatho, Wolfgang, 12. Keppler, Helmut, 13. Klöppelt, Gunter (CDU), 14. Lotz, Hans-Jürgen, 15. Mohr, Hans, 16. Müller, Heinz, 17. Neumann, Horst, 18. Panse, Karl Heinz (CDU), 19. Ullrich, Willi, 20. Weber, Günter. J. S.

Unser Interview zur Kommunalwahl

Bürgermeister Werner Grübmeier antwortet

Gestern veröffentlichten wir den Wahlvorschlag der CDU und zeigten uns über die späte Bekanntgabe der Liste sowie über die etwas eigenartige Reihenfolge auf der Liste verwundert. Bürgermeister Werner Grübmeier, der die Liste der CDU in St. Andreasberg anführt, war bereit, uns dazu einige Fragen zu beantworten.

Frage: Die Wahlvorschläge der SPD und FDP waren der St. Andreasberger Bevölkerung schon seit Wochen bekannt. Warum hat die Gruppe, die sich unter der CDU-Liste zusammengefunden hat, mit der Bekanntgabe ihrer Bewerber so lange gezögert?

Grübmeier: Ihre Frage ist durchaus verständlich — die Antwort ist aber recht einfach und beinhaltet überhaupt nichts Geheimnisvolles. Seit mehreren Wochen, ja, ich kann beinahe sagen, seit Monaten, hat sich eine Gruppe von Andreasberger Bürgern zusammengefunden und Gedanken über die Zukunft dieses Ortes gemacht. Obwohl sich die Gruppe schon seit langem über die Zusammensetzung und Reihenfolge der Liste einig war und sich für eine alphabetische Reihenfolge entschieden hatte, mußte nach dem Kommunalwahlgesetz das Parteigremium der örtlichen CDU über jeden einzelnen Bewerber in geheimer Abstimmung die Reihenfolge bestimmen. Das geschah in einer Mitgliederversammlung, die am 11. September dieses Jahres stattfand. Danach aber mußte der Beschluß der CDU der Gruppe mitgeteilt werden, zumal er nicht ganz mit den Vorstellungen der Gruppe übereinstimmte. Um es anders zu sagen, es waren ausschließlich wahltechnische Gründe, die zu dieser Verzögerung führten.

Frage: Warum hatte sich die Gruppe für eine alphabetische Reihenfolge entschieden?

Grübmeier: Dafür gab es im wesentlichen zwei Gründe:

1. Wir waren und sind der Meinung, daß es bei der Kommunalwahl in St. Andreasberg in erster Linie darauf ankommt, qualifizierte Personen für eine sachgerechte Arbeit im Rat der Bergstadt zu gewinnen. Das bedeutet, daß man dem Wähler die Entscheidung, welche Frau oder

welchen Mann er im Rathaus zu sehen wünscht, selbst überläßt.

2. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß es in dieser Gruppe keine Wertunterschiede gibt. Auch aus diesem Grunde entschloß man sich zur neutralsten, zur alphabetischen Reihenfolge.

Frage: Wenn wir Ihre Liste jetzt betrachten, dann stellen wir fest, daß eine alphabetische Reihenfolge beim besten Willen wohl kaum noch zu erkennen ist?

Grübmeier: Da muß ich Ihnen leider widersprechen. Die Kandidaten vom Listenplatz 3 bis 20 sind durchaus in alphabetischer Reihenfolge aufgestellt. Die Listenplätze 3 und 4 sehen die Namen von zwei Damen in alphabetischer Reihenfolge vor. Die Herren folgen ebenfalls in alphabetischer Reihenfolge.

Allerdings hat der einmütige Wunsch der Gruppe keine Berücksichtigung gefunden, weil das Beschlußgremium der hiesigen CDU auf dem Standpunkt stand, daß der Spitzenkandidat für den Wähler sichtbar an die 1. Stelle und der Vorsitzende der CDU, der überdies 16 Jahre lang im Rat ist, an die 2. Stelle gestellt werden sollte.

Frage: War die Gruppe denn damit einverstanden?

Grübmeier: Nein — natürlich bedauerte die Gruppe den Beschluß. Aber im Interesse der bisherigen guten Zusammenarbeit und im Hinblick auf die Bereitschaft eines jeden einzelnen der Gruppe, zum Wohle der Bergstadt tätig zu werden, hat sie den Beschluß der CDU akzeptiert. Damit hat die Gruppe schon jetzt vorbildliches demokratisches Verständnis bewiesen.

Frage: Die CDU hat Sie als Spitzenkandidat herausgestellt. Heißt das, daß im Falle des Wahlsieges Ihrer Gruppe Sie automatisch Bürgermeister werden würden?

Grübmeier: Wissen Sie, die Frage stellt sich heute noch gar nicht. Ich glaube, es würde den Rahmen dieses Interviews sprengen, wenn ich im einzelnen auf die Fragen, die mit meiner Person im Zusammenhang zu sehen sind, eingehen würde. Lassen Sie mich darum für heute Ihre Frage folgendermaßen beantworten: Die Wähler dieser Stadt haben am 22. Oktober die Möglichkeit, die 15 Personen zu bestimmen, die die Ratsarbeit der kommenden vier Jahre zu tragen haben. Ich glaube, daß die Gruppe, in der ich nur ein Kandidat bin, ein gutes Angebot darstellt. Am Abend des 22. Oktober werden wir wissen, ob dieses Angebot angenommen wurde und ob die Bevölkerung mir das Vertrauen, das man mir bisher entgegengebracht hat, geben will. Erst danach wird die Gruppe zu bestimmen haben, welche Persönlichkeit aus ihren Reihen sie dem Rat zum Bürgermeister vorschlagen wird.

Frage: Können wir Ihre Antwort auch so verstehen, daß Sie bereit sind, zu gegebener Zeit zu speziellen Wahlaussagen Ihrer Gruppe und Ihrer Person Fragen zu beantworten?

Grübmeier: Selbstverständlich!

Für heute dieses erste Interview mit einem der Andreasberger Spitzenkandidaten. Selbstverständlich werden wir auch die anderen Parteien zu Wort kommen lassen.

IS

Beilagen-Hinweis

Die Firma Möbel-Kreinacker, Goslar, hat unserer heutigen Ausgabe einen Prospekt beigelegt. Wir bitten um Beachtung.

Chefredakteur: Andreas Mueller, Politik Norddeutschland, Wirtschaft: Andreas Mueller, Wolfgang Mielke, Wolfram Scheidt, Feuilleton: Eva Walberg, überregionale Sport: Ernst Heyer (alle Goslar), Lokales u. Sport: Albert Humm, Anzeigen: Hellmut Schöll, Verlagsleiter: Rosemarie u. Jörg Meier-Cortés, Druck: Ed. Piepersche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Clausthal-Zellerfeld Postfach 10 Ruf 7008 u. 7009 Mitglied der Zeitungsring Süd Niedersachsen Gesellschaft bürgerlichen Rechts Nebenstellen Kaufmann Winterhoff Clausthal-Zellerfeld Ruf 1640, in Bad Grund: Buchdruckerei Rotte, Ruf 1216 — Hauptagentur: Buchdruckerei Otto Traumann St. Andreasberg Schützenstraße 421 Tel. 955262/726 — F&U unverlangte Manuskripte keine Gewähr.



— TV-Programm als regelmäßige wöchentliche Beilage —

Unser Interview zur Kommunalwahl

Bürgermeister Werner Grübmeier im Brennpunkt

Der Kampf der Parteien um die 15 freien Sitze im Rat der Bergstadt strebt seinem Höhepunkt zu. Es wird diskutiert und auch gerungen. Themen gibt es genug, auch Sachthemen. Doch leider treten diese in letzter Zeit immer mehr in den Hintergrund. Schade! Der Wahlkampf wird mehr zur Diskussion um die Person Werner Grübmeiers.

ZA: Eigentlich hatten wir, nachdem die anderen Parteien ihre Ziele für die kommende Ratsarbeit formuliert haben, auch die Gruppe, der Sie, Werner Grübmeier, als Spitzenkandidat angehören, nach den Wahlaussagen im Hinblick auf die nächsten vier Jahre fragen wollen. Wir sind jedoch der Meinung, daß vorab noch einige persönliche Fragen angesprochen werden sollen.

Werner Grübmeier: Ich habe schon vor 14 Tagen zum Ausdruck gebracht, daß ich dazu jederzeit bereit bin.

ZA: Der SPD kommt es darauf an, eine Wachablösung auf dem Bürgermeisterposten herbeizuführen — die FDP will eine etwaige Kandidatur des bisherigen Bürgermeisters nicht unterstützen. Das bedeutet doch, daß beide Parteien es als eine wesentliche Wahlaussage betrachten, zu verhindern, daß Sie in der kommenden Legislaturperiode Vorsitzender des Rates werden. Wenn eine so harte und konkrete Aussage gemacht wird, dann bedeutet das doch im allgemeinen, daß der bisherige Bürgermeister versagt haben muß. Was sagen Sie dazu?

Antwort: Wenn man die Dinge ganz allgemein, rein theoretisch betrachten würde, könnte ich Ihrer Bemerkung zustimmen. Da Sie aber gezielt mir gestellt wurde, erlauben Sie doch wohl einige Gegenfragen:

Habe ich wirklich als Bürgermeister versagt? Habe ich meine Aufgabe vernachlässigt, indem ich nicht bereit gewesen wäre, für den einzelnen Bürger und ganz gleich, welcher politischen Partei er angehört, tätig zu sein; ihm zu helfen, wenn er meine Hilfe erbat? Habe ich den Rat dieser Bergstadt nach innen und außen nicht richtig vertreten?

Um es anders zu sagen, wer will mir ernsthaft nachsagen, daß ich nicht überall, wo es galt, für diese Stadt und ihre Einwohnerschaft in die Bresche zu springen — ohne zu fragen, ob es mir persönlich schaden könnte — und ganz gleich, ob es beim Landkreis, der Regierung, den Ministerien oder anderen Institutionen war, bereit gewesen wäre? Sind die Erfolge, die Rat und Verwaltung mit mir als Bürgermeister errungen haben, wirklich so gering? Gibt es nicht — und Sie werden mir verzeihen, daß ich auf eine Aufzählung verzichte — eine ganze Anzahl von Dingen, die unmittelbar durch meinen persönlichen Einsatz erreicht werden konnten?

Die Wahlaussagen von SPD und F.D.P., „Werner Grübmeier wollen wir nicht mehr als

Bürgermeister“, können also nicht die Tätigkeit als „Bürgermeister meinen, sondern zielen auf das „Versagen“ des Menschen Grübmeier.

Nun kann und will ich gar nicht bestreiten, Fehler begangen zu haben, Fehler, die man mir mit Recht vorwerfen kann, Fehler, die für manchen sogar unverzeihlich sind. Ich habe auch nicht die Absicht, diese meine persönliche Schuld zu beschönigen oder herunterzuspielen. Es ist aber doch wohl letztlich Sache der Gerichte und meines Dienstherrn, über Schuld und Strafe zu urteilen.

Natürlich kann man sagen, ein Mensch, der solch persönliche „Schuld“ auf sich geladen hat, darf nicht Bürgermeister dieser Stadt sein. Auf der anderen Seite aber haben viele, viele Andreasberger mich mündlich und schriftlich gebeten, auch weiterhin für sie tätig zu sein. Dies aber führte letztlich zu meinem Entschluß, mit trotz allem dem Wähler und seiner Entscheidung zu stellen.

Ich kann es meinen politischen Gegnern nicht verübeln, daß sie diese Chance zu nutzen versuchen; doch wie es einige tun und was sie unternehmen, grenzt beinahe schon an Perfidie.

ZA: Sehen Sie nach diesen persönlichen Angriffen, die gegen Sie gestartet werden, überhaupt noch eine Basis für eine gedeihliche Ratsarbeit?

Antwort: Lassen Sie mich dazu folgendes sagen: Ein Ratsherr ist der gesamten Bevölkerung gegenüber verpflichtet und hat dabei nicht zu fragen, ob man ihn persönlich mag oder nicht. Das gilt in besonderer Weise für den Bürgermeister. Ratsherren haben die Sache und ausschließlich die Sache zu sehen. Parteipolitische Überlegungen sollten dabei weitgehend zurücktreten. Wer nicht bereit ist, Toleranz zu üben, wer nicht bereit ist, im politischen Gegner zuerst den Menschen zu sehen, der eventuell sogar seine Hilfe benötigt, wer nicht bereit ist, gemeinsam Verantwortung für das Wohl der gesamten Einwohnerschaft zu über-

nehmen, sollte auf eine Kandidatur verzichten. Weil in den kommenden vier Jahren dem wir auf Grund unserer Finanzierung eine lange Durststrecke zu durch hatten —, nunmehr die bereits gepl. vorbereiteten Projekte vollendet werden, ist eine Zusammenarbeit aller 15 glieder, wenn man der Stadt nicht sch. unabdingbar.

Für meine Gruppe biete ich jedenfalls Hilfe an. Und ich gehe sogar einen Schritt weiter. Seit 20 Jahren ist es Brauch geworden, daß jeweils nur eine Person den Bürgermeister und seine Vertreter stellt. Ich bin der Meinung, die Verantwortung für die Ratsarbeit sollte von der Mehrheitsfraktion, sondern von der anderen Seite zu tragen ist.

ZA: Ist Ihre Tätigkeit als Bürgermeister Ihrer beruflichen Arbeit in Hannover hauptsächlich vereinbar? Wäre es nicht besser, wenn Sie als Bürgermeister immer am Ort zu haben? Antwort: Klagen über meine Arbeit in Hannover sind mir gegenüber nie geäußert worden. Ich glaube, daß die Pflicht dort im vollen Umfang erfüllt ist. Für die Tätigkeit in St. Andreasberg Ihnen allerdings beipflichten, daß es angenehmer ist, wenn der Bürgermeister jeder Zeit erreichbar ist.

Auf der anderen Seite war es aber auch, daß ich immer da war, wenn man mich in meine beruflichen Möglichkeiten in der Stadt Hannover eröffnen darüber hinaus Kontakte zu anderen Regierungen und Ministerien die sich für die Stadt und seine Entwicklung eher vorteilhaft auswirken.

Die Zukunft wird zeigen, daß meine Arbeit und ich eine Ratsarbeit anbieten könnte, die bisher kaum möglich war. Dazu die Ratsmitglieder der anderen Gruppen ein.

Ist, an die 2. Stelle gestellt werden für die Gruppe denn damit einverstanden?

Nein — natürlich bedauerte die Entscheidung im Beschluß. Aber im Interesse der guten Zusammenarbeit und im Hinblick auf die Bereitschaft eines jeden einzelnen der Gruppe, zum Wohle der Bergstadt tätig zu werden, hat sie den Beschluß der CDU akzeptiert. Damit hat die Gruppe schon jetzt vorbildliches demokratisches Verständnis bewiesen.

Frage: Die CDU hat Sie als Spitzenkandidat herausgestellt. Heißt das, daß im Falle des Wahlsieges Ihrer Gruppe Sie automatisch Bürgermeister werden würden?

Grübmeier: Wissen Sie, die Frage stellt sich heute noch gar nicht. Ich glaube, es würde den Rahmen dieses Interviews sprengen, wenn ich im einzelnen auf die Fragen, die mit meiner Person im Zusammenhang zu sehen sind, eingehen würde. Lassen Sie mich darum für heute Ihre Frage folgendermaßen beantworten: Die Wähler dieser Stadt haben am 22. Oktober die Möglichkeit, die 15 Personen zu bestimmen, die die Ratsarbeit der kommenden vier Jahre zu tragen haben. Ich glaube, daß die Gruppe, in der ich nur ein Kandidat bin, ein gutes Angebot darstellt. Am Abend des 22. Oktober werden wir wissen, ob dieses Angebot angenommen wurde und ob die Bevölkerung mir das Vertrauen, das man mir bisher entgegengebracht hat, geben will. Erst danach wird die Gruppe zu bestimmen haben, welche Persönlichkeit aus ihren Reihen sie dem Rat zum Bürgermeister vorschlagen wird.

Frage: Können wir Ihre Antwort auch so verstehen, daß Sie bereit sind, zu gegebener Zeit zu speziellen Wahlaussagen Ihrer Gruppe und Ihrer Person Fragen zu beantworten?

Grübmeier: Selbstverständlich!

Für heute dieses erste Interview mit einem der Andreasberger Spitzenkandidaten. Selbstverständlich werden wir auch die anderen Parteien zu Wort kommen lassen.

Hinweis

Die Firma Möbel-Kreinacker, Goslar, hat unserer heutigen Ausgabe einen Prospekt beigelegt. Wir bitten um Beachtung.

Chefredakteur: Andreas Mueller, Politik Norddeutschland, Wirtschaft: Andreas Mueller, Wolfgang Mielke, Wolfram Scheidt, Feuilleton: Eva Walberg, überregionale Sport: Ernst Heyer (alle Goslar), Lokales u. Sport: Albert Humm, Anzeigen: Hellmut Schöll, Verlagsleiter: Rosemarie u. Jörg Meier-Cortés, Druck: Ed. Piepersche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Clausthal-Zellerfeld Postfach 10, Ruf 7008 u. 7009, Mitglied der Zeitungsring Süd-Niedersachsen Gesellschaft bürgerlichen Rechts Nebenstellen: Kaufmann Winterhoff Clausthal-Zellerfeld Ruf 1640, in Bad Grund: Buchdruckerei Rottke, Ruf 1216 — Hauptagentur: Buchdruckerei Otto Traumann St. Andreasberg Schützenstraße 421, Tel. 155262/726 — Fd. unverlangte Manuskripte keine Gewähr.



zuv. Programm als regelmäßige wöchentliche Beilage

Bürgermeister Werner Grübmeier im Brennpunkt der Diskussion

Der Kampf der Parteien um die 15 freien Sitze im Rat der Bergstadt strebt seinem Höhepunkt zu. Es wird diskutiert und auch gerungen. Themen gibt es genug, auch Sachthemen. Doch leider treten diese in letzter Zeit immer mehr in den Hintergrund, schade. Der Wahlkampf wird mehr und mehr zur Diskussion um die Person Werner Grübmeiers. Wir meinen, mit offenen Fragen, auf die wir auch offene Antworten bekamen, Platz für Sachdiskussionen zu schaffen, Sachdiskussionen, die für die Zukunft der Bergstadt weit wichtiger sind.

Wir:

Eigentlich hatten wir, nachdem die anderen Parteien ihre Ziele für die kommende Ratsarbeit formuliert haben, auch die Gruppe, der Sie, Herr Grübmeier, als Spitzenkandidat angehören, nach den Wahlaussagen im Hinblick auf die nächsten vier Jahre fragen wollen. Wir sind inzwischen jedoch der Meinung, daß vorab noch einige persönliche Fragen angesprochen werden sollten.

Werner Grübmeier:

Ich habe schon vor 14 Tagen zum Ausdruck gebracht, daß ich dazu jederzeit bereit bin.

Wir:

Der SPD kommt es darauf an, eine Wachablösung auf dem Bürgermeisterposten herbeizuführen — die FDP will eine etwaige Kandidatur des bisherigen Bürgermeisters nicht unterstützen. Das bedeutet doch, daß beide Parteien es als eine wesentliche Wahlaussage betrachten, zu verhindern, daß Sie in der kommenden Legislaturperiode Vorsitzender des Rates werden. Wenn eine so harte und konkrete Aussage gemacht wird, dann bedeutet das doch im allgemeinen, daß der bisherige Bürgermeister versagt haben muß. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Antwort:

Wenn man die Dinge ganz allgemein, rein theoretisch betrachten würde, könnte ich Ihrer Bemerkung zustimmen. Da Sie aber gezielt mir gestellt wurde, erlauben Sie doch wohl einige Gegenfragen:

Habe ich wirklich als Bürgermeister versagt? Habe ich meine Aufgabe vernachlässigt, indem ich nicht bereit gewesen wäre, für den einzelnen Bürger und ganz gleich welcher politischen Richtung er angehört, tätig zu sein; ihm zu helfen, wenn er meine Hilfe erbat? Habe ich den Rat dieser Bergstadt nach innen und außen nicht richtig vertreten? Um es anders zu sagen, wer will mir ernsthaft nachsagen, daß ich nicht überall, wo es galt für diese Stadt und ihre Einwohnerschaft in die Bresche zu springen — ohne zu fragen, ob es mir persönlich schaden könnte — und ganz gleich, ob es beim Landkreis, der Regierung, den Mini-

sterien oder anderen Institutionen war, bereit gewesen wäre? Sind die Erfolge, die Rat und Verwaltung mit mir als Bürgermeister errungen haben, wirklich so gering? Gibt es nicht — und Sie werden mir verzeihen, daß ich auf eine Aufzählung verzichte — eine ganze Anzahl von Dingen, die unmittelbar durch meinen persönlichen Einsatz erreicht werden konnten?

Die Wahlaussagen von SPD und FDP, „Werner Grübmeier wollen wir nicht mehr als Bürgermeister“, können also nicht die Tätigkeit als Bürgermeister meinen, sondern zielen auf das „Versagen“ des Menschen Grübmeier.

Nun kann und will ich gar nicht bestreiten, Fehler begangen zu haben, Fehler, die man mir mit Recht vorwerfen kann, Fehler, die für manchen sogar unverzeihlich sind. Ich habe auch nicht die Absicht, diese meine persönliche Schuld zu beschönigen oder herunterzuspielen. Es ist aber doch wohl letztlich Sache der Gerichte und meines Dienstherrn, über Schuld und Strafe zu urteilen.

Natürlich kann man sagen, ein Mensch, der solch persönliche „Schuld“ auf sich geladen hat, darf nicht Bürgermeister dieser Stadt sein. Auf der anderen Seite aber haben viele, viele Andreasberger mich mündlich und schriftlich gebeten, auch weiterhin für sie tätig zu sein. Dies aber führte letztlich zu meinem Entschluß, mich trotz allem dem Wähler und seiner Entscheidung zu stellen.

Ich kann es meinen politischen Gegnern nicht verübeln, daß Sie diese Chance zu nutzen versuchen, doch wie es einige tun und was sie alles unternehmen, grenzt beinahe schon an Perfidie.

Wir:

Sehen Sie sich nach diesen persönlichen Angriffen, die gegen Sie gestartet werden, überhaupt noch eine Basis für eine gedeihliche Ratsarbeit?

Antwort:

Lassen Sie mich dazu folgendes sagen: Ein Ratsherr ist der gesamten Bevölkerung gegenüber verpflichtet und hat dabei nicht zu fragen, ob man ihn persönlich mag oder nicht. Das gilt in besonderer Weise für den Bürgermeister. Ratsherren haben die Sache und aus-

beiden Stellvertreter stellt. Ich bin der Meinung, daß die Verantwortung für die Ratsarbeit nicht nur von der Mehrheitsfraktion, sondern von allen zu tragen ist.

Wir:

Ist Ihre Tätigkeit als Bürgermeister mit Ihrer beruflichen Arbeit in Hannover überhaupt vereinbar? Wäre es nicht besser, den Bürgermeister immer im Ort zu haben?

Antwort:

Klagen über meine Arbeitsleistung in Hannover sind mir gegenüber noch nicht geäußert worden. Ich glaube, daß ich meine Pflicht dort im vollen Umfang erfülle.

Für die Tätigkeit in St. Andreasberg muß ich Ihnen allerdings beipflichten, daß es natürlich angenehmer ist, wenn der Bürgermeister zu jeder Zeit erreichbar ist. Auf der anderen Seite war es aber doch so, daß ich immer da war, wenn man mich brauchte. Meine beruflichen Möglichkeiten in der Regierung Hannover eröffnen darüberhinaus Kontakte zu anderen Regierungen und Ministerien, die sich für die Stadt und seine Einwohnerschaft eher vorteilhaft auswirken.

Die Zukunft wird zeigen, daß meine Gruppe und ich eine Ratsarbeit anbieten können, wie sie bisher kaum möglich war. Dazu laden wir die Ratsmitglieder der anderen Gruppierungen ein.

Wir:

Man weiß in St. Andreasberg, daß Sie in der Schulabteilung der Regierung Hannover beschäftigt sind. Wir glauben, es ist von Interesse darüber etwas Genaueres zu wissen.

Antwort:

Wenn Sie meinen, daß dies von allgemeinem Interesse ist, will ich gerne antworten. Ich habe die Freude, unmittelbar in der Schulreform dieses Landes einbezogen zu sein.

Für den Regierungsbezirk Hannover bin ich u. a. für die Lehrerfortbildung und die Genehmigung der Schulbücher verantwortlich. Zu meinem Arbeitsgebiet gehören der EDV- und der Computer-Bereich in Schulverwaltung und Unterricht. Vor allem aber betreue ich die integrierten Gesamtschulen in Garbsen, Langenhagen und Hannover-Linden. Außerdem bin ich Vorsitzender der Planungsgruppe der IGS Hann.-Roderbruch. Diese Schule, die ihre Pforten am 1. 8. 1973 öffnen wird, gehört sowohl planerisch, organisatorisch und curricular zu den interessantesten Schulversuchen der ganzen Bundesrepublik.

Nicht unerwähnt sollte dabei bleiben, daß ich im Rahmen der Gesamtschularbeit die

10. Okt.
1972

schließlich die Sache zu sehen. Parteipolitische Überlegungen sollten dabei weitgehend zurücktreten. Wer nicht bereit ist, Toleranz zu üben, wer nicht bereit ist, im politischen Gegner zuerst den Mensch zu sehen, der eventuell sogar seine Hilfe benötigt, wer nicht bereit ist, gemeinsam Verantwortung für das Wohl der ganzen Einwohnerschaft zu übernehmen, sollte auf eine Kandidatur verzichten.

Weil in den kommenden vier Jahren - nachdem wir aufgrund unserer finanziellen Situation eine lange Durststrecke zu durchlaufen hatten, nunmehr die bereits geplanten und vorbereiteten Projekte vollendet werden könnten, ist eine Zusammenarbeit aller 15 Ratsmitglieder, wenn man der Stadt nicht schaden will, unabdingbar.

Für meine Gruppe biete ich jedenfalls kollegiale Zusammenarbeit an. Und ich gehe sogar noch einen Schritt weiter. Seit 20 Jahren ist es leider Brauch geworden, daß jeweils nur eine Fraktion den Bürgermeister und seine

Ausbildung der Lehrer und Realschullehrer z. T. voll integrieren durfte und das die Zusammenarbeit mit den Studienseminaren eine schulartenübergreifende Ausbildung ermöglicht. In dieser umfassenden Weise war das in unserem Land bisher nicht möglich. Ich bin dankbar, daran mitarbeiten zu dürfen.

Wir:

Wir bedanken uns für dieses Interview, das uns auch einen Einblick in Ihr berufliches Tätigkeitsfeld gestattet.

Allerdings haben die Fragen, die wir meinten im Interesse aller Einwohner St. Andreasbergs stellen zu müssen, verhindert, daß wir nach den Zielen der CDU-Gruppe für die kommende Ratsarbeit forschen konnten. Wir würden darum gern noch einmal darauf zurückkommen.

Antwort:

Ich bin der Ansicht, daß Sie diese Fragen an die Gruppe herantragen sollten. Wir verstehen uns als Gemeinschaft, die gesamtgesellschaftlich auftritt. Bei uns hat keiner Vorrechte. IS.

Die Bergfreiheiten des Oberharzes

Wenn das Erz am Rande des Gebirges herausstreicht, wird es auch im Gebirge selber stehen.

Das war die einfache Überlegung, die gewiß schon sehr frühzeitig Goslarer Bergleute veranlaßt hat, schürfend und nach Silbergängen suchend nun auch in die oberharzische Wildnis, das Hinterland der Bergwerksstadt Goslar, hinaufzudringen.

Ob jedoch vom zehnten bis ins zwölfte Jahrhundert hinein schon Bergmannssiedlungen dort oben bestanden haben, ist schwer nachzuweisen und wird das Fehlens jeglicher Urkunden oder urkundlicher Erwähnung wegen von vielen bestritten.

Wohl aber wissen wir mit Bestimmtheit, daß vom zwölften bis ins vierzehnte Jahrhundert der Oberharz bereits besiedelt war, wenn zweifellos auch nur sehr dünn.

Das Kloster Cella, Filiale des Stiftes Simon und Judae in Goslar, gebaut auf dem Gebiet der heutigen Bergstadt Zellerfeld, mag der große und Schutz gewährende Rückhalt all der kleinen Bergmannsniederlassungen gewesen sein, die neben den frisch erschlossenen Silbergruben aufwuchsen.

Die Ausbeutemöglichkeit in jenen ersten Schächten war gering. Die Bergbautechnik litt unter vielerlei Unzulänglichkeiten. Mehr als zehn bis elf Lachter (20 bis 22 Meter) ging kaum ein Schacht in die Teufe. Alsdann geboten die Schwierigkeiten der Wasserwältigung der Wetterzuführung und der Erzförderung Halt. Aber es dachte sich keiner groß was dabei. Es war eben Gottes Fügung. Man zog weiter, dem nächsten Gang, der nächsten günstigen Möglichkeit, der nächsten Erzader nach. Das Gebirge stak voll, gesegnet voll.

So ist es zu erklären, daß wir (außer etwa dem Kloster Cella) von keiner größeren Siedlung oder einer namhaften und auf

Dauer gebauten Ortschaft in jener Zeit erfahren. Auch die Wildheit und Weglosigkeit der Gegend, die Mühsal, die geförderten Schätze an einen Handelsplatz heranzubringen, mögen als Hinderungsgrund für das Aufkommen größerer und bleibender Siedlungen mit angesehen werden können. Mehrfache und aus den unterschiedlichsten Ursachen heraus erfolgte Abwanderungen von Bergleuten brachten zudem Schwankungen, Unstetheit, zuweilen gänzlichen Niedergang des ersten oberharzischen Bergbaus mit sich. Immer aber lebt er wieder auf, immer wieder lockt der blanke Segen der Erzgänge. Es ging erneut u, auf Jahre, auf Jahrzehnte, bis dann um 1350 herum der Schwarze Tod einen sehr langen und gründlichen Feierabend gebot, der mehr als anderthalb, in manchen Gegenden des Oberharzes gar zwei volle Jahrhunderte anhielt. Die zahlreichen Grubenbaue dieser ersten Zeit, die der Bergmann als den "Alten Mann" bezeichnet, verfielen. Stollen gingen zu Bruch, Schächte stürzten ein. Die Natur nahm sich das ihrige zurück. Die Berge gehörten wieder dem Wildtier, und über dem "Alten Mann" rauschte der Wald.

Um die Mitte des 15. Jahrhunderts beginnt in Deutschland ein Silberfieber aufzuspringen.

Aus der weißischen Stadt Schneeberg kommt die Kunde von unermeßlichen Silberfunden, von unglaublichem Reichtum, den man der Erde entthob.

Wenige Jahrzehnte darauf tauchen erzgebirgische Namen auf, von dem nämlichen Glanz umwoben: Annaberg, Buchholz, zu Anfang des 16. Jahrhunderts dann St. Joachimsthal.

Von Joachimsthal aus rollen die blanken silbernen Gulden-groschen in die Welt, die man nun "Joachimsthaler" nennt, und deren Glanz dem Auge, deren Klimplern dem Ohre wohlthut. An ihrem Glänzen und Klimplern kommt man dann mit einem Male wohl auch in den Harzlanden in Geschmack. Man besinnt sich auf den "Alten Mann", man ist 200 Jahre weiter in der Technik, also auf Gott und gut Glück: versuchen wir's! Aber wie anfangen?

Die Landesherren schreiben "Bergfreiheiten" aus und leckern damit bergbaulustige Geldgeber (Gewerken) an; sie ver-

schreiben sich bergverständige Räte aus den bekanntgewordenen Bergbaugebieten; sie ziehen Bergleute heran, die Erfahrung besitzen:

Die Einwanderung der erzgebirgischen Bergleute in den Oberharz beginnt, die große Blütezeit des oberharzischen Bergbaues setzt ein.

Die Grundherren des Oberharzes waren in der Hauptsache die Herzöge von Braunschweig-Wolfenbüttel und von Braunschweig-Lüneburg-Grubenhagen, und zwar gehörte das Gebiet der heutigen Bergstädte Zellerfeld, Wildemann, Lautenthal, Grund zu Wolfenbüttel, das der Bergstädte Clausthal, Altenau und St. Andreasberg zu Grubenhagen.

Letztgenannte Bergstadt lag in der Grafschaft Lutterberg (Lauterberg), die derzeit als fürstlich-grubenhagensches Lehen den beiden Grafen von Hohnstein, Gebrüdern Heinrich und Ernst, Herren zu Lohra und Klettenberg, unterstand. Somit treten die Grafen von Hohnstein neben dem Wolfenbütteler und dem Grubenhagener als dritte in der Reihe der Bergherren des Oberharzes auf.

Die Grafen von Hohnstein waren diejenigen, die den Wert des Bergbaus sowohl für ihre gräfliche Kammer wie für das Gemeinwohl des Landes zuerst erkannten. Sie verschlossen sich aber auch nicht der Erkenntnis, daß es nicht leicht sei, Menschen in eine raube und unwirtliche Wildnis hinaufzuziehen, sie dort festzuhalten und sesshaft zu machen und daß solches lediglich geschehen könne dadurch, daß man allen am Bergbau Beteiligten, Gewerken wie Bergleuten, die Angelegenheit so lecker wie möglich machte, ihnen Erleichterungen verschaffe, ja, sie mit Gerechtsamen ausstattete, die den anderen Ständen im Lande als unerhört weitgehend, großzügig und bevorzugend erscheinen mußten.

Die Hohnsteinische Bergfreiheit erschien 1521. Die Grafen hatten richtig getippt. Der gewünschte Zulauf setzte ein. In wenigen Jahren stand die Bergstadt St. Andreasberg da. In kaum anderthalb Jahrzehnten entwachsen über hundert Grubengänge dem Gebirge.

Und es silbert!

Silberte für die Gewerke, für die Bergleute, für die gräfliche Kämmerer.

Was verhielt nun diese Hohnsteinsche Bergfreiheit?

Viell! Sehr viel:

Jeder Gewerke, der sich einlegt (eine Grube aufnimmt), darf sich aus den Wäldern ohne Bezahlung und wo es ihn am bequemlichsten erscheint alles benötigte Holz holen - Schachtholz, Röstholz, Treibholz, Bauholz für Schächte, Hütten, Mühlen, Pochwerke, Brunnholz, Er bekommt auf zehn Jahre das Kohlholz (Köhlerholz) frei - Doch keinerlei frei bezogenes Holz darf verkauft werden.

Die Bergleute dürfen eigene Schankstätten einrichten, Brau- und Wohnhäuser gänzlich nach Belieben und der Notdurft gemäß bauen, Bier und Wein beziehen, gleich woher, und alle Getränke frei und ohne Ungeld (Steuer, Zoll, Akzise) schenken.

Alle Gewerbetätigkeit, alle Handlung, die der Notdurft des Bergbaus und der Bergleute dient, ist frei von Zoll, Weggeld und Geleit.

Alle, die sich niederlassen, sollen um auswärtig gemachter Schuld nicht mit Gerichtshilfe zur Zahlung gezwungen, geängstet, auch nicht aufgehalten und gehemmt werden.

Jeder Handel auf die Bergwerke hinauf und ihnen zugute kommend ist frei, sicher, unverbindert, "für aller Gewalt geschützt". Bei Fündigwerden einer Grube (d. h. bei nutzbarer Erzgewinnung) braucht auf drei Jahre nur die fünfzehnte Mark vom gemachten Silber als Zehnt an die Zehntkammer bezahlt zu werden. (Mark: ein Gewicht, etwa 250 Gramm). - Die ersten fünf Jahre ist der Handel mit Metallen frei, nachher jedoch ist alles gegen Bezahlung in den Hohnsteinschen Zehnten einzuliefern. Die Mark soll bezahlt werden wie im Fürstentum Sachsen mit hohnsteinscher und landwähriger Münze, und zwar innerhalb 14 Tagen. Kupfer unter 30 Lot Silbergehalt kann frei verkauft werden. Bergleute, die sich sesshaft machen, haben eigene Gerichtsbarkeit, dürfen Richter, Rat, Bürgermeister selber wählen, doch wird Bestätigung der Gewählten dem Landesherrn vor-

behalten.

Die Einrichtung von Brauhäusern, Fleischbänken, Salzkasten, Badestuben, Mühlen steht den Bergwerksleuten frei.

Der Wochenmarkt ist frei, frei alle angebrachte Waren. Jeder sich Niederlassende darf Äcker, Wiesen, Gärten anlegen und ist befreit von Hof- und Frohndiensten. Privatverpflichtungen gegen Einheimische müssen innegehalten und erfüllt werden. Allen Bergleuten steht die Jagd auf Haselhühner und Kleingeflügel, auf Hasen und anderes Kleinwild zu, soweit der Lutterbergische Forst reicht. Ausgeschlossen von der Jagdlaubnis sind grobes Federwild (Auer- und Birkwild), Hirsche, Rehe usw. Desgleichen ist frei die Fischerei in bestimmt bezeichneten Gewässern. Nichts von allem Gefangenen oder Erjagten indes darf verkauft werden.

Jedem Bergmann ist freier Zuzug und Abzug gewährleistet.

Der mit der deutschen Kulturgeschichte Vertraute wird feststellen, daß diese Bergfreiheit den Bergmann in der Tat mit Vorrechten ausstattete, auf die z. B. die Bauern in ihrer vielseitigen Gebundenheit mit Recht neidisch sein konnten. Aber sie war zweifellos gut durchdacht und klug und verfehlte ihre Wirkung nicht.

Die zweite der großen Bergfreiheiten jener Zeit erschien 1532. Sie betraf den wolfenbüttelschen Teil des Oberharzes und wurde von Herzog Heinrich dem Jüngeren erlassen.

Die Bergstädte Wildemann, Zellerfeld und Lautenthal verdanken ihr ihre Entstehung und schnelle Entwicklung.

(Grund war - als erste oberharzische Bergstadt überhaupt - schon vorhanden. Zu ihrem ursprünglichen Eisensteinbau gesellte sich der Silberbergbau. Die Bergfreiheit verhalf ihm zu starkem Auftrieb.)

Inhaltlich lehnt sich die Bergfreiheit Herzog Heinrichs an die bohnteinsche an, wie überhaupt viele Bergordnungen und ähnliche Erlasse sich aufeinander beziehen, sich angleichen und das Gute voneinander übernehmen oder gar den Text wörtlich wiederholen.

Bemerkenswert in der wolfenbüttelschen Bergfreiheit sind zwei Unterschiede gegenüber der hohnsteinschen. Einmal: alles Bau-, Brenn-, Schachtholz usw. ist im Wolfenbüttelschen zwar auch frei an Forstzins oder sonstigen Gefällen, doch darf es nicht gehauen werden, "wo es einem am bequemlichsten erscheint", sondern nur nach Anweisung des Försters.

Diese Vorschrift wird ihre wesentlichen Gründe gehabt haben. Bei einem wilden und ungeordneten Darauflosschlagen war keine gesunde Forstwirtschaft möglich. Die wiederum aber bedeutete einen außerordentlich wichtigen Posten innerhalb der Bergwirtschaft. Ohne stetige und geregelte Holzzufuhr wäre keine Grube und keine Hütte von Bestand gewesen.

Zum andern: der Bergmann ist zwar steuer- und abgabefrei. Doch "allein/ so es gemeines Landes hohe nothdurft erforderte/ wass dan Jedermann auß gutem Willen thun wolte (das soll er dann tun, d. h. zahlen!) - doch sie alle vnd ein Jeder dazu ungenöthigt vnd ungezwungen seyn.

Verfänglich mutet jener Artikel der Bergfreiheiten an, der den Herzuziehenden Straffreiheit und Nichtverfolgung wegen "auswärtig gemachter Schuld" zusicherte. In der wolfenbüttelschen Bergfreiheit hat er folgenden Wortlaut: "Zu deme allen sollen alle und jede Bergleut und die auff bemelte unsere Bergwerck zyben und sich wenden werden / vor aller gewalt unser frey/ sicher/ starck und ungefehrlich geleit haben/ auch über sie nicht verhelffen lassen ... Es unterliegt keinem Zweifel, daß mit dieser Zusicherung die Bergfreiheit manchem Schelmen zu einem wunderschönen Mantel der Liebe wurde, unter den gut unterkriechen war.

Der wolfenbüttelsche Bergbau stand längst in Blüte, da regte es sich auch auf dem Clausberg und in den Clausthälern, d. h. im benachbarten grubenhagenschen Oberharz.

Auch der Grubenhagener Herzog bekam Geschmack an dem blänkernden Segen der Erde und suchte den in seinem Gebiet bereits in Aufnahme begriffenen Bergbau nach Kräften zu fördern, indem er 1554 eine Bergfreiheit erließ. Die Bergstadt Clausthal wächst sich zur größten der bisher schon vorhandenen aus, und um 1560 oder 70 herum mögen dann auch die Anfänge der jüngsten der sieben oberharzischen Bergstädte liegen: Altenau. Ihrem Inhalt nach schließt sich die grubenhagensche Bergfreiheit den bereits besprochenen an.

Zwei Jahre nach ihrem Erscheinen, 1556, erläßt Heinrich der Jüngere eine neue für das wolfenbüttelsche Gebiet, vermehrt und verbessert, in der u. a. eine Belohnung für neugefundene Erzgänge versprochen wird, deren Höhe sich nach dem Silbergehalt des neuen Ganges richtet.

Die Bergfreiheiten bildeten den segensreichen Unterbau für den oberharzischen Bergbau.

Einige Bestimmungen der Bergfreiheiten bestanden bis an den Schluß der hannoverschen und bis in die preußische Zeit hinein. In Bruchstücken sind etliche gar heute noch im Oberharz anzutreffen.

Aber leider nicht mehr der alte Glanz daran. Glückauf!

Das erste Ziel, das anvisiert wurde, hieß: Staatl. Anerkennung als heilklimatischer Kurort und damit Beihilfefähigkeit (Februar 1965 Urkunde)
Damit Verlängerung der Saison!!

Bei all diesen ~~Vor~~ materiellen Verlangen hat hier niemand vergessen, daß eine Verpflichtung bestand, der Volksgesundheit zu dienen und vorhandene natürliche Heilmittel breiten Schichten der Bevölkerung zugänglich zu machen!

St.Andreasberg steht, und das möchte ich abschließend sagen, vor einer für die Zukunft entscheidenden Frage.

Es steht quasi an einem Scheidewege!

Der Rat und die Bevölkerung müssen in diesen Wochen sagen, wohin die Entwicklung gehen soll!

a) Sozialbad - Vor- u. Nachteile

b) allgem. Kurort mit einer gewissen Betonung Kneippschen Gedankengutes.

Schluß:

Der augenblickliche Standort der sozialpolitischen und geschichtl. Bedingungen muß von folgenden Erkenntnissen ausgehen:

1. Die Bergstadt St.Andreasberg hat heute noch nicht die Auswirkung der Stilllegung des Bergbaues überwunden.
Sie ist ohne ihr Verschulden in eine Lage gekommen, aus der sie sich noch nicht befreien konnte.
2. Die bisherigen Anstrengungen haben zu einem Teilerfolg geführt; sie haben aber auch die Möglichkeiten der Stadt erschöpft.
3. Die Planungen der Stadt müßten verwirklicht werden, damit das bisher Geschaffene als Teil eines Ganzen Früchte bringt und nicht Stückwerk bleibt.
4. Ziel: Nicht mehr Kostgänger des Landes Niedersachsen

Oktober 1972

Die F.D.P. sagt „Nein“ zum Seilbahnbau

Eine Versammlung der F.D.P.-Kommunalverbände

Uns wird geschrieben: Die Ortsverbände Clausthal-Zellerfeld und der Samtgemeinde Oberharz der F.D.P. befaßten sich in zwei getrennten Sitzungen mit dem Wahlkampfprogramm für die Kommunalwahl am 22. Oktober. Danach wird sich die F.D.P. an dem Gespräch mit der Jugend am Dienstag, dem 17. Oktober, in der Milchbar der Schwimmhalle beteiligen.

Am Sonntag, dem 15. Oktober, bereist ein Kleinbus die Orte der Samtgemeinde. Die Kandidaten zur Kommunalwahl der F.D.P. werden an den Standorten des Busses in Zellerfeld um 11 Uhr ca. eine Stunde, in Clausthal um 12 Uhr auf dem Markt bzw. am Kronenplatz für die Wähler für Fragen und Anliegen der Gemeindepolitik zur Verfügung stehen. Danach wird der Bus in Buntenbock Mittagspause machen, wo auch gegen 13 Uhr Gelegenheit zu politischen Gesprächen mit den Kandidaten besteht. Am Nachmittag wird der Bus in Altenau und Wildemann sein, wo auch wieder die Gelegenheit zu Gesprächen mit den Bewerbern um die Ratssitze gegeben sein wird.

Am Mittwoch, dem 18. Oktober, wird der Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen und damit einer der Spitzenkandidaten bei der Bundestagswahl, Rötger Groß, in Clausthal-Zellerfeld sein. Es sind neben Besuchen von Wirtschaftseinrichtungen der Stadt eine Pressekonferenz und eine Zusammenkunft mit dem Rektor der Technischen Universität mit anschließendem Gespräch interessierter Studenten im „Audimax“ vorgesehen.

Am Abend um 20 Uhr stellt sich Rötger Groß im Hotel „Friese“ den Bürgern der Samtgemeinde zu einem politischen Gespräch.

Bei der anschließenden Diskussion über politische Tagesfragen ergab es sich in beiden Versammlungen, daß die F.D.P. an dem in diesen Tagen der „ZA“ gegebenen Interview des Bürgermeisterkandidaten von St. Andreasberg, Werner Grübmer, nicht ohne Kommentar vorübergehen kann. Man bemühte sich sichtlich um sachliche Argumentierung und stellte fest, daß G. vorläufig auf jeden Auftritt in der Öffentlichkeit verzichten und nicht durch ein neuerliches öffentliches Schuldbekenntnis für ihn so peinliche Dinge wieder aufrühren sollte, über die nur in seinem Interesse erst einmal „Gras wachsen“ müsse. Ubereinstimmend wurde bekräftigt, daß die F.D.P. an Sauberkeit in Politik und Amt ein unabdingbares Interesse hat und nur Kandidaten aufstellen wird, die höchsten Anforderungen in dieser Beziehung entsprechen.

Auch das zweite Diskussionsthema ergab sich von selbst. Es wurde ausgelöst von dem Leserbrief in den „OA“, den Alfred Kubel Heiko Schröder gewidmet hat. Es wurde festgestellt: Seiner Argumentierung sind Aspekte entgegen zu setzen, die seinen Ausführungen absolut widersprechen. Es wurde gefragt: weiß Alfred Kubel gar nichts von der Arbeit des Harzklubs, der seit Jahren bemüht ist, durch Erstellung von Wanderwegen den Harz für den Touristen

zu erschließen, der auch im Bruchberggebiet mit den wenigen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln Wanderwege erstellt und erhält und schon sehr lange dafür sorgt, daß die Moore nicht „zertrampelt“ werden? Umgekehrt ist es doch! Käme die geplante Bahn dort hin, dann geht doch die Zertrampelei erst los! Es wurde ausgeführt: Die Mittel, die aufgewendet werden müßten, um die einzigartigen Hochmoore zu erhalten, müßten noch viel, viel höher sein, wenn jeder mit einer Seilbahn dorthin gelangen könnte— und nicht nur der zünftige Wanderer und Naturfreund. Wenn dorthin eine Bahn entsteht, werden die Knüppeldämme für Klöppelschuhe nicht begehbarer werden. Man wird dann immer aufwendigere Wege bauen müssen, die immer teurer in der Unterhaltung werden. Man wird immer weiter unberührte Landschaft, die es dort oben doch noch gibt, verbauen, nur damit ein Liftunternehmer dort oben sein Geld verdienen kann. Dazu ist diese Landschaft zu wertvoll! Die F.D.P. stellt sich Wirtschaftshilfe im Zonenrandgebiet anders vor! Es wurde unterstrichen: Die F.D.P. sagt nein zu einer Erschließung des Bruchberges durch eine Seilbahn!

Gerhard Gärtner

Dienstag, den 24. Oktober 1972



Aus der
Bergstadt

St. Andreasberg

Kurt Trawny vertritt die Interessen St. Andreasbergs im Kreis

Neun Vertreter des Oberharzes werden in den Kreistag Goslar einziehen. Darunter leider nur einer aus St. Andreasberg, Kurt Trawny von der F.D.P., der im Wahlbezirk Nr. 1 319 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Dagegen scheiterte sowohl Karl Neuse von der SPD mit der Stimmenzahl von 257 aus St. Andreasberg, Fritz Klähn (SPD) mit 142 Andreasberger Stimmen und Karl Heinz Matzka (CDU) mit 255 Stimmen aus St. Andreasberg. Nicht in den Kreistag konnten auch Wilhelm Stürze (58) und Hans Bahn (50) von der F.D.P. einziehen.

Und das sind die Abgeordneten aus dem Oberharz:

SPD: Dr. Hehl, Clausthal-Zellerfeld, 905; Engelke, Braunlage, 566; E. Schmidt, Clausthal-Zellerfeld, 206; Taeger, Altenau, 677; Klose, Clausthal-Zellerfeld, 750.

CDU: Dr. Leopold, Clausthal-Zellerfeld, 350; B. Schmidt, Braunlage, 749; Fuchs, Clausthal-Zellerfeld, 136.

FDP: Trawny, St. Andreasberg, 319.

Gesamtergebnisse Kreis Goslar:

SPD: 37 630 Stimmen = 21 Sitze

CDU: 27 815 Stimmen = 16 Sitze

F.D.P. 3 875 Stimmen = 2 Sitze

Ergebnisse für die Kreistagswahl in St. Andreasberg:

SPD: 896 Stimmen; CDU: 688 Stimmen; F.D.P.: 466 Stimmen; NPD: 10 Stimmen; DKP: 20 Stimmen.

Die Andreasberger erreichten dabei folgende Stimmenzahlen: SPD: Karl Neuse 257 Stimmen; Fritz Klähn 142 Stimmen; CDU: Karl

... und jetzt muß gearbeitet werden

Anzahl der Stimmen — erste Kommentare

Die Würfel sind gefallen. St. Andreasberg hat sich für Werner Grübmeier und seine Mannschaft entschieden. Die Überraschung war perfekt, als am Abend des Wahlsonntags Stadtdirektor Baumgarten das vorläufige Endergebnis bekanntgab. Enttäuschung auf der einen Seite — verhaltener Jubel auf der anderen. Und der klare Sieger heißt Werner Grübmeier und seine CDU-Mannschaft. Mit 8 Sitzen wird diese Gruppe künftig im Rat der Bergstadt vertreten sein, 5 bekam die SPD und 2 die F.D.P.

Und so sah es im Einzelnen aus:

SPD: insgesamt 749 Stimmen davon entfallen auf den Wahlvorschlag Gesamtliste 254, und auf:

Manfred Büntge 198 - gewählt; Fritz Klähn 62 gewählt; Herbert Schlieff 70 - gewählt; Ulrich Wemheuer 55 - gewählt; Peter Eckardt 24 - gewählt; Fritz Duderstaedt 37; Rudolf Becker 7; Heinrich Gropengießer 12; Hans Hermann Hildebrandt 6; Walter Gäcke 6; Giesela Neuse 12; Heiny Schubert 6.

CDU: insgesamt 1058 Stimmen, davon entfallen auf den Wahlvorschlag Gesamtliste 96, und auf:

Werner Grübmeier 722 - gewählt; Karl Heinz Matzka 38 - gewählt; Elsa Bolte 9; Rosemarie Neumann 6; August Bock 16 - gewählt; Karl Heinz Büscher 11; Uwe Günther 12 - gewählt; Willy Hellmann 23 - gewählt; Heinz Jatho 5; Wolfgang Jatho 34 - gewählt; Helmut Keppeler 2; Gunter Klöppelt 17 - gewählt; Hans Jürgen-Lotz 5; Hans Mohr 11; Heinz Müller 9; Horst Neumann 4; Heinz Panse 6; Wilhelm Ullrich 16 - gewählt; Günter Weber 5; Karl Buse 3.

F.D.P.: insgesamt 300 Stimmen davon entfallen auf den Wahlvorschlag Gesamtliste 36, und auf:

Dr. Dr. Walder 36; Kurt Trawny 78 - gewählt; Wilhelm Stürze 19; Artur Reile 17; Dr. Völz 31; Herbert Asselmeyer 3; Hans Bahn 38 - gewählt; Martin Keller 13; Günter Naujokat 11; Klaus Petry 18.

ich sagen, daß unsere Mannschaft noch im Aufbau begriffen war und diese Wahl deshalb vielleicht ein wenig zu früh kam. Doch Endgültiges müssen wir einer eingehenden Analyse überlassen.“

Dr. Dr. Walder für die F.D.P.:

„Für die F.D.P. bin ich mit dem Ausgang der Wahl durchaus zufrieden, immerhin haben wir erreicht, daß mit Herrn Bahn ein junges Element in den Rat eingezogen ist. Im übrigen dürfte unser Stimmenanteil von 14,4 % im Vergleich zu anderen Gemeinden sicher sehr zu beachten sein. Erfreulich für uns ist auch der Stimmzuwachs auf der Kreiswahlebene, so daß Herr Trawny als einziger Vertreter aus dem Oberharz gewählt worden ist. Überrascht bin ich allerdings über die große Zahl von Stimmen, die Herr Grübmeier auf sich vereinigen konnte. Bedauerlich finde ich es, daß auf diese Weise die CDU die absolute Mehrheit erringen konnte. Die F.D.P. wird sich aber nicht entmutigen lassen.“

Und eine erste Stellungnahme des alten und neuen Bürgermeisters (davon darf man in diesem Falle doch sicher ausgehen!):

„Es ist sicher verständlich, daß ich in diesem Augenblick noch keine abschließende Stellungnahme abgeben kann. Ich möchte dazu erst einmal in Ruhe mit der Gruppe, auf deren Liste ich gestanden habe, sprechen. Das geschieht bereits am ersten Abend dieser Woche. Ich werde der Gruppe bei diesem Gespräch vorschlagen, daß wir unseren zukünftigen Partnern im Rat ein faires Angebot zur Zusammenarbeit machen. Lassen Sie mich aber bei dieser Gelegenheit den Dank für die ausgezeichnete Zusammenarbeit an die Gruppe aussprechen. Darüber hinaus möchte ich mich bei der Einwohnerschaft der Bergstadt für das mir und unserer Liste geschenkte Vertrauen bedanken.“

Heinz Matzka: 255 Stimmen. — F.D.P.: Kurt Trawny: 295 Stimmen; Wilhelm Stürze 58 Stimmen; Hans Bahn 50 Stimmen. DKP: Max Urban 14 Stimmen.

Auffallend die hohe Stimmzahl von Dr. Hehl (SPD) mit 83 und Dr. Leopold (CDU) mit 69. Fehlte es hier an Information für den Kreistagswähler? Oder lassen sich St. Andreasberger im Kreistag lieber von Vertretern anderer Orte repräsentieren?

Wir gratulieren

Herrn Wilhelm Neuse, Faktoreigasse 556, chträglich zu seinem 77. Geburtstag
Herrn Ernst Hanebutt, Halde 175, zu seinem strigen 77. Geburtstag

Der Rat der Bergstadt hat ein neues Gesicht. Von den 15 Ratsmitgliedern sind 8 neue Leute. Frischer Wind im St. Andreasberger Rathaus?

Und hier die ersten Kommentare der Parteivorsitzenden:

Karl Heinz Matzka für die CDU:

„Natürlich sind wir zufrieden und glücklich — doch jetzt muß gearbeitet werden. Und dazu bieten wir von der CDU den Ratskollegen der anderen Parteien eine vertrauensvolle, sachorientierte Zusammenarbeit an, damit wir alle gemeinsam zum Wohle der Bergstadt und ihrer Bevölkerung weiterarbeiten können!“

Albert Kehr für die SPD:

„Wir sind überrascht und bedauern, daß wir unser Stimmenkontigent nicht ausbauen konnten. Zu unseper Entschuldigung“

Montag, den 23. Oktober 1972



Aus der

Kneippstadt

Bad Lauterberg

Entscheidung für vier Jahre

Der Wähler wußte, worum es ging. Die Wahlbeteiligung war trotz des bösen Wetters und trotz der Verwirrung ob der Doppelwahl gut bis sehr gut. Der Wähler wußte mit den Riesenwahlzetteln umzugehen und vertraute im Zweifelsfall seiner Partei, indem er nicht eine Bewerberstimme, sondern eine Listenstimme abgab. Natürlich wurde im erweiterten Stadtgebiet noch zum Teil ortsbezogen gewählt; aber bei einer genauen Prüfung der Stimmanteile zeigt sich, daß man in der Wählerschaft bereits „ein Ganzes“ ist.

Die große Sensation fand in St. Andreasberg statt. Werner Grübmeyer besitzt das Vertrauen der Bergstädter. Er erhielt ein Drittel aller abgegebenen Stimmen und verhalf der CDU zur absoluten Mehrheit im Rat.

Im Großraum Bad Lauterberg dauerte diesmal das Zählen besonders lange. Die Ergebnisse lagen als letzte vor. Es gab einen klaren Erfolg der SPD. Die CDU erreichte das gesetzte Wahlziel: eine deutliche Veränderung der Mehrheitsverhältnisse zu ihren Gunsten nicht. Der Stimmanteil blieb der gleiche.

Die Stadtteile werden im Rat durchweg gut vertreten sein. In Barbis glückte das Experiment des Mißtrauens nicht. Die Freie Wählergemeinschaft erhielt nur ein Mandat. — Die sogenannten radikalen Parteien NPD und DKP erhielten 1,3 bzw. 0,6 Prozent der Stimmen und blieben faktisch bedeutungslos.

Unter den gegebenen Umständen wird ausser der SPD keine Partei den Versuch machen wollen, die Kommunalwahlen als Testwahlen für die am 19. November folgenden Bundestagswahlen anzusehen. — Bedauerlich bleibt es, daß der Raum Bad Lauterberg auch im kommenden Kreistag der Zahl nach unterrepräsentiert bleibt.

Übrigens — der Wahlkampf geht weiter bzw. beginnt erst; denn — und das soll als Kompliment verstanden sein — im Ringen um die Wählerstimmen bei der gestrigen Wahlentscheidung blieben Argumente Trumpf, und es wurde kein Porzellan zerschlagen. Einer Fortsetzung der guten Zusammenarbeit steht nichts entgegen. Darüber freut sich besonders
Ihre Heimatzeitung

Kubel dankt den Wählern

Liebe Bürgerinnen und Bürger
des Oberharzes!

Mit nüchternem politisch-kritischem Sinn hat die Bevölkerung des Oberharzes am Sonntag ihr Votum zur Kommunalpolitik abgegeben. Die sachliche Arbeit der Kommunalpolitiker und die gleichermaßen sachbezogene kommunale Reformpolitik der Landesregierung finden in dem Ergebnis der Kommunalwahlen Bestätigung und Anerkennung. Dafür danke ich allen Wählerinnen und Wählern des Oberharzes. Die Gegner der kommunalen Neuordnung haben mit dem Ergebnis dieser Wahl, übrigens nicht nur im Oberharz, zur Kenntnis nehmen müssen, daß sachliche Argumente die Bevölkerung mehr beeindruckten als kurzatmige Demagogie. Als Abgeordneter des niedersächsischen Landtages werde ich mich bei meiner Arbeit für den Oberharz auch weiterhin von diesem Demokratieverständnis der Wähler leiten lassen. Die Bevölkerung des Oberharzes wird mich immer auf der Seite derer finden, die sich einerseits um die Entwicklung eines Höchstmaßes an Wirtschaftskraft des Oberharzes bemühen und andererseits dabei stets das schutzwürdige Interesse unseres heimatlichen Raumes im Auge haben.

Ihr Alfred Kubel

Mitglied des Niedersächsischen Landtages
und niedersächsischer Ministerpräsident



Aus der
Bergstadt

St. Andreasberg

... und jetzt muß gearbeitet werden

Anzahl der Stimmen — erste Kommentare

Die Würfel sind gefallen. St. Andreasberg hat sich für Werner Grübmeier und seine Mannschaft entschieden. Die Überraschung war perfekt, als am Abend des Wahlsonntags Stadtdirektor Baumgarten das vorläufige Endergebnis bekanntgab. Enttäuschung auf der einen Seite — verhaltener Jubel auf der anderen. Und der klare Sieger heißt Werner Grübmeier und seine CDU-Mannschaft. Mit 8 Sitzen wird diese Gruppe künftig im Rat der Bergstadt vertreten sein, 5 bekam die SPD und 2 die F.D.P.

Und so sah es im Einzelnen aus:

SPD: insgesamt 749 Stimmen davon entfallen auf den Wahlvorschlag Gesamtliste 254, und auf:

Manfred Büntge 198 - gewählt; Fritz Klähn 62 gewählt; Herbert Schlieff 70 - gewählt; Ulrich Wemheuer 55 - gewählt; Peter Eckardt 24 - gewählt; Fritz Duderstaedt 37; Rudolf Becker 7; Heinrich Gropengießer 12; Hans Hermann Hildebrandt 6; Walter Gätcke 6; Giesela Neuse 12; Heiny Schubert 6.

CDU: insgesamt 1058 Stimmen, davon entfallen auf den Wahlvorschlag Gesamtliste 96, und auf:

Werner Grübmeier 722 - gewählt; Karl Heinz Matzka 38 - gewählt; Elsa Bolte 9; Rosemarie Neumann 6; August Bock 16 - gewählt; Karl Heinz Büscher 11; Uwe Günther 12 - gewählt; Willy Hellmann 23 - gewählt; Heinz Jatho 5; Wolfgang Jatho 34 - gewählt; Helmut Keppeler 2; Gunter Klöppelt 17 - gewählt; Hans Jürgen Lotz 5; Hans Mohr 11; Heinz Müller 9; Horst Neumann 4; Heinz Panse 6; Wilhelm Ullrich 16 - gewählt; Günter Weber 5; Karl Buse 3.

F.D.P.: insgesamt 300 Stimmen davon entfallen auf den Wahlvorschlag Gesamtliste 36, und auf:

Dr. Dr. Walder 36; Kurt Trawny 78 - gewählt; Wilhelm Stürze 19; Artur Reile 17; Dr. Völz 31; Herbert Asselmeyer 3; Hans Bahn 38 - gewählt; Martin Keller 13; Günter Naujokat 11; Klaus Petry 18.

Der Rat der Bergstadt hat ein neues Gesicht. Von den 15 Ratsmitgliedern sind 8 neue Leute. Frischer Wind im St. Andreasberger Rathaus?

Und hier die ersten Kommentare der Parteivorsitzenden:

Karl Heinz Matzka für die CDU:

„Natürlich sind wir zufrieden und glücklich — doch jetzt muß gearbeitet werden. Und dazu bieten wir von der CDU den Ratskollegen der anderen Parteien eine vertrauensvolle, sachorientierte Zusammenarbeit an, damit wir alle gemeinsam zum Wohle der Bergstadt und ihrer Bevölkerung weiterarbeiten können!“

Albert Kehr für die SPD:

„Wir sind überrascht und bedauern, daß wir unser Stimmenkontingent nicht ausbauen konnten. Zu unserer Entschuldigung aber möchte

ich sagen, daß unsere Mannschaft noch im Aufbau begriffen war und diese Wahl deshalb vielleicht ein wenig zu früh kam. Doch Endgültiges müssen wir einer eingehenden Analyse überlassen.“

Dr. Dr. Walder für die F.D.P.:

„Für die F.D.P. bin ich mit dem Ausgang der Wahl durchaus zufrieden, immerhin haben wir erreicht, daß mit Herrn Bahn ein junges Element in den Rat eingezogen ist. Im übrigen dürfte unser Stimmenanteil von 14,4 % im Vergleich zu anderen Gemeinden sicher sehr zu beachten sein. Erfreulich für uns ist auch der Stimmzuwachs auf der Kreiswahlebene, so daß Herr Trawny als einziger Vertreter aus dem Oberharz gewählt worden ist. Überrascht bin ich allerdings über die große Zahl von Stimmen, die Herr Grübmeier auf sich vereinigen konnte. Bedauerlich finde ich es, daß auf diese Weise die CDU die absolute Mehrheit erringen konnte. Die F.D.P. wird sich aber nicht entmutigen lassen.“

Und eine erste Stellungnahme des alten und neuen Bürgermeisters (davon darf man in diesem Falle doch sicher ausgehen!):

„Es ist sicher verständlich, daß ich in diesem Augenblick noch keine abschließende Stellungnahme abgeben kann. Ich möchte dazu erst einmal in Ruhe mit der Gruppe, auf deren Liste ich gestanden habe, sprechen. Das geschieht bereits am ersten Abend dieser Woche. Ich werde der Gruppe bei diesem Gespräch vorschlagen, daß wir unseren zukünftigen Partnern im Rat ein faires Angebot zur Zusammenarbeit machen. Lassen Sie mich aber bei dieser Gelegenheit den Dank für die ausgezeichnete Zusammenarbeit an die Gruppe aussprechen. Darüber hinaus möchte ich mich bei der Einwohnerschaft der Bergstadt für das mir und unserer Liste geschenkte Vertrauen bedanken.“

23.10.1972

Montag, den 23. Oktober 1972



Aus der
Bergstadt
St. Andreasberg

Nebenbei beobachtet . . .



Das ließ sich Frau Bertha Hartmann, mit 93 Jahren als älteste Dame von St. Andreasberg, natürlich nicht nehmen, auch diesmal wieder selbst zur Wahl zu gehen. Allerdings, und das war bei diesem Wetter auch verständlich, ließ sie sich einen hilfreichen Arm schon gefallen. Aber, spätestens im Wahllokal ging sie wieder ihre eigenen Wege, ihre Entscheidung war längst vorher gefallen, daher auch ihr entschlossener Blick.

Andreasberg schwört auf Werner Grübmeier

Hundert Stimmen mehr als beim letzten Male — CDU mit absoluter Mehrheit

Die Bergstädter haben gewählt und sich für Werner Grübmeier entschieden. Mit 722 Stimmen bekam er rund jede dritte Stimme, die abgegeben wurde und verhalf der CDU zur absoluten Mehrheit im Rat der Bergstadt. Es gibt ein zweites Phänomen in der Bergstadt bei dieser Wahl. Auf der Kreistagsliste bekam die FDP mehr als 20 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Hier zunächst eine Uebersicht über die Stimmzahlen für die Kommunalwahl in St. Andreasberg. Es erhielten: SPD 749, CDU 1 058 und FDP 300 Stimmen. An der Wahl beteiligten sich 81 Prozent der stimmberechtigten Bürger.

In den Rat ziehen ein: fünf SPD-Ratsherren, acht CDU-Ratsherren, zwei FDP-Ratsherren. — Und hier die Namen der Kandidaten und dahinter die von diesen errungene Stimmzahl:

SPD: Manfred Büntge 198 Stimmen, Fritz Klähn (62), Herbert Schlieff (70), Ulrich Wemheuer (55) und Peter Eckardt (26). Die beiden letzten Kandidaten kamen über Liste in den Rat. Für die SPD-Liste wurden 254 Stimmen abgegeben (während die CDU und FDP-Listenstimmen kein Mandat auslösen).

CDU: Werner Grübmeier 722 (1968 bekam er 619 Stimmen), Karl-Heinz Matzka (38), August Bock (16), Uwe Günther (20), Willy Hellmann (23), Wolfgang Jatho (34), Günther Klöppelt (17), Wilhelm Ullrich (16).

FDP: Kurt Trawny (78) und Hans Bahn (38).

Für den Kreistag SPD stärker

Daß es sich bei der Kommunalwahl um einen persönlichen Erfolg Werner Grübmeiers handelt, unterstreicht das Kreistagswahlergebnis. Hier entfielen auf die CDU nur 688 Stimmen, dagegen auf die SPD 896 und auf die FDP 466, die NPD verzeichnete 10, die DKP 20 Stimmen.

Bei Redaktionsschluß stand noch nicht fest, ob ein Andreasberger Kandidat in den Kreistag einziehen wird. Die höchste persönliche Stimmzahl bekam Kurt Trawny FDP mit 295 Stimmen. — CDU-Kandidat Karl-Heinz Matzka verzeichnete 255 Wähler, zwei mehr SPD-Kandidat Karl Neuse mit 257, Fritz Klähn konnte 142 Stimmen verbuchen, Max Urban DKP 10 Stimmen. — Über die Zusammensetzung des Goslarer Kreistags berichten wir in unserer morgigen Ausgabe.

Den Kandidaten, die ein Mandat erwarben, gratulieren wir herzlich und wünschen eine erfolgreiche Arbeit zugunsten der Bürger der Bergstadt und eine glückliche Hand bei der Suche nach Freunden.



Clausthal-Zellerfeld, den

Geschäftsstelle Adolf Römer Str.39
3392 Zellerfeld 8.11.1972
Telefon (05323) 3021

An die
CDU - Mitglieder
des Arbeitskreises "Bildungsreform"

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

XXXX 2274

Prof. Dr. H.W.Hennicke

Vertraulich

Sehr geehrte Herren !

Da ich nach unserer letzten Zusammenkunft am 8.7. zum Ortsvorsitzenden gewählt wurde, liessen die Vorbereitungen zu den verschiedenen Wahlkämpfen mir leider nicht die Zeit zu einer Zusammenkunft. Dennoch möchte ich Sie nachstehend in Stichworten über einige Probleme informieren.

- 1) Herr Remmers wurde brieflich auf unser Interesse und an einer gewissen Bedeutung des CDU - Hochschulgesetzentwurfes für den Kommunalwahlkampf aufmerksam gemacht.
- 2) Zeitlich ungünstig und m.E. mit ungeschickter "Begleitmusik" wurde der CDU-Hochschulgesetzentwurf der Presse übergeben, - Nach meiner Information vorschnell und ohne Einzelheiten des Gesetzes genau zu kennen polemisierten Studentenrat, Assistentenschaft und einige andere Personen (privater Arbeitskreis "Hochschulpraxis" unter Leitung von Dr. Hehl) gegen diesen Gesetzentwurf.
- 3) Leider ging uns trotz Bitten der Entwurf nicht rechtzeitig zu, nach Auskunft von Dr. Sprung handelt es sich auch um die Arbeit einer kleinen Gruppe (offenbar die Herren Prof. Klein, Göttingen, Herr ORR Oschatz, Hannover) Hört man allerdings vertraulich, dass dieser Entwurf seit Februar fertig sei, (Prof. Schottländer) so ergeben sich bei mir Zweifel über diese besondere Art an innerparteilicher Demokratie !
- 4) Herr Remmers wurde nach der weiteren Verfahrensweise gefragt. Antwort, dass der Entwurf diskutiert werden solle, womit ich mein 1.Exemplar überhaupt erst bekam. Heute holte ich mir dann selbst in Hannover weitere, so dass jeder von Ihnen, so weit nicht bereits geschehen, ein Exemplar bekommen kann. Überzählige werde ich an unsere Gäste verteilen. Sie werden diese "Wahlpropaganda" verstehen !
- 5) An der nächsten Sitzung des AK "Hochschulen" wird in Hannover Herr Dr. Urban mich vertreten, Information darüber folgt.

Mit Glückauf !

H.W. Hennicke

Handwritten notes in left margin:
Jeder kein Frühwager!
Mit langem Frieden
Falls Sie auch den
H.W.H. Hennicke

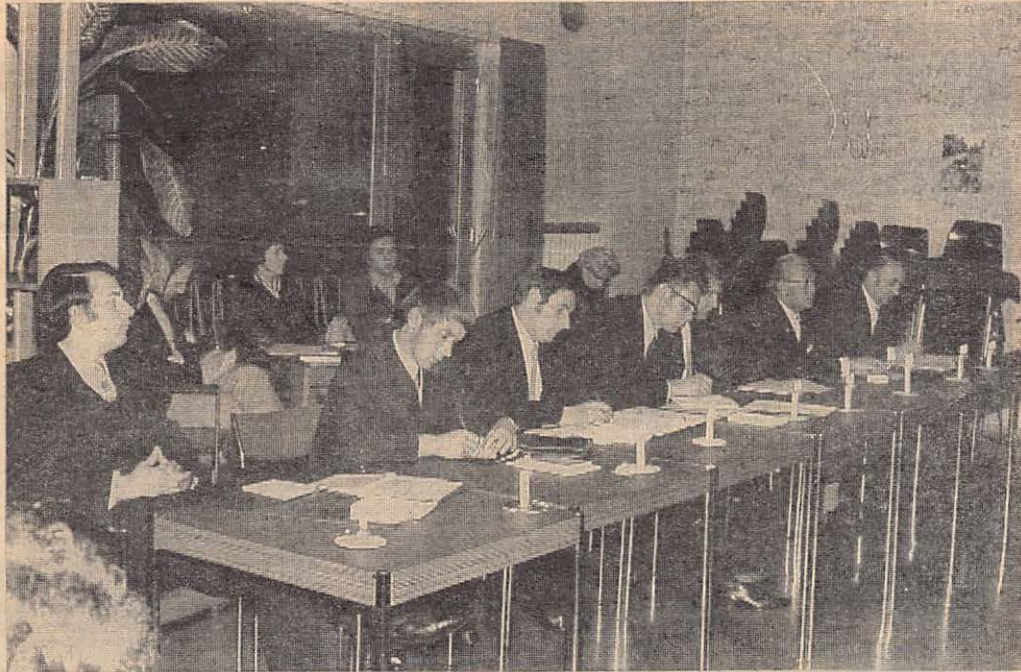
Werner Grübmeier ist wieder Bürgermeister 16.11.1972

Konstituierende Sitzung bei Kerzenschein und kalten Füßen — erste Meinungsverschiedenheiten

Der Kommunalwahlkampf 1972 war hart — härter, als daß jeder der neuen Ratsherren bereits den nötigen Abstand dazu gefunden hätte. Anders läßt es sich jedenfalls nicht erklären, daß auch während dieser ersten, der konstituierenden Sitzung des neuen Rates der Bergstadt immer noch einiges von dem Kampfegeist vergangener Wochen laut wurde. — Und doch, nimmt man die widrigen Umstände, unter denen ein vollzähliger Rat zielstrebig und ohne Rücksicht auf das zwar feierliche aber doch düstere Kerzenlicht, auf kalte Füße und klamme Finger die ersten Probleme anpackte, zum Maßstab eines erfolgreichen Starts, dann wird es um die Arbeit im Rat in den kommenden vier Jahren nicht schlecht bestellt sein. Das umso weniger, als mit dem alten und neuen Bürgermeister Werner Grübmeier in den Fraktionen von CDU, SPD und F.D.P. eine gesunde Mischung aus älteren, erfahrenen, bewährten Kräften und jungen, tatendurstigen Talenten Einzug in das St. Andreasberger Stadtparlament gehalten hat.



und erste Glückwünsche von Fritz Klähn für den alten und neuen Bürgermeister Werner Grübmeier



die Mehrheitsfraktion der CDU



Opposition von SPD und F.D.P.

Sie strahlte schon eine eigenartige Atmosphäre aus, diese erste Ratssitzung einer neuen Legislaturperiode: die Bergstadt in tiefer Finsternis, hier im Lesesaal im Haus des Kurgastes im Kerzenlicht der Rat, eine Szene beinahe wie aus einem Horrorfilm, im Dunkeln eine beachtliche Schar interessierter Bürger, Formalitäten zunächst, wie die Begrüßung durch den noch amtierenden Bürgermeister, die Pflichtenbelehrung nach § 28 NGO und Verpflichtung der Ratsherren gem. § 42 NGO durch den bisherigen Ratsvorsitzenden Werner Grübmeier, der allen Ratsherren stets eine glückliche Hand in den Fragen, die die Bergstadt berühren, wünschte.

Dann die erste große Entscheidung: Wahl des Ratsvorsitzenden sprich Bürgermeisters.

Manfred Büntge und Fritz Klähn (Vertreter: Herbert Schlieff und Peter Eckardt) in den Verwaltungsausschuß.

Für die Wahl des 1. Beigeordneten (stellvertretenden Bürgermeisters) stand nur ein Vorschlag der CDU mit Karl Heinz Matzka im Raum. Und wieder Antrag des SPD-Ratsherren Eckardt auf geheime Abstimmung. Das Ergebnis 8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen.

Zur Wahl des 2. Beigeordneten schlug die CDU-Fraktion Manfred Büntge von der SPD vor, der diesen Antrag allerdings ablehnte. Der darauf folgende Vorschlag Willi Ullrich von der CDU wurde mit 11 Ja-, 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Diskussion um die Ausschüsse besser um

und SPD längst alle Vorsitze unter sich ausgemacht, ehe die F.D.P. um den letzten, den Realschulausschußvorsitz hätte mit den CDU lösen können, wenn, ja wenn sie in diesem Ausschuß vertreten gewesen wäre. So aber fiel auch dieser Vorsitz an die CDU-Fraktion.

Und hier die Besetzung der jeweiligen Ausschüsse:

Werksausschuß:

Vorsitzender: Willi Ullrich (CDU), Mitglieder: Matzka, Günther (CDU); Schlieff, Büntge (SPD) und Trawny (F.D.P.),

Kurausschuß:

Vorsitzender: Karl Heinz Matzka (CDU), Mitglieder: Klöppelt, Jatho (CDU); Klähn, Wemheuer (SPD) und Bahn (F.D.P.).

Realschulausschuß:

Vorsitzender: Ullrich (CDU), — Mitglieder: Bock, Grübmeier, Mohr (CDU), Eckardt, Wemheuer (SPD).

Bau- und Planungsausschuß:

Vorsitzender: Manfred Büntge (SPD), Mitglieder: Klöppelt, Bock, Günther, Büscher (Nichtratsherr), Lodz (Nichtratsherr), alle von der CDU; Schlieff, Klähn (SPD), Trawny von der F.D.P.

Wirtschafts-, Verkehrs-, Finanz- und Forstauschuß:

Vorsitzender: August Bock (CDU), Mitglieder: Matzka, Günther, Neumann (Nichtratsherr), Latho, Heinz (Nichtratsherr), alle von der CDU; Eckardt, Klähn, Schlieff (SPD), Trawny (F.D.P.)

Jugend- und Kulturausschuß (Soziales):

Vorsitzender: Ulli Wemheuer (SPD), Bock, Klöppelt, Mohr, Frau Bolte (Nichtratsmitglied) Frau Neumann (Nichtratsmitglied); alle von der CDU; Eckardt, Klähn (SPD), Bahn (F.D.P.).

Für den Gesamtschulverband wurden folgende Vertreter aus dem Rat gewählt: Mohr, Ullrich (CDU) und Eckardt (SPD), für den Müllabfuhrzweckverband Oberharz die Herren Grübmeier, Jatho und Matzka (CDU) und Büntge und Schlieff (SPD).

Bei den Vertretern für die Gesellschafterversammlung der Wohnungsbau- und Kleinsiedlungs GmbH Bad Gandersheim bleibt es wie bisher bei Stadtdirektor Baumgarten. Und dann bereits die letzten Tagesordnungspunkte: Die Geschäftsordnung des Rates soll zunächst in den Fraktionen beraten werden. Gegen die Feststellung des Kommunalwahlergebnisses waren keine Einsprüche eingegangen, so daß der Rat die Gültigkeit der Wahl beschließen konnte. Und schließlich wurden die nächsten Termine für die Ratsarbeit festgelegt, so wird am 12. Dezember die nächste öffentliche Ratssitzung in St. Andreasberg

Werner Grübmeier wieder Bürgermeister

Konstituierende Sitzung bei Kerzenschein und kalten Füßen — Erste Meinungsverschiedenheiten



Der Kommunalwahlkampf 1972 war hart. Nicht jeder der neuen Ratsherren hat vielleicht den nötigen Abstand dazu gefunden. Anders läßt es sich jedenfalls nicht erklären, daß auch während dieser ersten, der konstituierenden Sitzung des neuen Rates der Bergstadt immer noch einiges von dem Kampfegeist vergangener Wochen laut wurde. Und doch, nimmt man die widrigen Umstände, unter denen ein vollzähliger Rat zielstrebig und ohne Rücksicht auf das zwar feierliche, aber doch düstere Kerzenschein, auf kalte Füße und klamme Finger die ersten Probleme anpackte, zum Maßstab eines erfolgreichen Starts, dann wird es um die Arbeit im Rat in den kommenden vier Jahren nicht schlecht bestellt sein. Das umso weniger, als mit dem alten und neuen Bürgermeister Werner Grübmeier in den Fraktionen von CDU, SPD und F.D.P. eine gesunde Mischung aus älteren, erfahrenen, bewährten Kräften und jungen, tatendurstigen Talenten Einzug in das St. Andreasberger Stadtparlament gehalten hat.

Sie strahlte schon eine eigenartige Atmosphäre aus, die erste Ratssitzung einer neuen Legislaturperiode: die Bergstadt in tiefer Finsternis, hier im Lesesaal im Haus des Kurgastes im Kerzenschein der Rat, eine Szene beinahe wie aus einem Horrorfilm, im Dunkeln eine beachtliche Schar interessierter Bürger. Formalitäten zunächst, wie die Begrüßung durch den noch amtierenden Bürgermeister, die Pflichtenbelehrung nach § 28 NGO und Verpflichtung der Ratsherren gem. § 42 NGO durch den bisherigen Ratsvorsitzenden Werner Grübmeier, der allen Ratsherren stets eine glückliche Hand in den Fragen, die die Bergstadt berühren, wünschte.

Dann die erste große Entscheidung: Wahl des Ratsvorsitzenden, sprich Bürgermeister. Fritz Klähn, das älteste Ratsmitglied, übernahm den Vorsitz. Willi Ullrich von der CDU-Fraktion schlug Werner Grübmeier, Ulli Wemheuer von der SPD Manfred Büntge vor. Die F.D.P.-Gruppe konnte keinen Vorschlag einbringen, da sie keinen Anspruch auf einen Sitz im Verwaltungsausschuß hat. Peter Eckardt beantragte für die SPD-Fraktion die geheime Abstimmung. Das Ergebnis dieser Abstimmung: für Werner Grübmeier wurden 8, für Manfred Büntge 6 Stimmen abgegeben. Ein Ratsherr hatte sich der Stimme enthalten. Damit stand fest: alter und neuer Bürgermeister der Bergstadt ist Werner Grübmeier. Erste Glückwünsche kamen von Fritz Klähn und Stadtdirektor Baumgarten. Der

Kommentar des Bürgermeisters: „Obwohl es bereits das vierte Mal ist, so war es mir doch wie beim ersten Mal“, und „Dank für Vertrauen — biete der Verwaltung eine loyale Zusammenarbeit an — werde stets für jeden Bürger da sein!“

Nächster Punkt war die Bestimmung der Beigeordneten und deren Vertreter für den Verwaltungsausschuß. Von der CDU werden in diesen Ausschuß einziehen: Werner Grübmeier, Karl Heinz Matzka und Willi Ullrich (als Vertreter: Wolfgang Jatho, Gunther Klöppelt und August Bock). Die SPD entsendet Manfred Büntge und Fritz Klähn (Vertreter: Herbert Schlieff und Peter Eckardt) in den Verwaltungsausschuß.

Für die Wahl des 1. Beigeordneten (stellvertretenden Bürgermeisters) stand nur ein Vorschlag der CDU mit Karl Heinz Matzka im Raum. Und wieder Antrag des SPD-Ratsherren Eckardt auf geheime Abstimmung. Das Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen.

Zur Wahl des 2. Beigeordneten schlug die CDU-Fraktion Manfred Büntge von der SPD vor, der diesen Antrag allerdings ablehnte. Der darauf folgende Vorschlag Willi Ullrich von der CDU wurde mit 11 Ja-, 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Diskussion um die Ausschüsse, besser, um die Größe der Ausschüsse, denn der Vorschlag der CDU-Fraktion, die folgenden Ausschüsse zu bilden, wurde einstimmig angenommen: Werksausschuß, Kurausschuß, Realschulsausschuß, Ausschuß für Wirtschaft/Verkehr/Finanzen und Forst, Bau- und Planungsausschuß, Jugend- und Kulturausschuß (Soziales). Die ersten drei Ausschüsse, so Willi Ullrich von der CDU, sollten mit 6 Ratsherren, die letzten drei mit 9 Ausschußmitgliedern besetzt werden. SPD und F.D.P. dagegen strebten für alle Ausschüsse die Besetzung mit 7 Ratsherren an, was zur Folge hatte, daß es zur ersten Kraftprobe im Rat kommen mußte. Jeweils mit 8 gegen 7 Stimmen wurden die Vorschläge der CDU angenommen. Die 6er-Ausschüsse hatten nun aber zur Folge, daß CDU und F.D.P. jeweils um den 6. Sitz hätten lösen müssen. Daher der Vorschlag der CDU an die F.D.P., ihrerseits auf den Losentscheid zu verzichten, wenn die F.D.P. auf der anderen Seite auf den Sitz im Werksausschuß verzichtet hätte. Nun Hans Bahn von

Zu unseren Bildern

Auf dem linken Bild ist die CDU-Fraktion zu sehen, die die Mehrheit im Rat besitzt. Rechts sitzt die Opposition der SPD und der F.D.P.

Planungsausschuß: Vorsitzender: Manfred Büntge (SPD); Mitglieder: Klöppelt, Bock, Günther, Büscher (Nichtratsherr), Lodz (Nichtratsherr) alle von der CDU; Schlieff, Klähn (SPD); Trawny (F.D.P.). Wirtschafts-, Verkehrs-, Finanz- und Forstsausschuß: Vorsitzender: August Bock (CDU); Mitglieder: Matzka, Günther, Neumann (Nichtratsherr), Jatho, Heinz (Nichtratsherr) alle von der CDU; Eckardt, Klähn, Schlieff (SPD), Trawny (F.D.P.). Jugend- und Kulturausschuß (Soziales): Vorsitzender Ulli Wemheuer (SPD), Bock, Klöppelt, Mohn, Frau Bolte (Nichtratsmitglied) Frau Neumann (Nichtratsmitglied) alle von der CDU; Eckardt, Klähn (SPD), Bahn (F.D.P.).

Für den Gesamtschulverband wurden folgende Vertreter aus dem Rat gewählt: Mohr, Ullrich (CDU) und Eckardt (SPD), für den Müllabfuhrzweckverband Oberharz die Herren Grübmeier, Jatho und Matzka (CDU) und Büntge und Schlieff (SPD).

Bei dem Vertreter für die Gesellschafterversammlung der Wohnungsbau- und Kleinsiedlungs G.m.b.H., Bad Gandersheim, bleibt es wie bisher bei Stadtdirektor Baumgarten. Und dann bereits die letzten Tagesordnungspunkte: Die Geschäftsordnung des Rates soll zunächst in den Fraktionen beraten werden. Gegen die Feststellung des Kommunalwahl-Ergebnisses waren keine Einsprüche eingegangen, so daß der Rat die Gültigkeit der Wahl beschließen konnte. Und schließlich wurden die nächsten Termine für die Ratsarbeit festgelegt, so wird am 12. Dezember die nächste öffentliche Ratssitzung in St. Andreasberg stattfinden.

Ein Schlußwort zu dieser ersten Ratssitzung des neuen Stadtparlaments hätten wir den einzelnen Fraktionen schon gegönnt, und Schlußworte gab es auch genug — nur schien es uns besser, es mit den Worten eines Ratsherren zu halten, der da feststellte, daß der Kommunalwahlkampf eben vorbei sei.



CDU wieder vorn – Großer Sieg W. Grübmeyers

Die Wahlen zum Stadtrat von St. Andreasberg brachten erneut einen Sieg der CDU mit 1058 Stimmen. Die SPD kam auf 749 und die F.D.P. auf 300. Der CDU-Sieg ist einzig und allein Werner Grübmeier zuzuschreiben, der allein 722 Stimmen auf sich vereinen konnte.

Vergleicht man das Wahlergebnis von gestern mit den Gemeindewahlen im Jahre 1968, dann ergibt sich, daß die CDU damals nur 205 Stimmen hatte, nach dem Wechsel Grübmeyers von der F.D.P. zur CDU 1970 bei der Landtagswahl aber schon 1052.

Die SPD hatte 1968 bei der Gemeindewahl 730 Stimmen, 1970 bei der Landtagswahl 852 und ist jetzt auf 749 Stimmen gekommen.

Die F.D.P. erreichte 1968 bei der Gemeindewahl 1016, 1970 bei der Landtagswahl 86 und gestern 300 Stimmen.

Es wurden gewählt von der CDU (in Klammern die Anzahl der Stimmen): Grübmeier (722), Matzka (38), Bock (16), Günther (20), Hellmann (23), Jatho (34), Klöppelt (17), Ullrich (16).

Von der SPD: Büntge (198), Klähn (62), Schlieff (70), Wemheuer (55), Eckhardt (24).

Von der F.D.P.: Trawny (78) und Bahn (38).

Montag, 23. Oktober 1972



Nach der Wahl

Die Wahl ist nunmehr abgeschlossen
und mancher ist darob verdrossen.
Die aber, welche man gewählt,
von Sorgen werden sie gequält.

Das – was als Wahlziel sie gesetzt,
und sich erweisen, nun, ab jetzt.
Es war ja leicht, was zu versprechen,
doch ist es schwer, das nun zu brechen.

In jedem Rat ist zu bedenken,
nicht alles läßt sich so leicht lenken.
Das Wollen ist es nicht allein,
es müssen auch Erfolge sein!

Die Bürger wählten mit Bedacht,
nun – neuer Rat – gib sorgsam acht,
enttäusche deine Wähler nicht,
denn sonst verlierst du dein Gesicht.

E. S.

Thema: Kreisreform !!



Prof. Dr. H.W.Hennicke
3392 Clausthal-Zellerfeld
Am Turmhof 8

Clausthal den 17.2.1973

Sehr geehrter Herr Grübmeier !

Wie ich unserer Tageszeitung entnehme, haben Sie nun selbst den Vorsitz des Ortsverbandes St. Andreasberg übernommen und ich möchte Ihnen dazu vielmals gratulieren, allerdings auch mit einem eigennützigem Interesse, denn Sie wissen, daß ich mir hier in Clausthal mit unserm OV. einige Mühe gebe.

Sehr langsam kommt auch wieder unsere Junge Union auf die Beine und die Hochschulgruppe ist mindestens etwas besser jetzt mit dem Aurin-Arbeitskreis in Hannover verbunden, obwohl wir - d.h. einige jüngere Mitglieder - weiter unsere Kritik hier vortragen.

Interessieren wird mich die Möglichkeit, ob wir gemeinsam im Kreisverband eine bestimmte Linie finden können, die natürlich auf die gemeinsamen Interessen im Oberharz gegenüber den auch mehrheitlich öfters anderen Situationen im Goslarer Raum.

Ganz konkret möchte ich die Frage nach einem Landtagskandidaten stellen, dessen Plazierung auf der Landesliste in Anbetracht unserer relativ guten Bundestagswahlergebnisse durchgedrückt werden müsste ! Noch klarer möchte ich persönlich die Frage an Sie selbst stellen - wenn ich dies auch mit einem Zögern deshalb tue, weil ich mir habe sagen lassen, wie unsinnig ungünstig Sie auf der Landesliste beim letzten Mal im Kampf gegen Kubel eingestuft wurden. Ich versichere Ihnen aber, wenn Sie zu einer Kandidatur im Oberharz bereit sein sollten, mit Ihnen einen vorbereiteten Wahlkampf liefern zu wollen, zu dem ich jetzt eine Reihe von Erfahrungen aus den letzten beiden Aktionen mitbringen kann. In der Hochschulpolitik, die für Clausthal ja ein Faktor ist, könnte man bis heute allerlei negatives für die SPD auflisten - aber die Nützlichkeit derselben für eine Wahlentscheidung des Bürgers ist örtlich begrenzt !

Im Fremdenverkehr liegen einige Gewichte, insgesamt würde ich gerne sehr bald zu langfristig gezielten Vorbereitungen kommen.

Vielleicht haben wir Gelegenheit, bald darüber mündlich zu diskutieren!

Mit freundlichem Gruss und Glückauf !

I h r

H. W. Hennicke

W. Grünmeyer
3424 St. Andreasberg
Quellenweg 9

St. Andreasberg, den

Sehr geehrter Herr Professor!

Meine Fahrt nach Israel - meine Befürchtungen haben sich damit allerdings nicht bestätigt! - hat nun doch meine zeitlichen Dispositionen derartig verändert, daß ich erst jetzt und ^{nun} ganz langsam die Dinge wieder in den Griff bekomme.

Zu allem ist mein engster Mitarbeiter in Hannover für 14 Wochen ausgefallen. Dadurch befinde ich mich seit drei Wochen in ständiger Rotation.

Diese Vorgehensweise kann mir natürlich keine wirkliche Entschuldigung für mein Ausbleiben auf Ihren freundlichen Brief vom 17. 2. 1972 sein. Sie bittet mich um ein wenig Verständnis!

Ich darf mich nun aber erst einmal recht herzlich bedanken. Mir ist deutlich, daß ich meinem Wunsch - in den Nieders. Landtag einzuziehen - nun durch Ihren Schritt einen Schritt näher kommen konnte. Ich weiß selbstverständlich auch, daß ich eine Nominierung im Wahlkreis 32 nur dann erreiche, wenn der Ortsverband Oberharz mich unterstützt.

Warum ich 1970 letztlich, obwohl ich vom Landesvorstand für die Plätze 30-32 vorgesehen war, keinen Platz auf der Landesliste erhielt, sagte ich Ihnen am 11. 4. in Goslar.

Die Aussichten stehen, immer vorausgesetzt ich würde von der Basis nominiert, diesmal günstiger zu sein.

1. Landesvorsitzender i. Generalsekretär (scheint mir ein besonderer Züwachs ^{an Zeitfreistellung} von positiver Weise zu sein) unterstützen mein Vorhaben.
2. Die Stimmung im Landesverband Braunschweig kann gar nicht so schlecht sein, wie sie es mit im Bezirksverband Hildesheim.

3. Der Sportbeirat hat erkennen lassen, daß er seinen Einfluß im Landeslistenausschuß einbringen würde.
4. Das psychologische Faktum „Kandidat im Wahlkreis des Ministerpräsidenten“ scheint besser ins Bewußtsein gedrungen zu sein.
5. Ganz gleich welcher Kandidat im Wahlkreis 32 für die CDU antritt, er stünde nicht so alleine wie im 1970.

Die negativen Momente hat für meine Kandidatur habe ich ebenfalls und kühl zu analysieren versucht.

Wider ist es notwendig alle Inponderabilien gründlich zu überdenken und zu diskutieren.

In entsprechenden Gesprächen stelle ich Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

Bei uns im Ort beginnt sich die ~~Situation~~ ~~der CDU~~ stabilisiert mit der Situation der CDU langsam. Ich übernehme die Arbeit mit 10 (zehn) Mitgliedern. Ziel vom Jahresende sind 30. Das gilt auch für die junge Union (2. Pd 16).

Die ~~Fraktion~~ ~~das~~ ~~ist~~ wichtiger ist, es herrscht keine Spannung mehr zwischen Fraktion in Partei. Die Fraktionsarbeit selbst läuft viel positiver an, als ich zu hoffen wagte.

Krisen macht uns allerdings unserer Kreisgarbeit und die Übergewichtung Goslars - Kreisverband. Ich meine aber, daß unsere Ortsverbände mittelfristig eine positive Veränderung erreichen können.

Stehen mich einmal herzlich ab und, bitte ich - 1. herzlich für Sie und gleichmäßig!

Her



Januar 1973
Bezirksregierung Hannover

Beurteilung

des ...Oberregierungsrats im Schulaufsichtsdienst Werner Grüb Meyer
geboren am: 1. 6. 1926
Dezernat: 401
Beurteilungszeitraum: 1.1.1970 bis heute

- 1. hauptsächliche Arbeitsgebiete während des Beurteilungszeitraumes:
Im Verlauf der letzten drei Jahre hat Herr G. alle Arbeitsfelder der Dezernate 402 und 403 kennengelernt. Schwerpunkte waren Lehrerfortbildung und Personaleinsatz. Z.Zt./Aufsicht über die Integrierten Gesamtschulen.
- 2. Persönlichkeitsmerkmale (Charakter, Wesensart);
Im besonderen Maße kontaktfreudig, entgegenkommend und gewinnend, dabei stets dezent und korrekt.
- 3. Fähigkeiten und Leistungen.
 - a) schriftliche Ausdrucks- und Darstellungsweise, mündlicher Vortrag, Verhandlungsführung, organisatorische Befähigung;
Im mündlichen Vortrag besonders gewandt, formuliert brillant und vermag in Verhandlungen zu überzeugen.
 - b) Urteilsfähigkeit und Entschlußkraft, Entscheidungs- und Verantwortungsfreude;
Sichere Urteilsfähigkeit und hohe Verantwortungsfreude erlauben es ihm, abgewogene Entscheidungen zu treffen.
- 4. Fleiß, Diensteifer, Zuverlässigkeit;
G. erledigt die ihm übertragenen Aufgaben pünktlich und sorgfältig und arbeitet oft über die Dienststunden hinaus.
- 5. fachliches Wissen, Allgemeinbildung, Spezialkenntnisse;
Hat umfangreiche schulfachliche Kenntnisse und beachtliche Allgemeinbildung.

6. Belastbarkeit:

ist in besonderem Maße gegeben.

7. Gesundheitszustand (nur bei besonderem Anlaß):

--

8. Verhalten zum Publikum und zu den Mitarbeitern.

Befaßt sich mit den Angelegenheiten einzelner Besucher und Bittsteller in intensivster Weise. Bei Mitarbeitern und Kollegen beliebt.

9.

Gesamturteil:

Gut

10. Besondere Eignung für

Leitung eines schulfachlichen Dezernats.

Dr. Kaunmann

.....
Dezernent - Abteilungsleiter

Bestätigt!

Ergänzungen:

H. Lehmann 5/3

.....
Regierungspräsident - Abteilungsleiter

Bestätigt!

Ergänzungen:

Kenntnis genommen:

.....
Regierungspräsident

Werner Gießener

21. 3. 1973



CDU in Niedersachsen · 3 Hannover 21 · Böttcherstraße 7

Herrn Oberregierungsrat
Werner Grübmeier

3424 St. Andreasberg
Quellenweg 9

Christlich Demokratische Union
in Niedersachsen
Der Generalsekretär

Hannover, den 27. April 1973
H/Da.

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

ich komme auf Ihr Angebot zurück, daß Sie evtl. einmal in vertraulicher Sitzung mit dem CDU-Ortsvorstand des Ortsverbandes Garbsen ein Gespräch über die schulische Situation in Garbsen führen. Ich habe davon bereits den Vorsitzenden in Kenntnis gesetzt und wäre dankbar, wenn es zu einem solchen Gespräch kommen würde.

Im übrigen würde ich mich freuen, wenn Sie mir besagte Verfügung des RP vertraulich zukommen lassen könnten.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr


(Haaßengier)

Unser aktuelles Interview:

Freude über den Baubeginn für den neuen Kindergarten

Aber auch Mißverständnisse und Zweifel — Sorgen um Gebühren unbegründet

Es tut sich was auf der „alten Pfarrwiese“, zwischen Friedhof und Glückauf-Weg. Der Start für den Bau des neuen Kindergartens der evangelischen Martini-Gemeinde ist erfolgt, und es ist erfreulich zu hören, daß das Projekt im Herbst bereits fertiggestellt werden kann. Ein heiß ersehnter Wunsch der Andreasberger geht damit in Erfüllung. — Allerdings, in die Freude mancher Eltern mischen sich derzeit noch manchmal Unsicherheiten und Mißverständnisse. Diese aus dem Wege zu räumen, war unsere Absicht, als wir Pastor Werner Läden und Bürgermeister Werner Grübmeier zu einer kleinen Gesprächsrunde baten, um in diesem kompetenten Kreis klärende Antworten auf unsere Fragen zu erhalten.

ZA: Pastor Läden, mit dem Baubeginn ist Ihnen doch sicher ein mächtiger Stein vom Herzen gefallen. Wer Ihre ausdauernden und konsequenten Bemühungen der letzten Monate oder gar Jahre verfolgte, muß zweifellos zu dem Schluß kommen, daß innerhalb der Martini-Gemeinde, und nicht nur hier, jetzt nur noch eitel Freude herrscht.

Pastor Läden: Wir sind natürlich glücklich, daß es möglich war, so schnell mit dem Bau des Kindergartens zu beginnen. Wer noch weiß, wieviel bürokratische Hürden zu überwinden waren, der muß in der Tat überrascht sein, daß es einen solch schnellen Start gab. Ohne das Entgegenkommen der zuschussgebenden Stellen, wozu auch die Firma Eckold mit einer größeren Spende gehört, wäre das auch nicht möglich gewesen. Wir stellen auch fest, daß weite Kreise der Elternschaft sich darauf freuen, ihre Kinder bald in diesen neuen Kindergarten schicken zu können. Zu meiner Überraschung gibt es aber auch erhebliche Kritik.

ZA: Kritik — was wird kritisiert und von wem?

Pastor Läden: Zunächst wird immer noch von vielen gefragt, ob ein anderes Grundstück nicht günstiger gewesen wäre. Das gilt für die Lage wie für die Größe des Grundstückes. Dazu ist zu sagen, daß der Kirchenvorstand, wie die Andreasberger wissen, monatelang mögliche andere Baugrundstücke geprüft hat, und daß bis heute weder von uns noch von anderen, praktikable Alternativen gefunden wurden. Das Grundstück „alte Pfarrwiese“ ist ohne die verpachteten Gartengelände 1 475 qm groß. Es liegt damit um rund 250 qm über der erforderlichen Mindestnorm. Zu dieser Frage liegt ein Gutachten der evangelischen Landeskirche vor, in dem es heißt, daß von den geprüften Grundstücken die „Pfarrwiese die besten Möglichkeiten bietet“ (Anmerkung der Redaktion: beteiligt an diesem Gutachten waren die evangelische Landeskirche, das Verwaltungspräsidium Braunschweig, der Landkreis, die Bergstadt und die Martini-Gemeinde).

Läden: Das ist richtig. Wir sind bei der Planung des Gebäudes davon ausgegangen, daß das Raumvolumen bei geringen Mehrkosten es erlauben würde, einen, wie wir meinen, in der Bergstadt notwendigen Jugendraum zu erstellen. Allerdings muß ich dazu sagen, daß aufgrund der Unsicherheit der schulischen Situation an übergeordneter Stelle mit der Zusage der erforderlichen Zuschüsse gezögert wird.

ZA: Bürgermeister Grübmeier, heißt das nach Ihrer Meinung, daß man womöglich daran denkt, einen Jugendraum in einer der noch bestehenden Schulen einzurichten?

Bürgermeister Grübmeier: Ich halte es für nicht gut, wenn man die Chancen, die sich beim Ausbau des Kindergartens hinsichtlich auf die Erstellung eines Jugendraumes böten, nicht nutzen würde. Die schulische Situation im Oberharz ist keinesfalls ausdiskutiert. Schon von daher verbietet es sich, spekulativ daran denken zu wollen, Jugendräume in den bestehenden Schulen unterzubringen. Das gilt natürlich auch für die Frage der räumlichen Unterbringung des Kindergartens.

Dazu Pastor Läden: Erlauben Sie mir, daß ich in diesem Zusammenhang noch auf folgendes hinweise: Zu Beginn der endgültigen Verhandlungen über den Neubau eines Kindergartens in St. Andreasberg fand in der Bergstadt im März 1972 ein Gutachtergespräch statt, in dem diese Frage eingehend geprüft wurde.

Die Tatsache, daß wir die Genehmigung zum Neubau des Kindergartens erhielten, läßt erkennen, daß eine Unterbringung des Kindergartens in der Schule einhellig verneint wurde.

ZA: Meinen Sie nicht, daß all diese Fragen besser in einer Gemeindeversammlung hätten geklärt werden können?

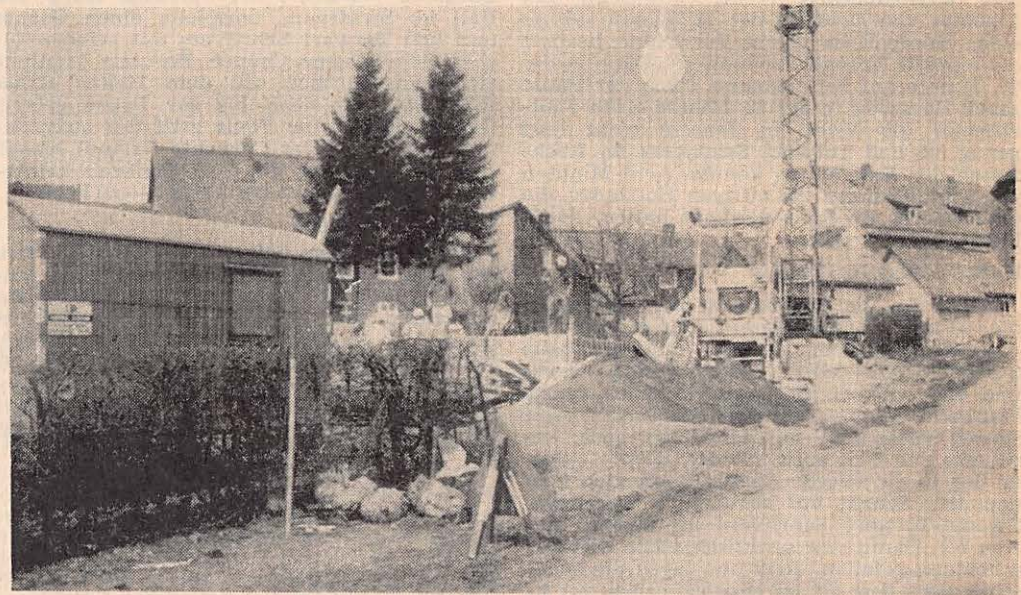
Läden: Genau das haben wir vor, und zwar soll am Donnerstag, dem 3. Mai 1973, 20 Uhr,

im Gemeindesaal der Martini-Gemeinde eine Versammlung stattfinden, auf der neben Kindergartenfragen auch die Probleme Altwohnungen, neues Gestühl in der Kirche und Fragen des Konfirmandenunterrichts besprochen werden sollen. Ich würde es begrüßen, wenn die Gemeinde diese Gelegenheit zur Aussprache nutzen würde.

ZA: Wir bedanken uns für dieses Gespräch und hoffen damit zur Klärung mancher Mißverständnisse beigetragen zu haben.

Und noch ein Wort des Bürgermeisters:

Ich glaube, es gibt niemanden in St. Andreasberg, der sich nicht darüber freut, daß wir bald einen modernen und auch größeren Kindergarten der Jugend unserer Stadt anbieten können.



Die ersten Anzeichen für den Bau des Kindergartens sind vorhanden.
Foto: Siebeneicher

1973
26. April

Dazu auch Bürgermeister Grübmeier: Ich will und kann nicht bestreiten, daß ich über eine lange Zeit einen anderen Standort für wünschenswert hielt. Ich war natürlich der Meinung, daß eine Nachbarschaft von Kindergarten und Schule pädagogische, organisatorische und verkehrstechnische Vorteile gebracht hätte. Ich habe mich durch Gutachten aber überzeugen lassen müssen, daß unter den gegebenen Umständen keine andere Lösung gefunden werden konnte.

ZA: Gibt es noch weitere Kritik?

Läwen: Ja, es wird eingewandt, daß der neue Kindergarten für viele unerschwinglich sein würde.

ZA: Auch wir haben von dieser Auffassung gehört, die von Monatsgebühren um oder über 100 DM sprechen.

Läwen: Ich bin froh, daß Sie mir Gelegenheit geben, dieses Mißverständnis richtig zu stellen. Wir sind glücklich darüber, daß wir eine Zusage der evangelischen Landeskirche vorliegen haben, wonach für jeden Kindergartenplatz im Monat ein Zuschuß in Höhe von 40 Prozent, das sind ca. 60 bis 80 DM, gegeben wird. Es ist wohl selbstverständlich, daß die Zuschüsse sich im Einzelfall nach Einkommenshöhen der Eltern staffeln.

Dazu auch Bürgermeister Grübmeier: Ohne mich in Einzelheiten verlieren zu wollen, kann ich die Worte unseres Pastors noch unterstützen bzw. die Sorgen verschiedener betroffener Eltern noch ein wenig mildern. Die zuständigen Ausschüsse des Landkreises haben sich erfreulicherweise mit dieser Frage bereits befaßt und sich positiv geäußert. Die zuständigen Ausschüsse der Bergstadt werden sich zu gegebener Zeit ebenfalls mit der Behandlung von Sozialfällen in Bezug auf diesen Kindergarten beschäftigen.

ZA: Pastor Läwen, können Sie uns vielleicht konkret sagen, was die Eltern für einen Kindergartenplatz ihrer Kinder monatlich zu zahlen haben werden?

Läwen: Wir hoffen, daß ein Vollzeitplatz (d. h.: eine ganztägige Unterbringung) im Schnitt 50 DM pro Kind und Monat nicht übersteigt. Daneben besteht ja aber auch die Möglichkeit der Unterbringung für den Vormittag bzw. für den Nachmittag. Wobei es selbstverständlich ist, daß die Unterbringung für den Nachmittag von allen drei Möglichkeiten die preisgünstigste ist.

Bürgermeister Grübmeier: Vergessen werden sollte dabei auch nicht, daß eine Ermäßigung ebenfalls eintreten wird für Geschwisterkinder.

ZA: Wieviel Kinder können in dem neuen Kindergarten betreut werden?

Läwen: Ca. 50 Kinder sind vom Raumangebot und der Personalbesetzung hergesehen unterzubringen.

ZA: Im Gebäude des Kindergartens soll doch auch die Möglichkeit für einen Jugendraum geschaffen werden?

CDU

CDU in Niedersachsen - 7. November 1971 - 100. Geburtstag

100. Geburtstag
Günther G. G. G.

Christlich Demokratische Union
in Niedersachsen



Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Günther G. G.
Günther G. G.



Eine deutsch/französische Freundschaft wird besiegelt

Austausch von offiziellen Patenschaftsurkunden — am 20. Mai in Touques, am 9. September in der Bergstadt

Eine langjährige und bewährte deutsch-französische Freundschaft zwischen den Einwohnern von Touques (Normandie) und den Bergstädtern erhält in wenigen Tagen nun auch ihren offiziellen Charakter. Am 20. Mai werden zunächst in Touques und am 9. September dann in St. Andreasberg die offiziellen Patenschaftsurkunden ausgetauscht. An den Feierlichkeiten aus Anlaß dieses Ereignisses, für deren Gestaltung die französischen Freunde weder Mühen noch Kosten gescheut haben, wird auch eine recht stattliche Delegation aus der Bergstadt teilnehmen, die sich aus den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses, dem Stadtdirektor sowie den Begründern dieser freundschaftlichen Bande zusammensetzt. Die Oberharzer Delegation wird sich zu diesem Zweck am kommenden Freitag in Richtung Normandie in Bewegung setzen, wo sie ganz sicher von den Freunden aus Touques begeistert und herzlich empfangen wird.

Die Freundschaft zwischen St. Andreasberg und Touques reicht zurück bis in den Herbst 1965, als zum ersten Male eine Jugendgruppe aus dem Normandie-Ort in der Bergstadt weilte. Bereits Ostern 1966 statteten Jugendliche aus St. Andreasberg ihren ersten Gegenbesuch in Touques ab. Von nun an gab es in jedem Jahr einen deutsch-französischen Jugendaustausch, und schon bald wurden auch zwischen Erwachsenen beider Orte erste freundschaftliche Bande geknüpft. Wenn am kommenden Freitag die Begründer dieser hervorragenden Beziehungen von St. Andreasberg zu Touques mit zu den Feierlichkeiten aus Anlaß der offiziellen Partnerschafts-Besiegelung reisen, dann ist dieses bereits der dritte offizielle Besuch von Erwachsenen in Frankreich. Die gleiche Anzahl von Gegenbesuchen haben auch die Freunde aus Touques auf ihrem Konto. Dazwischen aber gab es manch privaten Besuch und Gegenbesuch, so wie es eben unter guten Freunden üblich ist — die große Entfernung zwischen beiden Orten hat dabei noch nie eine Rolle gespielt.

Das Programm, das die Gemeinde Touques

für das kommende Wochenende aufgestellt hat, ist, bescheiden ausgedrückt, gewaltig. Und jeder einzelne Programmpunkt ist nur dafür aufgestellt worden, die deutschen Freunde zu verwöhnen und die Gemeinsamkeit von St. Andreasberg und Touques zu dokumentieren. Zu den herausragendsten Programmpunkten werden zweifellos gehören: die Taufe einer Straße in „Rue St. Andreasberg“, ein Festessen am Sonntag, ein bunter Abend am Montag und

natürlich am Sonntag der Austausch der Patenschaftsurkunden aus Ziegenhaut.

Jedem einzelnen der bergstädtischen Delegation ist schon heute klar, daß er schweren und ereignisreichen Tagen entgegenfährt — und daß man sich für den 9. September dieses Jahres, wenn der gleiche Akt noch einmal in der Bergstadt vollzogen wird, hierorts etwas einfallen lassen muß, um mit den Franzosen einigermaßen mithalten zu können.



Das ist das Geschenk, das die Bergstadt den Freunden in Touques überreichen wird — ein Schnitzwerk aus der Meisterhand von Ernst Hartmann.

Foto: Siebeneicher

16.05.1973



20/22.05.1973

„Rue de St. Andreasberg“

St. Andreasberg als Straßennamen — Empfang im Rathaus — Umzug durch die Stadt

Ein volles Programm erwartete die St. Andreasberger Delegation am Sonntag, dem 20. Mai 193, dem Tag der offiziellen Unterzeichnung der Patenschaftsurkunde. Bereits um 10 Uhr war man am Basketballplatz der Schule wieder vollzählig versammelt und erlebte eine Vorführung junger Basketballspieler aus Touques, Daß man dabei auch von den Kleinsten schon gute Leistungen zu sehen bekam, erstaunte selbst den, der wußte, daß das kleine Normandiestädtchen mit ihrer Mannschaft einst zur französischen Spitzenklasse gehörte.

Kaum war hier der Beifall verklungen, da spielte bereits ein Spielmanszug aus Pont l'Eveque auf, und die Menschen aus Touques, ob groß ob klein, formierten sich gemeinsam mit den Andreasbergern zu einem Umzug durch die Stadt. Welch ein prächtiger Zug. Ein Zug, der seine Farbe vor allem durch die zahlreichen hübschen normannischen Trachten erhielt, und der so viel Fröhlichkeit ausstrahlte, obwohl es noch immer in Strömen regnete.

Der Spielmanszug musizierte ohne Pause, während des gesamten Umzuges, und in seinem Gefolge bewegten sich die Menschen zunächst zum Stadtausgang, wo neben dem Ortsschild eine Hinweistafel enthüllt werden sollte. Bürgermeister Wacogne tat dies gemeinsam mit

seinem Kollegen Grübmeier aus St. Andreasberg, unter dem Beifall der zahlreichen Menschen aus beiden Ländern. Die Tafel zeigt die Wappen beider Städte, ihre Namen und den Hinweis auf die Patenschaft. Mit dieser Tafel wurden zu gleicher Zeit an drei weiteren Plätzen von Touques gleiche Hinweistafeln enthüllt. Und wieder beinahe ein himmlisches Zeichen: gerade als die Bürgermeister die Hinweistafel enthüllten, hörte der Regen auf, und Sonne beleuchtete die herrliche Szene.

Weiter bewegte sich der Zug von hier in Richtung Innenstadt, wo es galt eine Straße

**Wir messen Ihr Gehör
und beraten Sie unverbindlich
Optik Planert**

Clausthal-Zellerfeld, Zellbach 54, Telefon 10 51

auf den Namen der Bergstadt zu taufen. Stadtdirektor Baumgarten enthüllte hier das entsprechende Namensschild „Rue de St. Andreasberg“. Und wieder gab es rauschenden Beifall.

Die nächste Station des Zuges war das Rathaus von Touques, wo Bürgermeister Wacogne alle Festzug-Teilnehmer zu einem kleinen Empfang eingeladen hatte. Hier erhielten aus seiner Hand Bürgermeister Grübmeier und Stadtdirektor Baumgarten die neu geprägte Goldene Medaille der Stadt Touques, die damit zum ersten Male überhaupt verliehen wurde. Anschließend trugen sich alle Anwesenden in das Goldene Buch der Normandie-Stadt ein.

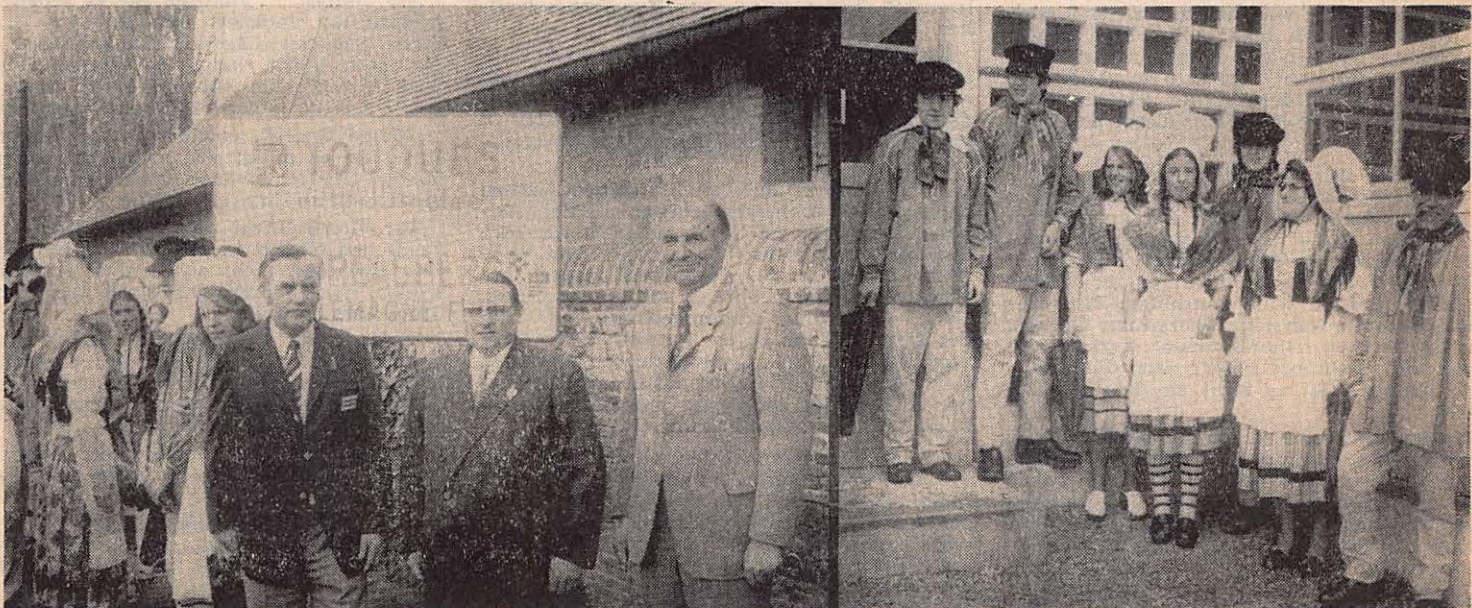


Und noch ein Dokument, das hier von Stadtdirektor Baumgarten enthüllt wird, die „Rue de St. Andreasberg“ ist geboren.

Fotos: Siebeneicher

Zu unseren Bildern:

Für jedermann sichtbar: ein Dokument der Freundschaft zwischen Touques und St. Andreasberg. — Rechts: Wasch- und stilechte Normannen in ihren schmucken Trachten.







CDU in Niedersachsen · 3 Hannover 21 · Böttcherstraße 7

Herrn
Werner Grübmeier

3424 St. Andreasberg
Quellenweg 9

Christlich Demokratische Union
in Niedersachsen
Der Generalsekretär

Hannover, den 25. Mai 1973
H/pe

Sehr geehrter Herr Grübmeier!

Formell darf ich Ihnen noch einmal bestätigen, daß der Ortsverband Garbsen sich freut, daß Sie sich bereit erklärt haben, am

14. Juni 1973, um 20.00 Uhr

vor dem Ortsverband über die schulische Situation in Garbsen zu sprechen.

Den genauen Tagungsraum werde ich Ihnen noch rechtzeitig telefonisch mitteilen.

Mit nochmaligem Dank für Ihre Zusage

Ihr


(Haaßengier)



CDU in Niedersachsen · 3 Hannover 21 · Böttcherstraße 7

Herrn
Werner Grübmeier

3424 St.-Andreasberg
Quellenweg 9

Christlich Demokratische Union
in Niedersachsen
Der Generalsekretär

Hannover, den 1. Juni 1973
H/pe

Sehr geehrter Herr Grübmeier!

Heute darf ich Ihnen nun den genauen Ort der Sitzung des Ortsvorstandes der CDU Garbsen am 14.6. mitteilen.

Es ist in Garbsen, Auf der Horst, im Gemeinderäumen der St. Raphael-Gemeinde (katholische Kirche im Zentrum).

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

gez. Haaßengier

F.d.R.

Petermann



CDU in Niedersachsen · 3 Hannover 21 · Böttcherstraße 7

Herrn Oberreg.Rat
Werner Grübmeier

3424 St. Andreasberg
Quellenweg 9

Christlich Demokratische Union
in Niedersachsen
Der Generalsekretär

Hannover, den 26. Juni 1973

H/pe

Sehr geehrter Herr Grübmeier!

Nochmals recht herzlichen Dank auf diesem Wege für Ihren Besuch in Garbsen. Meine Truppe war sehr beeindruckt. Ich darf auf Ihre Hilfe bei nächster Gelegenheit wieder mal zurückkommen.

Hinsichtlich Ihrer Kandidatur können Sie auch auf Herrn Hasselmann bei der Absicherung auf der Landesliste rechnen, wozu auch wesentlich Aussagen von Herrn Oschatz mitbeizutragen haben.

Bei einer Einweihungsparty bei meinem Schwager, Herrn Tschäpe, in Kreiensen habe ich einen Kollegen von meinem Schwager kennengelernt, mit dem er gemeinsam in Goslar im Krankenhaus tätig war. Es handelt sich um einen Dr. B u s s e. Im Gespräch erfuhr ich, daß dieser Dr. Busse sich in St. Andreasberg niederläßt und bereits mit Ihnen einige Gespräche geführt hat. Er war über Ihre Behandlung als Bürgermeister hoch erfreut.

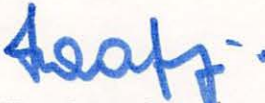
Herr Dr. Busse und seine Gattin haben bei der letzten Bundestagswahl ihre Erststimme der SPD und ihre Zweitstimme der FDP gegeben. Wenn die Party noch eine Stunde länger gedauert hätte - dann hätten wir allerdings gleich frühstücken

- 2 -

können - dann hätten wir ihnen vielleicht schon in die CDU aufnehmen können. Für Sie also eine große Aufgabe! Beide sind kritisch und solche Leute können wir gebrauchen.

Das alles zu Ihrer vertraulichen Information.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr


(Haaßengier)

Unvergessene Tage in Touques/Normandie (2. Folge)

Die große Stunde in St. Pierre — Urkunde unterzeichnet — Geschenke ausgetauscht
— Französisch-deutsche Hochzeit



Bürgermeister Grüb Meyer und Stadtdirektor Baumgarten unterzeichneten die Urkunde aus weißem Ziegenleder für die Bergstadt, Bürgermeister Wacogne für Touques.

Zweifellos der Höhepunkt der unvergessenen Tage von Touques war das Geschehen in der ehrwürdigen Kirche St. Pierre, der ältesten Kirche der Normandie, als die Freundschaft zwischen St. Andreasberg und Touques feierlich und offiziell besiegelt wurde. Vom Rathaus aus bewegte sich am Nachmittag der Festzug zur Kirche St. Pierre. Und wieder schien das gesamte normannische Städtchen auf den Beinen zu sein. Jeder wollte Anteil nehmen an diesem großen Augenblick, sicher dem größten in der acht Jahre währenden Freundschaft zwischen Touques und St. Andreasberg.

Eingeleitet wurden die Feierlichkeiten von einem gemischten Chor aus Trouville-Deauville, dessen Darbietungen die historischen Gemäuer von St. Pierre melodisch füllten. Mr. Vautier, der Präsident des Comitees für die Feierlichkeiten aus Anlaß der Unterzeichnung der Patenschaftsurkunden, begrüßte die vielen, vielen Menschen in St. Pierre, unter ihnen natürlich die vollzählige Andreasberger Delegation, Mr. d'Ornano (Bürgermeister von Deauville, Abgeordneter der Nationalversammlung und einer der beliebtesten Politiker der Normandie), Senator Descours-Désacres, Mr. Deliencourt (Landrat des Kreises Trouville-Deauville), Mr. Jaurand-Siner aus Versailles (der Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendaustausches, der der Stadt Touques die Ehre gab, daß er zum ersten Male an deutsch-französischen Patenschaftsfeiern teilnahm), Mr. Adlin (der Präsident des Jugendaustausches Normandie-Niedersachsen) und selbstverständlich Bürgermeister Wacogne und alle Freunde St. Andreasbergs.

Bürgermeister Wacogne aus Touques stellte in seiner Rede einleitend fest: „Der 20. Mai

1973 wird von nun an für die Städte Touques und St. Andreasberg das wichtigste von den Daten unseres 8jährigen freundschaftlichen Verhältnisses sein“. Und weiter: „Nachdem wir uns gut kennengelernt haben, beschlossen wir, die Sympathie und die Freundschaft unserer beiden Städte offiziell in einer gemeinsamen Erklärung zu verkünden. Die Repräsentanten beider Gemeinden haben sich dazu heute hier in der Kirche St. Pierre, die ohne Zweifel das würdigste Andenken an die Vergangenheit unserer Stadt ist, versammelt. Die Bedeutung dieser Handlung rechtfertigt die Wahl dieses Ortes!“ Mr. Wacogne begrüßte besonders herzlich Bürgermeister Grüb Meyer und Stadtdirektor Baumgarten, alle deutschen Delegierten, Stadträte und Sympathisanten. Für ihre Anwesenheit dankte Bürgermeister Wacogne den französischen Persönlichkeiten sehr, weil sie dadurch ihr Interesse für diesen großen Augenblick bezeugt hätten. „Ich glaube, daß Sie alle mit Freude sehen, wie sich Zeremonien dieser Art vermehren werden, und ich bin sicher, daß diese die Vorboten der Glückseligkeit sind“. Und weiter: „Ich danke dem Schicksal, das mich ausersehen hat, diese Urkunde unterschreiben zu dürfen!“

Bürgermeister Grüb Meyer stattete zunächst vielfachen Dank an die Gastgeber ab und übermittelte herzliche Grüße an Touques aus St. Andreasberg. Dabei stellte er besonders die Freundschaft und Sympathie heraus, die den Harzern überall in der Normandie entgegen gebracht worden seien. „Nicht einen Augenblick hatte ich den Eindruck, ein Fremder zu sein“. Dank sagte Werner Grüb Meyer auch für die Gastfreundschaft, die in Touques stets den bergstädtischen Kindern und den Erwachsenen entgegen gebracht worden seien und bestätigte, daß man sich auch in St. Andreasberg bereits wieder auf den Gegenbesuch der französischen Freunde freue.

Wörtlich sagte St. Andreasbergs Bürgermeister weiter: „Wir sind uns der Ehre bewußt, die Sie uns erweisen, hier und heute Zeugen

der offiziellen Besiegelung eines Vertrages zu sein, dessen Wurzeln schon acht Jahre alt sind und dessen Inhalt vom Wort und Geist her, im Gegensatz zu vielen anderen Verträgen, als bereits erfüllt anzusehen ist.“

Und weiter: „Während unserer Reise nach hier führen wir durch Gravelotte, Mars-la-Tour und waren in Verdun. Und wie ein chemisches Präparat eine Geheimschrift wieder sichtbar machen kann, so bedrückten uns angesichts der historischen Orte und vor dem gewaltigen Monument inmitten Verduns, die Schatten der Vergangenheit. Ich erinnere mich an die verlogenen Argumente, die frühere und unsere Generation auf den Lippen trugen. Unverständlich heute! Ich erinnere mich aber auch an das, was General de Gaulle 1962 in Hamburg sagte, als er den deutschsprachigen Dichter Zuckmayer zitierte: „War es gestern unsere Pflicht, Feinde zu sein, ist es heute unser Recht, Brüder zu werden“. Liebe Freunde, im Januar 1963 — vor 10 Jahren also — wurde in der europäischsten Stadt, die wir wohl kennen, in Paris, der deutsch-französische Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Heute — 10 Jahre danach — erleben wir mit Freude eine heitere Gegenwart und sehen mit Zuversicht — weil wir es so wollen — einer friedvollen Zukunft entgegen!“

Und zum Schluß seiner Rede sagt Bürgermeister Grüb Meyer: „St. Pierre, dieses würdige Andenken an eine wechselvolle und stolze Geschichte dieser Landschaft soll Zeuge einer Bitte sein: Lassen Sie uns gemeinsam weitere Mosaiksteinchen in der Zusammenführung der Menschen aus der Normandie und Niedersachsens zusammentragen, damit das Bild — an das ich glaube — vollendet wird, ein einiges Europa in Freiheit!“

Stadtdirektor Baumgarten ging in seinen Worten besonders darauf ein, daß bereits viele Freundschaften und Verbindungen über die offiziellen Begegnungen hinaus entstanden seien. „Für alle, die von Beginn an bis heute an unserem gemeinsamen Anliegen mitgearbeitet haben, ist heute ein freudiger Tag, der uns mit Stolz erfüllen kann. Daß sogar sehr enge familiäre Beziehungen entstanden sind, freut mich natürlich besonders. In 6 Wochen ist eine Hochzeit in Touques, und eine junge Touqueserin wird von einem jungen Andreasberger nach St. Andreasberg entführt. Ich betrachte diese Verbindung als eine gute Bestätigung für die Richtigkeit unserer Bemühungen um die Freundschaft zwischen Touques und St. Andreasberg. Wir wünschen uns, daß der Gleichklang der Namen Michelle — Michael nicht nur Symbolkraft für dieses junge Paar, sondern auch für die weitere Entwicklung unserer Freundschaft hat.“

Karl Heinz Baumgarten dankte noch einmal allen, die in den zurückliegenden Jahren die Arbeit unterstützt haben, und verband mit dem Dank den Wunsch, auch in Zukunft alles zu tun, damit die bewährte Arbeit fortgesetzt werden könne.

Auf die noch junge aber umso reichere Geschichte der Freundschaft zwischen den Menschen in der Normandie und Niedersachsens ging der Präsident des Jugendaustauschwerkes Normandie/Niedersachsen, M. Adlin, ein und würdigte die Arbeit aller derer, die an diesem Werk und speziell der Freundschaft zwischen Touques und St. Andreasberg mitgewirkt hätten. Ähnlich äußerte sich auch der Generalsekretär des deutsch-französischen Jugendaustausches, Mr. Jaurand-Siner, der der Versammlung zurief: „Es lebe die Patenschaft von Touques und St. Andreasberg“.

Danach stimmte der Chor aus Trouville-Deauville zuerst die deutsche Nationalhymne und danach die französische an. Die St. Andreasberger Delegation überreichte an Bürgermeister Wacogne das Schnitzwerk aus Meister Hartmanns Hand und eine Fahne der Bergstadt als Geschenk, ehe man gemeinsam das Glas erhob.



Fortsetzung unseres Berichts:

Unvergessene Tage in Touques/Normandie

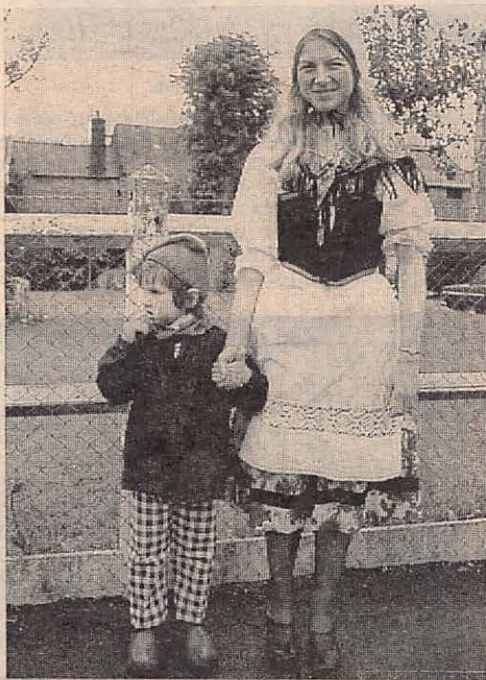
St. Andreasberg als Straßennamen — Empfang im Rathaus — Umzug durch die Stadt

Ein volles Programm erwartete die St. Andreasberger Delegation am Sonntag, dem 20. Mai 1973, dem Tag der offiziellen Unterzeichnung der Patenschaftsurkunde. Bereits um 10.00 Uhr war man am Basketballplatz der Schule wieder vollzählig versammelt und erlebte eine Vorführung junger Basketballspieler aus Touques. Daß man dabei auch von den Kleinsten schon erstaunliche Leistungen zu sehen bekam, erstaunte selbst den, der wußte, daß das kleine Normandiestädtchen mit ihrer Mannschaft einst zur französischen Spitzenklasse gehörte.

Kaum war hier der Beifall verklungen, da spielte bereits ein Spielmännzug aus Pont l'Eveque auf, und die Menschen aus Touques, ob groß ob klein, forsierten sich gemeinsam mit den Andreasbergern zu einem Umzug durch die Stadt. Welch ein prächtiger Zug? Ein Zug, der seine Farbe vor allem durch die zahlreichen hübschen normannischen Trachten erhielt, und der so viel Fröhlichkeit ausstrahlte, obwohl es noch immer in Strömen regnete.

Der Spielmännzug musizierte ohne Pause, während des gesamten Umzuges, und in seinem Gefolge bewegten sich die Menschen zunächst zum Stadtausgang, wo neben dem Ortsschild eine Hinweistafel enthüllt werden sollte. Bürgermeister Wacogne tat dies gemeinsam mit seinem Kollegen Grübmeier aus St. Andreasberg, unter dem Beifall der zahlreichen Menschen aus beiden Ländern. Die Tafel zeigt die Wappen beider Städte, ihre Namen und den Hinweis auf die Patenschaft. Mit dieser Tafel wurden zu gleicher Zeit an drei weiteren Plätzen von Touques gleiche Hinweistafeln enthüllt. Und wieder beinahe ein himmlisches Zeichen: gerade als die Herren

Die nächste Station des Zuges war das Rathaus von Touques, wo Bürgermeister Wacogne alle Festzug-Teilnehmer zu einem kleinen Empfang eingeladen hatte. Hier erhielten aus seiner Hand Bürgermeister Grübmeier und Stadtdirektor Baumgarten die neu geprägte Goldene Medaille der Stadt Touques, die damit zum ersten Male überhaupt verliehen wurde. Anschließend trugen sich alle Anwesenden in das Goldene Buch der Normandie-Stadt ein. —



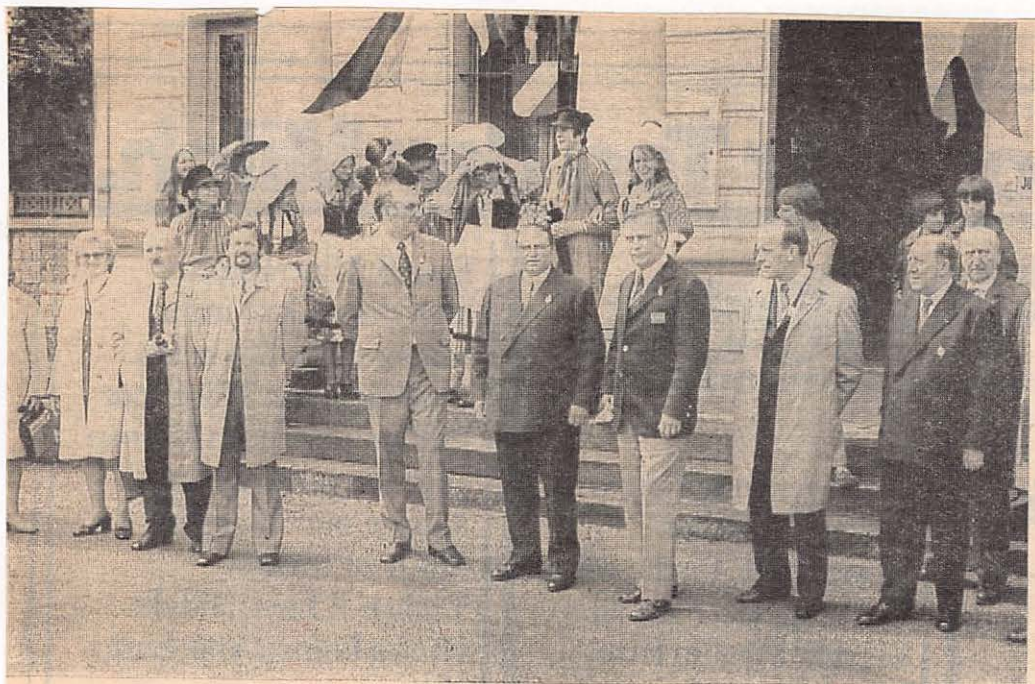
Michelle, eine künftige Andreasbergerin und ein noch junger Normanne, der sich aber anscheinend ein wenig langweilt.

Bürgermeister die Hinweistafel enthüllten, da hörte der Regen auf, und die Sonne beleuchtete die herrliche Szene.

Weiter bewegte sich der Zug von hier in Richtung Innenstadt, wo es galt eine Straße auf den Namen der Bergstadt zu taufen. Stadtdirektor Baumgarten enthüllte hier das entsprechende Namensschild „Rue de St. Andreasberg“. Und wieder gab es rauschenden Beifall.



Rue de St. Andreasberg und v. l. Bürgermeister Grübmeier, Bürgermeister Wacogne und Stadtdirektor Baumgarten.



Die Honoratioren



Wasch- und stielechte Bewohner der Narmandie.

Unvergessene Tage in Touques/Normandie

Die große Stunde in St. Pierre — Urkunde unterzeichnet — Geschenke ausgetauscht

Zweifellos der Höhepunkt der unvergessenen Tage von Touques war das Geschehen in der ehrwürdigen Kirche St. Pierre, der ältesten Kirche der Normandie, als die Freundschaft zwischen St. Andreasberg und Touques feierlich und offiziell besiegelt wurde.

Vom Rathaus aus bewegte sich am Nachmittag der Festzug zur Kirche St. Pierre. Und wieder schien das gesamte normannische Städtchen auf den Beinen zu sein. Jeder wollte Anteil nehmen an diesem großen Augenblick, sicher dem größten in der acht Jahre währenden Freundschaft zwischen Touques und St. Andreasberg.

Eingeleitet wurden die Feierlichkeiten von einem gemischten Chor aus Trouville-Deauville, dessen Darbietungen die historischen Gemäuer von St. Pierre melodisch füllten.

Mr. Vautier, der Präsident des Comitees für die Feierlichkeiten aus Anlaß der Unterzeichnung der Patenschaftsurkunden, begrüßte die vielen, vielen Menschen in St. Pierre, unter ihnen natürlich die vollzählige Andreasberger Delegation, Mr. d'Ornano (Bürgermeister von Deauville, Abgeordneter der Nationalversammlung und einer der beliebtesten Politiker der Normandie), Senator Descours-Désacres, Mr. Deljencourt (Landrat des Kreises Trouville-Deauville), Mr. Jaurand-Siner aus Versailles (der Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendaustausches, der der Stadt Touques die Ehre gab, daß er zum ersten Male an deutsch/französischen Patenschaftsfeiern teilnahm), Mr. Adlin (der Präsident des Jugendaustausches Normandie-Niedersachsen) und selbstverständlich Bürgermeister Wacogne und alle Freunde St. Andreasbergs.

Bürgermeister Wacogne aus Touques stellte in seiner Rede einleitend fest: „Der 20. Mai 1973 wird von nun an für die Städte Touques und St. Andreasberg das wichtigste von den Daten unseres 8jährigen freundschaftlichen Verhältnisses sein.“ Und weiter: „Nachdem wir uns gut kennen gelernt haben, beschlossen wir die Sympathie und die Freundschaft unserer beiden Städte offiziell in einer gemeinsamen Erklärung zu verkünden. Die Repräsentanten beider Gemeinden haben sich dazu heute hier in der Kirche St. Pierre, die ohne Zweifel das würdigste Andenken an die Vergangenheit unserer Stadt ist, versammelt. **Die Bedeutung dieser Handlung rechtfertigt die Wahl dieses Ortes!**“ Und Mr. Wacogne begrüßte besonders herzlich Bürgermeister Grübmeyer und Gattin, Stadtdirektor Baumgarten und Gattin, alle deutschen Delegierten, Stadträte und Sympathisanten. Für ihre Anwesenheit dankte Bürgermeister Wacogne den französischen Persönlichkeiten sehr, weil sie dadurch ihr Interesse für diesen großen Augenblick bezeugt hätten. „Ich glaube daß sie alle mit Freude sehen, wie sich Zeremonien dieser Art vermehren werden, und ich bin sicher, daß diese die Vorboten der Glückseligkeit sind.“ Und weiter: „Ich danke dem Schicksal, das mich ausersehen hat, diese Urkunde unterschreiben zu dürfen!“

Bürgermeister Grübmeyer stattete zunächst vielfachen Dank an die Gastgeber ab und übermittelte herzliche Grüße an Touques aus St. Andreasberg. Dabei stellte er besonders die Freundschaft und Sympathie heraus, die den Harzern überall in der Normandie entgegen gebracht worden seien. „Nicht einen Augenblick hatte ich den Eindruck, ein Fremder zu sein.“ Dank sagte Werner Grübmeyer auch für die Gastfreundschaft, die in Touques stets den bergstädtischen Kindern und den Erwachsenen entgegengebracht worden seien und bestätigte, daß man sich auch in St. Andreasberg bereits wieder auf den Gegenbesuch der französischen Freunde freuen würde.

zitierte: 'War es gestern unsere Pflicht, Feinde zu sein, ist es heute unser Recht, Brüder zu werden.' Liebe Freunde, im Januar 1963 — vor 10 Jahren also — wurde in der europäischen Stadt, die wir wohl kennen, in Paris, der deutsch/französische Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Heute — 10 Jahre danach — erleben wir mit Freude eine heitere Gegenwart und sehen mit Zuversicht — weil wir es so wollen — einer friedvollen Zukunft entgegen!“

Und zum Schluß seiner Rede sagte Bürgermeister Grübmeyer: „St. Pierre, dieses würdige Andenken an eine wechselvolle und stolze Geschichte dieser Landschaft soll Zeuge einer Bitte sein: Lassen Sie uns gemeinsam weitere Mosaiksteine in der Zusammenführung der Menschen aus der Normandie und Niedersachsens zusammentragen, damit das Bild — an das ich glaube — vollendet wird, ein einiges Europa in Freiheit!“

Stadtdirektor Baumgarten ging in seinen Worten besonders darauf ein, daß bereits viele Freundschaften und Verbindungen über die offiziellen Begegnungen hinaus entstanden seien. „Für alle, die von Beginn an bis heute an unserem gemeinsamen Anliegen mitgearbeitet haben, ist dieser Tag ein freudiger Tag und ein Tag, der uns mit Stolz erfüllen kann. Daß sogar sehr enge familiäre Beziehungen entstanden sind, freut mich natürlich

besonders. In 6 Wochen ist eine Hochzeit in Touques, und eine junge Touqueserin wird von einem jungen Andreasberger nach St. Andreasberg entführt. Ich betrachte diese Verbindung als eine gute Bestätigung für die Richtigkeit unserer Bemühungen um die Freundschaft zwischen Touques und St. Andreasberg. Wir wünschen uns, daß der Gleichklang der Namen Michelle - Michael nicht nur Symbolkraft für dieses junge Paar, sondern auch für die weitere Entwicklung unserer Freundschaft hat.“ Und Karl Heinz Baumgarten dankte noch einmal allen, die in den zurückliegenden Jahren die Arbeit unterstützt haben, und verband mit diesem Dank der Wunsch, auch in Zukunft alles zu tun, damit die bewährte Arbeit fortgesetzt werden könne.

Auf die noch junge aber umso reichere Geschichte der Freundschaft zwischen den Menschen in der Normandie und Niedersachsens ging der Präsident des Jugendaustauschwerkes Normandie/Niedersachsen Monsieur Adlin ein und würdigte die Arbeit aller derer, die an diesem Werk und speziell der Freundschaft zwischen Touques und St. Andreasberg mitgewirkt hätten. Ähnlich äußerte sich auch der Generalsekretär des deutsch/französischen Jugendaustausches, Monsieur Jaurand-Siner, der der Versammlung zurief: „Es lebe die Patenschaft von Touques und St. Andreasberg“.

Danach bestimmte der Chor aus Trouville-Deauville zuerst die deutsche Nationalhymne und danach die französische an. Die St. Andreasberger Delegation überreichte an Bürgermeister Wacogne das Schnitzwerk aus Meister Hartmanns Hand und eine Fahne der Bergstadt als Geschenk, ehe man gemeinsam das Glas erhob. —



Für Touques unterzeichnete Bürgermeister Wacogne die Urkunde.

Wörtlich sagte St. Andreasbergs Bürgermeister weiter: „Wir sind uns der Ehre bewußt, die Sie uns erweisen, hier und heute Zeugen der offiziellen Besiegelung eines Vertrages zu sein, dessen Wurzeln schon 8 Jahre alt sind und dessen Inhalt vom Wort und Geist her, im Gegensatz zu vielen anderen Verträgen, als bereits erfüllt anzusehen ist.“ Und weiter: „Während unserer Reise nach hier fuhren wir durch Gravelotte, Mars-la-Tour und waren in Verdun. Und wie ein chemisches Präparat eine Geheimschrift wieder sichtbar machen kann, so bedrückten uns angesichts der historischen Orte und vor dem gewaltigen Monument inmitten Verduns, die Schatten der Vergangenheit. Ich erinnere mich an die verlogenen Argumente, die frühere und unsere Generation auf den Lippen trugen. Unverständlich heute! Ich erinnere mich aber auch an das was General De Gaulle 1962 in Hamburg sagte, als er den deutschsprachigen Dichter Zuckmayer

weiter: 2. Spalte den

Historisches Dokument



Bürgermeister Grübmeier verliest den deutschen Text der Urkunde aus weißem Ziegenleder.



Eine Fahne der Bergstadt als Geschenk an die Freunde in Touques.

Ein interessanter Beitrag zu der Frage:

„Was wird aus dem Gesehr?“

Wir veröffentlichen heute einen weiteren Artikel zu dem Thema: „Was wird aus dem Gesehr?“ Der Verfasser ist als ehemaliger Wandervogel seit über 50 Jahren regelmäßiger Besucher der Bergstadt St. Andreasberg und Mitbesitzer der ältesten im Jahre 1911 errichteten Skihütte im Harz, der alten Northeimer Hütte auf dem Gesehr. Er ist von Beruf Städtebauer und hat sich aus akutem Anlaß erneut mit dieser Frage auf Grund des vor kurzem öffentlich ausgelegten Flächennutzungsplans für die Bergstadt St. Andreasberg, nach dem das gesamte Gesehr als Baugebiet für Ferienwohnungen vorgesehen ist, befaßt. Wir meinen, hier ist ein Diskussionsbeitrag geleistet, den man genau überprüfen sollte.

Die Redaktion.

6. Juni
1973

Diese Frage hatte ich den Lesern dieser Zeitung bereits vor zweieinhalb Jahren in der Ausgabe vom 2. Dezember 1970 gestellt. Dabei hatte ich darauf hingewiesen, daß das Gesehr ein aus weiter Umgebung sichtbarer, dem waldreichen Rehbergmassiv vorgelagerter Wiesenhöhenzug von besonderer landschaftlicher Schönheit ist. Es liegt in unmittelbarer Nähe der Oberstadt und bietet dem Besucher und Kurgast eine besonders schöne und weite Aussicht auf das Gebirgsmassiv des Oberharzes und in die Weite der Vorharzlandschaft bis zum Kaufunger Wald zwischen Werra und Fulda. Im Sommer gehört ein Spaziergang auf dem fast ebenen Höhenweg mit den weiten Aussichten und durch die einst blühenden Bergwiesen zu den besonderen Naturschönheiten, die unsere Bergstadt in ihrer näheren Umgebung zu bieten hatte.

Ferner hatte ich dargelegt, daß das Gesehr auch im Winter für die Wintersportler eine große Anziehungskraft besitzt. Es stellt für die Skiläufer die einzige natürliche Verbindung zwischen dem St. Andreasberger Skigebiet Sonnenberg — Rehberg einerseits und dem Slalomhang Matthias-Schmidt-Berg bzw. dem Ortszentrum der Bergstadt St. Andreasberg andererseits dar. Ferner sind die noch weitgehend un bebauten Flächen ein ideales Skigelände.

Doch das Gesehr ist seitdem in zunehmendem Maße durch drei Umstände bedroht:

- Die Versteppung der nicht mehr genutzten Wiesenflächen hat Ausmaße angenommen, daß das Gesehr in einigen Jahrzehnten zu einer undurchdringlichen Brennessel- und Buschlandschaft werden dürfte. Anstelle der einst blühenden Bergwiesen bieten weite Flächen des Gesehrs über viele Monate hinweg den Anblick einer fahlen, gelben und grauen Steppenlandschaft, in dem das Himbeer- und Brombeer- gesträuch allmählich die Oberhand gewinnt, wenn nicht die öffentliche Hand im Zusammenwirken mit den Wiesenbesitzern Abhilfe schafft. Aufgerufen sind hier alle, denen die Erhaltung der Naturschönheiten des Harzes nicht nur am Herzen liegt, sondern sich auch in klingender Münze auszahlt: die Bergstadt St. Andreasberg, die Kurverwaltung dieser Stadt, der Landkreis Goslar, der Harzer Fremdenverkehrsverband, der Harzklub, der Naturschutzpark Harz, die Landwirtschaftsbehörden und das Landvolk. Hier muß eine praktische Landschaftspflege sobald als möglich ins Leben gerufen werden, um nicht wieder gut zu machende Schäden zu vermeiden.

- Aber auch die Bepflanzung und Einzäunung vieler Grundstücke längs der Parzellengrenzen durch die meisten Skihüttenbesitzer hat in zunehmendem Maße zu einer Zerstörung des ehemals offenen Landschaftsbildes beigetragen. Während in früheren Jahrzehnten auf Grund der allgemeinen Weidgerechtheit eine Offenhaltung der Wiesen rund um die Bergstadt ein selbstverständliches Gebot war, reicht heute das Bewußtsein der Sozialpflichtigkeit des Grund und Bodens bei den meisten Parzellenbesitzern offenbar nicht mehr aus, die weite Wiesenlandschaft dem Wanderer, insbesondere auch dem Skiläufer, zu erhalten. Nur wenn es gelingt, die Skihütten durch eine lockere, standortgebundene Bepflanzung so in ihre Umgebung ein-

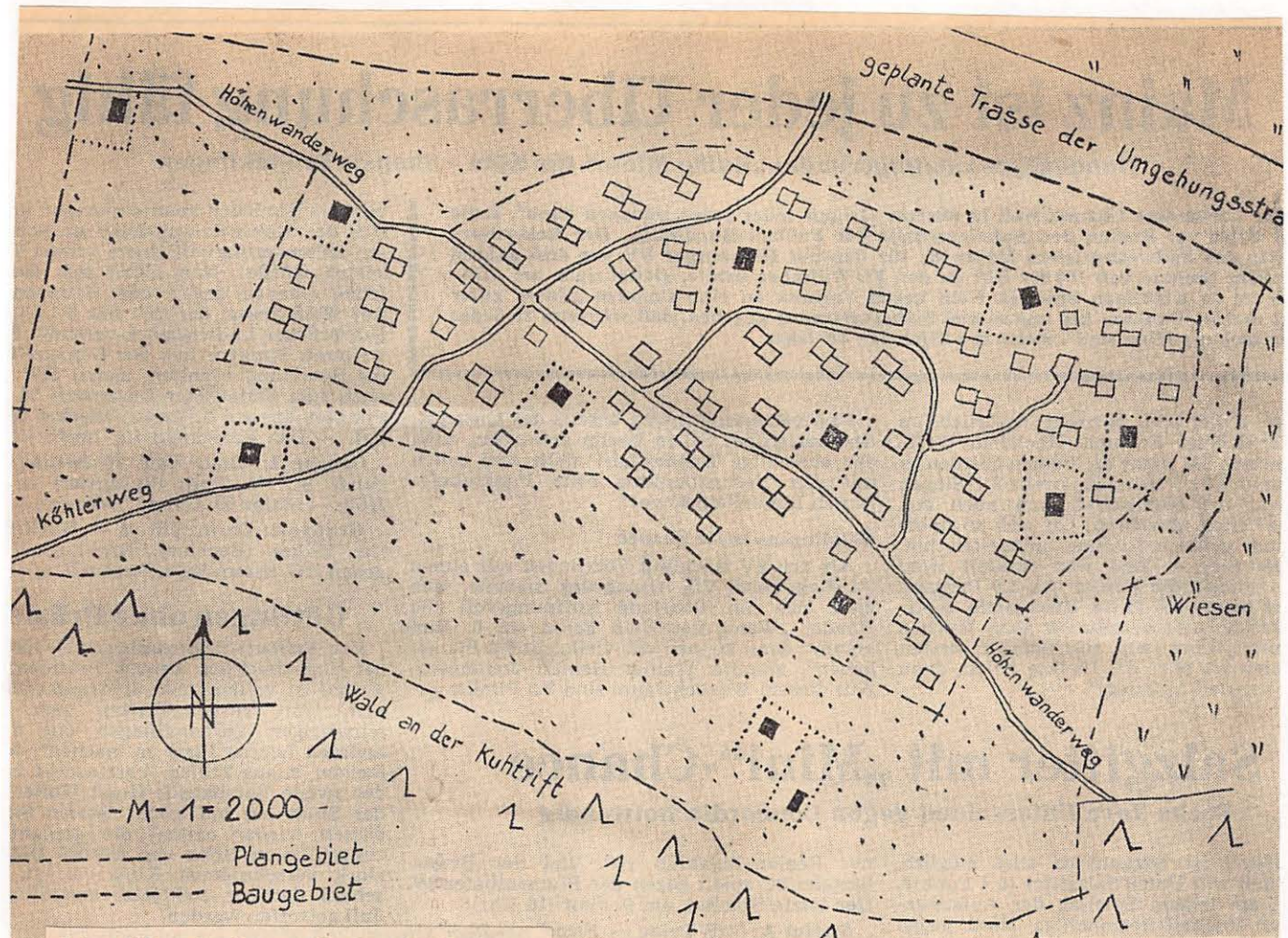
zubinden, daß sie optisch noch weitgehend in der Weite der offenen Landschaft untergehen, nur dann wird es gelingen, eine völlige Bebauung des Gesehrs mit Wochenendhäusern „aus Gründen des öffentlichen Wohls“ zu verhindern.

- Nun kommt als dritter Umstand hinzu, daß schon jetzt in dem neuen Entwurf zum Flächennutzungsplan das gesamte Gesehr zwischen der Jordanshöhe und den drei Jungfern als ein großes zusammenhängendes Ferienwohngebiet dargestellt ist. Wenn es nicht gelingt, den Erholungswert dieser Landschaft als „öffentlichen Belang“ weiter in überzeugender Weise herauszustellen, dürfen sich die jetzt in so ungleich bevorzugter Lage befindlichen Skihüttenbesitzer nicht wundern, wenn die übrigen Wiesenbesitzer an der Verwertung ihrer brachliegenden Wiesen als begehrte Wochenendparzellen ihr berechtigtes Interesse kundtun. Allerdings wird man auch bedenken müssen, daß die volle bauliche Erschließung eines solchen Ferienwohngebietes einschließlich der laufenden Unterhaltung wie Straßenreinigung, Beleuchtung, Schneeräumung usw. die öffentliche Hand in außerordentlich starkem Maße belasten wird, daß demgegenüber die Einnahmen aus Abgaben, Gebühren und Steuern aus solch einem Ferienwohngebiet erfahrungsgemäß sehr gering sein werden, daß auch eine Belebung der ortsansässigen Wirtschaft durch Nutzung der örtlichen Einkaufsmöglichkeiten nicht zu erwarten ist, und daß schließlich ein solches Ferienwohngebiet bei individueller Nutzung für viele Wochen und Monate den Anblick einer toten und nicht bewohnten Geisterstadt bieten wird.

Gibt es in diesem Wettstreit der öffentlichen und privaten Interessen vielleicht insofern einen Ausgleich, als man z. B. ein genau begrenztes Baugebiet für eine Feriendorfbebauung zur Vermietung an einen ständig wechselnden Personenkreis vorsieht, während eine äußere Randzone, z. B. längs des Waldes an der Kuhtrift und längs der neuen Umgehungsstraße, als offenes Wiesengelände weiter dem Spaziergänger, Wanderer und Skiläufer zur Verfügung stände? Die verhältnismäßig konzentrierte Bebauung würde einen geringeren Erschließungsaufwand erfordern, durch die ständige Belegung würde der Einzelhandel belebt werden, auch der Eindruck einer un belebten Geisterstadt für den größten Teil des Jahres würde vermieden werden, und alle ständigen und vorübergehenden Bewohner des Gesehrs würden ein Stück unverbauter Natur direkt vor ihrer Haustür behalten.

Natürlich müßte hierbei nach den Grundsätzen unseres sozialen Rechtsstaates ein finanzieller Planungsausgleich hergestellt werden, einerseits zwischen denen, die ihr Grundstück für eine Feriendorfbebauung zur Verfügung stellen dürfen und daraus eine verhältnismäßig hohe Rendite ziehen können, und andererseits zwischen denen, die ihre Grundstücke gewissermaßen als „öffentliches Grün“ zum Gemeinbrauch weiter wie bisher als ertragloses Wiesengrundstück zur Verfügung stellen sollen.

Für den Ausgleich dieser unterschiedlichen wirtschaftlichen Auswirkungen bietet sich ein Denkmodell an, das ich mit der Überschrift einer „Gemeinnützigen Feriendorf-Bau- und Betriebs-Genossenschaft“ versehen möchte, d. h. sämt-



... Bauung bei Freihaltung größerer Wiesenflächen aussenen.

So etwa könnte ...

liche Wiesenbesitzer und Grundstückseigentümer eines genau umgrenzten Planbereichs schließen sich zu einer Genossenschaft zusammen, in der sie, mit Ausnahme eines etwa 500 qm großen Teilstücks rings um die bereits bestehenden Skihütten, mit je einem Anteil für etwa 500 qm Grundstücksfläche Genossenschaftsanteile erwerben. Bebaut mit einem Feriendorf wird jedoch nur ein engerer, ebenfalls genau umgrenzter Bebauungsbereich. Die Reinerträge aus der Vermietung werden jedoch je Anteil anteilmäßig an alle Genossen verteilt, einerlei, ob der jeweilige Grundstücksanteil bebaut oder als unbebaute Freifläche zur Verfügung gestellt wird. Ich möchte erwähnen, daß derartige Überlegungen auch z. Zt. bei der Sanierung bestehender wilder Wochenendhaus-Siedlungen von einem der größten Planungsverbände in Niedersachsen angestellt werden. Selbstverständlich sollte es den Grundstückseigentümern auch freigestellt werden, sich entweder entsprechend ihrer Landeinbringung an den Einkünften des Feriendorfes zu beteiligen oder sich mit Geld entschädigen zu lassen, so wie es z. B. der niedersächsische Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Klaus-Peter Bruns, in einer richtungweisenden und zukunftssträchtigen Planung für einen Freizeitpark im Teufelsmoor bei Bremen in einer Pressekonferenz den interessierten Verbänden und der Öffentlichkeit kürzlich vorgestellt hat.

Ich wiederhole meine Frage: Was wird aus dem Gesehr?

Es ergeben sich für mich drei Antworten:

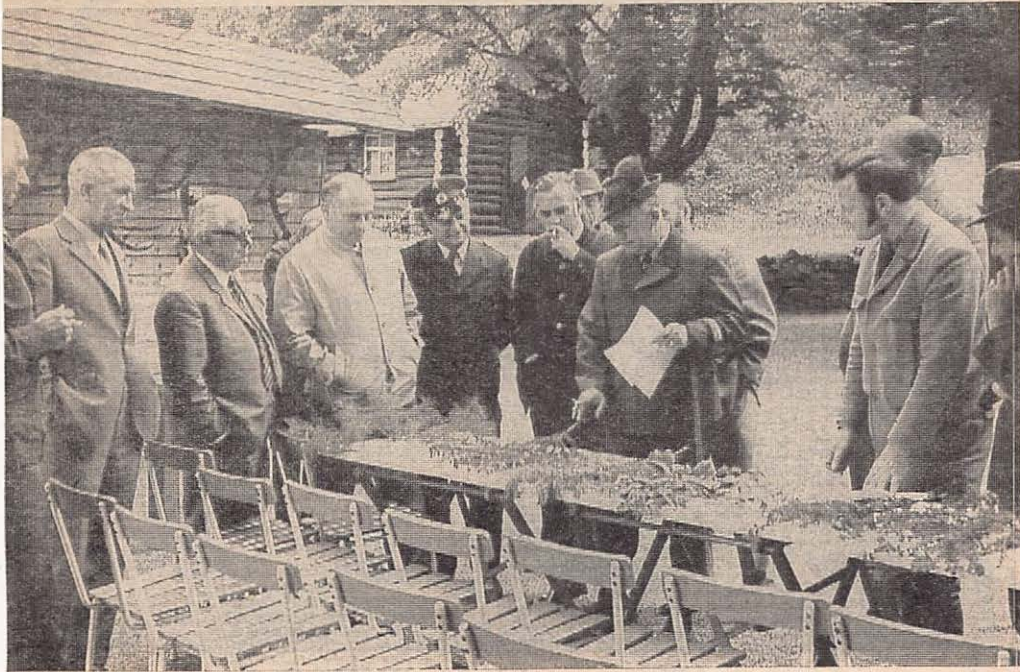
- Gelingt es, den allhergebrachten einmaligen Landschaftscharakter mit den blühenden Bergwiesen und weitläufigen Skihängen zu erhalten und wiederherzustellen?

- Wird das gesamte Gesehr für eine Verbauung mit Wochenendhäusern für eine privilegierte vermögende Oberschicht mit erheblichen öffentlichen Geldern aus dem allgemeinen Steuerbeutel zu einer „Geisterstadt“ verplant werden?

- Kann wenigstens ein Teil dieser Landschaft der Allgemeinheit erhalten werden, indem nur ein Teilbereich für ein Feriendorf zur Nutzung durch die breiten Schichten unserer Bevölkerung vorgesehen wird?

Der Rektor hieb genau ins Schwarze

22. Juni
1973



Kritisch aus gewertet und Spannung unter den Teilnehmern.

„Ich bin erstaunt über die doch beachtlichen Kenntnisse meiner Gäste“, so kommentierte Oberforstmeister Reulecke das Ergebnis eines kleinen Ratespiels, das vom Forstamt St. Andreasberg für die Teilnehmer am Waldbezug der vergangenen Woche am Rehberger Grabenhaus vorbereitet worden war. Zwei Mannschaften standen sich gegenüber, auf der einen Seite die Vertreter von Rat und Verwaltung der Bergstadt sowie der Holzindustrie — auf der anderen Seite die Vertreter der Schulen, der Polizei und der Presse. Verlangt wurden Kenntnisse über die heimische Flora, Holzarten und allgemein interessierende Din-

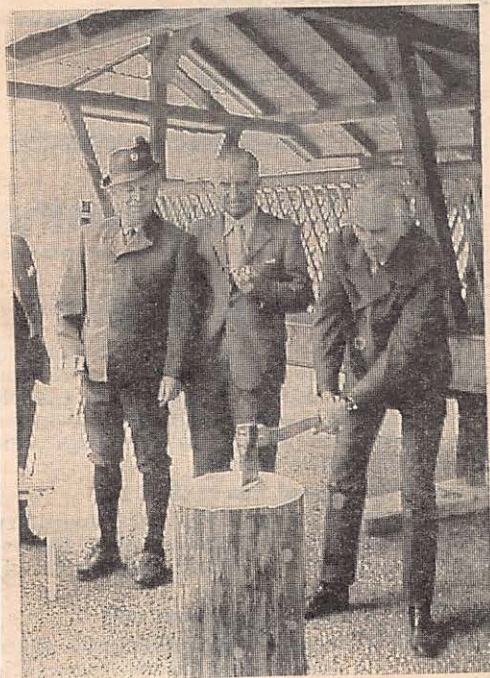
ge aus der Holzwirtschaft. Dazu benötigten die Kontrahenten eine gute Nase, um den Inhalt einer Flasche zu bestimmen, und zumindest einer auf jeder Seite eine zielsichere Hand, um ein Beil möglichst ins Zentrum einer Zielscheibe zu hauen.

Und beide Seiten schenkten sich nichts. Verbissen wurde um jede Antwort innerhalb der Mannschaft gefeilscht. Eine gewisse Überlegenheit demonstrierten dabei die Schulmeister, die ihrem Team, zugegeben, eine wesentliche Verstärkung waren. Erstaunlich der gute Riecher fast aller Teilnehmer, denn das edler Slibowitz in der sorgsam umhüllten Flasche war, das merkten die meisten schon nach dem ersten kurzen Schnüffeln. Ja und dann kam die große Stunde des Rektors Hermann von der Realschule. Fast traumhaft sicher hieb er das Beil ins Zentrum u. sicherte seiner Mannschaft damit wertvolle Punkte. Damit jedoch nicht genug, mit diesem Schlag ins Schwarze entnervte der Schulmeister seine Gegner derart, daß diese fortan nur noch als Nervenbündel an die weiteren Aufgaben gingen. Klär daß nach diesem Sieg von Schule/Polizei/Presse die Slibowitz-Flasche dieser Mannschaft gehörte, klar war auch nach altem Forstbrauch, daß der erste Schluck daraus dem Quizmaster, Oberforstmeister Reulecke gehörte, und noch klarer war, daß der Rest des Inhalts gemeinsam „vernichtet“ wurde. —



Die siegreiche Mannschaft und ein Spion, der ihr über die Schulter blickt.

1913
1913



Da staunen Forstfachmann und Kollege: welch ein Hieb!

Ein Stück echtes St. Andreasberger Brauchtum gerettet

Wiedererwecktes Finkenmanöver ein voller Erfolg — ein wirkliches Volksfest

Wem soll man für dieses Rettungswerk zuerst danken — Bürgermeister Werner Grüb-
meyer für sein persönliches Engagement, der St. Andreasberger Ortsgruppe der Jungen
Union für ihren Einsatz um dieses Stück Brauchtum, der Kurverwaltung, dem Barkamt
St. Andreasberg des Heimatbundes Oberharz für seine spontane Bereitschaft zur Unter-
stützung, den Finkenfreunden aus Altenau, Bad Lauterberg, Braunlage, Braunschweig,
Clausthal-Zellerfeld, Hohegeiß, Nesselröden, Wildemann und natürlich aus St. Andreasberg,
allen voran die Herren Truthe, Hildebrandt und Heidelberg, den vielen ungenannten
Helferinnen und Helfern, dem Wirtsehepaar Müller, der überaus prächtigen Zuschauer-
kulisse, die diese Veranstaltung zu einem echten Volksfest werden ließ, oder der strahlenden
Sonne, die die Szene am Bergmannstrost an diesem Sonntagmorgen so herrlich ins Licht
rückte? — Alle haben ihren Teil dazu beigetragen, daß ein Stück echtes Oberharz-
er Brauchtum auch in St. Andreasberg wieder lebendig, und das darf man nach diesem Erfolg ohne
Übertreibung sagen, auch für die Zukunft erhalten werden konnte.

Welch ein Morgen, dieser noch junge Son-
ntag — der Beginn eines herrlichen Sommer-
tages! Kein Wunder, daß sich die Finken-
freunde aus nah und fern schon beizeiten in
Richtung Bergmannstrost in St. Andreasberg
aufmachten — und nicht nur sie. Wieviel
Frühaufsteher gibt es doch allein in der Berg-
stadt, und ein Finkenmanöver übt eben eine
einmalige Anziehungskraft aus. Die Anlagen
rund um die Gaststätte „Harzklause“ füllten
sich mit Menschen, überall verstreut die zahl-
reichen umhüllten Käfige, die Luft vibrierte
vom vielstimmigen Schlag der Finken, und
ständig nahm dieser an Lautstärke zu, weil
immer neue Finkenfreunde herbeieilten.

Doch so kräftig sich die Akteure in den
Käfigen auch sogleich ins Zeug legten, das
erste Wort hatten zunächst Wilhelm Hilde-
brandt, der Vorsitzende des St. Andreasberger
Finkenvereins („erfreut und glücklich, die
alten Freunde aus nah und fern wieder be-
grißen zu können“), Willi Truthe aus Hohe-
geiß, der erste Mann im Oberharz-er Finken-
sportverein und excellenter Kenner aller
Dinge um diesen Sport, der kurz auf die Ge-
schichte des Finkenwettkampfes einging und
sich freute, daß St. Andreasberg nun wieder
dazugehöre, weil es schon seit über 50 Jahren
immer dazugehört habe, und Bürgermeister
Werner Grüb-
meyer. Letzterer zeigte sich
glücklich, daß dieser alte Brauch nach ein-
jähriger Pause wieder durchgeführt werde,
und dankte dafür besonders den Mitgliedern
der Jungen Union, Ortsgruppe St. Andreas-
berg, die sich sehr tatkräftig dafür ins Zeug
gelegt habe. Sein Dank galt aber auch den
zahlreichen Finkenfreunden aus allen Hoch-
burgen und vor allem dem Heimatbund Ober-
harz, Barkamt St. Andreasberg, der sich nicht
nur spontan für diesen Sonntag zur Verfügung
gestellt, sondern auch bereit erklärt habe,
den St. Andreasberger Finkenfreunden im
Heimatbund eine neue Heimat zu geben. Der
Bürgermeister wertete den strahlenden Son-

ntag war — solches soll selbst unter Menschen
vorkommen.

Wie gesagt, 30 Minuten lang dauerte der
Wettkampf in der Kampfklasse, ehe der Sieger
feststand, der Buchfink des Herrn Spormann
aus Hohegeiß, der es auf 312 Schläge in dieser
Zeit gebracht hatte. Und das war die weitere
Placierung: 2. Lauer, Clausthal (302 Schläge),
3. Karl Berger, Hohegeiß (277), 4. Zirpka, Nes-
selröden (256), 5. Ehrenberg, Helmut, Altenau
(256), 6. Maier, Anni, Braunschweig (253),
7. Senger, Nesselröden (251), 8. Riesen, Altenau
(238), 9. Fröhlich, Nesselröden (237), 10. Möl-
ler, Altenau (235).

Den Pokal der Kurverwaltung, der dem
besten St. Andreasberger Vogel gebührte, er-
langte Harry Hillbert, die Plakette Wilhelm
Hildebrandt.

Die Mannschaftswertung sah die Hohegeißer
ganz sicher vorn, und zwar mit 1235 Punkten.
Auf den 2. Platz kam Nesselröden vor Claust-
thal, Altenau und Braunschweig.

Die stärksten Sänger kämpften anschließend
noch einmal in der Starkklasse gegeneinander.
Dabei siegte der Fink von Helmut Ehrenberg,
Altenau, mit 30 Schlägen vor Spormann,

Hohegeiß (28), Anni Maier, Braunschweig (25),
Alfred Ehrenberg, Clausthal (23), Ludwig
Fröhlich, Nesselröden (21), Otto Klapprot,
Altenau (20), und Georg Ehrenberg (17).

Alle Sieger und Nächstplacierten wurden
mit Preisen ausgezeichnet, die die St. Andreas-
berger Geschäftswelt gestiftet hatte.



Und hier wie da kommt es natürlich auf
genaue Buchführung an

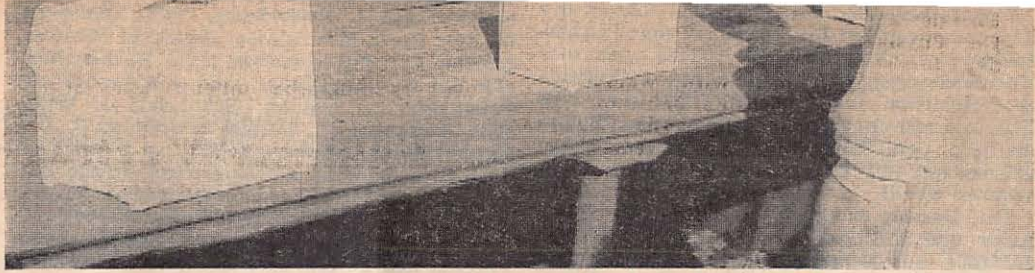


3. Juli
1973

der St. Andreasberger Finkenfreunde und stellte fest, daß man in dieser Beziehung in diesem Jahr selbst die Hohegeißer besiegt habe.

Und dann war es endlich soweit. Willi Truthe gab das Startzeichen, und fortan hatten für 30 Minuten nur noch die Finken das Wort, um ihren Putzebach, Weitzier, Hell-Reiter, Reiter-Offizier, Middel, Reiter-Spazier, Rollreiter oder Harz-Grobe in den hellen Morgen zu schmettern. Etwa 80 verschiedene Schläge kennt der echte Finkenfreund, wie zum Beispiel Willi Truthe aus Hohegeiß, der versuchte, uns dazu einige Erläuterungen zu geben. Ohne Erfolg, wie wir leider zugeben müssen, denn für uns war und blieb ein jeder Schlag wie der andere. Ein Experte dagegen erkennt schon nach den ersten beiden Silben, welchen Schlag der anonyme Sänger im Käfig zu repräsentieren bereit ist. Und er erkennt auch, ob es sich bei dem Vogel um einen Oberharzer oder um einen Flachländer (Braunschweiger oder Nesselrödener) handelt. Eine Wissenschaft für sich, die von Finkenfreunden mit viel Liebe zur Kreatur gepflegt und bei solchen Wettkämpfen angewendet wird.

An diesem Morgen schienen die Finken besonders gut aufgelegt zu sein, kein Wunder bei diesem Wetter. Daß trotzdem der eine Schiedsrichter mehr Schläge zu notieren hatte als ein anderer oder ein dritter überhaupt keine — nun, das lag eben an der Klasse des einzelnen Sängers. Und manch einer ließ sich eben von seinem Nachbarn derart „über den Schnabel fahren“, daß er fortan völlig sprach-



Auf Tuchfühlung geht es in der Starkklasse her

10 52
2/10/11

Ein Stück echtes St. Andreasberger Brauchtum gerettet

Wiedererwecktes Finkenmanöver ein voller Erfolg — ein wirkliches Volksfest

Wem soll man für dieses Rettungswerk zuerst danken — Bürgermeister Werner Grübmeier für sein persönliches Engagement, der St. Andreasberger Ortsgruppe der Jungen Union für ihren Einsatz um dieses Stück Brauchtum, der Kurverwaltung, dem Barkamt St. Andreasberg des Heimatbundes Oberharz für seine spontane Bereitschaft zur Unterstützung, den Finkenfreunden aus Altenau, Bad Lauterberg, Braunlage, Braunschweig, Clausthal-Zellerfeld, Hohegeiß, Nesselröden, Wildemann und natürlich aus St. Andreasberg, allen voran die Herren Truthe, Hildebrandt und Heidelberg, den vielen ungenannten Helferinnen und Helfern, dem Wirtsehepaar Müller, der überaus prächtigen Zuschauerkulisse, die diese Veranstaltung zu einem echten Volksfest werden ließ oder der strahlenden Sonne, die die Szene am Bergmannstrost an diesem Sonntagmorgen so herrlich ins Licht rückte? — Alle haben ihren Teil dazu beigetragen, daß ein Stück echtes Oberharzer Brauchtum auch in St. Andreasberg wieder lebendig, und das darf

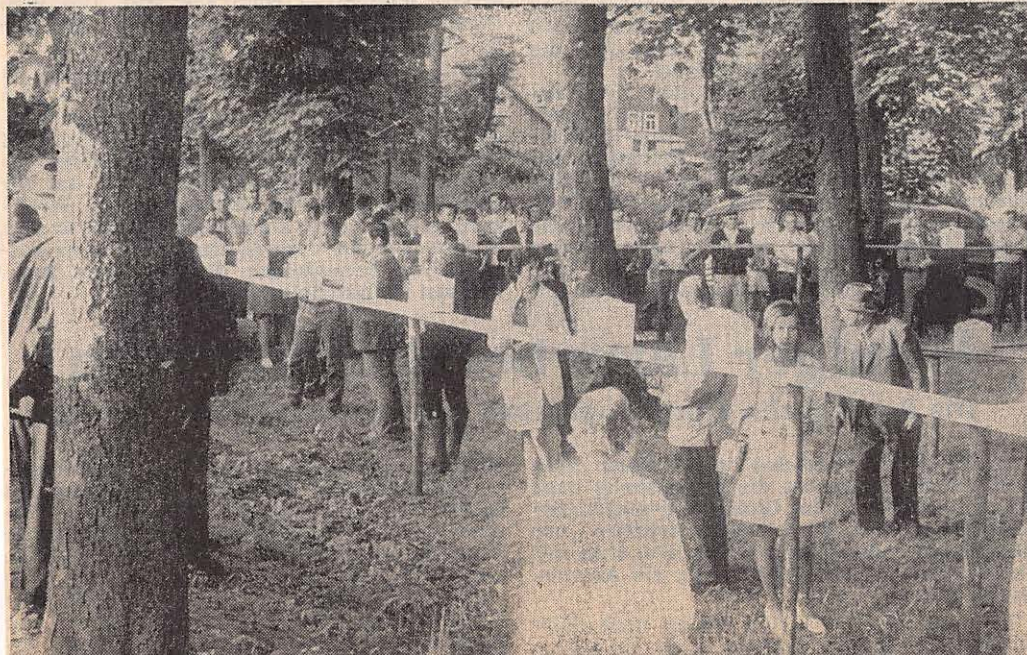
man nach diesem Erfolg ohne Übertreibung sagen, auch für die Zukunft erhalten werden konnte.

Welch ein Morgen, dieser noch junge Sonntag — der Beginn eines herrlichen Sommer-tages! Kein Wunder, daß sich die Finkenfreunde aus nah und fern schon beizeiten in Richtung Bergmannstrost in St. Andreasberg aufmachten — und nicht nur die. Wieviel Frühaufsteher gibt es doch allein in der Bergstadt, und ein Finkenmanöver übt eben eine einmalige Anziehungskraft aus. Die Anlagen rund um die Gaststätte „Harzklause“ füllten sich mit Menschen, überall verstreut die zahlreichen umhüllten Käfige, die Luft vibrierte vom viestimmigen Schlag der Finken, und ständig nahm dieser an Lautstärke zu, weil immer neue Finkenfreunde herbeieilten.

Doch so kräftig sich die Akteure in den Käfigen auch sogleich ins Zeug legten, das erste Wort hatten zunächst Wilhelm Hildebrandt, der Vorsitzende des St. Andreasberger Finkenvereins („erfreut und glücklich, die

alten Freunde aus nah und fern wieder begrüßen zu können“), Willi Truthe aus Hohegeiß, der erste Mann im Oberharzer Finkensportverein und excellenter Kenner aller Dinge um diesen Sport, der kurz auf die Geschichte des Finkenwettkampfes einging und sich freute, daß St. Andreasberg nun wieder dazugehöre, weil es schon seit über 50 Jahren immer dazugehört habe. Werner Grübmeier zeigte sich glücklich, daß dieser alte Brauch nach einjähriger Pause wieder durchgeführt werde und dankte dafür besonders den Mitgliedern der Jungen Union, Ortsgruppe St. Andreasberg, die sich sehr tatkräftig dafür ins Zeug gelegt habe. Sein Dank galt aber auch den zahlreichen Finkenfreunden aus allen Hochburgen, und vor allem auch dem Heimatbund Oberharz, Barkamt St. Andreasberg, der sich nicht nur spontan für diesen Sonntag zur Verfügung gestellt, sondern auch bereit erklärt habe, den St. Andreasberger Finkenfreunden im Heimatbund eine neue Heimat zu geben. Der Bürgermeister wärtete den strahlenden Sonnenschein als ein gutes Omen für die Zukunft der St. Andreasberger Finkenfreunde und stellte fest, daß man in dieser Beziehung in diesem Jahr selbst die Hohegeißer besiegt habe.

Und dann war es endlich soweit. Willi Truthe gab das Startzeichen, und fortan hatten für 30 Minuten nur noch die Finken das Wort, um ihren Putzebach, Weitzier, Hell-Reiter, Reiter-Offzler, Middel, Reiter-Spazier, Rollreiter oder Harz-Grobe in den hellen Morgen zu schmettern. Etwa 80 verschiedene Schläge kennt der echte Finkenfreund, wie zum Beispiel Willi Truthe aus Hohegeiß, der versuchte, uns dazu einige Erläuterungen zu geben. Ohne Erfolg, wie wir leider zugeben müssen, denn für uns war und blieb ein jeder Schlag wie der andere. Ein Experte dagegen, der erkennt schon nach den ersten beiden Silben, welchen Schlag der anonyme Sänger im Käfig zu präsentieren bereit ist. Und er erkennt auch, ob es sich bei dem Vogel um einen Oberharzer oder um einen Flachländer (Braunschweiger oder Nesselröder) handelt. Eine Wissenschaft für sich, die von Finkenfreunden mit viel Liebe zur Kreatur gepflegt und bei solchen Wettkämpfen angewendet wird. An diesem Morgen schienen die Finken besonders gut aufgelegt zu sein, kein Wunder bei diesem Wetter. Daß trotzdem der eine Schiedsrichter mehr Schläge zu



3. Juli 1973

Ein stattliches Teilnehmerfeld und eine prächtige Publikumskulisse



Klasse des einzelnen Sängers. Und manch einer ließ sich eben von seinem Nachbarn derart „über den Schnabel fahren“, daß er fortan völlig sprachlos war — solches soll selbst unter Menschen vorkommen.

Wie gesagt, 30 Minuten lang dauerte der Wettstreit in der Kampfklasse, ehe der Sieger feststand, der Buchfink des Herrn Spormann aus Hohegeiß, der es auf 312 Schläge in dieser Zeit gebracht hatte. Und das war die weitere Platzierung: 2. Lauer, Clausthal (302 Schläge), 3. Karl Berger, Hohegeiß (277), 4. Zirpka, Nesselröden (256), 5. Helmut Ehrenberg, Altenau (256), 6. Anni Meier, Braunschweig (253), 7. Senger, Nesselröden (251), 8. Riesen, Altenau (238), 9. Fröhlich, Nesselröden (237), 10. Möller, Altenau (235). Den Pokal der Kurverwaltung, der dem besten St. Andreasberger Vogel gehörte, errang Harry Hillbert, die Plakette Wilhelm Hildebrandt.

Die Mannschaftswertung sah die Hohegeißer ganz sicher vorn, und zwar mit 1235 Punkten. Auf den 2. Platz kam Nesselröden, vor Clausthal, Altenau und Braunschweig. Die stärksten Sänger kämpften anschließend noch einmal in der Starkklasse gegeneinander. Dabei siegte der Fink von Helmut Ehrenberg, Altenau, mit 30 Schlägen vor Spormann, Hohegeiß (28), Anni Meier, Braunschweig (25), Alfred Ehrenberg, Clausthal (23), Ludwig Fröhlich, Nesselröden (21), Otto Klapproth, Altenau (20) und Georg Ehrenberg (17 Schläge). Alle Sieger und Nächstplatzierten wurden mit Preisen ausgezeichnet, die die St. Andreasberger Geschäftswelt gestiftet hatte.

3474
20/11/25





An alle Mitglieder des Landesausschusses
An die Delegierten des Niedersachsen-Parteitag
An die Delegierten des Bundesparteitages
.....

Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren!

Im Auftrag unseres Landesvorsitzenden, Herrn Dr. Jahn MdB, darf ich Sie hiermit zu einer Sitzung des Landesausschusses einladen für

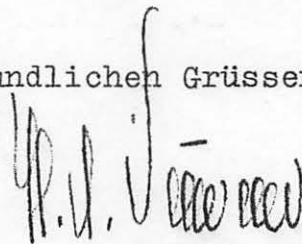
Montag, den 5. November 1973 um 18.00 Uhr
nach Braunschweig, "Stadthalle" -Konferenzsaal-

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüssung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Bericht zur politischen Lage
4. Vorbereitung der Parteitage
 - a) Niedersachsen-Parteitag in Bad Lauterberg
hier: Landespolitisches Programm
 - b) Bundesparteitag in Hamburg
hier: Beschlüsse des Landesparteitages
zu den Sachthemen
5. Verschiedenes

Wegen der Wichtigkeit der zu besprechenden Themen darf ich Sie um vollzählige Teilnahme bitten.

Mit freundlichen Grüßen



(H.A. Körner)
Landesgeschäftsführer

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION
LANDESVERBAND BRAUNSCHWEIG

33 BRAUNSCHWEIG, 16.11.1973
Wolfenbütteler Straße ~~77~~ 81
Telefon 0531/72848
Norddeutsche Landesbank
Braunschweig 2023 943

Herrn
Werner Grübmeier
3424 St. Andreasberg
Quellenweg

Lieber Herr Grübmeier!

Ich hatte gestern ein Gespräch mit dem Vorsitzenden unseres Landesarbeitskreises für Kulturpolitik, Herrn Friedrich Theodor Kohl. Dieser beabsichtigt, am Mittwoch, 5. Dezember um 20.00 Uhr in Braunschweig eine Veranstaltung durchzuführen mit dem Thema "Entwurf zum niedersächsischen Schulgesetz".

Herr Kohl bittet Sie sehr herzlich, ihm für diesen Termin zur Verfügung zu stehen und ein Einleitungsreferat zu halten.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie es ermöglichen könnten, diese Aufgabe zu übernehmen.

Infolge der Kürze der Zeit darf ich Sie um umgehende Nachricht bitten, damit wir die Einladungen fristgerecht herauschicken können.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr



(H.A. Körner)

Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren!

Im Oktober d.J. hat das niedersächsische Kultusministerium den Entwurf eines neuen niedersächsischen Schulgesetzes veröffentlicht. Seit dieser Zeit hat der Entwurf heftige Diskussionen in der Öffentlichkeit und unter den Betroffenen ausgelöst.

Inwieweit dieses Gesetz den Zielen "Verwirklichung der Chancengleichheit und mehr Demokratie" näher kommt und welche Veränderungen es bewirkt, bleibt zu untersuchen.

Wir laden Sie daher im Auftrag des Vorsitzenden unseres Landesarbeitskreises für Kulturpolitik, Herrn Friedrich Theodor Kohl, zu einem Ausspracheabend recht herzlich ein für

Mittwoch, den 5. Dezember 1973 um 20.00 Uhr
nach Braunschweig, "Hotel Deutsches Haus"

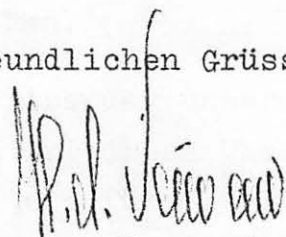
Herr Oberregierungsrat Werner G r ü b m e y e r wird eine sachliche Einführung in den Entwurf des niedersächsischen Schulgesetzes halten.

Der Referent ist Oberregierungsrat in der Schulabteilung des Regierungspräsidiums Hannover und Landtagskandidat der CDU im Wahlkreis Zellerfeld.

Wir sind sicher, daß diese fachliche Einführung zu einer regen Diskussion führen wird.

Wir bitten Sie sehr herzlich um Ihre Mitwirkung.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr


(H.A. Körner)
Landesgeschäftsführer

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION
LANDESVERBAND BRAUNSCHWEIG

33 BRAUNSCHWEIG, 26.11.1973
Wolfenbütteler Straße ~~77~~ 81
Telefon 0531/72848
Norddeutsche Landesbank
Braunschweig 2 023 943

Herrn
Werner Grübmeier

3424 St. Andreasberg
Quellenweg

Lieber Herr Grübmeier!

Ich danke Ihnen recht herzlich für Ihre Bereitschaft, am
Mittwoch, 5. Dezember, vor unserem Landesarbeitskreis für
Kulturpolitik zu referieren.

Ich darf Ihnen anbei die Einladung für diese Veranstaltung
zusenden und hoffe, daß ich mit der Formulierung Ihre Wünsche
erfüllt habe.

Auf Wiedersehen in Braunschweig.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr



(H.A. Körner)

Anlage

B e u r t e i l u n g
des Oberregierungsrats Werner Gr ü b m e y e r

Oberregierungsrat Grübmeier, der Kriegsversehrter ist, zeichnet sich durch überdurchschnittliche Belastungsfähigkeit, Fleiß und Einsatzbereitschaft aus.

Er ist im Dezernat 401 für Generalien und Inspektion der IGS zuständig und vertritt den Hauptdezernenten 402.

Der ihm eigene Blick für das Wesentliche ermöglicht es ihm, die vielfältigen Aufgaben, die sich aus diesem Gebiet ergeben, zu bewältigen.

ORR Grübmeier verfügt nicht nur über ein solides fachliches Wissen, sondern ist auch in der Lage, in Zusammenarbeit mit den IGS, in Planungskommissionen und in anderen Gremien Konzeptionen weiterzuentwickeln und Innovationen in Gang zu setzen. Dabei hilft ihm sein Vermögen, Situationen schnell und sicher zu analysieren und die sich ergebenden Probleme sprachlich geschickt und geordnet darzustellen. Seine Entscheidungen, die er ohne Verzögerung trifft, lassen erkennen, daß er Möglichkeiten der Schulentwicklung realistisch einschätzt, ohne seine Bereitschaft zu Reformen deshalb aufzugeben.

ORR Grübmeier, der sehr kontaktfreudig ist, zeigt Geschicklichkeit und besondere Erfahrung in schwierigen Verhandlungen mit Schulträgern und Lehrergruppen. Bei Besprechungen arbeitet er auch als Zuhörer konzentriert mit, was gelegentlich dazu führen kann, daß er die Darstellungen anderer korrigiert. Bemerkenswert ist seine Fürsorge für den einzelnen besonders deshalb, weil ihn sein schwieriges Aufgabengebiet voll beansprucht.

Gesamturteil: "gut" und besser.

Grübmeier
Kenntnis genommen: *Brann*
6.1.74

Brann
Bemerkungen sind vorhanden
mir die aufzuweisen bleibe
Belastungsfähigkeit ist

W. Grübmeier
Bestätigt: *W. Grübmeier* 22/1.74
Regierungsvizepräsident
Bestätigt: *W. Grübmeier*
Regierungspräsident



CDU in Niedersachsen · 3 Hannover 21 · Böttcherstraße 7

Herrn
Werner Grübmeier

3424 St. Andreasberg
Quellenweg

Christlich-Demokratische Union
in Niedersachsen
Der Vorsitzende

Hannover, den 4. Juli 1974
Ha/ba

Sehr geehrter Herr Grübmeier!

Die niedersächsische CDU hat hervorragend gekämpft. Fast jeder zweite Bürger in unserem Lande hat der Union seine Stimme gegeben und damit bewiesen, daß er die politische Alternative der CDU weit höher einschätzt als die vagen Aussagen der SPD und FDP.

Sie haben als Landtagskandidat durch Ihren Einsatz und Ihr Engagement dazu beigetragen, daß die Union das beste Wahlergebnis erzielte, das je eine Partei in Niedersachsen errungen hat.
Für diesen Einsatz möchte ich mich herzlich bei Ihnen bedanken.

Im Wahlkampf konnte ich mich davon überzeugen, mit welcher Hingabe sich unsere Partei eingesetzt hat.
Die niedersächsische CDU ist sich ihrer besonderen Verantwortung nach diesem Wahlergebnis bewußt.
Die Koalition der Verlierer wird sich politisch nicht auszahlen. Das wird umso eher der Fall sein, desto geschlossener und besser die CDU sich als Opposition bewährt. Hier liegt die große Chance und Verpflichtung zugleich der CDU gegenüber ihren Wählern.

Wir werden der Verfälschung des Wählerwillens durch die Koalition unsere politische Alternative entgegensetzen, für die sich fast die Hälfte der Wähler entschieden hat. Dazu brauchen wir die Mitarbeit aller Freunde im Lande. Wenn es uns nicht gelungen ist, daß in Niedersachsen das Land von uns regiert wird, so muß es unser aller Ziel sein dafür zu sorgen, daß ab 1976 Deutschland wieder von der CDU regiert wird und ich bin mir bewußt, daß auch Sie weiter wie bisher Ihren Beitrag dafür leisten werden, damit wir dieses Ziel erreichen.

Mit den besten Grüßen
und nochmaligem Dank bin ich

Ihr

DER NIEDERSÄCHSISCHE
KULTUSMINISTER

103 - 530/4/1-Grübmeyer, Werner

3 HANNOVER, den 4. Oktober 1974

Schiffgraben 12

Postfach

Fernsprecher: (0511) 190-8487

Vermittlung: (0511) 1901

Sprechzeiten: Montag bis Freitag 9-13 Uhr

Postanschrift: Der Nieders. Kultusminister, 3 Hannover, Schiffgraben 12

Herrn Oberregierungsrat
Werner Grübmeyer
d.d. Herrn Regierungspräsidenten

in Hannover

Sehr geehrter Herr Grübmeyer!

/ Durch die als Anlage beigefügte Urkunde ernenne ich Sie zum
Regierungsdirektor. Hiermit übertrage ich Ihnen das Amt eines
Regierungsdirektors bei der Behörde des Regierungspräsidenten
in Hannover.

Wegen der Einweisung in eine Planstelle der Besoldungsgruppe
A 15 LBes0 ergeht noch ein besonderer Erlaß. Der Herr Regierungs-
präsident in Hannover wird wegen der Zahlung der Dienstbezüge
das Erforderliche veranlassen.

Hochachtungsvoll

In Vertretung

Speckhahn



Beglaubigt:

Eckert
Kanzlei-Angestellte

SPD-Ortsverein St. Andreasberg:

„Sanierung der Altstadt hat Vorrang“

Arbeitsgruppe „Sanierung“ gebildet – erst Infrastrukturverbesserungen dann Fremdenverkehr

Um die Entwicklung der Bergstadt in den kommenden Jahren ging es in einer Diskussion, zu der der SPD-Ortsverein St. Andreasberg in das Hotel „Tannhäuser“ eingeladen hatte und zu der Ortsvereinsvorsitzender Albert Kehr neben dem Landtagsabgeordneten Otto Haberlandt und Kreisdirektor Hans Mücke auch zahlreiche SPD-Mitglieder sowie verschiedene interessierte Bürger begrüßen durfte. Fazit dieses Gesprächs: Der SPD-Ortsverein will mit Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Sanierung der Altstadt neue Prioritäten in St. Andreasberg gesetzt wissen. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich vor allem mit den Fragen der Sanierung auseinandersetzen und brauchbare Pläne erarbeiten soll.

Der Ortsvereinsvorsitzende Albert Kehr gab in seinen Begrüßungsworten zu, daß die eklatanten Niederlagen bei den letzten Wahlen es einfach nicht zuließen, so zu tun, als wäre nichts geschehen. Die Bürger der Bundesrepublik interessierten keine innerparteilichen theoretischen Grundsatzdiskussionen, sondern handfeste, solide, sozialdemokratische Arbeit, und das besonders an der Basis, in der Kommunalpolitik. Fleißige Arbeit aber heißt, auf St. Andreasberg bezogen, nicht zu regieren, sondern kreative, alternative Oppositionspolitik zu machen. Für den hiesigen Ortsverein stelle sich vor allem die Frage, wie kann die SPD die weitere Entwicklung der Bergstadt positiv beeinflussen.

Man wisse, so Albert Kehr weiter, daß 76 Prozent aller Gebäude älter seien als 25 Jahre, 60 Prozent sogar älter als 75 Jahre. Die Wohnungen seien klein, zu alt und zu schlecht. Nur 20 Prozent hätten Bad, WC und Sammelheizung. Aus diesen Zahlen müsse einfach gefolgert werden, daß dieser Zustand beseitigt werden müsse, wolle man die Bergstadt für Zuzügler von außen attraktiver machen. Das alles aber seien keine neuen Erkenntnisse, sondern bereits die Gedanken der Freien Planungsgruppe Berlin, die einen Entwicklungsplan für St. Andreasberg erstellt habe. Das Geld dafür sei aber von der Bergstadt keineswegs hinausgeworfen, sofern dieser Entwicklungsplan Richtschnur unseres Handelns in Richtung einer infrastrukturellen Entwicklung der Bergstadt werde.

„Wenn wir also wissen,“ so der Ortsvereinsvorsitzende, „daß so viele Gebäude nicht mehr dem neuesten Stand entsprechen, muß unsere vorrangige Aufgabe sein, darauf zu dringen, eine Sanierung für die Unterstadt sowie Teile der Oberstadt zu erwirken. Wenn wir wissen, daß 18 Prozent der St. Andreasberger Bevölkerung über 65 Jahre ist, ist es eine politische Aufgabe mehr, für diese älteren St. Andreasberger einzutreten.“ Auf die Frage, ob Sport, Kur- oder Entwicklungsmaßnahmen Vorrang haben, könne es für Sozialdemokraten nur eine Antwort geben: Infrastrukturverbesserungen. Wenn es nicht gelänge, St. Andreasberg so attraktiv zu machen, daß Arbeitskräfte hinzuziehen, müsse die Entwicklung St. Andreasbergs auf die Dauer gesehen stagnieren. Das könne

bedeuten: Rückgang von Wohlstand, Komfort, Einkommen pro Kopf, Verlust der augenblicklichen, überregionalen Funktion als Fremdenverkehrsort.

Und weiter führte Albert Kehr aus, daß das geplante Kurhaus keineswegs allein zum Zwecke des Fremdenverkehrs genutzt werden dürfe. Bevor das Sportzentrum nach Fertigstellung des Hallenbades weiter ausgebaut werden dürfe, müßten die Kommunalpolitiker daraufhin wirken, daß Bildungseinrichtungen für Kinder, Spielplätze, Tagesstätten, Altenwohnungen, Straßenbau in der Unterstadt, Sanierung der Unterstadt Vorrang haben.

In der Diskussion ging Kreisdirektor Mücke zunächst darauf ein, daß St. Andreasberg heute keine Probleme mit Kindergärten mehr habe. Dagegen sähe es auf dem Gebiet der Altenversorgung schon schwieriger aus, zumal St. Andreasberg in der Altersstruktur des Kreises nach Bad Harzburg an zweiter Stelle liege. Aber Hans Mücke räumte auch ein, daß die Altenversorgung im Landkreis insgesamt gesehen recht problematisch sei, deshalb habe der Landkreis auch den Auftrag erteilt, einen Altenhilfeplan zu erstellen. Der Bedarf an Altenwohnungen in St. Andreasberg werde in jedem Fall anerkannt. Im übrigen verwies Kreisdirektor Mücke auf den Landes-Fremdenverkehrsentwicklungsplan, der vorsehe, das vorhandene Bettenangebot vorrangig zu verbessern. Das Thema Altstadtsanierung sei dagegen eine rein gemeindliche Aufgabe, für die man vom Landkreis keine Hilfe erwarten dürfe.

Dazu auch Landtagsabgeordneter Otto Haberlandt, der feststellte, daß die Sanierung davon abhängen, wann der Rat der Stadt einen entsprechenden Beschluß gefaßt habe, ordnungsgemäße Pläne aufstelle und diesbezügliche Anträge an die Landesregierung stelle. Und er schlug vor, im Ortsverein St. Andreasberg einen Arbeitskreis aufzustellen, der sich mit diesen Fragen eingehend befassen könne.

Dazu auch Meinungen aus der Versammlung, wie diese: „St. Andreasberg hat in der Vergangenheit zuviel den Fremdenverkehr gesehen und nicht bemerkt, daß es dazu auch noch Alternativen gibt!“ Oder: „Man kann nicht den Fremdenverkehr fördern und die Infrastruktur, vor allem aber das Soziale vernachlässigen!“ Und: „Das Hauptgewicht aller kommenden Aufgaben muß auf einer Verbesserung der Infrastruktur liegen!“

Und Albert Kehr appellierte an die SPD-Mitglieder, wirkliche Kommunalpolitik zu machen, mehr Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben

und den Standpunkt der Sozialdemokraten immer wieder darzulegen. Aber auch eine andere Meinung: „Bei allen Planungen muß die gesamtfINANZIELLE Lage dieser Gemeinde berücksichtigt werden, Erwartungen dürfen angesichts der Finanzen nicht zu hoch gesteckt werden.“ Dazu die direkte Entgegnung: „Für vieles war bisher kein Geld da und es wurde doch angefaßt und verwirklicht, weil die Dinge intensiv verfolgt wurden. Warum also nicht einmal in einer anderen Richtung, nämlich der Sanierung aktiv werden?“

Ergebnis dieser Diskussion: Die vorgeschlagene Arbeitsgruppe wurde gebildet. Ihr gehören an: Duderstaedt, Groesch, Läden, Wagner und Wemheuer. Und diese Arbeitsgruppe soll sich auch mit Planungen im Zusammenhang mit der Siebertalsperre befassen, denn darüber war man sich einig: „Die Chancen hier darf man in St. Andreasberg einfach nicht verschlafen!“

Zum Schluß machte Otto Haberlandt noch einige Ausführungen über die Arbeit im Landtag, die nach seiner Meinung in Zukunft mehr als bisher an den vorhandenen Finanzen orientiert sein muß. Das Setzen von Prioritäten sei noch nie so wichtig gewesen, wie derzeit. Der Haushalt des Landes mache es notwendig, daß verstärkt Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt werden müßten. Probleme sah Otto Haberlandt auch mit der Kreisreform einhergehen, nicht so sehr im Landtag, weil hier die Arbeit von guter Partnerschaft bestimmt werde, als mehr in den Kreisen selbst. Erwartet werden könne, daß von den 48 derzeit bestehenden Kreisen 33 überleben. Im Harz werde es vermutlich zwei Landkreise geben, einen nördlichen, Goslar, und einen südlichen, Osterode. Erklärtes Ziel der Landesregierung sei auch, die Kreisreform so abzuschließen, daß 1976 in den neugeformten Landkreisen gewählt werden könne. Und zum Thema Schule meinte der Landtagsabgeordnete, daß für diesen Raum eine Lösung gefunden werden müsse, die notfalls auch Kreisgrenzen überschreite. Die optimale Lösung sei mit dem derzeitigen Zustand jedenfalls noch nicht gefunden.

..cher

ANDREASBERG

Noch einmal „Altstadtsanierung“:

St. Andreasbergs CDU stellt richtig

Mittels eines Informationsabends, zu dem die CDU, Ortsverband St. Andreasberg, für Freitag, den 20. Dezember 1974, um 20 Uhr in das Café Wiegand eingeladen hat, soll das Thema „Altstadtsanierung“ noch einmal aufgegriffen werden. Die CDU St. Andreasberg hat dazu Stadtdirektor Baumgarten gebeten, zu den Fragen der Entwicklung der Bergstadt Stellung zu nehmen. Dieses Referat soll in den Mittelpunkt dieses Informations- und Diskussionsabends gestellt werden. Außerdem will die CDU an diesem Abend Fragen an den Vorstand des SPD-Ortsvereins stellen, betreffend der Äußerungen, die anlässlich eines Ausspracheabends der SPD zum Thema Altstadtsanierung und weiterer Entwicklung St. Andreasberg gemacht wurden (die Heimatzeitung hat darüber unter der Überschrift „Sanierung der Altstadt hat Vorrang“ am 29. 11. 1974 berichtet). Diese Äußerungen stehen nach Meinung der St. Andreasberger CDU im Gegensatz zu der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen CDU- und SPD-Ratsfraktion. Unklar soll an diesem von der CDU veranstalteten Informations- und Diskussionsabend geklärt, Falsches soll richtig gestellt werden. Man darf ganz sicher einen interessanten Abend erwarten.

Eingeladen sind alle Andreasberger Bürger — auch die Arbeitsgruppe des SPD-Ortsvereins für die Fragen der Altstadtsanierung. Jedem Anwesenden wird freie Aussprache zugesichert.

Hier noch einmal der Termin: Freitag, den 20. 12. 1974, um 20 Uhr, Café Wiegand.



Albert Kehr
3424 St. Andreasberg
Am Gesehr 12

An die CDU-Ortsgruppe
St. Andreasberg
Bürgermeister W. Grübmeier
3424 St. Andreasberg
Quellenweg

Öffentlicher Brief

Sehr geehrter Herr Grübmeier!

Wie ich der Presse entnehmen konnte, beabsichtigt die Ortsgruppe der CDU einen Ausspracheabend über die Entwicklung unserer Stadt. Ich begrüße dieses Vorhaben ausdrücklich und hege die Erwartung, daß bei gründlicher Abwägung aller Faktoren die CDU zu einem ähnlichen Ergebnis kommen wird wie der Ortsverein der SPD in seiner Versammlung am 26.11.1974.

Der SPD-Vorstand empfindet allerdings die öffentliche Einladung in der Presse ohne gleichzeitige persönliche oder schriftliche Einladung als ungewöhnlich. Wir glauben auch nicht, daß an dem Beschluß der SPD, der Sanierung der Altstadt wie schon 1970 von der freien Planungsgruppe Berlin gefordert eine erste Priorität einzuräumen, irgend etwas unklar ist, das seitens der CDU klargestellt werden müßte. Sollte tatsächlich bei der SPD-Versammlung etwas Falsches gesagt worden sein -- mir ist dies nicht bewußt -- so hätte dies damals schon von den anwesenden CDU-Vertretern richtiggestellt werden können. Eine CDU-Versammlung ist hierzu kaum nötig. Daher wird der SPD-Ortsvorstand an Ihrem Ausspracheabend nicht teilnehmen.

Dies bedeutet nicht, daß wir zu einem persönlichen und sachlichen Gespräch nicht bereit wären. Wir meinen allerdings, daß zunächst die Arbeitsgruppe Altstadtsanierung ihre Arbeit aufnehmen und konkrete Vorschläge vorlegen sollte. Dann wird Gelegenheit sein, in ein Gespräch einzutreten. Dies umsomehr, wenn bis dahin auch seitens der CDU konkrete Vorschläge bestehen, wie eine Sanierung der Altstadt von St. Andreasberg durchgeführt werden kann.

Im Übrigen kann ich feststellen, daß die von Ihnen vermuteten Differenzen zwischen der Fraktion der SPD und Ihrem Vorstand nicht bestehen, denn der Sanierungsausschuß wurde mit den Stimmen der Fraktionsmitglieder gewählt.

Mit freundlichen Grüßen



(Albert Kehr)

Vorsitzender des SPD-
Ortsvereins

Auf dieser Welt ist nichts unmöglich. Was sich in kommen

Prognose 1975

Das ist die Stunde der Astrologen, Hellseher, Kartenleger und anderer Leute, die das verschleierte Bild zu Sais unbedingt sehen wollen. Übrigens gehen sie ein noch geringeres Risiko ein als ihre hochgeachteten Kollegen, die Meteorologen. Am Ende des Jahres, für welches sie übrigens ihre meisten Voraussagen treffen, da die für den Beginn zu leicht überprüft werden können, sind ihre Prognosen vergessen. Nun, was Profi-Propheten können, kann der Kolumnist noch lange.

*

Die „Entspannung“ wird 1975 endlich Früchte tragen. Eines Morgens werden die Berliner bemerken, daß die Vopos unter sowjetischer Assistenz die Mauer klammheimlich abgetragen haben. Das wird spätestens im August geschehen. Spätestens im November wird dies aber für die Bundesrepublik schwere Folgen haben. Denn siebzehn Millionen „DDR“-Bürger kann sie nicht aufnehmen. Und so werden die Ostberliner an einem Dezembertag feststellen, daß die Bundesrepublik an der Bernauer Straße eine Mauer errichtet hat. Die in der „DDR“ verbliebenen Funktionäre werden sie ausländischen Besuchern zeigen.

*

Partei Kongresse werden im kommenden Jahr das Bild der politischen Landschaft verändern. Franz Josef Strauß wird seinen Kollegen Rainer Barzel als Kanzlerkandidaten der CDU/CSU vorschlagen. Beim Parteikongreß der SPD werden sich, nicht ohne gewisse Konflikte, Helmut Schmidt und Willy Brandt auf Horst Ehmke einigen. Am Anfang wird schöne Einigkeit in der FDP herrschen, die beschließen wird, mit der CDU/CSU auf keinen Fall zu koalieren, wenn diese bei den Wahlen nicht mindestens 55,5 Prozent der Stimmen erhält.

*

Die vom Vatikan eingeleitete Heiligsprechung von Willy Brandt wird im letzten Moment daran scheitern, daß sich der Vorsitzende nicht bereit finden wird, den katholischen Glauben

anzunehmen. Man wird sich damit begnügen, ihn seligzusprechen.

*

Bei den parlamentarischen Ausschüssen sind gewisse Reformen zu erwarten. Das hastige Tempo des Guillaume-Ausschusses wird gerügt werden; er soll vor den Wahlen 1976 keine Entscheidungen treffen. Dagegen wird ein ständiger Korruptions-Ausschuß ins Leben gerufen werden, dem Sachverständige aller Parteien angehören sollen.

*

Auch auf kulturellem Gebiet wird uns das Jahr 1975 große Überraschungen bescheren. Der Kindler-Verlag wird seine Rechte auf Hedwig Courths-Mahlers Roman „Mein liebes Mädchen“ geltend machen, wenn Heinrich Böll bei Kiepenheuer & Witsch einen Ulrike Meinhof gewidmeten Roman mit dem gleichen Titel publiziert. Von Günter Grass steht — in zwangloser Anlehnung an Eugenie Marlitts „Das Geheimnis der alten Mamsell“ — ein politischer Bestseller unter dem Titel: „Das Geheimnis des alten Vorsitzenden“ ins Haus. Die angesehene Edition Suhrkamp wird mit den „Theorien des Vorsitzenden von Thadden“ — Einleitung Alexander Mitscherlich — aufwarten. Im Mittelpunkt der literarischen Diskussion wird ein nichtgeschriebener Roman von Wolfgang Koeppen stehen. Die Bühnen werden sich um ein Erstlingswerk reißen — das autobiographische Lehrstück: „Der gute Mensch von Bonn“ des ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann. Die „documenta“ wird die Ausstellung eines gegenständlichen Gemäldes erwägen.

*

Die Amerikaner, der arabischen Erpressung müde, werden im Frühjahr in einem Handstreich ihrer Fallschirmjägerdivisionen die nahöstlichen Ölfelder besetzen. Die Welt wird einige spannungsgeladene Momente erleben, doch wird man bald erfahren, daß auch die Russen in diversen Sultanaten und Emiraten abgesprungen sind. Beim Anblick der

bei Rijad, wie einst bei Torgau, verbrüdernden amerikanisch-sowjetischen Truppen wird sich die Öffentlichkeit beruhigen. Indes wird hierauf eine ernsthafte Wirtschaftskrise entstehen, weil sich Krupp und Mercedes nicht werden einigen können, wer die ihnen zum Selbstkostenpreis angebotenen persischen Ölfelder kaufen soll.

*

Die zu Beginn des Jahres 1975 beschlossene Maßnahme, alle Währungen im Sinne der Inflationbekämpfung abzuschaffen und den internationalen Zahlungsverkehr mit dem Austausch von Ölkanistern abzuwickeln, wird Ende des Jahres aufgehoben. Gleichzeitig werden die Banken, die durch Tankstellen ersetzt worden waren, wieder eröffnet.

*

Zurück zu Deutschland! Sämtliche in Bremen versammelten Studentenvertreter werden beschließen, von den Professoren zu verlangen, daß diese ihre Demonstrationen einstellen und wieder unterrichten. Die Zahl der im Jahre 1975 zu Professoren ernannten Assistenten wird auf dreihundert pro Universität beschränkt werden. Der Minderheitsvorschlag, wonach es auf jeder Hochschule mehr Studenten als Professoren geben müsse, wird jedoch nicht auf Gegenliebe stoßen. Ebenso wird die Diskussion über die Anregung, daß alle Universitätsprofessoren nochmals die Abiturprüfung abzulegen haben, vertagt werden.

*

Auch im Jahr 1975 wird die Welt von Katastrophen nicht verschont bleiben. Der für den Juli vorgesehenen gemeinsamen Mission des amerikanisch-sowjetischen Raumschiffes Apollo-Sojus wird nur ein bescheidener Erfolg beschieden sein, da, angesichts der während der Erdumkreisung aufgetretenen Abkühlung — nicht des Raumschiffes, sondern der Beziehungen zwischen Moskau und Washington —, die Kosmonauten Weisung erhalten werden, nicht mit den Astronauten zu koppeln. Indes wird der relative Mißerfolg nicht überall

Bestürzung hervorrufen. Wort erwähnt, kapitalistischen Astronauten überdet werden wird.

Henry Kissinger Male im Kreuz stehen. Insbesondere staaten wird es der wirtschaftl. der USA verzeic der Außenminis einer von Necl. sierten Gesells. nommen habe. man sich frage schon vor sein Sommer die Ve. Memoiren — „I. der Welt“ — ver

Unter dem Sympathiereise und dem Libano reichische Bu Bruno Kreisky in die jüdische schaft ersuchen. Gerüchte dem wonach — bei Bundestagswahl re Jungsozialist rek-Zeul vom E gen der rön Kirche erbeten

In progressiv eine Veröffentlich. kanischen Fra. ganisation unter bekommt man I. allgemeines Arg

Der UN-Gen Waldheim wir noch mehr — schungsreisende Um dem Mänge. Republik abg. glänzend besti. kretär späteste Schwarzen Erd. Widerstandsbev. forschten, dene. Regierung und schaft in den V. verließen verd. günstige, aber. dene Krise wir. der Forscher a

den Jahr ereignen könnte, notiert Hans Habe in seiner:

- ohne Gewähr

vorrufen, da er erst mit keinem später mit dem Verhalten des erzeugend gedeu-

*
er wird mehrere feuer der Kritik dere in den Ost- als ein Zeichen icken Schwäche hnet werden, daß ter unerkannt an termann organi- haftsreise teilge- Andererseits wird en, ob Kissinger em Rücktritt im rlagsrechte seiner ch und die Kleinen geben hat.

*
Eindruck einer nach Irak, Syrien en wird der öster- ndeskanzler Dr. um die Aufnahme Religionsgemein- Dagegen werden entiert werden, Vorbereitung der en — die populä- in Heidi Wieczo- Papst die Segnun- nisch-katholischen hat.

*
en Kreisen wird chung der ameri- en-Befreiungsor- r dem Titel: „Wie Kinder trotz Pille“ ernis erregen.

*
eralsekretär Kurt d seinen Ruhm - diesmal als For- r à la Livingston. l an afrikanischen uhelfen, wird der rahlte Generalse- ns im Herbst den iteil nach neuen regungen durch- n der Rang einer l eine Mitglied- ereinten Nationen en kann. Eine un- schnell überwun- d eintreten, wenn f Stämme stoßen

wird, die von den regierenden Freiheitskämpfern Freiheit ver- langen. Waldheim wird auch er- folgreich nach Kultur suchen, um das unkultivierte Israel in der UNESCO zu ersetzen. Der IRA wird in den Vereinten Nationen vorerst nur Beobachterstatus eingeräumt.

*
Nachdem er sich durch ein K. o. mit tödlichem Ausgang an seinen früheren Frauen für den Welt- meisterschaftskampf im Schwer- gewicht qualifiziert hat, wird Ugandas Staatschef Idi Amin ge- gen Titelverteidiger Muhammed Ali antreten. Bei dem aus Kam- pala übertragenen Wettkampf wird der Übermensch Amin den Übermenschen Ali in der ersten Runde durch K. o. erledigen. Die hierfür an Ali zu bezahlende Summe von zehn Millionen Dollar wird die UN aus ihrem Fonds für Entwicklungshilfe bezahlen.

*
Nicht nur in der Gesellschaft, auch in der „Gesellschaft“ wird sich einiges tun. Meldungen der Regenbogenpresse, wonach Ari- stoteles Onassis die Prinzessin von Monaco, Prinz Rainier dage- gen Jacqueline Onassis-Kennedy heiraten werde, werden die Be- troffenen, obwohl die Nachrich- ten, wie immer, zutreffen, mit Schweigen übergehen. Ebenso wird Curd Jürgens die Nachricht, daß er eine 84jährige Rockefeller-Erbin zu ehelichen gedenkt, mit Schweigen strafen. Auch an- dere Pressesensationen stehen in den Sternen. Spätestens die Weihnachtsausgabe des „Spiegel“ wird ohne Gegendarstellung er- scheinen.

*
Schließlich: Hinter den Kulis- sen des norwegischen Parlaments wird die Kandidatur zweier hochverdienter Pazifisten für den Friedens-Nobel-Preis 1975 zu er- bitterten Auseinandersetzungen führen. PLO-Führer Arafat wird gegen den abessinischen Mini- sterpräsidenten obsiegen. Jassir Arafat wird im Rahmen einer bewegenden Zeremonie den No- belpreis entgegennehmen. Der Verleihungstag wird zum „Ter- rorlosen Tag des Jahres“ prokla- miert werden. Prosit Neujahr!



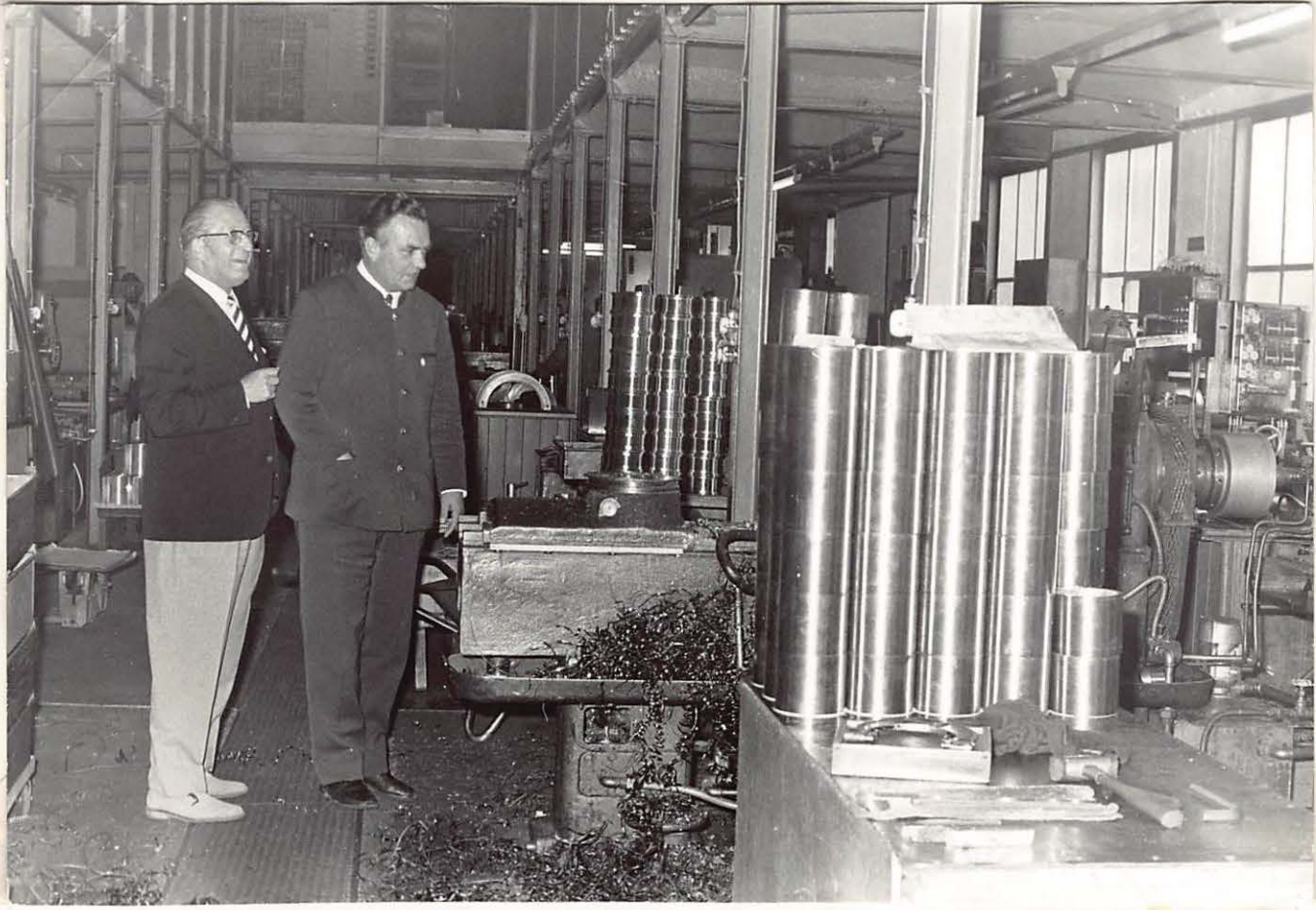
Hans Habe: Der Kolumnist als „Prophet“



Werner
Grübmeier

Im Übrigen kann ich feststellen, dass die von Ihnen vorgelegten Bilder
mit zwischen der Fraktion der SPD und Ihrem Vorstand nicht übereinstimmen,
der den Formunterschied wurde mit dem zwischen der Fraktion der SPD

Wulf.



Konzept für den Wahlkampf 1973/74

Wahlkreis: 32 Ziel: Erringung des Direktmandats!

Kandidaten: CDU - Grübmeier
 SPD - Haberlandt (Wieda)
 FDP - ?

Zeit insgesamt: 1. 11. 1973 - 9. 6. 1974

Verbindlich steht der Kandidat schon jetzt mit folgenden Terminen zur Verfügung (ganztätig):

Februar 1974: 21., 22., 23., 24.
März 1974: 1., 2., 3., 4., 13., 14., 15., 16., 17.,
18., 22., 23., 24.
April 1974: 12. - 20. + 28. - 30.
Mai 1974: jeden Tag.
Juni 1974: jeden Tag.

Andere Termine sind in Zusammenarbeit zwischen örtl. Wahlausschuß, Wahlausschuß des Wahlkreises und Kandidaten zu vereinbaren!

Vorbereitung: 3 Phasen

(W i c h t i g e V o r a n k ü n d i g u n g : 13. 12., 12.00 Uhr, sollen in der Landesgeschäftsstelle Mitglieder des Wahlausschusses, der Kandidat und Fachleute des Landesverbandes den Kandidatenprospekt zusammenstellen - 5.+1. Seite DIN A 5 -).

1. Phase: 1. 11. - 20. 12. 1973

Information + Analyse

Diese Phase sollte drei wichtige Aufgaben erfüllen:

1. Detaillierte Information für den Kandidaten.

1.1. Ggf. Informationsgespräche mit Kreistagsfraktion (Gebietsreform - Ist + Soll; Kreisreform; Wirtschafts- und Strukturpolitik; Schule; Soziales (Alten, Jugend, Sport, Gesundheit etc.).

U. a. sollte die Fraktion Chronik über den Landkreis und ein schriftl. Kurzkonzert mit den notwendigen Fakten erstellen.

- 1.2. Gemeinderatsfraktionen (Probleme etc.; dazu wichtige Institutionen und deren Leiter, Vereine usw.).
 - 1.3. Industrie, Handwerk, Landwirtschaft - je nach Schwerpunkten.
 - 1.4. Schulleiter, Elternvertreter, Schülersprecher etc.
2. Bildung von örtlichen Wahlkampfauausschüssen, Analyse der politischen Situation im Wahlkreis und damit auch in den einzelnen Orten, Erarbeitung der wichtigsten Probleme.
- Auswertung der Wahlergebnisse ab 1967.
- Gespräche mit den Ortsverbänden über die von ihnen gewünschten und ggf. zu fordernden Wahlkampfmaßnahmen.
3. Erarbeitung eines Rohkonzeptes des Wahlkreisprogrammes. Dazu sollen auch die wichtigsten Fachausschüsse der Partei Aussagen erstellt haben.

Ergebnisse (gewünschte) am Ende der I. Phase.

- a) Rohkonzept eines Wahlkreisprogrammes mit Aussagen der wichtigsten Schwerpunktprobleme (Schule, Hochschule, Fremdenverkehr etc.)
- b) Detailliertes Programm für Phase II, Zeitplan bis Ende März sollte beinahe verbindlich sein. Fraktionen und Ortsverbände haben diesen Zeitplan (Sitzungen usw.) zu berücksichtigen.
- c) Werbekonzept für Phase II sollte abgeschlossen sein (Aufkleber, Hauswurfsendungen, Briefe, Anzeigen etc.). Werbekonzept für Phase III sollte als Rohkonzept vorhanden sein.
- d) Erstellung eines genauen Finanzierungsplanes.
- e) Adressenmaterial sollte auf Adremakarten vorhanden sein.
 1. Organisationen (Gewerkschaften), Kreissportbund etc.,
 2. Sportvereine, Heimatvereine usw.,
 3. Betriebs- und Personalräte,
 4. Wichtige einzelne Persönlichkeiten (Rektor, Kanzler, Bürgermeister, Stadtdirektoren usw.)
 5. Zielgruppen, wie z. B. Polizei, Handwerk, Ärzte, Lehrer, Landfrauen, Landwirte, Justiz, Kirchenvorstände, Feuerwehr, Jugendringe, Bundeswehr, Jungwähler.

Vergessen sollte man ebenfalls nicht:

Erstellen eines Terminkalenders mit den wichtigsten Veranstaltungen in den Gemeinden!

Bildung von verantwortlichen Schwerpunkten innerhalb des Wahlkampfau-
schusses.

1. Vorsitzender mit Gesamtverantwortung,
2. Presseemann (ausschließlich! Kerl jun.?)
3. Werbung
4. Organisation (u. a. Lautsprecherwagen, Polaroidkamera)?
5. Finanzen

Phase II 1. Jan. - 20. April 1974

1. Sympathiewerbung des Kandidaten

Teilnahme an möglichst vielen Veranstaltungen im vorpolitischen Raum.
Vorstellung als Person (ohne betonte politische Aussage).

Gespräche in Schwerpunktbereichen:

Landwirtschaft: (Landvolk, Landfrauen, Landjugend)

Schule und Hochschule: (Lehrer, Eltern, Schüler, Studenten, Hochschul-
lehrer).

Wirtschaft: (Mittelstand, Handwerk, Industrie, Dehoga, Gewerkschaften,
Unternehmer, Betriebsräte).

Besuche: (Krankenhäuser, Altersheime, Kindergärten)

(Auftreten in Gruppen, Vorbereitung, Ortsverbände!)

2. Herantragen der Schwerpunktthemen des Wahlprogrammes an die Bevölkerung
Grobe Umrisse - sachlich! Einzelne Teile an Zielgruppen!

3. Darstellung der CDU als Volkspartei

Landes- und Bundesparteitag geben genügend Themen zur Darstellung der
CDU. Ggf. zu Beginn des neuen Jahrs öffentliche Veranstaltungen über
die Ergebnisse des Parteitages. Am Ende u.U. zwei Großveranstaltungen.

4. Aktivierung der Parteimitglieder

Gespräche mit den Vereinigungen als Aufgabe der Ortsverbände.

Werbemittelleinsatz in Phase II

Vorstellung des Kandidaten mit einer Hauswurfsendung. Ggf. schon hier
Kandidatenprospekt!

Einführung von Aufklebern, Einzelflugblätter mit Sachthemen (monatlich!).
Ggf. Mitglieder-Werbe-Wochen - auch JU.

Der Wahlkampfaußschuß sollte in dieser Zeit folgendes erarbeiten:

1. Genaue Terminplanung bis zum Wahltag (sollte ab 1. März festliegen!).

2. Werbekonzepte (nicht alles tierisch ernst)

- Auswahl der Werbemittel;
- Plakate (Plakatträger, nicht dem Zufall überlassen);
- Anzeigen, Kleinstanzeigen (Belegung der wichtigsten Seiten!);
- Kleinwerbemittel (Visitenkarten mit Bild? Geburtstags- Hochzeitskarten etc., Bälle, Schwämme, Bilder!);
- Auflagenhöhe des Wahlkreisprogramms - ggf. differenzierte Aussagen;
- Hauswurfsendung des Kandidaten;
- Wählerbriefe, Vorbereitung;
- Ausarbeitung eines Canvassing-Programmes;
- Ausarbeitung einer Rundfahrt durch das gesamte Wahlgebiet!-

Möglichst jeden Ort!!!!

- Besondere Aktionen!-

Phase III

Ab 27. April sollte der Wahlkampf gantzätig verlaufen!

Steigerung: Ab 10. Mai!

Eigentlicher Hauptwahlkampf!

Ggf. Sachauseinandersetzung mit den Gegnern!

Wahltaktik: Bekanntheitsgrad der 'Gegner' nicht unnötig erhöhen!

Vielzahl von kleinenöffentlichen Veranstaltungen (Pressearbeit), Rundfahrt(en) durch den Kreis mit exakten Tagesprogrammen (PRESSE!) - Besichtigungen, Frührschoppen etc. -

Wichtiger Termin: Herausgabe des Wahlkreisprogrammes, Zeitungsinterviews - Besuche der Redaktionen!-

Ab 20. Mai Konzentration auf die größeren Orte / Hausbesuche, Straßendis-kussionen/. Eventuell Großveranstaltung für die Landwirtschaft!!!





Uui Claußthorl

Holzer Bericht:

Rainer Bartzel

(„Keiner wärmt
Rainer“- Slogan damals)



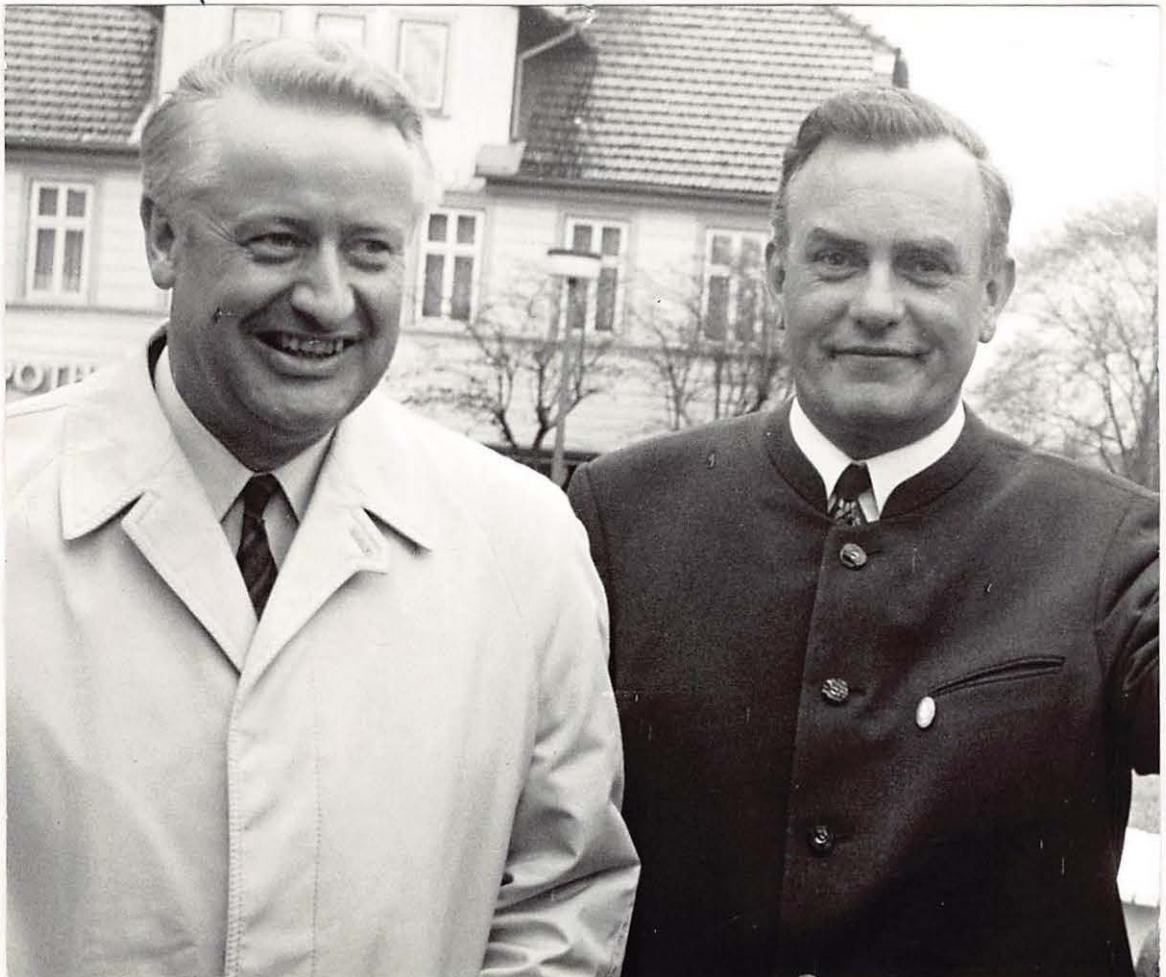
Im Hallenbad



bei der
Jugend
Union

Landtagswahlkampf 1974

mit Giefried Hasselmann





MINISTERBESUCH IN DER IGS LINDEN: Bundesbildungsminister Helmut Rohde. Foto: Rogge

Minister kam und sah eine leere Schule

VON DIRK BUSCHE

Der Bundesbildungsminister Helmut Rohde bekam keinen Gesamtschüler zu Gesicht. Denn ausgerechnet gestern, dem Termin seines Informationsbesuches in der Integrierten Gesamtschule Linden, hatten die Lindener IGS-Eltern ihre Kinder aus Protest gegen den umstrittenen SPD-Auslagerungs-Vorschlag zum Mühlenberg nicht zur Schule geschickt.

Helmut Rohde kommentierte denn auch die Vorstellungen seiner Parteifreunde im hannoverschen Rat über die Zukunft der IGS Linden nicht mit ausdrücklichem Wohlwollen. Rohde diplomatisch: „Jeder wird daran interessiert sein, daß für diese Gesamtschule so schnell wie möglich runige Verhältnisse geschaffen werden.“

Der IGS bescheinigte er grundlegende Bedeutung für den Stadtteil Linden.

Doch das Hauptinteresse des Bonner Ministers mit Wohnsitz in Hannover galt gestern im Lehrerzimmer der IGS der Zukunft der Ober-

stufe an der Integrierten Gesamtschule. Immerhin gehört der Plan der Stadt, die Lindener IGS-Oberstufe mit einem berufsbildenden Zweig für das Metallgewerbe zu verbinden, zu Rohdes Berufsbildungs-Reformkonzept. Eine entsprechende Drucksache hat bereits den Schulausschuß passiert, der sie in die Fraktionen zur Beratung verwies.

Allerdings äußerten Vertreter der Berufsschulen die Sorge, daß das Projekt aus Geldnot für lange Zeit auf Eis gelegt wird. Stadtschulrat Heinz Warmbold dazu: „Wir nehmen das Projekt sehr ernst. Eine Entscheidung im Schulausschuß kommt irgendwann im Mai.“



„JU 92“ - das Ziel ist nun sehr nah

St. Andreasbergs Junge Union entwickelt sich weiter positiv - Vergrößerter Vorstand soll Kommunikation noch verbessern

Der Ortsverband der Jungen Union St. Andreasberg gerät mehr und mehr sozusagen aus „den Fugen“ — was die bergstädtischen Orts-grenzen und die 75 JU-Mitglieder betrifft. Denn letztere kommen längst nicht mehr allein aus der Bergstadt, sondern in zunehmenden Maße auch aus anderen Harzorten, wie aus Altenau, Lautenthal und Clausthal-Zellerfeld. Kein Wunder also, daß der Ortsverband St. Andreasberg mit Riesenschritten auf sein gestecktes Ziel „JU 92“, das heißt: 92 Mitglieder bis zum 3. Oktober 1976, zusteuert. Kein Wunder aber auch, daß die diesjährige Jahreshauptversammlung im Kurhotel Berlin den Ortsverbands-Vorstand ganz auf Wachstum programmierte, ihn vergrößerte, um ihn noch arbeitsfähiger zu machen, aber auch um die Kommunikation innerhalb der Ortsgruppe mit ihren weit verschobenen Grenzen zu gewährleisten, ja noch zu verstärken. An der Spitze des Vorstandes gab es allerdings keine Veränderungen, wenn man davon absieht, daß Volker Thale aufgrund seiner überörtlichen Aufgaben den Posten des 2. Vorsitzenden abgeben mußte.

In ihrem Jahresbericht konnte die Vorsitzende Gabriele Foster eine Reihe von großartigen Erfolgen des JU-Ortsverbandes vorweisen, die Mitgliederzahlen mit ihrem weiter nach obenweisenden Trend, die Vertretung des Ortsverbandes im Kreisvorstand durch drei Mitglieder (Volker Thale als Kreisvorsitzender, Uwe Alge als stellv. Vorsitzender und Gabriele Foster), die Vertretung im Ortsverband der St. Andreasberger CDU, im Landes-ausschuß der Jungen Union und im Landes-vorstand der JU Braunschweig („Ob es um Delegierte für den Niedersachsentag der Jungen Union oder den Landesparteitag der CDU geht, St. Andreasberg ist immer vertreten“), weiter die Faschingsfete, die Discofete und nicht zuletzt die Arbeiten im Rahmen des eigenen Umweltschutzprogramms, etwa die an den „Bergmannstroster Anlagen“, die bis zum Herbst fertiggestellt werden sollen, daneben die Mitarbeit im Ring politischer Jugend

St. Andreasberg — und schließlich gar einen stattlichen Kassenbestand, trotz mancherlei größerer Ausgaben. Dazu die Vorsitzende wörtlich: „Das Prinzip des Teamworks, während der vergangenen zwei Jahre praktiziert, hat Früchte getragen.“ Als wichtigste Nahziele bezeichnete Gabriele Foster die Aktion „Ju 92“ (siehe oben) und die Wahlen am 3. Oktober 1976, die im kommunalen Bereich zwei JU-Vertreter, nämlich Gabriele Foster und Volker Thale auf der Liste der St. Andreasberger CDU finden sollten.

Zum Thema Wahlkampf unterstrich die Vorsitzende die besonders guten Beziehungen der JU St. Andreasberg zur CDU-Bundestagskandidatin im Wahlkreis 48, Ursula Benedix, mit der man gemeinsam bis zum 3. Oktober zahlreiche Veranstaltungen im Oberharz durchführen wolle.

Auf eine Reihe von wichtigen Terminen konnte Gabriele Foster bereits an diesem Abend hinweisen: auf das Konzert von Peter Kreuder am 29. 5., 16 Uhr, in Osterode (dazu wird auch Berti Vogts als Gast erwartet), den CDU-Stammtisch in St. Andreasberg am 3. Juni, auf die eigene Veranstaltung „Junioren für Senioren“ am 14. 6. 1976, 19 Uhr, im Kurhotel Berlin, zu der auch Ursula Benedix erwartet wird (bei entsprechendem Erfolg soll diese Veranstaltung zu einer laufenden Einrichtung des Ortsverbandes werden), auf das Seminar des Kreisverbandes der JU am 19. und 20. Juni in St. Andreasberg mit Dr. Rudolf Sprung, Ursula Benedix und Dr. Bormann, dem 1. Vorsitzenden des Landesverbandes Braunschweig der Jungen Union, und auf eine Vortragsveranstaltung am 16. Juli in Bad Lauterberg mit Prof. Mikat.

Daneben plane der Ortsverband der JU noch eine Grillfete, eine Vortragsveranstal-

tung, die Einweihung der fertiggestellten Bergmannstroster Anlagen und ein Flohmarkt, evtl. mit anderen Vereinen gemeinsam.

Am Ende ihrer Ausführungen erhoffte sich die Vorsitzende auch weiterhin die rege Unterstützung des Ortsverbandes und wünschte sich besonders, daß der Wahlspruch der Jungen Union „für eine humane Gesellschaft“ auf fruchtbaren Boden falle. Die Grüße des Kreisverbandes der JU und des Landesverbandes überbrachte der Kreisvorsitzende Volker Thale, der es bedauerte, daß er sein Amt als stellv. Vorsitzender zur Verfügung stellen müsse, weil ihn die anderen Aufgaben, wie Kreisvorsitz, Mitgliedschaft im Landesvorstand, Landesauschuß und vielem mehr, einfach nicht genügend Zeit ließen, sich intensiv der Arbeit für den Ortsverband zu widmen. Im übrigen wies Volker Thale auf eine vom Landkreis (Kreisjugendpflege) für den 18. September geplante Fahrt in den Ostharz hin, der Anmeldeschluß hierfür sei der 10. August 1976. Die Neuwahlen des Ortsverbands-Vorstandes waren eigentlich eine reine Formsache, weil alles bestens vorbereitet war — aber auch, weil alle bereit waren, Verantwortung und Arbeit mitzutragen.

Zur 1. Vorsitzenden wurde Gabriele Foster wieder gewählt, zu ihren Stellvertretern: Uwe Alge und Uwe Wesemeyer. Die Arbeit des Schriftführers teilen sich Kerstin Grübmeier und Martin Rohr, Kassenwart bleibt Wilfried Stille. Zu Beisitzern wurden gewählt: Karen Trübel und die Herren Dittmann, Laufer, Leinhos und Thale. Womit der Vorstand wieder komplett war und der Ortsverband der Jungen Union St. Andreasberg in die nächsten Wochen und Monate, vielleicht die aktivsten in der Geschichte des Ortsverbandes, gestärkt und zuversichtlich gehen konnte. cher.



6.11.77



- IM BELAGERUNGSZUSTAND: Oberstufenschüler der IGS Roderbruch stellten gestern den Gesamtschulreferenten Werner Grübmeier (links oben am Treppengeländer) im Regierungspräsidium wegen ihres bedrohten Abiturs zur Rede. Foto: Pospisil

Abitur-Alarm an der IGS

„Er bleibt – oder Streik!“

VON DIRK BUSCHE

Zum erstmalig in der hannoverschen Schulgeschichte wird das Abitur unmittelbar durch den Lehrermangel ernsthaft bedroht. An der IGS Roderbruch fürchten 40 Oberstufenschüler, die Voraussetzungen zur Teilnahme an den Abiturprüfungen mangels genügender Kursus-Angebote nicht erfüllen zu können.

Prüfungsvoraussetzung ist der Teilnahme-Nachweis an 20 sogenannten Grundkursen. Doch für die Abiturienten-Anwärter an der IGS Roderbruch, die sich bereits auf die schriftliche Prüfung im März nächsten Jahres vorbereiten, sind die Fächer Mathematik und Physik bereits seit drei Wochen gestrichen, weil der Fachlehrer nur in Hamburg eine Planstelle erhalten hat und die IGS deshalb notgedrungen verlassen mußte.

Ein ähnliches Schicksal sehen die Oberstufen-Gesamtschüler für das Fach Biologie nahen: Biologie-Lehrer Jens Roll ist noch Referendar und hat jetzt einen Platz im Studienseminar Oldenburg zur Absolvierung seiner zweiten Ausbildungsphase angeboten bekommen. Am 1. Dezember soll er dort antreten.

Doch die Schüler wie auch der Lehrer sind von der Oldenburger Offerte bestürzt. Sie warten nun

darauf, daß das Kultusministerium der unentbehrlichen Lehrkraft garantiert, zum 1. Februar einen Seminarplatz in der Nähe Hannovers zu reservieren, damit für die 40 IGS-Oberstufenschüler die Abiturprüfung nicht enden muß, bevor sie überhaupt richtig begonnen hat.

Für die Schüler hätte diese Regelung ausschließlich Vorteile, für den Lehrer jedoch finanzielle Nachteile, die in Kauf zu nehmen er sich bereit erklärte: Die zweite Ausbildungsphase wird besser vergütet.

Gestern nachmittag marschierten die Gesamtschüler aus Protest zum Regierungspräsidium. Wenn die verlangte Garantie für den Biologie-Lehrer nicht bis zum Montag vorliegt, soll gestreikt werden. Gesamtschüler Sigurd Springer (19) in Abitur-Angst: „Wenn ich das Abi nicht machen kann, kann ich drei lehrreiche Jahre an der IGS und meine Zukunft in den Wind schreiben.“

INTEGRIERTE GESAMTSCHULE
HANNOVER-LINDEN

- Schulleitung -

3 Hannover 10.9. 75
Am Lindener Berge 11
Ruf: (05 11)168-5599
z.Z. Mühlenberg
Ossietszkyring 50

An
alle Kolleginnen und Kollegen

Betr.: Besuch des Schulabteilungsleiters Hackbarth (RP Hannover)
und des Gesamtschuldezernenten Grübmeier

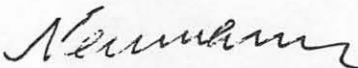
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Durch die Kritik von den Zuständen an unserer Schule, die im Gespräch mit Herrn Warmbold (Stadtschulrat) bezüglich der Zerstörungen während unseres Schulfestes deutlich wurden (nur zwei von fünfzig Schulen, die er besucht habe, hätten ein so absolut negatives Bild geboten) und die auch in den Beschwerdemeldungen Herrn Schierings sichtbar werden, sind wir der Meinung gewesen, daß es in dieser Situation notwendig sei, einmal dem Schulabteilungsleiter beim RP zu einem Besuch in unseren Schulteil einzuladen.

Zweck dieses Besuches ist einzig und allein, dem Abteilungsleiter die Gelegenheit zu geben, sich ein eigenes Urteil über unsere Schule zu bilden. Herr Grübmeier wird als zuständiger Dezernent ebenfalls anwesend sein. Wir meinen, daß wichtige Leute ihre Informationen über unsere Schule direkt aus der Schule selbst beziehen sollten, so daß sie nicht auf Informationen aus zweiter oder dritter Hand angewiesen sind und diese dann auch weitergeben.

Termin des Besuches ist Mittwoch, d. 24.9. 75 ab 9 Uhr.

Wir halten es für sinnvoll, wenn die beiden Besucher Unterricht in den Jahrgängen 5,6 und 9 zu sehen bekommen, um unterschiedliches Schülerverhalten und Erziehungsauswirkungen kennenzulernen. Wir werden wegen der Unterrichtsbesuche mit einigen Kollegen (bzw. Teams) demnächst ein Gespräch führen. Wenn Sie im Zusammenhang mit dem Besuch Fragen haben sollten, sprechen Sie bitte mit uns.


- Für die Schulleitung -

An alle
Kolleginnen und Kollegen

Betr.: Hausinformationen

1. Am Dienstag , d. 16.9.75 (16.- 19.00 Uhr) fand im Rathaus ein Gespräch statt zwischen Vertretern der IGSL und der IGSM (IGSL: Frankenstein, Neumann, Schillig, Dullinger, Frau Meyer, Frau Schrader; IGSM: Behnsen, Schiering, Willmer, 3 Elternvertreter) sowie Mitgliedern der SPD-Ratsfraktion (Schulausschuß) über die Schwierigkeiten des Zusammenlebens in einem Gebäude. Es wurde von Mühlenberger Seite besonders auf die in unserem Gebäudeteil entstandenen Schäden hingewiesen. Über das Gespräch wird auf der nächsten Gesako berichtet.
2. Am Dienstag, d. 16.9.75 (15 Uhr) wurde am Lindener Berge der Grundstein für unseren Um- und Erweiterungsbau gelegt. Die Schule hat die Einladung erst einen Tag vorher erhalten. Neben Mitgliedern der Schulleitung waren auch mehrere Kollegiumsmitglieder, Eltern und Schüler anwesend.
3. Der geplante Besuch des Schulabteilungsleiters Hackbarth mit Herrn Grübmer findet nicht am 24.9.75 statt, da Herr Grübmer dienstlich unabhkömmlich ist. Der neue Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben.
4. Bei einigen Kontrollgängen ist festgestellt worden, daß nicht alle Aufsichten durchgeführt wurden. Wir bitten, zur eigenen Kontrolle mehrmals wöchentlich auf den Aufsichtsplan am Schwarzen Brett zu schauen.

Die Aufsichtsführung nach Schulschluß bei den Busparkplätzen ist in einem Schreiben der Schulverwaltung vom 16.9.75 erneut kritisiert worden. Bei wiederholten Verstößen gegen die Regelung, daß die Schüler erst nach Ankunft der Busse zu den Stellplätzen gehen dürfen, werden die Busse demnächst in ca. 1 km Entfernung parken und die Schüler müssen den Weg dorthin zu Fuß zurücklegen.
5. Der Unterricht am Freitag, d. 26.9.75 (vor den Herbstferien) endet nach der ~~3.~~^{4.} Einheit (11.~~05~~⁵⁰ Uhr).

Neumann

Dorfposse oder Nationaltheater: Die CDU ist sicher, daß der

Muß Kubel noch einmal ins Geschirr?

**Nach dem Überraschungscoup von Hannover:
Ratlosigkeit und Schüsse ins Dunkel / Von Nina Grunenberg**

Hannover, im Januar

Wer wissen will, wie Hiob mit dem lieben Gott haderte, muß sich die Sozialdemokraten in Niedersachsen ansehen. So verzweifelt können nur Gläubige sein. Seit der Stunde der Wahrheit, die ihnen letzte Woche schlug, rotieren die Gremien der Landespartei und der Fraktion im Hannoveraner Landtag ununterbrochen, aber wie es weitergehen soll, scheint niemand zu wissen. Demonstriert wurde der Öffentlichkeit bis zur Stunde nur, daß sich die Sozialdemokraten in der Kunst der Selbsterleischung von niemandem übertreffen lassen.

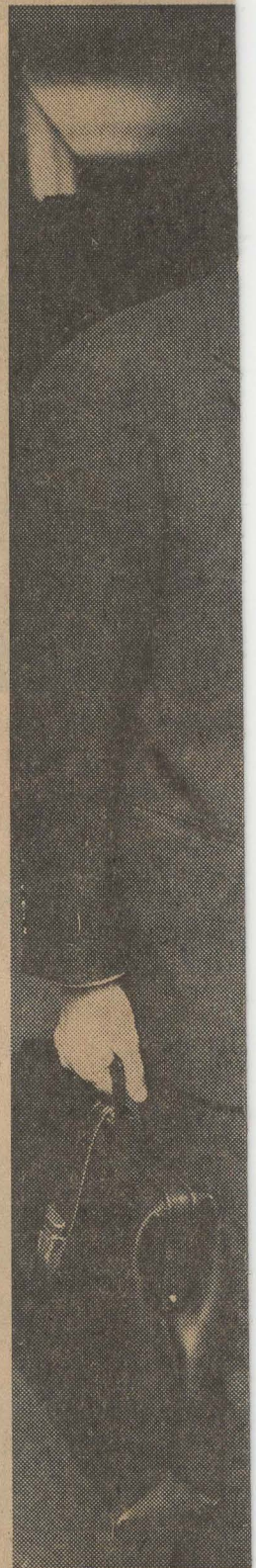
Helmut Kasimier, der Mann, der Alfred Kubels Nachfolger werden sollte und das Ziel gegen jede Koalitionsvereinbarung nicht erreichte, kann bis heute nicht begreifen, warum ausgerechnet ihm dies angetan wurde. In der Welt, in der er lebte, war bisher Zuverlässigkeit Trumpf. Wenn er dürfte, würde er weinen — nicht um das verlorene Amt, sondern über die Treulosigkeit in der eigenen Partei. Daß das alte Band der Solidarität heute nicht mehr hält, was es in Notzeiten versprach, ist eine Erkenntnis, die Helmut Kasimier schwer fällt. Ein wenig Trost und Erleichterung verschafften ihm nur die vielen Sympathieerklärungen. „Wenn ich in meine Wohnung schaue“, sagt er stockend und immer noch um Fassung ringend, „müßte man annehmen, daß sich blumenmäßig dort ein anderes Ereignis ausdrückt.“

Anders Klaus-Peter Bruns, der Landwirtschaftsminister, der sich am Wochenende kaum nach Hause traute, weil er das Donnerwetter in der Familie scheute. Dabei möchte er gern kämpfen, aber er weiß nicht gegen wen. „In offener Feldschlacht hinausgeworfen zu werden, das könnte man ertragen“, findet er. „Aber auf so satanische Weise, nein...“ Die Ratlosigkeit macht ihn wütend, die Verunsicherung raubt ihm und seinen Freunden den Nerv. In dieser Atmosphäre verdächtigt jeder seinen Nachbarn, erforscht einer das Gewissen des anderen; aber handfeste Beweise hat bisher niemand gefunden. „Wir wissen nur eins“, resümiert Ernst-Gottfried Mahrenholz, der Kultusminister aus dem Kabinett Kubel: „Wir alle wissen weniger voneinander, als wir bis letzten Mittwoch dachten.“ Seitdem würde am liebsten einer den anderen erwürgen.

Es war deshalb kein Zufall, daß die Freien Demokraten unter Assistenz des herbeigeeilten Bundesvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher als erste die Initiative ergriffen, um bis zum 4. Februar eine neue Schlachtordnung aufzustellen. Sie haben zuviel zu verlieren, als daß sie der CDU den Sieg kampflos gönnen könnten. Ihre Strategie: keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die FDP an der Koalition festhält, mit der SPD über alle Probleme sprechen, die eventuell noch behebbar sind, und mithelfen, „irrationale Verhaltensweisen“ bei den Sozialdemokraten aufzulösen.

Eines der Probleme, das den Koalitionsfrieden von Anfang an störte, war die leidige Kreisreform. Sie durchzuführen, hatte die FDP 1974 den Wählern versprochen und auch ins Koalitionsprogramm hineingeschrieben. Offenbar hatte sie angenommen, daß es ihr leichter fallen würde als der SPD, aus 48 Landkreisen 32 zu machen und die Zahl der kreisfreien Städte von zehn auf sechs zu reduzieren, weil sie selber auf kommunalpolitischer Ebene so gut wie keine Mandatsträger hat. Um so mehr lokale Funktionäre haben Sozialdemokraten und Christdemokraten. Die Reform-Knute, die Innenminister Rötger Groß als zuständiger Ressortchef schwang, wurde von ihnen als so schmerzhaft empfunden, daß schon die Volksentscheide zugunsten der ehemals selbständigen Ministaaten Oldenburg und Schaumburg-Lippe im letzten Jahr als Protest gegen die Kreisreform angesehen wurden. „Was Hessen und Franzosen, Hannoveraner und Preußen nicht fertigbrachten“, hieß es damals in einer Bürgeraktion, „das soll nun auf kaltem Wege durch Gebietsreformen geschehen.“ Nämlich: „Die Grenzen, die selbst Napoleon, Bismarck und Hitler respektierten, werden jetzt ignoriert.“

Mit Ausnahme der Freien Demokraten haben die meisten Abgeordneten im niedersächsischen Landtag nur eine politische Heimat: nicht den Wahlkreis, sondern den Landkreis. In ihm sind sie entweder Landrat, Bürgermeister oder mindestens Kreistagsabgeordneter. Hier, in diesem scheidlich-friedlichen Klima auf kommunaler Ebene, verständigen sich die Mandatsträger von SPD und CDU auch leichter untereinander als jeder von ihnen mit den „Habenichtsen“ von der FDP, die ihnen ihre Pfründen wegreformieren will. Deswegen konnte auch die Rede von der



Helmut Kasimier, abgelehnter Kandidat bei der fehlten Wahl. Verführt der Fachleute und unter dem Eindruck des Koalitionsschlusses — Mitte die ZEIT in der vorigen Ausgabe — kündet: „Der fünfte M...“

Wer nannte dem Regierungspräsidenten die Namen der drei versetzten Lehrer?

Kollegen und Schüler tragen Trauerflor / Eltern protestieren gegen die Maßnahme

Garbsen (tz/wk). Die Abordnung von Frau El Saadi, Frau Lembeck und Büdiger von der Heyde aus der Gesamtschule Garbsen in andere Schulen der Umgebung hat eine Fülle von Fragen aufgeworfen. In der Gesamtschule rätselt man vor allem darüber, wer dem Regierungspräsidenten die Namen der drei genannt hat. Sie wurden versetzt, weil sie angeblich an dem Schülerstreik vor den Ferien beteiligt waren. Ein Gerücht besagt, die Stadtverwaltung Garbsen habe Namen genannt (u. a. soll das in einer Schulausschußsitzung zur Sprache gekommen sein). Andere sprechen von einem Vater, der ein Dutzend Namen gemeldet haben soll. Es wird auch befürchtet, daß eine Atmosphäre des Mißtrauens sich im Kollegium ausbreiten könnte.

Zu den Diskussionen in der Schule trägt auch das Bekanntwerden einer Aktennotiz von Ende Juni bei, die im Regierungspräsidium angefertigt und in der die Versetzung bereits festgelegt wurde. Die drei Betroffenen, die Ende Juni mit drei anderen Kollegen bereits zu einem Gespräch ins Regierungspräsidium geladen waren, bestreiten nach wie vor, sich ungesetzlich verhalten zu haben. Auch das Kollegium der Schule sowie Eltern stellen sich hinter die Lehrer. Mit Unterstützung durch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft beantragten die drei Lehrer beim Verwaltungsgericht eine dringende einstweilige Verfügung gegen ihre Versetzung an andere Schulen. Mit einer Entscheidung kann frühestens Ende der Woche gerechnet werden.

Der Personalrat der IGS und eine von weit über 100 Lehrern besuchte Personalversammlung haben gegen die Abordnung (die zunächst für drei Monate, jedoch mit dem Ziel der endgültigen Veretzung ausgesprochen wurde) einmütig protestiert. Im Gegensatz zu der vom Regierungspräsidium vertretenen Ansicht beruft sich die IGS-Personalvertretung auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin, nach dem „Abordnungen mit dem Ziel der Versetzung“ mitbestimmungspflichtig sind.

Keinen Ersatz gestellt

Die Versetzungen durch die Schulbehörde stehen inzwischen auch im Kreuzfeuer der Elternkritik: Durch die erzwungenen Lehrerwechsel werden negative Auswirkungen auf den Leistungsstand der Schüler befürchtet. In einer der Kerngruppen fehlt durch die Versetzungen der Klassenlehrer. Ein als Vertretung eingesetzter Lehrer wird die Schule bereits nach einem halben Jahr wieder verlassen. Einer weiteren Kerngruppe wird durch die Versetzung der Lehrerin das Fach Kunst nicht mehr erteilt.

Die Aufhebung der Abordnungsverfügung für ihren Lehrer in Mathematik und Naturwissenschaften forderten die Eltern der Kerngruppen 108 und 109 einhellig in zwei getrennten Schreiben an den Regierungspräsidenten. Durch intensive fachliche und pädagogische Bemühungen habe dieser Lehrer seit zwei Jahren den Leistungsstand der Schüler beträchtlich steigern können. Sein korrektes und verbindliches Verhalten lasse die Begründung für seine Versetzung, es sei andernfalls keine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Eltern und Schüler mehr möglich, völlig unverständlich erscheinen.

Auch weil für die meisten Schüler, so der Elternbrief, dieses zehnte das Abschlussjahr ist, sei die Versetzung in keiner Weise zu verantworten. Nach Eindruck der Eltern und Berichten der Schüler habe sich der Lehrer beim Schulstreik völlig korrekt verhalten und seine Schüler zur Teilnahme am Unterricht aufgefordert. (Der Schulstreik richtete sich gegen eine befürchtete Verschlechterung der Lehrerversorgung.)

Projekt gefährdet?

Die Abordnung von Frau El Saadi gefährde auch die Fortführung des Projekts „Integrierte Naturwissenschaft“. Dies teilten die Mitarbeiter des IGS-Projektes in einem Schreiben dem Regierungspräsidenten mit. Die Qualifikation der versetzten Lehrerin sei für dieses Projekt, das auch für

Beschluß gefaßt haben, die drei Lehrer zu versetzen. Sie hätten „bei Verletzung ihrer Loyalitätspflicht gegenüber ihrem Dienstherrn dem Geschehen“ (beim Schülerstreik) nicht neutral gegenübergestanden. Die Verfügungen selbst wurden den drei betroffenen Lehrern erst einen Monat später zugestellt. Die Personalversammlung der IGS sieht in den Versetzungen einen unrechtmäßigen Versuch, das Kollegium der Schule einzuschüchtern. Der Regierungspräsident wird in einer Resolution aufgefordert, im Rahmen seiner Fürsorgepflicht den Betroffenen seine „angeblichen Informanten sowie deren Anschuldigungen offenzulegen“.

Statt Unterricht Statistik

Der niedersächsische Kultusminister Remmers hat währenddessen auf Anfrage von Journalisten erklärt, daß die Garbsener Vorgänge nicht seine Angelegenheit seien, sondern in den Zuständigkeitsbereich des Regierungspräsidenten fallen.

Kritik wurde auch im Zusammenhang mit den neuen Aufgabenbereichen der abgeordneten Garbsener Lehrer laut: Noch in der anonym verschickten Aktennotiz des Regierungspräsidenten wurde der abgeordnete Studienrat von der Heyde mit den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften für ein Gymnasium in Misburg vorgesehen, wo eine nicht angetretene Stelle zu besetzen sei. Statt dessen erteilt der Studienrat nun im Gymnasium Gehden keinen Unterricht mehr, sondern beschäftigt sich mit Schülerstatistiken. Die an die Realschule Berenbostel versetzte Frau El Saadi erteilt Chemieunterricht in der siebten Klasse, weil hier der Physiklehrer ausgefallen ist. Ordentliches Schulfach ist Chemie jedoch erst ab der neunten Klasse: Zensuren darf sie hier also nicht erteilen. Der Rektor will die neue Kollegin wegen der Ungewißheit, ob sie bleibt, aus begrifflichen Gründen auch nicht längerfristig an anderer, verantwortlicherer Stelle einplanen.

Neue Prüfungsumgebung

Härter aber noch ist Frau Lembeck von ihrer Versetzung betroffen: Sie steht vor ihrer zweiten staatlichen Lehramtsprüfung und muß sich nun in kürzester Zeit in eine neue Umgebung einarbeiten sowie auf neue Prüfer einstellen.

Bereits in der vorigen Woche trugen rund 100 Lehrer und Schüler der IGS zum Zeichen ihres Protestes gegen die Abord-

1a
11. Vor Anhang die PA 29.6.1976
Herrn El Saadi R. v. d. Heyde betreffend
für Misburg am 25.11.76
Herrn Büdiger
Herrn Lembeck
Herrn Remmers 410, in Hannover.
Betre.: Schülerstreik an der HS Garbsen
Betre.: Gespräch beim Herrn HL 4 am 28.6.
Kesselschloß der Maßnahmen gegen
Lehrer, die bei Verletzung ihrer
Loyalitätspflicht gegenüber ihrem
Dienstherrn dem Geschehen nicht
neutral gegenüberstünden, würde
i. a. besprochen, daß drei Beamte
aus dienstl. Gründen an andere
Schulen versetzt werden sollten.
1. Beatrix El Saadi, wohnhaft in Garbsen
Fächer: Biologie u. Chemie.
Die RL in soll ab 1.8.1976 an der
Realschule in Berenbostel ein-
gesetzt werden.
B. ist ein Ortskind von Garbsen.
Biologie u. Chemie sind angesprochen
Mangelfächer an der vorgeschienen
Schule.
Der Kln. Rat wurde informiert! - 2
HR Büdiger v. d. Heyde, wohnhaft
in Hannover, Holstein.
Der Beamte soll am 1.8.1976 am
Gymnasium in Misburg eingesetzt
werden.
Sein Einsatz an dieser Stelle ist not-
wendig, weil der dort vorgesehene
Ass. dort nicht antritt, & wird
dringender in Berenbostel benötigt.
Mit 404 abgesprochen.
Frau Lini Jaguar Lembeck, wohnhaft
in Garbsen.
Die Beamtin soll am 1.8.1976
an der HS Bülkshof eingesetzt werden.
Diese Stelle ist eine Fremdstelle mit
Förderstufe. Eine Lehrerin mit den Fächern
u. den Kenntnissen als die vorgenannte
wird dort benötigt.
Der Beamte in LHM, Herr Riedel, ist
informiert. Ein prüf. Stellenschein wird
für die reibungslose Integration sorgen.
Riedel

